

Abschlussbericht

Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie

Frank Gesemann und Milena Riede (Hrsg.)

aktive
Mobilität
Abwechslung
Freundschaft
Chancen
Heimat
City
Stadt
Kultur
Lebendigkeit
Dortmund
Nachtleben
heit
Hier bleib ich



Inhalt

Vorwort	5
1 Zusammenfassung Frank Gesemann und Milena Riede	7
2 Einleitung Frank Gesemann und Milena Riede.....	10
3 Methodische Vorgehensweise und Umsetzung des Forschungsvorhabens	12
Frank Gesemann und Alexander Seidel	
3.1 Vorexpertise	12
3.2 Fallstudienauswahl und Steckbriefe	13
3.3 Empirie vor Ort.....	14
3.4 Zwischenbericht	15
4 Lokale Demokratie und Gemeinwesenarbeit – Theoretische Bezüge und Wirkungsmodell	16
Frank Gesemann und Milena Riede unter Mitarbeit von Lea Freudenberg	
4.1 Lokale Demokratie	16
4.2 Begriffsbestimmung Gemeinwesenarbeit	20
4.3 Qualität lokaler Demokratie und Wirkungen von Gemeinwesenarbeit	23
5 Vorstellung der fünf Untersuchungsgebiete	30
5.1 Berlin Spandau, Heerstraße Nord Lea Freudenberg und Alexander Seidel	30
5.2 Hamburg St. Pauli Süd Lea Freudenberg und Alexander Seidel	32
5.3 Dortmund Nordstadt Lea Freudenberg und Alexander Seidel	35
5.4 Dresden Prohlis Amanda Groschke und Milena Riede	37
5.5 Düren Amanda Groschke und Milena Riede.....	40
Exkurs: Politische Ungleichheit als Herausforderung für lokale Demokratie Lea Freudenberg.....	43
6 Sozialer Zusammenhalt und demokratische Integration im Stadtteil – Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten	46
Alexander Seidel und Frank Gesemann.....	
7 Potenziale und Herausforderungen der Gemeinwesenarbeit – Ergebnisse qualitativer Interviews und Fokusgruppen in den Untersuchungsgebieten	61
Milena Riede unter Mitarbeit von Amanda Groschke und Antje Bruno	
7.1 Individuelle Ebene	61
7.2 Zivilgesellschaftliche Ebene.....	66
7.3 Kommunale Ebene.....	74
8 Lokale Demokratie: Strategien der Gemeinwesenarbeit und Handlungsschwerpunkte der Kommunalpolitik Frank Gesemann	84
8.1 Berlin Heerstraße Nord: Synergien von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement.....	85
8.2 Hamburg St. Pauli Süd: Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Beteiligung in einem eigensinnigen Stadtteil.....	87
8.3 Dortmund Nordstadt: Empowerment benachteiligter und artikulationsschwächerer Bevölkerungsgruppen in einem „Ankommensstadtteil“	89
8.4 Dresden Prohlis: Verzahnung von Konzepten zur Quartiersentwicklung mit Handlungsprogrammen zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit	93
8.5 Düren: Aufbau und nachhaltige Verankerung von Beteiligungsgremien in Wohnquartieren und Stadtteilen	95
9 Fazit und Ausblick Frank Gesemann und Milena Riede	99
9.1 Herausforderungen für Kommune und Gemeinwesenarbeit in den untersuchten Gebieten	100
9.2 Erschließung von Potenzialen der Gemeinwesenarbeit und Bewältigung von Herausforderungen	100
9.3 Handlungsempfehlungen	103
10 Literatur	106
Anlage 1: Auswahl von Städten, Quartieren und Trägern für die Fallstudienuntersuchung.....	118
Anlage 2: Besonderheiten der für Steckbriefe ausgewählten Quartiere und Träger	120
Anlage 3: Interviews und Gesprächsrunden in den Erhebungsstädten	122
Anlage 4: Fragebogen der Bevölkerungsbefragung.....	127

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Dimensionen lokaler Demokratie.....	11
Abbildung 2:	Geographische Verteilung der für die Erstellung von Steckbriefen ausgewählten Fallstudienorte.....	13
Abbildung 3:	Formen politischer Partizipation.....	18
Abbildung 4:	Politische Reichweite der Gemeinwesenarbeit	22
Abbildung 5:	Zivilgesellschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor lokaler Demokratie	23
Abbildung 6:	Wirkungsmodell zur lokalen Demokratie	24
Abbildung 7:	Wirkungsgefüge-Modell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie	27
Abbildung 8:	Strukturierungshilfe Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie.....	28
Abbildung 9:	Karte des Quartiersmanagement-Gebiets Heerstraße Nord	30
Abbildung 10:	Blick über die Großwohnsiedlung Heerstraße Nord.....	31
Abbildung 11:	Postkartenmotiv des Quartiersmanagements Heerstraße.....	31
Abbildung 12:	Karte des Stadtteils St. Pauli	32
Abbildung 13:	Park Fiction – ein früheres Gemeinwesenarbeit-Erfolgsprojekt der 1990er-Jahre in St. Pauli Süd	33
Abbildung 14:	Postkartenmotiv der <i>GWA St. Pauli</i>	34
Abbildung 15:	Karte der Dortmunder Nordstadt.....	35
Abbildung 16:	Fassadengestaltung in der Nordstadt – ein Versuch der Stadtverwaltung, das Image des Stadtteils positiv zu besetzen.	35
Abbildung 17:	Postkartenmotiv des <i>Planerladen</i>	36
Abbildung 18:	Karte des Quartiersmanagement-Gebiets	37
Abbildung 19:	Logo des Quartiersmanagements (links) und Slogan und Logo für den Stadtteil Prohlis (rechts).....	38
Abbildung 20:	Plakat/Flyer-Motiv 2. Prohliser Theatersommer 2019.....	39
Abbildung 21:	Übersichtskarte Stadtteile Düren.	40
Abbildung 22:	Hochhaus in Düren-Mariaweiler	41
Abbildung 23:	Mittelwerte in der jeweiligen Fragenkategorie im Städtevergleich	48
Abbildung 24:	Verbundenheit mit dem Stadtteil.....	50
Abbildung 25:	Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Städtevergleich sowie nach subjektiver wirtschaftlicher Lage.....	50
Abbildung 26:	Bewertung des Zusammenlebens im Stadtteil im Städtevergleich.....	51
Abbildung 27:	Bewertung von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im Städtevergleich.....	51
Abbildung 28:	Nutzung von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren	52
Abbildung 29:	Nutzung von kulturellen Einrichtungen.....	52
Abbildung 30:	Interesse am Geschehen im Stadtteil im Städtevergleich	53
Abbildung 31:	Engagement für die Interessen der Wohngegend im Städtevergleich.....	53
Abbildung 32:	Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen im Städtevergleich.....	54
Abbildung 33:	Politische Beteiligung im Stadtteil im Städtevergleich	54
Abbildung 34:	Vertrauen in lokale Politik im Städtevergleich	55
Abbildung 35:	Vertrauen in die lokale Politik nach Migrationsstatus	56
Abbildung 36:	Beteiligung am politischen Geschehen im Stadtteil	56
Abbildung 37:	Kategorisierung der Antworten auf die offene Frage nach den Wünschen der Befragten.....	57
Abbildung 38:	Organisationssentials für den Aufbau einer selbständigen Wohnquartiers-/ Stadtteilorganisation vor Ort.....	96

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ziele und Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf die lokale Demokratie	29
Tabelle 2:	Wichtige Strukturdaten zu den ausgewählten Fallstudienorten	42
Tabelle 3:	Kommunalwahldaten für die ausgewählten Fallstudienorte	45
Tabelle 4:	Befragte in den untersuchten Quartieren nach soziodemografischen Merkmalen	47
Tabelle 5:	Zusammenhänge zwischen Fragekategorien und soziodemografischen Merkmalen der Befragten	56
Tabelle 6:	Index demokratische Integration in den Untersuchungsgebieten	59

Vorwort

In Zeiten zunehmender politischer Polarisierung und aufgeheizter Debatten über gesellschaftliche Werte und Ziele ist es wichtig, Menschen bereits auf lokaler Ebene Gehör zu verschaffen, ihnen Resonanzräume zu bieten und die Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Besonders armutsgefährdete Menschen verfügen häufig über geringere Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe. Soziale Ungleichheit geht somit mit einer Ungleichheit in der politischen Partizipation und der demokratischen Mitwirkung einher, die sich durch Segregation auch sozialräumlich niederschlägt.

Um den ungleichen Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten auf sozialräumlicher Ebene zu begegnen, sind gerade in benachteiligten Stadtteilen demokratiefördernde Strategien notwendig, die über formale Beteiligungsangebote hinausgehen. In einer handlungsfähigen Gemeinwesenarbeit, die an der Lebenswelt und den Fähigkeiten der Individuen ansetzt und als intermediäre Akteurin zwischen Staat und Wohnerschaft vermittelt, sehen wir großes Potenzial. Dieses haben wir auf konzeptioneller Ebene bereits mit einer Expertise der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) herausstellen können, die als vhw-Schriftenreihe Nr. 20 vorliegt und an deren Erkenntnisse diese Untersuchung anschließt. Denn gegenüber der zentralen Bedeutung, welche der Gemeinwesenarbeit hinsichtlich ihrer demokratiefördernden sowie kohäsiven und inklusiven Wirkung in den Sozialräumen zugeschrieben wird, sind bisher wenig empirisch fundierte Erkenntnisse über ihre realen Wirkungen in der Praxis auch unter den Bedingungen fehlender Finanzierungs- und Förderstrukturen vorhanden.

Daher hat der vhw das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die Hochschule für angewandte Pädagogik (HSAP) mit einer empirischen Studie beauf-

tragt, um herauszustellen, inwieweit der bestehende Anspruch von Gemeinwesenarbeit an Empowerment, Partizipation und Demokratieförderung unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf sozialräumlicher Ebene umgesetzt werden kann und welche darüber hinausgehenden Potenziale für die lokale Demokratie durch Gemeinwesenarbeit in der Praxis bestehen. Die Untersuchung fand in fünf kontrastierenden Gebieten der Gemeinwesenarbeit statt, wobei sich die Fallstudien sowohl hinsichtlich des professionellen Selbstverständnisses der GWA-Akteure, ihrer Entstehungsgeschichte, Organisationsform sowie Arbeits- und Finanzierungsstrukturen als auch in ihrer geographischen Lage und des sozialräumlichen Kontextes unterschieden. Neben den qualitativen Interviews mit Akteurinnen und Trägern der Gemeinwesenarbeit, Verwaltung und Politik lieferte die standardisierte quantitative Wohnendenbefragung spannende Erkenntnisse, zumal die Unterschiede zwischen den Gebieten hinsichtlich Vertrauen, Engagement und Zusammenhalt besonders deutlich wurden.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse gebietsübergreifend, dass auf lokaler Ebene bereits vielfältige Aktivitäten bestehen, um demokratische Teilhabe einer heterogenen Bevölkerung zu ermöglichen. Eine Weiterentwicklung und bessere Abstimmung verschiedener Modi der demokratischen Beteiligung (repräsentative, direkte und deliberative Demokratie) durch ein Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Wohnerschaft wäre aber empfehlenswert. Auch konnte mit der Untersuchung gezeigt werden, dass eine funktionierende Gemeinwesenarbeit auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene zur Stärkung der lokalen Demokratie beiträgt, aber bestehende Rahmenbedingungen verändert werden müssen, um diese Aufgaben besser wahrnehmen zu können. Dazu zählen u. a. eine dauerhafte Finanzierung durch Bundes- und Landesförderungsprogramme,

die Einrichtung lokaler Anlaufstellen und die Intensivierung des intra- sowie interdisziplinären Fachaustauschs. Diese strukturelle, personelle und finanzielle Unterstützung vorausgesetzt kann Gemeinwesenarbeit tatsächlich den ihr zugeschriebenen Beitrag leisten und neben einer Stärkung der Demokratie auch den Aufbau einer diversitätssensiblen und demokratisch versierten Zivilgesellschaft unterstützen, die den zeitgenössischen sowie künftigen Krisen resilienter gegenübersteht.

Dr. Anna Becker
Seniorwissenschaftlerin &
Clusterkoordinatorin

Dr. Olaf Schnur
Wissenschaftlicher Leiter

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

1 Zusammenfassung

Das Vertrauen in Parteien und Politik in Deutschland ist niedrig, die Unzufriedenheit mit der Demokratie wächst und sozioökonomische Spaltungstendenzen gefährden den sozialen Zusammenhalt. Ansatzpunkte für eine Vitalisierung der Demokratie werden vor allem auf der lokalen Ebene gesehen, denn vor Ort bieten sich aufgrund der Lebensnähe politischer Prozesse sowie der geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung prinzipiell besonders gute Mitwirkungsmöglichkeiten. Starke Demokratien erfordern ein lebendiges Gemeinwesen. Dafür ist eine Rückbesinnung auf die Gemeinwesenarbeit sowie ihre konzeptionellen Grundlagen interessant. Die Gemeinwesenarbeit nimmt zielgruppenübergreifend aktuelle Themen und Anliegen der Menschen vor Ort auf und unterstützt kollektives Empowerment. Durch gemeinsame Lern- und Austauschprozesse können die soziale Kohäsion und das demokratische Miteinander im Gemeinwesen gestärkt werden.

Ziele der Studie

Mit der vorliegenden Studie sollte erhoben werden, inwieweit der Anspruch der Gemeinwesenarbeit, Empowerment, Aktivierung, Beteiligung, Netzwerkbildung und Demokratieförderung umzusetzen, unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sowie Akteurs- und Förderstrukturen gelingt. Es galt vor allem, Potenziale und Hindernisse der Gemeinwesenarbeit im Hinblick auf die direkte und indirekte Förderung der lokalen Demokratie zu analysieren und Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Strukturen zu erarbeiten.

Methodische Vorgehensweise

Das Forschungsprojekt wurde im Zeitraum von September 2018 bis März 2020 in vier Arbeitsschritten umgesetzt: In einer ersten Phase wurde der theoretische Zusammenhang von Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie aufgearbeitet und

ein Wirkungsgefüge-Modell entwickelt. Im Anschluss an eine bundesweite Recherche erfolgte die Erstellung von Steckbriefen zu fünfzehn geeigneten Quartieren und die Auswahl von fünf Untersuchungsgebieten. Kernelement des Projekts waren empirische Erhebungen in den fünf Untersuchungsgebieten Berlin Spandau Heerstraße Nord, Hamburg St. Pauli Süd, Dortmund Nordstadt, Dresden Prohlis und Düren. Die eingesetzten Methoden umfassten qualitative Interviews mit Akteuren und Trägern der lokalen Gemeinwesenarbeit sowie den zuständigen Stellen in Verwaltung und Politik. Als Erhebungsinstrumente dienten zudem Fokusgruppendifkussionen mit Netzwerkpartnerinnen und -partnern, engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern und lokalen Initiativen sowie standardisierte Bevölkerungsbefragungen.

Ergebnisse

Gemeinwesenarbeit trägt in allen fünf Untersuchungsgebieten auf unterschiedliche Weise zur Ausgestaltung und Stärkung sozialer Netzwerkaktivitäten, zur Förderung von Kommunikation und Interessenaustausch sowie zum Aufbau demokratischer Beteiligungsstrukturen bei. Hierbei gelingt es der Gemeinwesenarbeit, durch umfassende demokratiefördernde sozial-kulturelle Aktivitäten, niedrigschwellige Projektarbeit und Veränderungen partizipativer Prozesse soziale Netzwerke aufzubauen, die Gestaltbarkeit der Lebenswelt für die Bewohnerinnen und Bewohner deutlich zu vergrößern und ein demokratisches Miteinander bzw. eine demokratische Kultur aufzubauen.

Gemeinwesenarbeit als zentrale Netzwerkakteurin

In allen Untersuchungsgebieten agiert die Gemeinwesenarbeit als eine zentrale Vernetzungsinstanz, die soziale Netze zwischen Bewohnerinnen und Bewohner, vorhandenen und neu entstehenden Gruppen und Institutionen aufbaut. Mit Hilfe dieser

themenbezogenen sowie unspezifischen Netzwerkstrukturen können vorhandene personelle Kompetenzen, Interessenlagen und materielle Ressourcen im Stadtteil ausgetauscht werden. Gemeinwesenarbeit fungiert hierbei als Anlaufstelle, Begegnungs-, Vermittlungs- und Gestaltungsraum. Eine Verknüpfung der ermutigenden, empowernden Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten, einzelfallbezogener Sozialarbeit und soziokulturellen Angeboten schafft Zugangsmöglichkeiten auch für Menschen in schwierigen Lebenssituationen.

Demokratiefördernde Wirkung sozial-kultureller Arbeit

Soziokulturelle Angebote haben die wichtige Funktion, neue Formen des Miteinanders unterschiedlicher Gruppen und Milieus im Stadtteil zu ermöglichen. Durch soziale, künstlerische und kreative Aktivitäten kann Gemeinwesenarbeit zu einem inklusiven Miteinander und einer gesellschaftlichen Sensibilisierung und Öffnung für Vielfalt beitragen sowie demokratische Austausch- und Lernprozesse fördern. Eine Aktivierung der Menschen gelingt durch ihre gezielte Ermutigung und Einbindung sowie durch die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen besonders gut.

Stärkung der Zivilgesellschaft durch langfristige Ermutigung und Begleitung von Engagementprozessen und Verantwortungsübernahme

Die Gemeinwesenarbeit ermutigt, berät und unterstützt Menschen, sich für Verbesserungen der Lebensbedingungen vor Ort einzusetzen. Sie stärkt dadurch zivilgesellschaftliche Aktivitäten und ermöglicht kollektive (politische) Selbstwirksamkeitserfahrungen. Da Engagement jedoch häufig punktuell oder projektbezogen erfolgt, Veränderungsprozesse aber oft langwierig sind, ist eine längerfristige Begleitung und Ermutigung von Engagementprozessen durch die Gemeinwesenarbeit erforderlich.

Gelingende soziale Integration und Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund

In allen Gebieten trägt die Gemeinwesenarbeit zur gelingenden sozialen Integration auch von Menschen in schwierigen Lebenssituationen und/oder mit Migrationshintergrund bei. Die vielfältigen Zugangsmöglichkeiten und positiven Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit, wie z. B. der Aufbau lokaler, gewählter Interessenvertretungen, eine gezielte aktive Einbindung bei Veranstaltungen oder die Arbeit mit Schlüsselpersonen aus ethnischen Communities, können jedoch aufgrund personeller Unterausstattung nur ansatzweise umgesetzt werden.

Demokratische Integration durch parteiliche Arbeit für Benachteiligte

Durch die Arbeit der Gemeinwesenarbeit wird eine demokratische Integration in allen Gebieten auf jeweils eigene Weise gefördert und besonders auf die Partizipation benachteiligter Personen und Gruppen geachtet. Mit Hilfe des Aufbaus dauer-

hafter Partizipationsstrukturen, wie Interessenvertretungen bzw. Bewohnervereinen, gelingt es den Bewohnerinnen und Bewohnern ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, auf Missstände vor Ort hinzuweisen und sich gegen eine ungleiche Durchsetzung von Interessen stark zu machen.

Diversitätssensibler Umgang mit unterschiedlichen Interessen und Konflikten

Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit gelingt es, themenbezogen sehr unterschiedliche Akteure zusammen zu bringen sowie verschiedene Interessen und Konflikte in einem politischen Resonanzraum produktiv zu bearbeiten. Bei Bürgerinnen und Bürgern, Nachbarschaftsdialogen und Stadtteilkonferenzen werden Themen und Probleme diskutiert und in einem kooperativen Prozess passende Lösungen entwickelt. Die Gemeinwesenarbeit baut dabei kommunikative Brücken zwischen der Lebenswelt der Menschen und den Strukturen der lokalen Politik und Verwaltung.

Kritisch-transformative Sicht auf den Stadtteil und seine Bewohnerschaft

Gemeinwesenarbeit ermutigt Menschen, Veränderungen in Bezug auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen anzustoßen, daher wirkt ihre Arbeit auch kritisch-transformativ. Durch eine Intensivierung des Austausches zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, Politik und Verwaltung im Rahmen partizipativer Prozesse können kommunale Gelder bürgernäher und damit zielgerichteter im Stadtteil investiert werden. Auch die Sichtweise der Beteiligten auf den Stadtteil und seine Bewohnerschaft verändert sich im Laufe dieser Austauschprozesse, wobei bei Politik und Verwaltung das Bewusstsein für eine exogene, über den Stadtteil hinausgehende Problembearbeitung geschärft werden muss.

Prekäre Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Die prekäre, projektbezogene Finanzierung und personelle Unterausstattung der Gemeinwesenarbeit erschwert den Beziehungs- und Vertrauensaufbau sowie die Umsetzung des langfristigen Ziels der Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren. Insbesondere auch hohe bürokratische Hürden und die Herausforderung, verschiedene Förderprogramme für den Stadtteil nutzbar zu machen, binden zeitliche Ressourcen, die für die empowernde Arbeitsweise mit den Menschen fehlen.

Handlungsempfehlungen

Zur besseren Erschließung der Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie empfehlen wir Änderungen auf den Ebenen von Politik, Verwaltung und Gemeinwesenarbeit.

Städte und Gemeinden sollten vielfältige Anstrengungen zur Förderung einer demokratischen Kultur und von gesellschaftlicher Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen unternehmen. Zen-

trale Elemente sind dabei die stärkere Aufeinanderbeziehung und Weiterentwicklung verschiedener Formen von Partizipation. Kommunen können verschiedene Beteiligungsinstrumente nutzen, um auf die mangelnde Repräsentanz von Bevölkerungsgruppen, Sozialräumen und Milieus zu reagieren. Die Vielfalt und Potenziale verschiedener Bevölkerungsgruppen, Lebensweisen und Milieus gilt es dabei differenziert in den Blick zu nehmen, Engagement und Beteiligung diversitätssensibel und nachhaltig zu fördern, die Erfahrung von (politischer) Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und das Vertrauen in die Gestaltbarkeit politischer Prozesse zu stärken. Hierbei kann die Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin und Mittlerin aktiv werden.

Kommunen sollten die Sozialraumorientierung in ihrem Handeln stärker verankern und ein integriertes Agieren vor Ort ermöglichen. Um eine breitere Beteiligung an demokratischen Entwicklungen im Stadtteil zu realisieren, gilt es zudem, Anlaufstellen der Gemeinwesenarbeit in allen Stadtteilen zu etablieren. Damit Gemeinwesenarbeit zwischen der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Politik und Verwaltung aktiv vermitteln kann, muss sie bei freien Trägern angesiedelt sein und eine prozessorientierte, unabhängige Arbeitsweise garantiert werden. Die Einrichtung von Verwaltungsstellen für die sozialräumliche Planungskoordination schafft ferner Voraussetzungen dafür, dass die Bedarfe aus der Praxis innerhalb der verschiedenen Verwaltungsressorts bearbeitet und untereinander koordiniert werden.

Potenziale für eine Stärkung lokaler Demokratie können insbesondere durch eine stärkere Verknüpfung gesamtstädtischer Strategien zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit sowie von Integration und Teilhabe von Zugewanderten mit sozialräumlichen Entwicklungskonzepten erschlossen werden.

Gemeinwesenarbeit sollte den Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft durch den Ausbau von niedrigschwelligen, diversitätssensiblen und nachhaltigen Partizipationsmöglichkeiten fördern. Hierbei kann Gemeinwesenarbeit ihr Potenzial vor allem dann entfalten, wenn sie durch eine Funktionsmischung aus niedrigschwelligen Hilfen und Beratung zur Lebensbewältigung, sozial-kultureller Arbeit, Vernetzung und angewandter politischer Bildungsarbeit viele verschiedene Menschen anspricht und einbezieht.

Gemeinwesenarbeit ermöglicht den Menschen im Stadtteil, unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, Bildungs-, Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten. Um mehr Menschen von der Wirksamkeit der Gemeinwesenarbeit zu überzeugen und eine größere Verbreitung zu erreichen, ist ein Ausbau der politischen Lobbyarbeit und strategischen Allianzen essenziell, aber auch eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Gemeinwesenarbeit ist als Mittlerin zwischen der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Rationalität von Politik und Verwaltung tätig, wobei diese Aktivitäten deutlich ausbaufähig erscheinen. Die Gemeinwesenarbeit sollte ihre zentrale, vermittelnde Rolle und demokratiefördernde Wirkung gegenüber Politik und Verwaltung daher noch deutlicher betonen.

Angesichts der zunehmenden Diversifizierung der Gesellschaft ist eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, aber auch von Menschen mit anderen Heterogenitäts-

merkmalen, von großer Wichtigkeit. Hierbei sind die verstärkte Einbindung von Schlüsselpersonen ethnischer Communities und die weitere interkulturelle, diversitätssensible Öffnung der Gemeinwesenarbeit zentrale Ansatzpunkte, um ein inklusives Miteinander zu verwirklichen.

Gemeinwesenarbeit benötigt eine hinreichende Ressourcenausstattung, um ihre Potenziale entfalten zu können. Dazu gehört vor allem die strukturelle Verankerung im Stadtteil und die Schaffung von attraktiven Personalstellen. Durch eine Strukturförderung von Gemeinwesenarbeit im Rahmen von Bundes- und/oder Landesprogrammen sollte Gemeinwesenarbeit bundesweit sozialräumlich verankert werden, um stärker demokratiefördernd wirken zu können. Zusätzlich kann Gemeinwesenarbeit auch als notwendiger Bestandteil in bestehenden Konzepten der Sozialen Stadtentwicklung verankert werden, um mehr Breitenwirkung zu erreichen.

Frank Gesemann und Milena Riede

2 Einleitung

Das Vertrauen in Parteien und Politik in Deutschland ist niedrig und die Unzufriedenheit mit der Demokratie wächst. Eine aktuelle Studie zeigt, dass weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland damit zufrieden ist, wie die Demokratie funktioniert (vgl. Decker et al. 2019). Vor allem Bürgerinnen und Bürger, denen es wirtschaftlich schlechter geht und die unter sozial benachteiligenden Bedingungen leben, haben ein geringes Vertrauen in Politik und politische Institutionen. Diese Vertrauenskrise der repräsentativen Demokratie zeigt sich in der Bewertung politischer Prozesse und Institutionen und der eigenen politischen Rolle (Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit) einerseits sowie in der Bewertung der inhaltlichen Politik und der staatlichen Aufgabenerfüllung andererseits (ebd.).

Ansatzpunkte für eine Reform der Demokratie werden im Bereich der politischen Teilhabe zumeist in einer Kombination politisch-repräsentativer, direktdemokratischer und dialogorientierter, kooperativer Elemente gesehen. Sie lassen sich vor allem auf der lokalen Ebene erschließen, denn vor Ort bieten sich aufgrund der Anschaulichkeit und Lebensnähe politischer Prozesse sowie der geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung bessere Mitwirkungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung (vgl. Gesemann et al. 2019). Städte und Gemeinden bilden daher die „Grundlage der Demokratie in Deutschland“ (Deutscher Städtetag 2013: 3). In den Kommunen, die mehr und mehr zu „Laboratorien der Bürgerbeteiligung“ werden, muss sich die „Vitalität und Kreativität der Demokratie“ beweisen (ebd.).

Starke Demokratien brauchen ein lebendiges Gemeinwesen. Auf der Suche nach wirksamen Ansätzen und Strategien zur Aktivierung der Bevölkerung, zur Förderung von Engagement und Beteiligung sowie zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts richtet sich der Blick auf die Ebene der Stadtteile und Quartiere, wo vor Ort eine Stärkung der lokalen Demokratie bewirkt werden kann. Dabei ist eine Rückbesinnung auf die Soziale Arbeit und das Handlungsfeld der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit sowie

ihre konzeptionellen Grundlagen interessant. Die Gemeinwesenarbeit nimmt zielgruppenübergreifend aktuelle Themen und Anliegen der Menschen vor Ort auf und unterstützt kollektives Empowerment. Durch gemeinsame Lern- und Austauschprozesse können inklusive Nachbarschaften, die soziale Kohäsion und das demokratische Miteinander im Gemeinwesen gestärkt werden (vgl. Riede 2019).

Mit dieser vorliegenden Studie sind wir im Auftrag des vhw der Frage nachgegangen, welches Potenzial die Gemeinwesenarbeit unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zur Förderung der lokalen Demokratieentwicklung entfalten kann. Die vertiefenden Untersuchungen in fünf Quartieren ermöglichten Einblicke in die unterschiedlichen Akteursstrukturen und Arbeitsweisen der Gemeinwesenarbeit vor Ort sowie in die demokratiefördernden Effekte auf individueller, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene. Als untersuchungsleitendes Raster diente dabei ein von uns entwickeltes Wirkungsmodell, wobei wir vor allem Antworten auf die folgenden übergeordneten Fragestellungen gesucht haben:

1. Wie kann der **Anspruch** der Gemeinwesenarbeit an Empowerment, Aktivierung, Beteiligung, Netzwerkbildung und Demokratieförderung unter den aktuellen Rahmenbedingungen sowie Akteurs- und Förderstrukturen erfüllt und umgesetzt werden?
2. Welche **Potenziale und Defizite** können in der Aufgabenwahrnehmung der Gemeinwesenarbeit hinsichtlich der direkten und indirekten Demokratieförderung identifiziert werden?
3. Welche **ergänzenden Strukturen** (Programme, Akteure, Aktivitäten) wären notwendig, um die Aufgaben und Ziele der Gemeinwesenarbeit im Bereich der Demokratieförderung wahrzunehmen?

Das folgende Schaubild vermittelt einen guten Überblick über die Dimensionen, die die Funktionsweise und Qualität lokaler Demokratie bestimmen. Träger der Gemeinwesen- und Stadt-

Akteure	Prozesse
<ul style="list-style-type: none"> • Kommunalpolitik z. B. demokratisch gewählte Räte, Lokalparlament, Parteien • Kommunalverwaltung Fachpersonal für exekutive kommunale Aufgaben wie z. B. Stadtplanende • Intermediäre Instanzen z. B. soziale Träger, Mieter*innengemeinschaft • Institutionalisierte Zivilgesellschaft z. B. Vereine • (Wahl-)Bürgerschaft und "Citizens" z. B. individuelles freiwilliges Engagement • Privatwirtschaft und Medien z. B. lokaler Einzelhandel, Wohnungsunternehmen, internationale Investor*innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunalwahlen repräsentativ-demokratisch via Parteiensystem, orientiert an Staatsbürgerschaft • Beteiligung und Dialog formal, informell – mithilfe vielfältiger Formate von der öffentlichen Auslegung von Planunterlagen über Bürger*innendialoge bis hin zu Bürger*innenentscheiden oder partizipativen Budgets • Abstimmung und Interessenausgleich Einbettung in Multi-Level-Governance mit Region, Land, Bund, EU sowie vielfältigen Akteur*innen; "Gegenstromprinzip" • Gemeinwesenentwicklung zielt auf Sozialkapital ab, das als Voraussetzung funktionierender lokaler Demokratie gelten kann, z. B. Nachbarschaft und Quartier als häufigste Kontexte von Beteiligungsanlässen und politischen Momenten, vgl. Programm Soziale Stadt

Abbildung 1: Dimensionen lokaler Demokratie, Quelle: Schnur et al. (2019: 7)

teilarbeit agieren in einem Kontext, der durch eine Vielzahl von Akteuren und Prozessen geprägt ist. Gemeinwesenarbeit hat dabei die Bildung von sozialem Kapital zum Ziel, das durch die Kooperation der im Stadtteil lebenden und arbeitenden Menschen entsteht. Soziales Kapital gilt als zentrales Element eines lebendigen Miteinanders, eines hohen sozialen Zusammenhalts und einer funktionierenden Demokratie. Gemeinwesenarbeit ist den intermediären Instanzen zuzuordnen, die vermittelnd zwischen der Lebenswelt der Bevölkerung und dem staatlichen System (Politik und Verwaltung) tätig wird und den Prozess der Gemeinwesenentwicklung fördert, vielfältige Beteiligung und Dialoge organisiert und sich an Abstimmungsprozessen und Interessenausgleich beteiligt. Dabei arbeitet sie mit der vorhandenen institutionalisierten Zivilgesellschaft zusammen und unterstützt freiwilliges Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern, um weiteres zivilgesellschaftliches Engagement zu aktivieren.

Gliederung des Abschlussberichts

In diesem Abschlussbericht werden die Ergebnisse der theoretischen Vorarbeiten und der empirischen Erhebungen sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen präsentiert. Der vorliegende Bericht gliedert sich wie folgt: Im Anschluss an Zusammenfassung (Kapitel 1) und Einführung in die zentralen Frage-

stellungen der Studie (Kapitel 2) werden die methodische Anlage und die Umsetzung des Forschungsvorhabens beschrieben (Kapitel 3). Es folgen die theoretischen Bezüge sowie die Darstellung des im Rahmen der Vorexperise erarbeiteten Wirkungsmodells Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie sowie Strukturierungshilfe (Kapitel 4). Im zweiten Teil des Berichts stehen dann die fünf Untersuchungsgebiete und die Akteure der Gemeinwesenarbeit im Vordergrund (Kapitel 5), gefolgt von der Darstellung der Ergebnisse der quantitativen Bevölkerungsbefragung (Kapitel 6). Die Ergebnisse der qualitativen Erhebungen in den fünf Untersuchungsräumen stehen im Zentrum der beiden nachfolgenden Kapitel. Zunächst werden die drei zentralen Handlungsebenen der Gemeinwesenarbeit – Förderung des sozialen Miteinanders, Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung, Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft – übergreifend analysiert (Kapitel 7). Anschließend werden Potenziale der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung lokaler Demokratie in den fünf Untersuchungsgebieten im Kontext verschiedener kommunalpolitischer Strategien diskutiert (Kapitel 8). Im Fazit werden zentrale Ergebnisse zusammengefasst und Handlungsempfehlungen formuliert (Kapitel 9), gefolgt von Literaturverzeichnis (Kapitel 10) sowie zentralen Anlagen im Anhang.

Frank Gesemann und Milena Riede

3 Methodische Vorgehensweise und Umsetzung des Forschungsvorhabens

Die Umsetzung der Studie zu Potenzialen von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie erfolgte im Zeitraum von September 2018 bis März 2020 in vier Arbeitsschritten:

- (1) In einer ersten Phase wurde der theoretische Zusammenhang von Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie in einer Vorexpertise aufgearbeitet und ein Wirkungsgefüge-Modell entwickelt. Zugleich wurden bundesweit geeignete Quartiere recherchiert, in denen eine aktive Gemeinwesenarbeit und eine partizipative und empowernde Arbeit mit der Wohnerschaft erfolgt (September 2018 bis Februar 2019).
- (2) Anschließend wurden Steckbriefe zu fünfzehn Quartieren (Akteursstrukturen, Ansätze sozialraumbezogener Arbeit, lokale Aktivitäten und Rahmenbedingungen erstellt und hieraus fünf Quartiere für die empirischen Erhebungen ausgewählt (Februar bis März 2019).
- (3) Es folgten die Vorbereitung der Erhebungen, die Entwicklung des empirischen Instrumentariums und die Durchführung der Erhebungen in den fünf ausgewählten Quartieren. Die Phase wurde mit einem Zwischenbericht zur Umsetzung der empirischen Erhebungen und ersten Ergebnissen abgeschlossen (April bis Oktober 2019).
- (4) Anschließend wurden die Ergebnisse auf der Grundlage unseres theoretischen Modells ausgewertet und im Hinblick auf den Abschlussbericht kondensiert, in den zudem Ergebnisse eines Reflexions-Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern aller untersuchten Gebiete eingeflossen sind (Oktober 2019 bis März 2020).

3.1 Vorexpertise

Die Vorexpertise umfasst Begriffsbestimmungen zu „Lokaler Demokratie“ und „Gemeinwesenarbeit“, eine Aufarbeitung des Forschungsstandes zum Thema „Qualität lokaler Demokratie und Wirkungen von Quartiersmanagement“ sowie ein „Wirkungsgefüge-Modell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie“. Aufgearbeitet wurden erstens Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Potenziale und Spannungslinien der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Ausweitung lokaler Beteiligungsmöglichkeiten. Zweitens wurden Entwicklung, Verständnis und Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit sowie die Rolle und Haltung von Mitarbeitenden der Gemeinwesenarbeit erarbeitet. Diskutiert wurden zudem Varianten der Gemeinwesenarbeit und ihre politische Reichweite. Anschließend wurde der Forschungsstand zur Qualität lokaler Demokratie, zu den Wirkungen von Gemeinwesenarbeit, zu Erfolgsdimensionen und Wirkungsindikatoren in der Stadtteilarbeit sowie zu Modellen in der wirkungsorientierten Evaluation diskutiert. Hierauf folgten die Identifikation von Handlungsfeldern, in denen die Gemeinwesenarbeit einen zentralen Beitrag zur lokalen Demokratie leistet, sowie die Entwicklung eines Wirkungsmodells von Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie sowie dessen Unterlegung mit Wirkungsannahmen und Erfolgsindikatoren (vgl. Gesemann/Riede 2019a; 2019b).

3.2 Fallstudienauswahl und Steckbriefe

Um den theoretischen Wirkungszusammenhang von Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie in der konkreten Praxis überprüfen zu können, wurden bundesweit 15 Quartiere in verschiedenen Bundesländern recherchiert, in denen eine aktive Gemeinwesenarbeit bzw. eine intensive, emanzipatorische und partizipative Arbeit mit der Bewohnerschaft zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen betrieben wird. Eine erste Auseinandersetzung mit den theoretisch-konzeptionellen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit und den Rahmenbedingungen ihrer praktischen Umsetzung spiegelt die Varianz unterschiedlicher Ansätze, Organisations- und Förderstrukturen von Gemeinwesenarbeit nach Bundesländern und städtischen bzw. kommunalen Kontexten wider.

Die kontrastierend angelegte Fallauswahl erfolgte auf der Grundlage der Kenntnis von bekannten Beispielen guter Praxis bis hin zu Quartieren mit besonderen Herausforderungen im Hinblick auf eine demokratisch leistungsfähige Gemeinwesenarbeit. Zu den berücksichtigten Faktoren gehörten insbesondere soziale und geographische Merkmale (wie Lage und Größe der Stadt und Quartiere), die Kontinuität der Gemeinwesenarbeit (mindestens zehn Jahre), politische Strukturmerkmale (wie bestehende Förder- und Programmlandschaften von Bund, Ländern und Kommunen) sowie unterschiedliche Konzeptionalisierungen von Gemeinwesenarbeit und Verständnisse lokaler Demokratie von Akteuren der Gemeinwesenarbeit.

Für die Auswahl geeigneter Fallbeispiele konnten wir auf eigene Forschungserfahrungen und gute Zugänge zu verschiedenen Akteuren der Gemeinwesenarbeit und auf Empfehlungen aus den Reihen der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. sowie der Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) zurückgreifen. In Abstimmung mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. wurde eine Vorauswahl von 15 Akteuren getroffen, die eine große Spannweite konzeptioneller Ansätze, Träger- und Organisationsstrukturen sowie sozialräumlicher Kontexte repräsentieren (siehe auch die Anlagen 1 und 2 im Anhang):

1. *Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V.*, Stadtteilarbeit und Freiwilligenagentur, Quartiersmanagement Düttmann-Siedlung, Berlin Kreuzberg
2. *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.*, Stadtteilzentren, Familienzentrum und Quartiersmanagement Heerstraße, Berlin Spandau
3. *Haus der Zukunft e. V.*, Mehrgenerationenhaus und Quartiersmanagement Lüssom-Bockhorn, Bremen-Lüssom
4. *Planerladen e. V.* – Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit, Dortmund Nordstadt
5. *KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH*, Quartiersmanagement Prohlis, Dresden Prohlis
6. *Evangelische Gemeinde zu Düren*, Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung, Düren
7. *Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)* der Universität Duisburg-Essen,

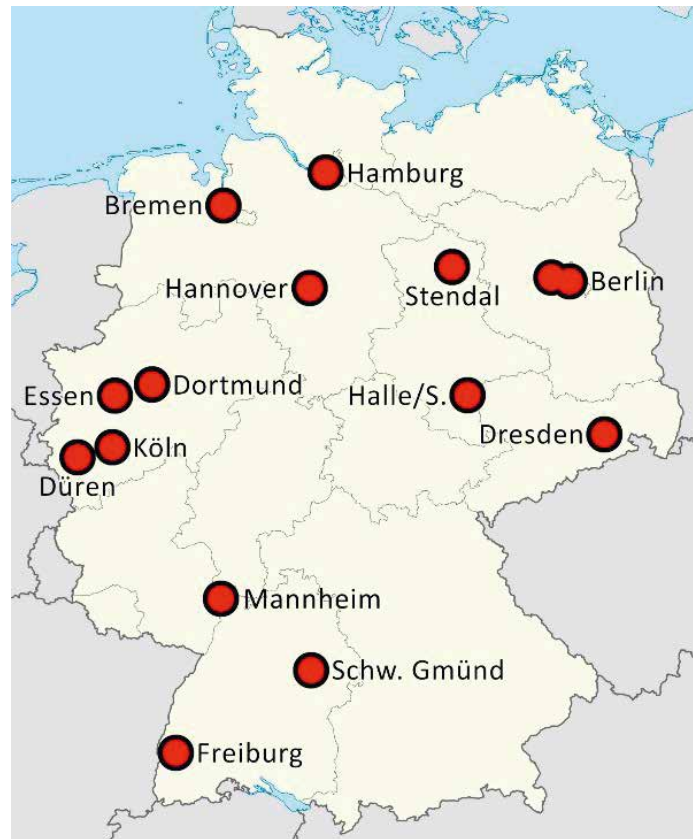


Abbildung 2: Geographische Verteilung der für die Erstellung von Steckbriefen ausgewählten Fallstudienorte.

8. *Forum Weingarten e. V.*, Stadtteilbüro und Quartiersarbeit in Weingarten-Ost und Weingarten-West, Freiburg-Weingarten
9. *AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH*, Quartiersmanagement Halle-Neustadt, Halle-Neustadt
10. *GWA St. Pauli e. V.*, *Stadtteilzentrum KÖLIBI*, Hamburg St. Pauli
11. Landeshauptstadt Hannover, Kommunale Gemeinwesenarbeit in Hannover-Sahlkamp, Hannover-Sahlkamp
12. *Veedel e. V.* – Gemeinwesenarbeit in Köln, Stadtteilbüro in Kalk-Nord, Köln-Kalk
13. *Mannheimer Quartiersmanagement e. V.*, Quartiersmanagement Neckarstadt West, Mannheim-Neckarstadt-West
14. *JuFuN e. V.* – Verein für Jugend-, Familien- und Gemeinwesenarbeit, Familien- und Nachbarschaftszentrum Hardt, Stadtteilkoordination Hardt, Schwäbisch Gmünd
15. *KinderStärken e. V.*, Institut an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Stadtteilmanagement Stendal-Stadtsee, Stendal-Stadtsee

Die Informationen zu den jeweiligen Ansätzen sozialraumbezogener Arbeit, den Akteursstrukturen vor Ort sowie den lokalen Aktivitäten und Rahmenbedingungen wurden – auf der Grundlage von Online-Recherchen und vereinzelt Telefon-Interviews – in Form von drei- bis vierseitigen Steckbriefen aufbereitet (zu den Besonderheiten der ausgewählten Fallbeispiele siehe Anlage 3 zu diesem Bericht).

Anhand der Steckbriefe entschieden wir uns – in Abstimmung mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – für vertiefende Untersuchungen vor Ort in den Städten bzw. Stadtteilen Berlin Spandau (*Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.*), Hamburg St. Pauli (*GWA St. Pauli e. V.*), Dortmund Nordstadt (*Planerladen e. V.*), Dresden Prohlis (*KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH*) und Düren (*Evangelische Gemeinde zu Düren*). Diese Fallbeispiele langjähriger, aktiver Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit spiegeln die Varianz unterschiedlicher Träger (Vereine, Kirchengemeinde, Wirtschaftsunternehmen), unterschiedlicher Ansätze und Ziele, Auftraggeber, Kooperationspartner und Förderstrukturen in unterschiedlichen Bundesländern (Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) und sozialräumlichen Kontexten (Großstadt, Mittelstadt) wider.¹

Mit dem Fallbeispiel **Berlin Spandau/Heerstraße Nord** betrachten wir eine von Stigmatisierung und sozialer Benachteiligung geprägte Großwohnsiedlung in der Peripherie einer Metropole mit einem traditionsreichen, ursprünglich eigeninitiativ entstandenen *Gemeinwesenverein*, der in Kooperation mit der örtlichen evangelischen Kirchengemeinde Träger von Gemeinwesen-, Stadtteil- und Familienzentren mit zentraler Bedeutung im Quartier und darüber hinaus seit 2005 mit der Durchführung eines Quartiersmanagements beauftragt ist.

Mit **Hamburg St. Pauli/St. Pauli Süd** nehmen wir ein von verschiedenen, insbesondere alternativen Milieus geprägtes Quartier in großstädtischer Zentrums Lage in den Blick, welches durch ein tolerantes Miteinander mit hoher lokaler Identifizierung im Spannungsfeld zwischen enger Nachbarschaftlichkeit, touristischer (Über-) Nutzung und Gentrifizierung sowie durch einen politisch-emanzipatorisch agierenden *Gemeinwesenverein* geprägt wird.

Die **Dortmunder Nordstadt** ist ein migrantisch geprägter Stadtteil in innenstädtischer Lage, in dem sich besondere soziale Bedarfe und Problemlagen akkumulieren. Im Stadtteil besteht – entsprechend seiner Größe und Bedarfe – eine breite Landschaft stadtteilbezogener und sozialer Arbeit. Mit dem *Planerladen e. V.* fokussieren wir einen dieser Akteure, der in seinem Selbstverständnis dem Ansatz der stadtteilbezogenen Gemeinwesenarbeit folgt.

Dresden Prohlis ist eine Großwohnsiedlung in Randlage einer ostdeutschen Großstadt, die insbesondere mit sozialen und soziodemographischen, aber auch demokratiepolitischen Herausforderungen konfrontiert ist. Das langjährig vor Ort tätige Quartiersmanagement und Stadtteilbüro widmet sich der Stärkung des sozialen Miteinanders und dem Empowerment der Bewohnerinnen und Bewohnern, hier jedoch in Trägerschaft eines privatwirtschaftlichen Unternehmens der Stadt- und Regionalentwicklung.

Schließlich untersuchen wir mit **Düren** eine nordrhein-westfälische Mittelstadt, in der seit mehreren Jahrzehnten eine von der Evangelischen Kirche getragene und durch die Kommune unterstützte Gemeinwesenarbeit in verschiedenen Stadtteilen umgesetzt wird. In Düren agiert das Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung dezentral in verschiedenen benachteiligten Siedlungen und Stadtteilen und hat dort spezifische Strukturen für dauerhafte Mitverantwortung der Anwohnenden und kooperative Beteiligung etabliert.

3.3 Empirie vor Ort

Die empirischen Erhebungen in den fünf Untersuchungsgebieten Berlin Spandau, Hamburg St. Pauli, Dortmund Nordstadt, Dresden Prohlis und Düren wurden im Zeitraum von Mai bis September 2019 durchgeführt. Die Planung und Umsetzung der Erhebungen erfolgte hierbei mit Unterstützung unserer Kooperationspartner in den fünf Gebieten: dem *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.* in Berlin, der *GWA St. Pauli e. V.* in Hamburg, dem *Planerladen e. V.* – Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit in Dortmund, dem Quartiersmanagement Prohlis in Dresden und dem *Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* in Düren.

Interviews und Gruppendiskussionen

Zu den Methoden, die im Rahmen der Studie genutzt wurden, gehörten vor allem leitfadengestützte, thematisch fokussierte qualitative Interviews mit Akteuren und Trägern der lokalen Gemeinwesenarbeit, Nutzerinnen und Nutzern der Angebote sowie den zuständigen Stellen in Verwaltung und Politik, um die Wirkungen der Gemeinwesenarbeit auf lokale demokratische Prozesse zu diskutieren. Zudem wurden Fokusgruppendiskussionen mit Netzwerkpartnerinnen und -partnern, engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern und lokalen Aktiven durchgeführt. Insgesamt wurden im Rahmen der Studie über vierzig Interviews mit Expertinnen und Experten sowie zehn Gruppendiskussionen durchgeführt (siehe auch die Liste der Interviews und Gesprächsrunden in den Erhebungsorten im Anhang).

Die Interviews und Gesprächsrunden wurden protokolliert und mit Hilfe der im Rahmen der Vorexpertise erarbeiteten Strukturierungshilfe für Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie ausgewertet, indem wir Aussagen unserer Gesprächspartnerinnen und -partner auf unsere nach Themenfeldern und Zielen (Förderung des sozialen Miteinanders, Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung, Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft) sowie Wirkungsebenen der Gemeinwesenarbeit (Individuum, Zivilgesellschaft, Kommune) differenzierte Neun-Felder-Matrix bezogen haben (vgl. Abbildung 8).

Ergänzt und vertieft wurden die Interviews und Gesprächsrunden in den Erhebungsorten durch Stadtteilerkundungen und -rundgänge, eine Bestandsaufnahme zur Akteurs- und Sozialstruktur in den Quartieren, Dokumentenanalysen zu lokalen Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit, teilnehmende Beobachtungen an Veranstaltungen der Gemeinwesenarbeit sowie eine standardisierte Bevölkerungsbefragung.

¹ Als Fallbeispiel wurde ursprünglich auch der Ortsteil Bremen Lüssum-Bockhorn in Betracht gezogen, in dem sich Gemeinwesenarbeit und ein Quartiersmanagement unter dem Dach eines Mehrgenerationenhauses vereinen. Der lokale Träger der Gemeinwesenarbeit war angesichts der Ressourcenlage vor Ort jedoch zurückhaltend gegenüber der Unterstützung unseres Forschungsprojekts, sodass keine Zusammenarbeit zustande kam.

Bevölkerungsbefragung

Die qualitativen Interviews und Gruppendiskussionen in den fünf Quartieren wurden um eine standardisierte Querschnittsbefragung in Form leitfadengestützter face-to-face-Interviews von Bewohnerinnen und Bewohnern ergänzt.² Mit der Bevölkerungsbefragung verfügt unsere Studie über ein quantitatives Basiselement, mit dem zentrale Fragen wie Interesse und Engagement für das Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt in den fünf untersuchten Gebieten erhoben wurden sowie Anliegen, Einstellungen und Haltungen der Bevölkerung vor Ort sichtbar gemacht werden können. Damit werden Ausschnitte der lokalen Lebenswelten abgebildet, die eine Perspektive außerhalb der mit dem Stadtteil befassten Fachkräfte und der im Stadtteil freiwillig Engagierten eröffnen und die ein Korrektiv sein können, um professionelle Sichtweisen auf den Stadtteil mit denen der lokalen Lebenswelt zu vergleichen. Die Ergebnisse veranschaulichen zugleich verbreitete Haltungen und Unterschiede auf Stadtteilbene, die auf lokalspezifische Stadteinkulturen bzw. die Eigenlogik der Stadtteile verweisen.

Der Fragebogen umfasste – neben einer offenen Frage zu Wünschen zur Verbesserung des Gemeinwesens vor Ort – elf geschlossene Fragen zum subjektiven Empfinden des sozialen Zusammenlebens, Interesse am Geschehen im Stadtteil, Engagement für das Gemeinwesen, Vertrauen in die lokale Politik sowie zur Bekanntheit und Nutzungshäufigkeit von Einrichtungen vor Ort. Sie richtete sich an Bewohnerinnen und Bewohner der von uns untersuchten Stadtteile, die im öffentlichen Raum ihres Wohnumfelds mit einem kurz gehaltenen, standardisierten Fragebogen in mündlich-persönlicher Form angesprochen wurden. In jedem Quartier wurden 120 Menschen befragt, wobei wir versucht haben, die Selektivität der Befragten durch verschiedene Maßnahmen zu reduzieren. Insgesamt ergibt sich daraus eine Stichprobe, die dem erwarteten Bevölkerungsquerschnitt in den jeweiligen Quartieren weit angenähert werden konnte und bei der von einer ausreichenden Repräsentativität ausgegangen werden kann, um Aussagen über das Quartier treffen zu können.

3.4 Zwischenbericht

Im Zwischenbericht wurde die methodische Vorgehensweise der Studie beschrieben – von der Auswahl der Fallstudien und der Erstellung von Steckbriefen zu 15 Quartieren, in denen eine aktive Gemeinwesenarbeit betrieben wird, bis zu der Durchführung vertiefender empirischer Erhebungen. Wir stellten außerdem die fünf Untersuchungsgebiete (Berlin Spandau/Heerstraße Nord; Hamburg St. Pauli/St. Pauli Süd, Dortmund Nordstadt, Dresden Prohlis, Düren) vor und führten eine erste Analyse der Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie in Form beispielhafter Illustrationen der Potenziale von Gemeinwesenarbeit auf den verschiedenen Wirkungsebenen (individuelle, zivilgesellschaftliche und kommunale Ebene) durch (DESI/HSAP 2019).³

Frank Gesemann und Alexander Seidel

² Zur Methode der Passantenbefragung siehe u. a. Friedrich/Wolf (1990).

³ Zur Differenzierung von Themenfeldern und Wirkungsebenen der Gemeinwesenarbeit siehe Gesemann/Riede 2019b: 3: Abbildung 2).

4 Lokale Demokratie und Gemeinwesenarbeit – Theoretische Bezüge und Wirkungsmodell

Um die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie und die Bedingungen für ihre Erschließung differenzierter bestimmen zu können, soll in diesem Kapitel zunächst eine genauere Bestimmung der Begriffe lokale Demokratie und Gemeinwesenarbeit erfolgen. Anschließend wird der Stand der Forschung zu Wirkungen, Wirkungsannahmen und -modellen in diesen Bereichen resümiert und ein eigenes Wirkungsmodell entwickelt, das als Leitbild und Strukturierungshilfe für die empirischen Erhebungen diene.

4.1 Lokale Demokratie

Theoretische Bezüge

Wir fokussieren uns in dieser Studie auf die zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen und Merkmale von lokaler Demokratie. Dazu zählen soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung als miteinander verbundene und mehrdimensionale Bereiche von sozialem Zusammenhalt (vgl. Gesemann et al. 2019: 22 ff.). Anknüpfungspunkte sehen wir dabei im Demokratieverständnis von John Dewey als Lebensform, in den empirischen Arbeiten zum sozialen Kapital von Robert D. Putnam, aber auch in den normativen Begründungen einer deliberativen und partizipativen Demokratie von Jürgen Habermas und Benjamin Barber sowie in dem konzeptionellen Entwurf von Hartmut Rosa von Politik als Resonanzraum.

Der amerikanische Philosoph und Reformpädagoge John Dewey (1859-1952) sieht in Demokratie „mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 2011: 121). Demokratie zeichne sich durch gemeinsame Ziele und Interessen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen sowie die Einhaltung der gesellschaftlich geteilten Normen und Regeln aus (vgl. Knoll 2018). Dewey verweist auch auf die Bedeutung des alltäglichen Zusammenlebens: „Die Demokratie muss zu Hause beginnen, und ihr Zuhause ist die nachbarliche Gemeinschaft“ (Dewey 2001: 177). Demokratie ist für ihn „vor allem ein soziales Ideal, das sich auf alle Handlungszusammenhänge beziehen muss“ (Jörke/Selk 2019: 80). Hierbei verbindet Dewey mit lokaler Gemeinschaft die Idee einer gelebten Pluralität trotz unterschiedlicher Interessen und einen lebendigen kommunikativen Austausch, der über die eigene Gemeinschaft hinaus reicht (vgl. Rausch 2017). Eine wesentliche Voraussetzung für eine lebendige Demokratie sieht er in einem starken Gemeinschaftsgefühl, das auf persönlichen Begegnungen, Vertrauen und Wertschätzung sowie gemeinsamem Handeln beruht (vgl. Knoll 2018).

Einen weiteren Anknüpfungspunkt für diese Studie bietet die von Robert D. Putnam (*1941) entwickelte soziologische Kategorie des „sozialen Kapitals“, die interpersonale Netze, soziales Vertrauen sowie gemeinschaftsbezogene Normen und Werte umfasst (vgl. Putnam 1993; 2000). Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterscheidung zwischen brückenbildendem, inklusivem sozialen Kapital (*bridging capital*) und bindendem, exklusivem sozialen Kapital (*bonding capital*). Soziales Kapital in Form von sozialen Netzwerken und freiwilligen Zusammenschlüssen

von Menschen hat dabei „interne“ Auswirkungen auf die einzelnen Menschen (Artikulation, Bündelung und Vertretung von Interessen) sowie „externe“ auf das Gemeinwesen insgesamt (Bereitschaft zur Kooperation, Erwerb sozialer und ziviler Kompetenzen) (vgl. Putnam 2000: 338). Eine lebendige Zivilgesellschaft und ein hohes Maß an sozialem Kapital sind eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren (vgl. Putnam 2000: 344 ff.).

Auch Jürgen Habermas (geb. 1929) misst einer lebendigen Zivilgesellschaft in seinem Modell der deliberativen Demokratie, die er als „argumentative Abwägung, gemeinsame Beratschlagung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten“ beschreibt (Schmidt 2019: 234), einen hohen Stellenwert bei. Eine lebendige Zivilgesellschaft formt das Rückgrat einer deliberativen Politik, indem sie die gesellschaftlichen Interessen und Erfahrungen bündelt und Einfluss nimmt auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung. Dies geschieht durch mehr oder weniger spontan gebildete Bewegungen, Vereinigungen und Organisationen, die gesellschaftliche Problemlagen aus den privaten Lebensbereichen der Menschen aufnehmen, kondensieren und in die politische Öffentlichkeit tragen (vgl. Habermas 1992: 443). Eine deliberative Politik ist allerdings auf weitere „Ressourcen der Lebenswelt“ wie eine „freiheitliche politische Kultur“ und eine „aufgeklärte politische Sozialisation“ angewiesen (Habermas 1999: 292) und erfordert eine „Kombination vernünftiger Kommunikation mit der Teilnahme aller potenziell Betroffenen am Entscheidungsprozess“ (Habermas 2007: 431).

Ergänzend hierzu entwirft Benjamin Barber (1939-2017) eine normative Theorie einer lebendigen, partizipativen Demokratie (vgl. Barber 1994). Partizipation sieht er als Wert an sich, da sie das lokale Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen stärkt und Vertrauen und Solidarität generiert. Barber identifiziert Teilnahme und Gemeinschaft als zentrale Merkmale einer „starken“ Demokratie und einer lebendigen Bürgerschaft. Bürgerschaft wird dabei durch den demokratischen Prozess bestimmt, „durch gemeinsames Handeln, ziviles Verhalten, Sprechen und Mitbestimmung. Bürgerschaft wird durch einen kreativen Konsens ebenso konstituiert, wie es diesen hervorbringt“ (Sack 2019: 678). Zudem sieht Barber (2013) sein Modell einer kosmopolitisch angelegten Demokratie in lokalen und städtischen Kulturen verankert. Politisches Leben beginnt für ihn stets in der Nachbarschaft, in Kommunen und Städten. Aufgrund der lebensweltlichen Nähe eröffnen kollektive Entscheidungen nach Barber nicht nur die „Chance auf wirkungsvolle kollektive Selbstbestimmung“, sondern steigern auch das „Interesse an politischer Partizipation“ (Kieselbach 2017: 20).

Mit der Konzeptualisierung von „Politik als Resonanzsphäre“, in der die „Welt der öffentlichen Institutionen und die Strukturen des kollektiv geteilten Lebens“ zum Sprechen gebracht beziehungsweise responsiv gemacht werden, erweitert Hartmut Rosa (*1965) das Verständnis von Demokratie (Rosa 2016: 73). Diese basiere fundamental auf der Vorstellung, „dass ihre Form der Politik jedem Einzelnen *eine Stimme gibt und sie hörbar macht*, so dass die politisch gestaltete Welt zum Ausdruck ihrer produktiven Vielstimmigkeit wird“ (ebd.: 366). Unter Demokratie versteht Rosa somit „einen anhaltenden Prozess der Sensibilisierung für die Vielfalt der Stimmen im Sinne von Perspektiven, Existenzweisen und Weltbeziehungen“ (ebd.: 368). Die Konzeptualisierung

der Demokratie als Resonanzsphäre erfordere eine „Revitalisierung des Gemeinwohlgedankens“ und eine Ausgestaltung der „institutionellen Praktiken des politischen Handelns“, die „den Bürgerinnen und Bürgern die Erfahrung resonanzsensibler Selbstwirksamkeit auch unter den Bedingungen globaler Vernetzung“ ermöglicht (Rosa 2019: 178 f.).

Die Förderung der lokalen Demokratie sollte somit bei der Zivilgesellschaft ansetzen, da nachbarschaftliches Miteinander, Engagement und Solidarität, politisches Interesse und gesellschaftliche Teilhabe nicht nur Ausdruck einer lebendigen, partizipativen Demokratie, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren sind (vgl. Wiesner 2018: 30). Anknüpfungspunkte für eine Förderung der lokalen Demokratie werden in der Sozialen Arbeit vor allem in der Entwicklung einer demokratischen Professionalität sowie in den Arbeitsfeldern von Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit gesehen. Patrick Oehler (2018: 253 ff.) hat in diesem Kontext Handlungsleitlinien demokratischer Professionalität erarbeitet, in deren Zentrum eine dialogische Grundhaltung „als ein selbstreflexives Moment offener Kommunikation“ (ebd.: 267) steht. Lokale Demokratie wird dadurch gestärkt, dass zum einen Fachkräfte aus verschiedenen Arbeitskontexten der Sozialen Arbeit Partizipationsmöglichkeiten in der lokalen Stadtentwicklung nutzen und zum anderen Städte ihre intermediäre Infrastruktur als Scharniere zwischen Quartiersbevölkerung und Verwaltung ausbauen (ebd.: 303).

Gemeinwesenarbeit kann hier potenziell einen positiven Beitrag zur lokalen Demokratieförderung leisten (vgl. Becker/Schnur 2018: 2). Konkret erwarten wir vor allem Effekte auf drei Ebenen: (1) in der Förderung von Demokratie als sozialer und kultureller Lebensform, die mit einer Akzeptanz von Diversität und Meinungsvielfalt sowie einem zivilen, lernenden Umgang miteinander einhergeht; (2) in der Ermöglichung kommunikativen Austauschs in verschiedenen Settings sowie (3) in der Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten und der brückenbauenden Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft. Das Potenzial der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie liegt somit vor allem in der Aktivierung und Stärkung von Individuen sowie in der Ermöglichung kollektiver Selbstwirksamkeitserfahrungen (vgl. Rosa 2016: 275). In der vorliegenden Studie wird daher untersucht, ob bzw. in welchem Maße eine aktivierende Gemeinwesenarbeit einen Beitrag zur Etablierung eines „politischen Resonanzraums“ leisten, der lokale Demokratie stärkt.

Die Rolle der lokalen Demokratie und der Kommunen

Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Miteinander in Städten ist in den vergangenen Jahren zu einem Kernthema politischer Debatten geworden. Neben den durch Digitalisierung, Globalisierung und weltweite Migrations- und Fluchtbewegungen hervorgerufenen Spaltungstendenzen lässt sich auch eine sich verstärkende sozialräumliche Disparität sowie eine wachsende Polarisierung von Stadträumen und Wohngebieten beobachten, womit die Herausbildung von Räumen mit einer Kumulation von Problemen einhergeht, beispielsweise Alterungs-, Schrumpfungs-, Gentrifizierungs- und Verdrängungsprozesse in Städten (vgl. Gesemann et al. 2019; Schnur 2016).

Diese sozioökonomischen, sozialräumlichen und soziokulturellen Veränderungsprozesse gehen einher mit einer Debatte über eine „Krise der Demokratie“ (Merkel 2015a; 2016) und über die Funktionalität des politischen Systems. Diagnostiziert wird eine „schleichende demokratische Ermüdung“, die sich „in sinkender Wahlbeteiligung, in Alterung und Schrumpfung der Parteienmitgliedschaft, aber auch im rapide nachlassende Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der politischen Führung und der klassischen Institutionen der liberal-repräsentativen Demokratie“ zeigt (Nolte 2011: 6; vgl. auch Appadurai 2017). Wolfgang Merkel (2015b) findet in der Zusammenschau vieler Einzelanalysen zwar keine Krise der Demokratie, aber Erosionserscheinungen in zentralen Bereichen. Reformpotenziale werden im Bereich der politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zumeist in einer Kombination politisch-repräsentativer, direktdemokratischer und dialogorientierter, kooperativer Elemente gesehen (vgl. Gabriel/Kersting 2014; Geißel et al. 2014). Diese lassen sich vor allem auf der lokalen Ebene erschließen, da dort die geringeren Distanzen zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung bessere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger schaffen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013).

Trotz aller Ambivalenzen, Herausforderungen und Spannungsfelder kommt der kommunalen Ebene eine wichtige Rolle als Arena für Engagement und Beteiligung zu: Die Identifikation mit dem Quartier und der Kommune, sozialräumliche bzw. stadtteilbezogene Angebote und Dienstleistungen sowie niedrigschwellige Strukturen der Engagementförderung stärken die Bereitschaft von Menschen, sich für ausgewählte Zielgruppen, das Miteinander vor Ort oder die Gestaltung des gesellschaftlichen

Zusammenlebens einzusetzen (vgl. Gesemann/Roth 2015). Die starke Stellung der Kommunen als Trägerinnen öffentlicher Investitionen in die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur eröffnet zudem Räume für Engagement und Beteiligung. In der Kommune als „Keimzelle“ (Gabriel 2013: 381) beziehungsweise als „Schule der Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2013: 8) wird die Beteiligung an der Kommunalpolitik als Modell partizipativen Lernens gewertet: Auf dieser „Ebene umfassender Mitwirkungsmöglichkeiten“ (ebd.) lassen sich Kontakte einfach herstellen und Prozesse leicht nachverfolgen.

Sozialer Zusammenhalt – als Ausdruck sozialer Beziehungen, von Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung – wird zudem vor allem auf lokaler Ebene erfahren und gelebt; hier lassen sich deutliche Unterschiede zu übergeordneten Ebenen identifizieren, die schlechtere Bewertungen in Bezug auf Vertrauen in Politik und Medien sowie auf die Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erfahren (Gesemann et al. 2019: 12).

Demokratische Teilhabe umfasst zwei Formen der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung: Zum einen das gemeinwohlorientierte bürgerschaftliche Engagement, zum anderen die politische Partizipation an öffentlichen Entscheidungsfindungsprozessen. Letztere kann wiederum unterschieden werden in (1) repräsentative Partizipation (Wahlen zu Gemeindevertretungen), (2) direktdemokratische Partizipation (z. B. Referenden in Form von Bürgerentscheiden), (3) deliberative Partizipation (z. B. Beiräte, Bürgerinnen- und Bürgerforen, Nachbarschafts- bzw. Stadtteildialoge) und demonstrative Partizipation (Demonstrationen, Unterschriftenaktionen) (Gabriel/Kersting 2014: 44; Kersting 2017: 83 ff.).

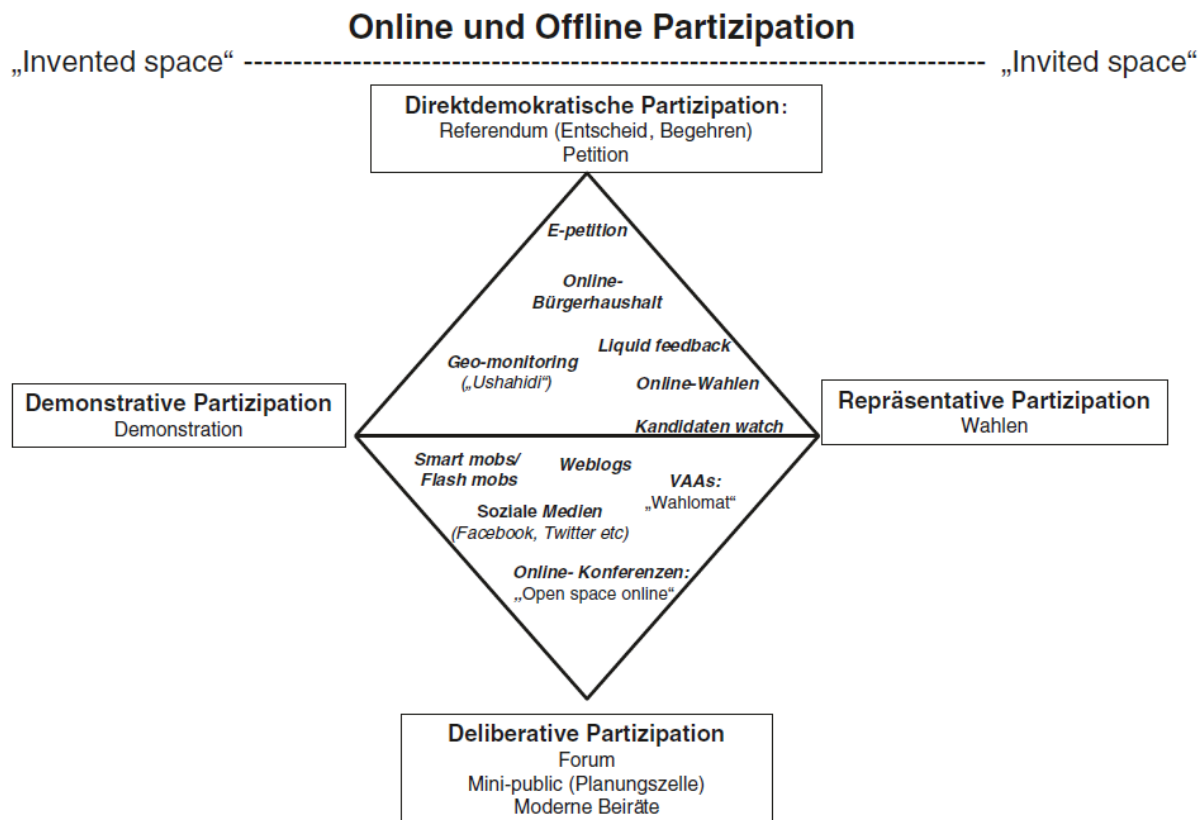


Abbildung 3: Formen politischer Partizipation, Quelle: Kersting (2017: 83, vereinfachte Darstellung)

In Deutschland wurden die gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten vor allem in den Jahren nach der Wiedervereinigung ausgebaut. In deren Folge verankerten die Bundesländer verstärkt direktdemokratische Formen der Beteiligung in ihren Landesverfassungen und Gemeindeordnungen bzw. erleichterten die Nutzung dieser Instrumente. Um eine bessere Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern in die Vorbereitung von politischen Entscheidungen zu ermöglichen, wurden zudem verschiedene Formen von Bürgerinnen- und Bürgerdialogen entwickelt, sodass in Ländern und Kommunen seitdem ein breites Spektrum verfasster und nicht verfasster Beteiligungsmöglichkeiten existiert. Die Ergebnisse empirischer Forschungen zeigen, dass die Ausdifferenzierung der Beteiligungsmöglichkeiten mit einer verstärkten Nutzung unkonventioneller, direkt-demokratischer und dialog-orientierter deliberativer Partizipationsformen einhergeht (vgl. Gabriel/Kersting 2014: 43 f.).

Die Ursachen des Wandels von Engagementformen und Beteiligungsstrukturen sind relativ gut erforscht. Hierbei sind die wichtigsten Antriebskräfte des gewachsenen sozialen und politischen Engagements der Anstieg des Bildungsniveaus, die Ausbreitung von Selbstverwirklichungswerten und die kognitive Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten. Zahlreiche Umfragen belegen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nach mehr direkter politischer Beteiligung verlangt, nach Mitsprachemöglichkeiten bei großen Infrastrukturprojekten, aber auch im Alltag vieler öffentlicher Einrichtungen wie beispielsweise Kindergärten oder Schulen (vgl. Gabriel/Kersting 2014: 45).

Mit dem Wandel von Beteiligungsansprüchen und Beteiligungsformen verändert sich auch das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalpolitik und -verwaltung. Eine Vielzahl selbstorganisierter, oft thematisch ausgerichteter Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern fordert eine konkrete Einbindung in politische Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse. In diesem erweiterten, zunehmend unstrukturierten Feld lokaler Akteure wird der demokratische Interessenausgleich immer vielschichtiger und stellt wachsende Anforderungen an alle Beteiligten, insbesondere auch an Politik und Verwaltung. Hierbei sollte insbesondere auch die demokratische Teilhabe von Menschen aus benachteiligten Gruppen gestärkt werden (vgl. Gesemann et al. 2017).

Allerdings kommen empirische Untersuchungen zu Elementen der kooperativen Demokratie zum Teil auch zu ernüchternden Ergebnissen: Sie zeigen, „dass Bürgerforen häufig nicht zu einem Abbau der Politik(er)verdrossenheit beitragen, sondern diese durch die mangelnde Umsetzung der Beteiligungsergebnisse forcieren“ (Holtkamp 2007: 375). Hinzu kommen eine sehr selektive soziale Zusammensetzung, „die Externalisierung von Kosten auf unbeteiligte Dritte und eine mangelnde Transparenz bei den vielen zeitgleich ablaufenden Beteiligungsverfahren“ (ebd.). Eine Erweiterung des Repertoires politischer Beteiligung fördert häufig das Engagement von ressourcen- und organisationsstarken Gruppen, während benachteiligte Bevölkerungsschichten weiterhin nur schwer erreicht werden (vgl. van Deth 2014b: 130). Die Ausweitung partizipativer Verfahren kann so zu einer Verfestigung von sozialer Ungleichheit führen (vgl. van Deth 2014c: 167).

In der Ausweitung lokaler Beteiligungsmöglichkeiten werden aber – trotz der beschriebenen Herausforderungen und Spannungsfelder – zentrale Potenziale für eine „Demokratisierung der Demokratie von unten“ gesehen. Argumentiert wird erstens damit, dass die kommunale Ebene besonders geeignet ist, um die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich an der Politik zu beteiligen. Neue Angebote und innovative Formen der Beteiligung könnten der bestehenden Politikverdrossenheit und der Skepsis gegenüber einer rein repräsentativen Demokratie entgegenwirken. Bund und Länder könnten zweitens von den kommunalen Erfahrungen mit der Erprobung neuer Beteiligungsangebote und Demokratieformen lernen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: 187): „Die Kommunen sollten als Experimentierbaustelle genutzt werden, um unterschiedliche Demokratiereformen auszuprobieren. Wo sollte auch sonst mehr Demokratie gewagt werden, wenn nicht in den Kommunen?“ (ebd.: 212 f.).

Digitalisierung und Globalisierung, Migrations- und Fluchtbewegungen, Klimawandel, Pandemien und politisch motivierte Gewalt sind eine Herausforderung für vernetzte Gesellschaften. Zugleich zeigen sich sozialräumliche und soziokulturelle Spaltungslinien sowie Erosionserscheinungen in zentralen Bereichen der repräsentativen Demokratie. Dazu gehören eine zunehmende Wahlenthaltung und geringere politische Kompetenzen in unterprivilegierten Schichten, eine verringerte Bandbreite wirtschafts- und sozialpolitischer Politikangebote „traditioneller“ (Volks-) Parteien sowie der Aufstieg rechtspopulistischer und nationalistischer Bewegungen. Zentrale Potenziale für eine Bewahrung des sozialen Zusammenhalts und Reformen der Demokratie werden dabei in der Kommune als „Schule der Demokratie“ gesehen, wo demokratische Verhaltensweisen und politische Fähigkeiten, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten, die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und die Suche nach Kompromissen erlernt und eingeübt werden. Auf lokaler Ebene zeigen sich Chancen, aber auch Grenzen einer Stärkung von Demokratie, denen in dieser Studie als einer empirischen Suchbewegung nach konkreten und praxiserprobten Lösungen nachgegangen werden soll.

Zwischenfazit

Die Kommunen erfüllen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Doppelfunktion: Sie sind eine eigenständige Verwaltungsebene, die den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten bietet; gleichzeitig sind sie eine staatliche Ausführungsinstanz. Angesichts dieser verschiedenen Funktionen befindet sich die Kommunalpolitik in einem Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und Effizienz. Aufgrund der geringeren räumlichen Distanzen und der Lebensnähe der politischen Prozesse, gibt es vor Ort vielfältigere Möglichkeiten, Politik mitzugestalten. In der Kommune als „Keimzelle“ und „Schule der Demokratie“ ist die Beteiligung an der Kommunalpolitik ein Modell partizipativen Lernens.

4.2 Begriffsbestimmung Gemeinwesenarbeit

Geschichtliche Einordnung

Gemeinwesenarbeit kann in Deutschland, vor allem aber in den angloamerikanischen Ländern auf eine lange Tradition verweisen, wobei sie maßgeblich von der Settlement-Bewegung in den angelsächsischen Ländern des 19. Jahrhunderts inspiriert wurde. Kernidee der Settlement-Bewegung war die Niederlassung (settlement) von gebildeten Mittelschichtsangehörigen in Elendsquartieren, um unter den Armen zu leben, unmittelbare Hilfen für Notleidende zu organisieren sowie strukturelle Veränderungen auf kommunaler und gesellschaftlicher Ebene im jeweiligen Wohnquartier zu bewirken. Es folgten Freizeit- und Bildungsangebote, Gruppenleben und Mitwirkung wurden eingeübt, wobei vor allem Räume und der organisatorische Rahmen zur Verfügung gestellt wurden. In Toynbee Hall, dem ersten Settlement in London, ging es im Kern um den Erwerb demokratischer Einstellungen und Kompetenzen und es galt als wichtigste Bürgerinnen und Bürgerpflicht, sich an Diskussionen zu Gemeinschaftsangelegenheiten zu beteiligen (vgl. Wendt 1990: 150 f.).

In Deutschland entstand in Anlehnung an diese ersten Gemeinwesenarbeitsprojekte in England und den USA 1901 das Volkshaus Hamburg und weitere folgten. Insbesondere Herta Kraus, eine deutsche Emigrantin, unterstützte nach 1945 im Auftrag des Dachverbands der amerikanischen Quäker den Neuaufbau von sogenannten „community organizations“ in Deutschland. Aus Sicht von Kraus (1951: 191) „handelt es sich um ein Stück Lebensäußerung der Mitbürger eines ganzen Volkes, die das Recht haben und nutzen, an allen Aufgaben der Gemeinschaft in freiwillig gewählter Verantwortung aktiv mitzutun.“

Im Jahr 1963 entstand dann in Köln das erste bedeutsame Gemeinwesenarbeitsprojekt in einer Obdachlosensiedlung (vgl. Hinte/Karas 1989: 24), weitere Projekte folgten, vor allem in Hochhausiedlungen an den Rändern der Großstädte (vgl. Hubbertz 1984). Die Gemeinwesenarbeit erlebte in Deutschland z. B. Beginn der 1970er Jahre eine kurze Hochblüte, wobei sie im Zuge der 1968er Studentenbewegung über die Hilfe zur Selbsthilfe hinaus eine gesellschaftspolitische Perspektive in ihre Arbeit mit einbezog. Sie verstand sich als Reformbewegung von unten, deren Ziel nicht nur die Aktivierung, sondern darüber hinausgehend auch die Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger sowie die Demokratisierung der Gesellschaft war. Das heute häufig als „Empowerment“ bezeichnete Kernelement sowie ihre konsequent demokratische Grundhaltung und -ordnung lassen sich dabei bereits in ihren frühen Ansätzen identifizieren.

Die Einordnungs- und Charakterisierungsversuche von Gemeinwesenarbeit sind vielfältig und reichen von einer Methode, einem Prozess, einer Strategie, einem Arbeitsprinzip und Handlungsfeld bis hin zum Konzept (vgl. Stövesand/Stoik 2013: 17). Entscheidend ist, dass die Gemeinwesenarbeit in Deutschland bis in die 1990er Jahre nahezu einhellig in den Kontext der Sozialarbeit gestellt wurde. Lange wurde sowohl in der Disziplin als auch in der Profession von einer Dichotomie der Gemeinwesenarbeit ausgegangen. Sie wurde zumeist einerseits als Arbeitsprinzip

und andererseits als Arbeits- bzw. Handlungsfeld entwickelt und mitunter wurde beides zugleich entfaltet.

Als Arbeitsfeld wird Gemeinwesenarbeit insbesondere dann konzipiert, wenn soziale Probleme bzw. sozialräumliche und soziostrukturelle Probleme der Stadt (-teile) eine zielgruppenübergreifende und mehrdimensionale Vorgehensweise erfordern. Dieses Verständnis spiegelt sich in der Praxis der Sozialen-Stadt-Programme im gesamten Bundesgebiet u. a. im Rahmen des Quartiersmanagements wider. Aber auch bei der Entwicklung von großen neuen Wohngebieten sowie ganzen Stadtteilen wird Gemeinwesenarbeit als Arbeitsfeld konzipiert. Laut Stövesand (2018: 560) ist Gemeinwesenarbeit immer auch ein Arbeits- bzw. Handlungsfeld mit entsprechenden Projekten und Institutionen gewesen.

Die bereits in den 1980er Jahren diskutierte Charakterisierung von Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, das übergreifend für alle Handlungsfelder der Sozialen Arbeit gelten sollte (vgl. Boulet et al. 1980), wurde in den 1990er Jahren konkretisiert (vgl. Hinte et al. 1999). Hieraus entstanden die konzeptionellen Überlegungen für das heutige Fachkonzept Sozialraumorientierung, das aus dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit hervorgegangen ist (vgl. Noack/Riede 2017) und bei dem unter Rückgriff auf das sozialräumliche Umfeld der Einzelfall bearbeitet wird: „Sozialraumorientierung steht [somit] für die räumliche Wende in der Sozialen Arbeit insgesamt“ (Kessl/Reutlinger 2010: 43). Parallel dazu hat die Diskussionen um eine Orientierung am Sozialraum auch in anderen Disziplinen und Professionen Einzug gehalten und eine lebhaftere theoretische Auseinandersetzung um Sozialraumorientierung ist entstanden, wobei der politisch-emanzipatorische Kerngedanke der Gemeinwesenarbeit jedoch in den Hintergrund gedrängt wurde.

Seit einigen Jahren wird Gemeinwesenarbeit auch als konzeptioneller Ansatz differenziert (vgl. Stövesand/Stoik 2013), um die komplexen Zusammenhänge und zentralen Aspekte der Gemeinwesenarbeit klarer zu konturieren. Da der Gemeinwesenarbeit kein einheitliches Menschenbild und Gesellschaftsverständnis zugrunde liegt, muss von verschiedenen Konzepten gesprochen werden (vgl. Stövesand 2018: 560). Ihre verschiedenen Variationen fördern „die Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit und kollektives Empowerment bezüglich der Gestaltung bzw. Veränderung von infrastrukturellen, politischen und sozialen Lebensbedingungen“ (Stövesand/Stoik 2013: 16). Dies kann als konzeptioneller Kern der Gemeinwesenarbeit ausgemacht werden, der eine demokratiefördernde Arbeitsweise betont. Angesichts der Komplexität dieser Aufgaben ist offensichtlich, dass dies nur in einem langfristigen, kooperativen Prozess erfolgen kann (vgl. Riede 2019). Die vorliegende Studie folgt dieser Variante und sieht Gemeinwesenarbeit als einen konzeptionellen Ansatz mit verschiedenen Ausprägungen.

Arbeitsweise und Prinzipien der Gemeinwesenarbeit

Um den Kontaktaufbau zu Menschen unterschiedlicher Milieus und Gruppen zu ermöglichen, werden im Rahmen der Gemeinwesenarbeit vor Ort individuelle und alltagsorientierte Angebote, Beratungen und Dienstleistungen vorgehalten, u. a. in den Berei-

chen der individuellen Existenzsicherung, der Konfliktschlichtung, aber auch bei ganz einfachen Serviceleistungen. Diese unmittelbaren Hilfen und Angebote senken die Schwellenängste, dienen der Kontaktaufnahme insbesondere auch mit ökonomisch und/oder sozial benachteiligten Menschen und unterstützen die Herstellung und Intensivierung sozialer Beziehungen im Stadtteil (vgl. Hubbertz 1984: 68). Nach einem gelungenen Vertrauens- bzw. Beziehungsaufbau zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Hauptamtlichen im Rahmen dieser Angebote, können Gruppenaktivitäten entwickelt und ggf. Menschen in bestehende Gruppenaktivitäten eingebunden werden, um die sozialen Netze bzw. die Integration und Teilhabe von Individuen zu stärken. All diese Aktivitäten sind auch als Vorstufen für eine weitergehende Zusammenarbeit und letztlich auch für politisches und zivilgesellschaftliches Interesse zu sehen.

Im Rahmen ihrer Arbeit betrachten Mitarbeitende der Gemeinwesenarbeit die Menschen vor Ort als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenssituation (vgl. Lüttringhaus 2011: 277 f.). Zentrales Element der Arbeit ist es, Bewohnerinnen und Bewohner zu gemeinsamen Aktivitäten und zur Lösung allgemeiner Probleme zu motivieren, zu aktivieren und zu befähigen. Damit die Menschen ihr Wissen und ihre Interessen einbringen können, bedarf es vielfältiger niedrigschwelliger Partizipationsmöglichkeiten; auch die gemeinsame Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes mit den Bewohnerinnen und Bewohnern unter Berücksichtigung örtlicher Rahmenbedingungen erscheint hierbei sinnvoll (vgl. Riede 2017: 4).

Die Gemeinwesenarbeit verfügt über ein großes Potenzial für eine Förderung von (lokaler) Demokratie, denn sie

„integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA [Gemeinwesenarbeit] ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet“ (Stövesand/Stoik 2013: 21).

Zentrale Merkmale sind hierbei der Aufbau sozialer Beziehungen und Kooperationsstrukturen, die Unterstützung von Kommunikation sowie der Ausbau von Selbstorganisation und gemeinsamer Handlungsfähigkeit (vgl. Stövesand 2019).

Für die Gemeinwesenarbeit wurden Leitstandards entwickelt, um die zentralen Arbeitsprinzipien zu konkretisieren (vgl. Lüttringhaus 2011).⁴ Zwei dieser Leitstandards erscheinen hinsichtlich der demokratiefördernden Wirkung von Gemeinwesenarbeit besonders relevant. Einerseits ist die Orientierung an der Lebenswelt und den Themen und Problemen der Menschen grundsätzlich der Ausgangspunkt (vgl. Hinte 2016). Dieses Aufgreifen von dem, was die Menschen bewegt – auch manifeste oder latente Konflikte – verleiht der Gemeinwesenarbeit „eine deutlich präventive Komponente“ (Stövesand/Stoik 2013: 22). Andererseits setzt Gemeinwesenarbeit zielgruppenübergreifend an – häufig themenbezogen – wodurch viele verschiedene Menschen angesprochen, gemeinsame Austausch- und Lernprozesse gefördert und stigmatisierenden Fokussierungen auf einzelne Personengruppen entgegengewirkt werden soll (vgl. Riede et al. 2017: 4). Dieses Vorgehen unterscheidet die Gemeinwesenarbeit von

fast allen anderen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit, die in erster Linie zielgruppenspezifisch arbeiten (vgl. Thole 2012: 46). Angesichts der häufig unpolitisch verkürzten Rezeption der Gemeinwesenarbeit hat Riede (2019) einen Ansatz von Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin entwickelt, der Prinzipien hinsichtlich der demokratiefördernden Aspekte weiter ausdifferenziert, um die basisdemokratische, politische Arbeitsweise herauszuarbeiten. Hierbei wurden die Prinzipien von Lüttringhaus (2011) um folgende Prinzipien ergänzt: Kommunikative Vermittlung zwischen unterschiedlichen Lebenswelten; Förderung von kollektivem Empowerment und Selbstorganisation, partizipative (Bildungs-) Möglichkeiten schaffen, Komm- und Gehstruktur, nachhaltige Gesellschaftsentwicklung im Blick (vgl. Riede 2019: 79 ff. aufbauend auf Riede et al. 2017).

Haltung und Rolle der Gemeinwesenarbeiterinnen und -arbeiter

Für die lokal- und sozialpolitische Ausrichtung der Arbeit im Gemeinwesen ist insbesondere auch die Haltung und Rolle der Mitarbeitenden der Gemeinwesenarbeit von entscheidender Bedeutung. Eine Verankerung der Arbeitsweise und Haltung an demokratischen Grundwerten, den ethischen Prinzipien der Sozialen Arbeit und den Menschenrechten ist zentral, um Möglichkeiten einer Instrumentalisierung durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Stoik (2011) unterscheidet in einem kontroversen Diskurs zwischen einer parteilichen und einer intermediär vermittelnden Haltung, wobei es darum geht, ob im Stadtteil alle einbezogen werden sollen oder die Schwächeren gezielt gestärkt werden müssen.

Parteilichkeit meint in diesem Zusammenhang

„die Unterstützung sozial Benachteiligter, ungerecht Behandelte oder schlichtweg gehandicapter Personengruppen im Bemühen sich zu artikulieren und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Parteilichkeit will ungerechtfertigte Benachteiligungen überwinden, Beiträge zur Chancengleichheit leisten“ (Rausch 2004: 89).

In diesem Verständnis leistet Gemeinwesenarbeit auch demokratiepolitisch wertvolle Beiträge zur Teilhabe gerade jener Milieus und Schichten, die durch traditionelle politische Bildung nicht erreicht werden können. Dabei handeln Mitarbeitende der Gemeinwesenarbeit jedoch nie stellvertretend für die Betroffenen, sondern versuchen, bei den Menschen ein neues Bewusstsein zu schaffen (Renate Schnee 2010, zitiert nach Rothschild/Spitzenberger 2010: 88) und tragen so dazu bei, dass benachteiligte Gruppen für Beteiligung motiviert und qualifiziert und die Dominanz organisierter Interessen abgebaut werden.

Mitarbeitende der Gemeinwesenarbeit suchen den kommunikativen Dialog, den öffentlichen Diskurs und streben die Zusammen-

⁴ Zielgruppenübergreifendes Handeln, Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen, Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte, Nutzung der vorhandenen Ressourcen, ressortübergreifendes Handeln sowie Vernetzung und Kooperation (vgl. Lüttringhaus 2011: 279 ff.).

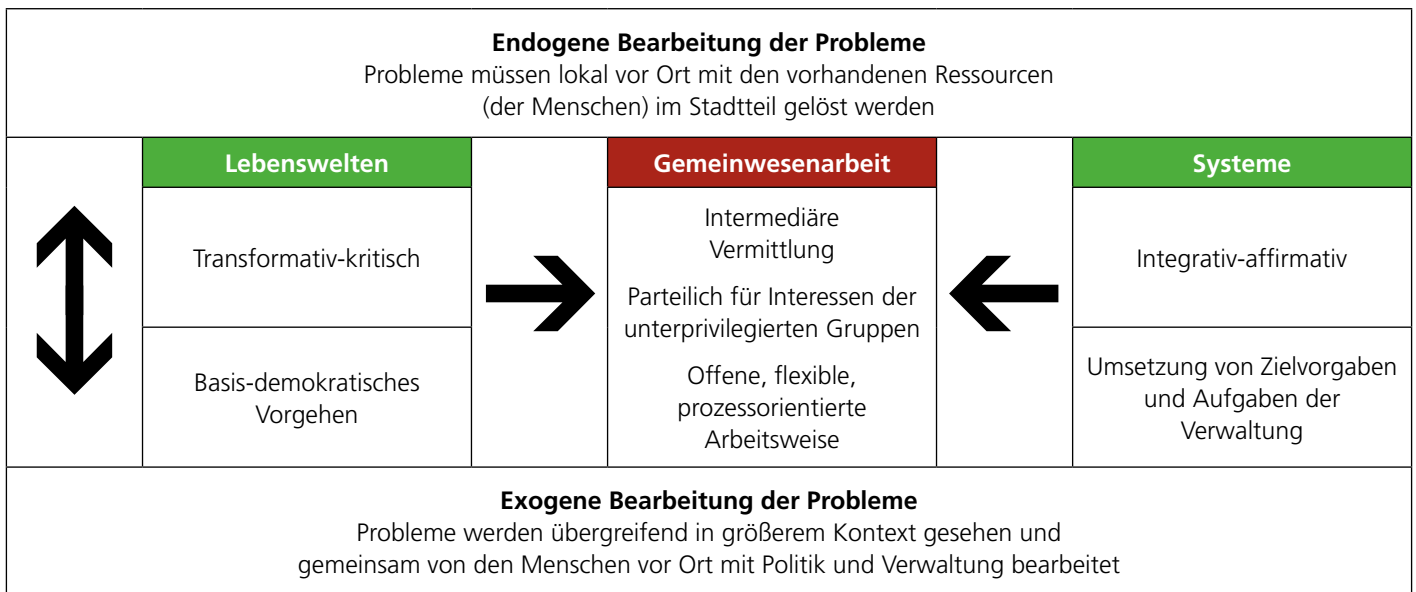


Abbildung 4: Politische Reichweite der Gemeinwesenarbeit, eigene Darstellung (Entwurf Milena Riedel/Michael Rothschuh)

arbeit unterschiedlicher Akteure u. a. als Bündnispartnerinnen bzw. Mitgestalter für die Verbesserung der Lebensbedingungen auf allen Ebenen an, auch mit Verwaltung und Politik (vgl. Lüttringhaus 2011: 277 f.). Anfang der 1990er Jahre wurde begonnen, die Funktionsweise von intermediären Vermittlungsinstanzen für die Erneuerung städtischer Quartiere herauszuarbeiten. Hierdurch erhoffte man sich einen Ausweg aus der polarisierenden Perspektive einer aggressiven Variante von Gemeinwesenarbeit (vgl. Fehren 2016: 61 ff.). Da die Probleme im Stadtteil häufig nicht allein von den Bewohnerinnen und Bewohnern gelöst werden können, ist die Vermittlung der Themen vor Ort an die zuständige Politik und Verwaltung, aber auch an die Wirtschaft, von großer Bedeutung. Dabei agieren Intermediäre „auf drei Handlungsebenen: auf der Ebene des direkten Kontakts im Stadtteil, auf der Bearbeitungsebene der Institutionen sowie auf der Entscheidungsebene der Politik“ (Lüttringhaus 2011: 152). Hieraus ergibt sich eine doppelte Aktivierungsrichtung für die Gemeinwesenarbeit, da sie sowohl Bewohnerschaft als auch Institutionen anspricht. Allerdings besteht aus Sicht von Fehren (2016: 62 ff.) die Gefahr, dass professionelle Soziale Arbeit als „Systemakteur“ beim Balanceakt der Vermittlung zwischen System und Lebenswelt zu stark von administrativen Logiken dominiert wird und sich von den lebensweltlichen Interessen der Menschen entfernt.

Verschiedene Variationen und politische Reichweite der Gemeinwesenarbeit

Angesichts der großen Vielfalt verschiedener Ansätze in der Praxis und unterschiedlicher Varianten der Gemeinwesenarbeit⁵ verortet Stövesand (2019) diese in einem Kontinuum zwischen integrativ-affirmativen und transformativ-kritischen Ansätzen. Erstere, wie z. B. das Quartiersmanagement, widmen sich den Erscheinungen gesellschaftlicher Desintegration, wie z. B. sozialen Konflikten, der Verlust sozialen Zusammenhalts, der Kriminalitätszunahme oder der Zerstörung gemeinsamer Werte, und zielen auf veränderte Verhaltensweisen, Gemeinschafts- und

Wertebildung sowie Reformansätze im Rahmen der vorhandenen Gesellschaftsordnung ab. Transformativ-kritische Ansätze, wie z. B. der Ansatz des Community Organizing, zielen auf grundlegende Veränderungen des gesellschaftlichen Status Quo und fokussieren auf soziale Ungerechtigkeit, Unterprivilegierung und ungleiche Machtverteilung. Hierbei beziehen sie sich auf Saul Alinsky, einen „radikalen Basisdemokraten“, dem es jedoch nicht um eine grundsätzliche Systemumwälzung, sondern vielmehr um Veränderungen von Machtverteilung und Mehrheitsverhältnissen im Rahmen der Demokratie ging, wobei er Konflikte offensiv strategisch nutzte (vgl. Stövesand 2019).

Ein weiterer zentraler Unterschied zeigt sich vor allem bei der Frage, ob bei Politik und Verwaltung bezüglich sozial benachteiligter Stadtteile eine immanente Perspektive vorherrscht, die Herausforderungen als alleinige Aufgaben des Stadtteils begreift und auf endogene, dort vorhandene Ressourcen setzt. Oder ob „soziale Probleme im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Verursachungszusammenhänge und übergreifender ökonomischer, sozialer und staatsbürgerlicher Rechte thematisiert werden“ (ebd.) im Sinne einer exogenen Problembearbeitung, die deutlich über den Stadtteil hinaus geht. Ein basisdemokratisches Vorgehen und eine Vorgehensweise nach Vorgaben der Verwaltung können in einem Kontinuum als definierte Eckpunkte eines Spektrums angesehen werden, wie auch eine transformativ-kritische Arbeitsweise einer integrativ-affirmativen entgegensteht. Gemeinwesenarbeit ist jedoch immer durch ihre intermediären Ansätze der Vermittlung zwischen Lebenswelten und System und ihren parteilichen Ansatz für Benachteiligte geprägt, wofür eine offene, flexible und prozessorientierte Arbeitsweise erforderlich ist (vgl. Abbildung 4).

⁵ Noack (2015: 59 ff.): unterscheidet zwischen drei zentralen Varianten der Gemeinwesenarbeit: der aggressiven Gemeinwesenarbeit, der katalytisch-aktivierenden Gemeinwesenarbeit und der integrativ-fürsorglichen Gemeinwesenarbeit.

Zwischenfazit

Gemeinwesenarbeit ist ein konzeptioneller Ansatz einer partizipativen, diversitätssensiblen Stadtteilentwicklung, der die Bevölkerung durch den Aufbau dezentraler Beteiligungs- und Selbstorganisationsstrukturen unterstützt, an der Verbesserung der Lebensbedingungen im Sinne der Menschen vor Ort mitzuwirken. Während zwischen verschiedenen Interessen, Akteuren und Ebenen im Stadtteil vermittelt und vernetzt wird, trägt eine parteiliche Arbeit für benachteiligte Menschen gleichzeitig dazu bei, dass deren Interessen ebenfalls Gehör finden. Die Verbindung einer parteilichen mit einer intermediären Haltung entspricht dem Ansatz von Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin. Hierbei kann die Vorgehensweise der Gemeinwesenarbeit zwischen einem basisdemokratischen und einem managendem Vorgehen nach Vorgaben der Verwaltung sowie zwischen einer transformativ-kritischen und einer integrativ-affirmativen Arbeitsweise variieren. Gemeinwesenarbeit war und ist immer recht stark vom jeweiligen Zeitgeist geprägt und befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen individueller Aktivierung, gemeinschaftlichem Handeln und gesellschaftlichen Entwicklungen. Es geht darum, soziale Teilhabe, Partizipations- und Bildungsangebote zu schaffen, um allen Menschen die Teilnahme an demokratischen Beteiligungsprozessen zu ermöglichen.

4.3 Qualität lokaler Demokratie und Wirkungen von Gemeinwesenarbeit

Um die Potenziale von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung der lokalen Demokratie auf der Quartiers- und Nachbarschaftsebene bestimmen zu können, wird im Folgenden der Stand der Forschung zu Wirkungen, Wirkungsannahmen und -modellen in diesen Bereichen resümiert. Diese Betrachtung mündet in dem Entwurf eines Wirkungsmodells und einer Strukturierungshilfe, die für die empirischen Erhebungen genutzt wurden.

Wirkungsmodell lokaler Demokratie

Andreas Ladner und Marc Bühlmann (2007) haben einen Vorschlag zur Messung lokaler Demokratiequalität entwickelt, der über die formale und institutionelle Ausgestaltung lokaler Demokratie hinausgeht und auch die (wahrgenommene) Qualität kommunaler Leistungen einbezieht. Sie beschreiben sechs Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger als Indikatoren für das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements und als normative (Grund-) Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit und die Qualität der lokalen Demokratie: soziale Integration, politisches Interesse, politische Kompetenz, Vertrauen in das politische System, Zufriedenheit mit dem politischen System und politische Beteiligung (Ladner/Bühlmann 2007: 26 und 244; siehe auch Abbildung 5).

Form und Stärke dieser sechs Determinanten bestimmen Ausprägung und Qualität der lokalen Demokratie, wobei es sich nach Ladner und Bühlmann (2007) um ein komplexes trichterförmiges Wirkungsgefüge handelt, in dem die Komplexität schrittweise zunimmt:

„Wir gehen davon aus, dass soziale Integration politisches Interesse beeinflusst, dass Interesse seinerseits eine notwendige, aber nicht unbedingt hinreichende Voraussetzung für politische Kompetenz, politisches Vertrauen und Zufriedenheit darstellt. Kompetenz wiederum beeinflusst Vertrauen und Zufriedenheit, wobei letztere auch durch den Grad an Vertrauen in die Politik und die Politiker beeinflusst wird. Alle fünf Kerngrößen prägen schließlich die Bereitschaft zur politischen Beteiligung, und zwar sowohl der herkömmlich verfassten wie auch der alternativen Partizipation“ (Ladner/Bühlmann 2007: 27).

Diese sechs Einflussfaktoren decken aus Sicht von Ladner und Bühlmann (2007) zentrale Prinzipien der Demokratie ab: (1) Soziale Integration, politisches Interesse und politische Kompetenz beschreiben Aspekte einer aktiven Zivilgesellschaft, denn „eine eingebundene, interessierte und kompetente Bevölkerung ist die

Indikatoren	Merkmale
Soziale Integration	Eingebundenheit in die Nachbarschaft, Engagement in Initiativen, Vereinen und Parteien
Politisches Interesse	Interesse der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen im Gemeinwesen
Politische Kompetenz	Wissen über die Funktionsweise des politischen Systems und die Möglichkeiten der politischen Beteiligung, politische Handlungskompetenzen
Politisches Vertrauen	Vertrauen in das politische System, dessen Funktionieren und Qualität
Politische Zufriedenheit	Zufriedenheit mit dem politischen System, den zentralen Institutionen und den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
Politische Partizipation	Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in unterschiedlichster Art und Weise aktiv in den politischen Prozess einzubringen.

Abbildung 5: Zivilgesellschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor lokaler Demokratie, eigene Darstellung in Anlehnung an Ladner/Bühlmann (2007: 34)

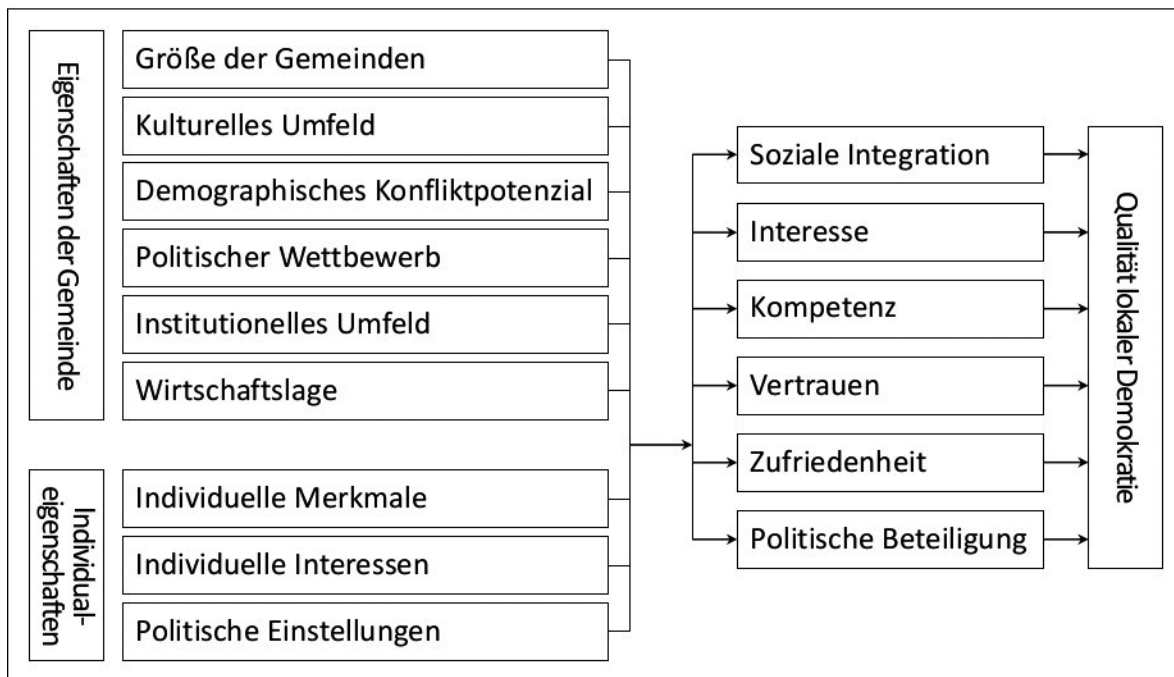


Abbildung 6: Wirkungsmodell zur lokalen Demokratie, Quelle: Ladner/Bühlmann (2007: 34)

Grundlage einer funktionierenden Demokratie“ (Ladner/Bühlmann 2007: 27), weil hierdurch Interessen und Präferenzen ins politische System eingebracht und die Kontrolle der Verwaltung durch engagierte Bürgerinnen und Bürger gesichert wird. (2) Politisches Vertrauen und Zufriedenheit entsprechen dem Prinzip der Responsivität, die dann gegeben ist, wenn die Gemeindeoberhäupter ihre Entscheidungen verantwortungsvoll im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohnertreffen und diese mit den Ergebnissen der lokalen Politik zufrieden sind. (3) Die Bereitschaft der lokalen Bevölkerung zu aktiver politischer Beteiligung deckt schließlich das zentrale Prinzip der Partizipation ab, denn „nur in einem System, das Partizipation ermöglicht, sicherstellt und anregt, kann sich Demokratie im Sinne von Lincolns Formel des ‚government by the people‘ verwirklichen“ (ebd.: 28).

Die Qualität der lokalen Demokratie wird nicht nur durch Einstellungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger (Individual-Ebene) geprägt, sondern auch durch Einflussfaktoren, die auf der kommunalen Ebene (Gemeinde) liegen (siehe Abbildung 6).

Zu den Einflussfaktoren auf der Ebene der Gemeinde gehören nach Ladner und Bühlmann (2007: 34 ff.) Gemeindegröße, kulturelles Umfeld (lokale Traditionen, religiöse Prägungen), demographische Konfliktpotenziale (z. B. aufgrund von Alterszusammensetzung oder ungleicher Einkommensverteilung), Grad des politischen Wettbewerbs (lokale Beteiligungstraditionen, politische Polarisierung), institutionelles Umfeld (Größe der Exekutive, Gemeindeorganisation) und Wirtschaftslage (prosperierende Wirtschaft, strukturschwache Region). Auf der Ebene der Einwohnerinnen und Einwohner werden schließlich individuelle Merkmale (wie Geschlecht, Alter, Bildung), persönliche Interessen (z. B. Anteil von Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern, Familien mit Kindern) und politische Einstellungen (politische

Ausrichtung von Einwohnerinnen und Einwohnern, Interesse an lokalpolitischen Entscheidungen) unterschieden, die Einfluss auf das politische Verhalten haben.

Die Stärke dieses Wirkungsmodells besteht darin, dass es individuelle Faktoren der lokalen Bevölkerung sowie Kontextmerkmale des Gemeinwesens in Beziehung zu Faktoren setzt, die das Ausmaß von sozialer Integration, bürgerschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung widerspiegeln und die als eine Grundvoraussetzung für eine hohe Qualität von lokaler Demokratie gelten können. Allerdings werden zivilgesellschaftliche Akteure als „Produzenten“ von sozialem Kapital im Sinne von Robert Putnam in diesem Modell nicht sichtbar und die konkreten Zusammenhänge zwischen einer aktiven Zivilgesellschaft und den Einflussfaktoren für eine hohe Demokratiequalität bleiben unklar.

Das Modell von Ladner und Bühlmann macht deutlich, auf welchen Ebenen eine Studie zu Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie ansetzen könnte: auf der individuellen Ebene bei Interessen und politischen Einstellungen der Bewohnerinnen und Bewohnern, auf einer zu ergänzenden zivilgesellschaftlichen Ebene und auf der kommunalen Ebene mit ihren Rahmenbedingungen.

Wirkungsanalysen in der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit

Wirkungsmodelle stellen einen zentralen Bezugsrahmen für die wirkungsorientierte Planung und Steuerung in zahlreichen Feldern dar. Zusammen mit Indikatoren bilden sie die Grundlage für Monitoring und Evaluation. Ein Wirkungsgefüge dient dazu, die Zusammenhänge zwischen den Beiträgen der verschiedenen Beteiligten, den Aktivitäten, den kurz- und mittelfristig ange-

strebten Ergebnissen sowie den mittel- und langfristig verfolgten Zielen und Wirkungen deutlich zu machen. Den in einem Wirkungsgefüge beschriebenen Aktivitäten, Ergebnissen und Zielen werden Indikatoren zugeordnet, die eine Evaluation des Programms, der umgesetzten Aktivitäten sowie der Erreichung der angestrebten Ergebnisse und Ziele ermöglichen sollen. In der Evaluationsgeschichte gibt es vielfältige Versuche, die Komplexität von Programmen durch die Modellierung von Wirkungszusammenhängen zu veranschaulichen: „Es geht darum, die relevanten Elemente der Wirklogik des betreffenden Programms zu identifizieren, diese in ihrem Zusammenhang systematisch zu beschreiben und damit evaluierbar zu machen“ (Beywl/Niestroj 2009: 138).⁶

In der Gemeinwesenarbeit sind Evaluationen und Wirkungsstudien wenig verbreitet. Die im Rahmen der Vorexpertise recherchierten Beispiele wie die Analyse zum geldwerten Nutzen von Gemeinwesenarbeit (vgl. Trube 1998), die Evaluation des Modellprojekts „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialorientierung in Köln“ (vgl. Kalter et al. 2012; Sauter 2015: 157 ff.), die Wirkungsanalyse der quartiersbezogenen Bewohnerarbeit in München (vgl. Sprinkart 2014) sowie die US-amerikanische Studie zu den New Yorker Nachbarschaftshäusern (vgl. United Neighborhood Houses 2014) unterscheiden sich zudem in Bezug auf Erkenntnisinteresse, methodisches Vorgehen und Reichweite deutlich voneinander. Die vier Studien fanden in verschiedenen Settings statt und befassen sich mit sozialen Aspekten: zwei waren im Bereich Nachbarschaftsarbeit angesiedelt und eine bezog sich auf ein Modellprojekt zur Sozialraumkoordination (das viele Überschneidungen mit Quartiersmanagement aufweist). In diesen Studien wurden zwar Wirkungen auf die lokale Demokratie nicht näher in den Blick genommen, aber die zentrale Rolle der Gemeinwesenarbeit für Engagement, soziales Miteinander und Integration im Stadtteil wurde deutlich (vgl. Gesemann/Riede 2019a).

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „Demokratie, Aktivierung, Nachhaltigkeit“ der Caritas Frankfurt wurden entscheidende Erfolgsdimensionen für die Stadtteilarbeit bzw. das Quartiersmanagement vor Ort herausgearbeitet (vgl. Wiesner 2018: 293 ff. und 344 ff.). Das übergeordnete Ziel sei es, die Menschen für eine gesellschaftliche und politische Teilhabe auf Augenhöhe zu befähigen und den Zusammenhalt im Gemeinwesen zu stärken. Ansatzpunkte sind dabei auf der individuellen Ebene die Identifikation mit dem Quartier, der Wissenszuwachs und die Informiertheit der Bewohnerinnen und Bewohnern. Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene ist das Ziel die Aktivierung der lokalen Bevölkerung, die Förderung von sozialem Kapital und der Aufbau selbsttragender Beteiligungsstrukturen. Eine aktive Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit setze daher bei den gesellschaftlichen Voraussetzungen von lokaler Demokratie wie Zivilgesellschaft und soziales Kapital an und könne mit Indikatoren-Sets zur Messung der Demokratiequalität, die auf die formalen Strukturen klassischer demokratischer Repräsentanz abzielen, nicht erfasst werden (Wiesner 2018: 347).⁷

In der Stadt- und Regionalforschung (Sedlacek 2004; Rolfes/Wilhelm 2014) und der Sozialen Arbeit (Haubrich 2009; Halve et al. 2014) hat die Bedeutung von Evaluationen und Wirkungsanalysen in den letzten Jahren zugenommen. Diese werden vorrangig genutzt, um die intendierten und nicht intendierten Wirkungen von Interventionen zu erfassen, die Wirksamkeit von Program-

men und Projekten zu analysieren sowie die zielgerichtete Verwendung von Mitteln zu gewährleisten. Eine an ihrer Wirkung orientierte Soziale Arbeit setzt dabei ein übergreifendes Konzept, ein differenziertes Zielsystem mit Ober-, Mittler- und Detailzielen, klar definierte Zielgruppen, konkrete Wirkungsebenen und aussagekräftige Indikatoren zur Erfassung und Bewertung der Zielerreichung voraus (vgl. Schmidt 2015; Beywl/Niestroj 2009).

In der wissenschaftlichen Literatur werden eine Reihe von Besonderheiten hervorgehoben, die eine Bewertung der Wirkungen von Interventionen in städtischen Kontexten erschweren (vgl. Rolfes/Wilhelm 2014: 26; siehe auch Kalter et al. 2012): Erstens sei der Nachweis von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen in sozialen Räumen bei Ansätzen und Programmen, die einen multi-sektoralen Interventionsansatz verfolgen und eine differenzierte Zielstruktur beinhalten (z. B. Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt) erschwert, da auch die Langfristigkeit von sozialen Prozessen berücksichtigt werden muss. Zweitens mangle es auf der Quartiersebene in der Regel an aussagekräftigen Daten und Indikatoren. Und drittens verleite ein raumbezogener Blick dazu, räumlich nah beieinander liegende Phänomene wie z. B. ökonomische Armut und sozial abweichendes Verhalten kausal miteinander zu verknüpfen (vgl. Rolfes/Wilhelm 2014: 27). Rolfes und Wilhelm (2014: 30 f.) verweisen zudem auf Spezifika der Stadtentwicklung wie die Besonderheit der politischen Sphäre, raumbezogene Interventionsstrategien und das Agieren in Netzwerken.

Zwischenfazit

Wirkungsmodelle zur lokalen Demokratie, Elemente, Erfolgsdimensionen und Indikatoren einer aktiven Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit sowie Instrumente aus der wirkungsorientierten Evaluation bieten anregende Grundlagen für die Bestimmung der Potenziale von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung von lokaler Demokratie. Sie können zudem genutzt werden für die Modellierung eines Wirkungsgefüges, das Rahmenbedingungen, konzeptionelle Grundlagen und Zielsysteme der Gemeinwesenarbeit in ihren Wirkungen differenziert in den Blick nimmt und zueinander ins Verhältnis setzt.

⁶ Zu Instrumenten der wirkungsorientierten Evaluation wie Programmbaum und Wirkungstreppe siehe Gesemann/Riede 2019a.

⁷ Zur Frage der Messung der Qualität von (lokaler) Demokratie siehe u. a. Marschall 2014: 69 ff. und Wagner 2019: 58 ff.

Wirkungsmodell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie

Das im Rahmen der Studie entwickelte Wirkungsgefüge-Modell (vgl. Abbildung 7) stellt einen Vorschlag dar, wie die Wirkungszusammenhänge zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie abgebildet werden können. Damit knüpft es an Erfolgsdimensionen und Wirkungsindikatoren von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung lokaler Demokratie sowie grundlegende Wirkungsmodelle in der Evaluationsforschung an. In einem ersten Schritt benennen wir drei zentrale Themenfelder, in denen Gemeinwesenarbeit einen wesentlichen Beitrag zur lokalen Demokratieentwicklung erbringt. Weiterhin werden wesentliche Rahmenbedingungen und die Wirkungszusammenhänge zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie im Wirkungsgefüge-Modell und der Strukturierungshilfe veranschaulicht. Schließlich benennen wir Wirkungsannahmen und unterlegen die identifizierten Bausteine mit Erfolgsdimensionen, Zielen und Indikatoren, die eine Überprüfung der Wirkungsannahmen im Rahmen der empirischen Erhebungen vor Ort ermöglichen. In einem zweiten Schritt bilden wir die Wirkungszusammenhänge zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Demokratie idealtypisch ab.

Zentraler Beitrag von Gemeinwesenarbeit in drei Themenfeldern

In der vorliegenden Studie wird der zentrale Beitrag der Gemeinwesenarbeit für die lokale Demokratieentwicklung in drei Themenfeldern gesehen, die auf den theoretisch-konzeptionellen Ausführungen von Riede (2017; 2019) zu Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin basieren.⁸

(1) Förderung des sozialen Miteinanders

Im Gemeinwesen leben viele verschiedene Menschen, Gruppen und Milieus nebeneinander, die häufig wenig bis keinen Kontakt zueinander haben. Der mangelnde Austausch über ihre Anliegen und Interessen kann zu Vorurteilen und sozialen Konflikten führen. Teile der Gesellschaft können so marginalisiert oder von Teilhabe ausgeschlossen werden. Begegnung und Austausch können im Sinne einer Resonanzsphäre für Vielfalt sensibilisieren, der Entwicklung von Parallelwelten etwas entgegensetzen und zur Entstehung neuer solidarischer Bezüge beitragen. Hierfür sind Angebote zum Aufbau von bindendem, aber vor allem brückenbildendem sozialem Kapital zwischen den verschiedenen Menschen und Gruppen zentral. Dies erfordert ein ressourcenorientiertes und vernetzendes Vorgehen der Gemeinwesenarbeit, die auch insbesondere marginalisierte Menschen im Stadtteil im Blick hat und sich für deren Einbeziehung einsetzt.

(2) Förderung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung

Die Abwägung von Argumenten und der Austausch über öffentliche Anliegen sind zentrale Elemente einer lebendigen Zivilgesellschaft und tragen zur Förderung einer lebendigen

Stadtteil zu achten und vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Die Auseinandersetzung mit verschiedenen Interessen ist dabei häufig nicht konfliktfrei, sondern erzeugt Reibung. Gemeinwesenarbeit fördert die Auseinandersetzung mit verschiedenen Meinungen, die Konfliktvermittlung und die Suche nach Lösungen. Durch eine parteiliche Unterstützung von weniger artikulationsstarken Menschen und Bevölkerungsgruppen trägt die Gemeinwesenarbeit dazu bei, dass ihre Interessen auch Gehör finden und diese Personen in Dialoge und Aushandlungsprozesse einbezogen werden.

(3) Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Mit dem Wandel von Beteiligungsansprüchen und -formen verändert sich das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalpolitik und -verwaltung. Eine Vielzahl selbstorganisierter, oft thematisch ausgerichteter zivilgesellschaftlicher Gruppen fordert eine konkrete Einbindung in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. In diesem erweiterten, zunehmend unstrukturierten Feld lokaler Akteure wird der demokratische Interessenausgleich immer vielschichtiger und stellt wachsende Anforderungen an alle Beteiligten, die es auch in einem Stadtteil im Sinne eines partizipativen Lernens zu begleiten und zu vernetzen gilt. Eine aktive Bürgerschaft wird durch den demokratischen Prozess bestimmt, der persönliche Begegnung, miteinander sprechen, gemeinsames Handeln und Mitbestimmen beinhaltet. Hierbei sollen insbesondere auch die Menschen zum Mitreden und Handeln ermutigt werden, deren Stimme bislang kein Gehör gefunden hat. Ähnliche Interessen und Bedürfnisse sollen im Sinne kollektiver Selbstorganisation zusammengeführt und deren Inhalte auch auf politischer Ebene Gehör verschafft werden. Eine aktive Zivilgesellschaft wird gefördert und die Menschen erlernen im gemeinsamen Handeln demokratische und kooperative Werte und Normen.

Das Wirkungsgefüge-Modell veranschaulicht die Zusammenhänge zwischen den Wirkungsebenen von Gemeinwesenarbeit, den Determinanten lokaler Demokratie und Strategien der Kommunalpolitik (siehe Abbildung 7). Eine aktive Gemeinwesenarbeit stärkt individuelle Handlungskompetenzen, fördert eine lebendige Zivilgesellschaft und leistet einen Beitrag zur Ausgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune. Die Qualität der lokalen Demokratie wird durch die Form und Stärke der Einflussfaktoren soziale Integration, Interesse, Kompetenz, Vertrauen, Zufriedenheit und politische Beteiligung in der lokalen Bevölkerung bestimmt. Die Ausprägung dieser Determinanten – und damit indirekt auch die Wirkungsmöglichkeiten von Gemeinwesenarbeit – werden durch eine aktive und partizipativ ausgerichtete Kommunalpolitik beeinflusst, u. a. durch Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Eine Politik zur Verringerung innerstädtischer Disparitäten, zur Akzeptanz von Vielfalt sowie zur Förderung von Engagement und Beteiligung fördert das

⁸ Während die ersten beiden zentralen Themenfeldern übernommen wurden, erfolgte jedoch eine Abwandlung des dritten Themenfeldes ‚Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung‘ zugunsten der ‚Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Zivilgesellschaft‘, um stärker die Handlungsebene der Zivilgesellschaft für die Demokratieentwicklung zu fokussieren.

Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie

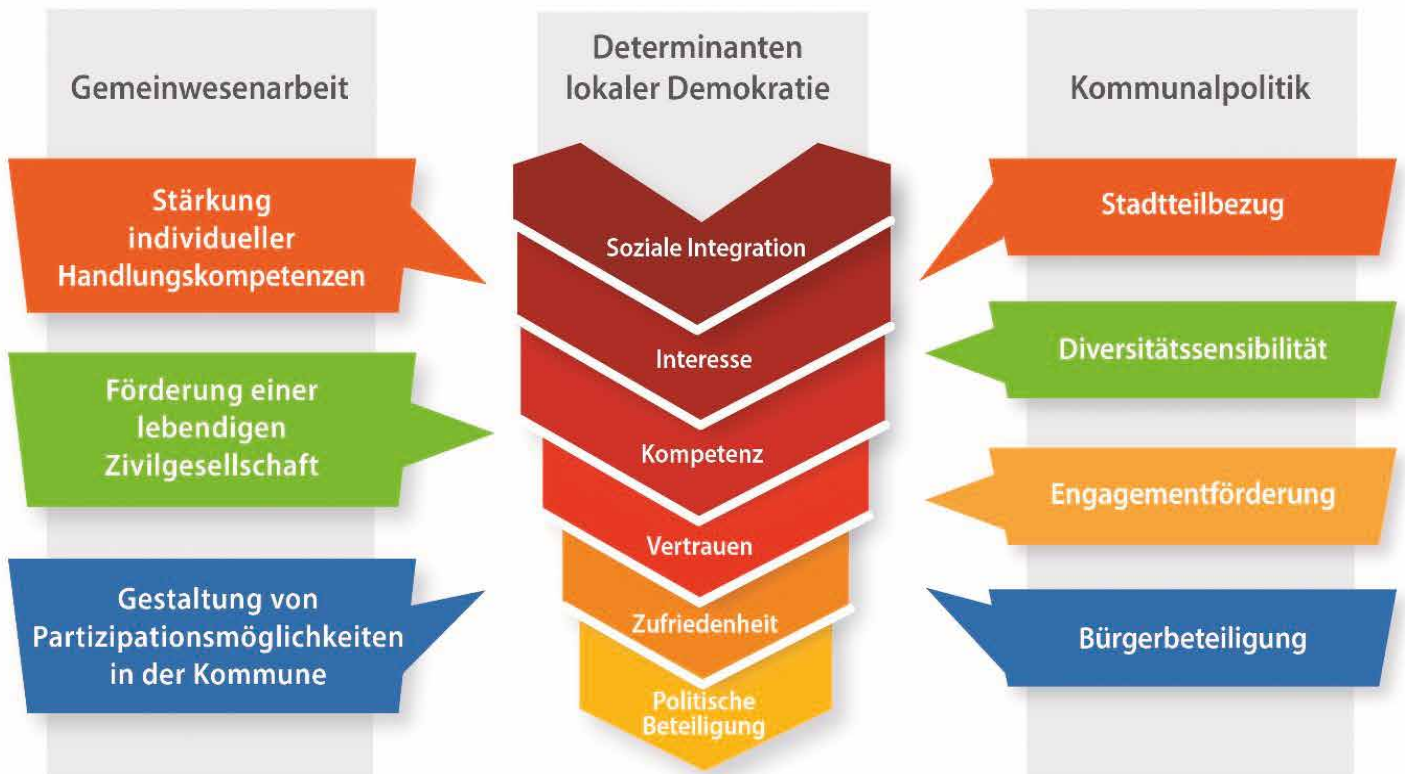


Abbildung 7: Wirkungsgefüge-Modell Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie, eigene Darstellung (Entwurf: Frank Gesemann, Gestaltung: Ellen Windmüller)

Vertrauen in die Gestaltung politischer Prozesse und stärkt das demokratische Gemeinwesen (vgl. Gesemann et al. 2019).

Dieses Wirkungsmodell wird durch eine Strukturierungshilfe konkretisiert, wobei die drei Wirkungsebenen der Gemeinwesenarbeit: Stärkung individueller Handlungskompetenzen, Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft und Gestaltung von Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune näher betrachtet werden. Da wir davon ausgehen, dass die drei zentralen Themenfelder der Gemeinwesenarbeit (1) Förderung des sozialen Miteinanders, (2) Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung sowie (3) Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft) jeweils auf den drei Ebenen wirken, haben wir eine Neun-Felder-Matrix entwickelt, um dies inhaltlich zu konkretisieren (siehe Abbildung 8). Diese Matrix wird

durch die Rahmenbedingungen, die die die Gemeinwesenarbeit entscheidend prägen und der zu erwartenden Qualitätsverbesserung lokaler Demokratie durch die Gemeinwesenarbeit – aktive Zivilgesellschaft, diversitätssensible Partizipation, politische Responsivität und sozialer Zusammenhalt – gerahmt.

Um diese Modelle für die empirischen Untersuchungen anwendbar zu machen, wurden im letzten Schritt für alle neun Felder des oben dargestellten Analysegerüsts Wirkungsannahmen benannt. Hierbei haben wir zunächst Oberziele definiert, die dann durch untergeordnete Ziele konkretisiert wurden (vgl. Tabelle 1).

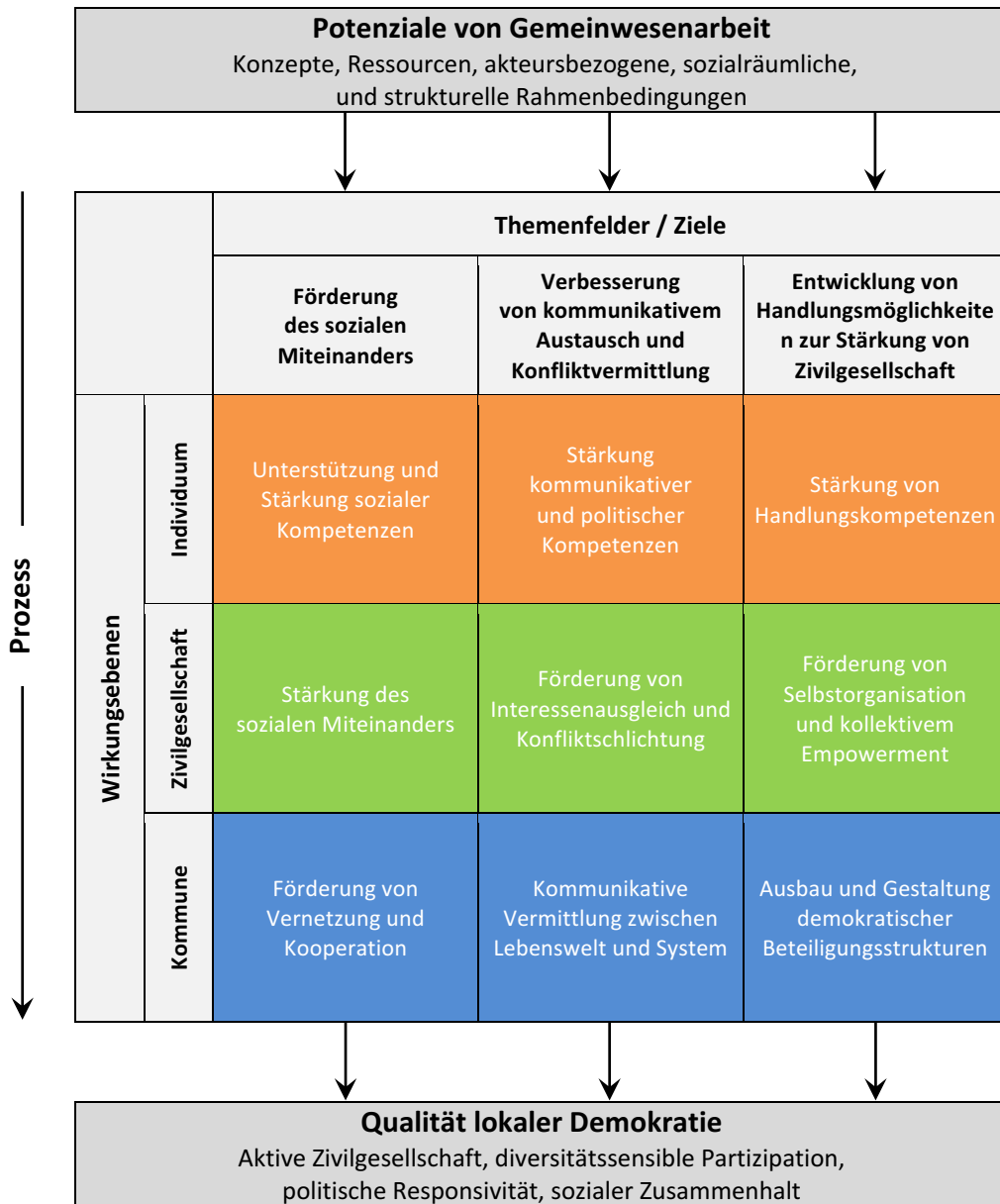


Abbildung 8: Strukturierungshilfe Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie, eigene Darstellung (Gestaltung: Alexander Seidel)

Ziele	Wirkungsannahmen
1. Förderung des sozialen Miteinanders Wirkungsannahme: Die Stärkung des sozialen Miteinanders der Menschen und Akteure verbessert das soziale Kapital, erhöht das Vertrauen und vergrößert die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Gebiet.	
Unterstützung und Stärkung sozialer Kompetenzen (<i>Individuum</i>)	Durch niedrigschwellige Beratungshilfen und Angebote werden Menschen bei der Sicherung ihrer materiellen Existenz unterstützt und Vertrauen wird aufgebaut sowie bei Interesse versucht, diese in bestehende Gruppenangebote zu integrieren, um die Zugehörigkeit und die Eingebundenheit zu verbessern. Das Eingebunden-Sein und Angenommen-Werden stärkt das Selbstwertgefühl der Menschen und ermutigt sie zu weitergehenden Aktivitäten.
Stärkung der sozialen Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner (<i>Zivilgesellschaft</i>)	Durch niedrigschwellige Möglichkeiten für Begegnung kann ein Kennenlernen von Menschen anderer Gruppen, Generationen und Milieus sowie ein Austausch über lokale Themen stattfinden, wodurch wechselseitige Lernprozesse entstehen, die das Zugehörigkeitsgefühl stärken. Begegnung und ein gemeinsames Tun fördern das Vertrauen in die Mitmenschen, helfen, Vorurteile abzubauen und verbessern die Teilhabemöglichkeiten der Menschen.
Förderung von Vernetzung und Kooperation (<i>Kommune</i>)	Eine Verbesserung des Informationsaustausches, der Vernetzung und Kooperation der Akteure und Menschen vor Ort ermöglicht mehr Miteinander, Austausch und Begegnungen, was zur Bildung eines breiten Bündnisses für das Gemeinwesen beiträgt und das Zusammengehörigkeitsgefühl von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mitarbeitenden von Institutionen stärkt.
2. Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung Wirkungsannahme: Ein verbesserter kommunikativer Austausch im Stadtteil trägt zum Informationsaustausch bei und fördert das Verständnis für verschiedene Meinungen sowie Chancen und Herausforderungen demokratischer Prozesse.	
Stärkung kommunikativer und politischer Kompetenzen (<i>Individuum</i>)	Das Bewusstwerden eigener lokalpolitischer Themen, zu denen die Menschen einen direkten Bezug haben, fördert das Verständnis für politische Aktivitäten und Prozesse. Durch die Teilnahme an Dialogveranstaltungen und das Kennenlernen von Aushandlungsprozessen erweitern die Menschen ihr Verhaltensrepertoire hinsichtlich Kommunikation und Konfliktlösung.
Förderung von Interessenausgleich und Konflikt-schlichtung (<i>Zivilgesellschaft</i>)	Die Beteiligung an gut organisierten und moderierten Dialogverfahren, mit eigenen Themen und Sorgen gehört- und ernstgenommen zu werden, kanalisiert vorhandene Emotionen, fördert das Verständnis für unterschiedliche Interessen und die Bereitschaft für Kompromisse mit anderen Interessen (-gruppen).
Kommunikative Vermittlung zwischen Lebenswelt und System (<i>Kommune</i>)	Eine kommunikative Vermittlung zwischen den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner, den zuständigen Politikerinnen und Politikern sowie Mitarbeitenden der Verwaltung verbessert die Responsivität und hilft, Ressourcen bürgernäher zu verwenden.
3. Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft Wirkungsannahme. Vielfältige partizipative Prozesse vor Ort stärken die demokratischen Handlungskompetenzen der Menschen und fördern die Bereitschaft zur Selbstorganisation und politischen Beteiligung.	
Stärkung von Handlungskompetenzen (<i>Individuum</i>)	Durch das Aufgreifen von Sorgen und Nöten vor Ort, die Ermutigung und Begleitung der Menschen, sich einzubringen und eine Unterstützung bei diesem Prozess durch die Gemeinwesenarbeit, übernehmen die Menschen mehr Verantwortung für Veränderungsprozesse im Gebiet, wächst ihre Handlungskompetenz und die Identifikation mit dem Quartier wird gestärkt. Die Aktivierung von Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner, die Erfahrung, dass die eigene Meinung gehört und ernst genommen wird sowie die Ermutigung, ihre eigenen Interessen zu artikulieren und dafür gemeinsam mit anderen einzutreten, stärken das Selbstbewusstsein, das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Menschen.
Förderung von Selbstorganisation und kollektivem Empowerment (<i>Zivilgesellschaft</i>)	Das Wissen um eine niedrigschwellige Unterstützung für Beteiligungsprozesse stärkt die Bereitschaft der Menschen, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Bearbeitung von Themen vor Ort in einer Gruppe einzusetzen. Die Teilnahme an Veränderungsprozessen erhöht das Vertrauen der Menschen, ihre Zufriedenheit und ihre Bereitschaft sich an politischen Prozessen zu beteiligen.
Ausbau demokratischer Beteiligungsstrukturen (<i>Kommune</i>)	Der Aufbau vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten ermutigt die Menschen, sich aktiv einzubringen und erhöht ihre Bereitschaft, sich an lokalen und kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dies stärkt das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit dem Gebiet.

Tabelle 1: Ziele und Wirkungsannahmen von Gemeinwesenarbeit auf die lokale Demokratie, eigene Darstellung

5 Vorstellung der fünf Untersuchungsgebiete

5.1 Berlin Spandau, Heerstraße Nord

5.1.1 Geographische und sozialräumliche Verortung des Untersuchungsgebiets

Das Untersuchungsgebiet Heerstraße Nord befindet sich im Westen Berlins und ist Teil des Stadtteils Staaken im Berliner Bezirk Spandau. Die für das Gebiet mit rund 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern charakteristischen Großsiedlungsstrukturen wurden in den 1970er Jahren als beispielhafte barrierefreie Vorhaben gebaut; dieser Vorzeigecharakter ist heute allerdings verblasst. Viele Anwohnerinnen und Anwohner sehen durch die stark befahrenen Magistralen, die sich durch das Wohngebiet ziehen, ihren Aktionsraum eingeschränkt. Zudem birgt die soziale Struktur des Gebiets große Herausforderungen. Einerseits führt die räumlich stark konzentrierte Ansiedlung Neuzugezogener zu Segregationstendenzen und einer geringen gruppenübergreifenden nachbarschaftlichen Interaktion im Stadtteil. Andererseits weist die Bevölkerung des Gebiets eine überdurchschnittlich hohe Quote Sozialleistungsempfänger (vgl. Bezirksamt Spandau von Berlin 2018a) sowie eine hohe Armutsrate auf. Hieraus ergibt sich ein erhöhter Aufmerksamkeitsbedarf für das Kerngebiet im Rahmen des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018, da von einer anhaltend „hohe[n] Ausprägung der Entwicklungsrisiken Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut“ sowie des Transferbezugs ausgegangen wird (Bezirksamt Spandau von Berlin 2018a; siehe auch Quartiersmanagement

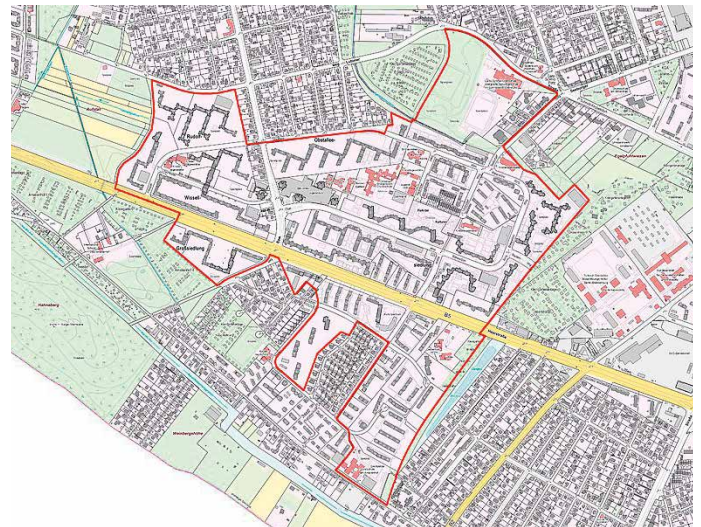


Abbildung 9: Karte des Quartiersmanagement-Gebiets Heerstraße Nord, Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen o. D. 1

Heerstraße 2019; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018).

Inzwischen bestehen in der Bevölkerung des Gebiets Heerstraße Nord Ängste vor Verdrängung, die wiederum auch eine Folge des Zuzugs von Menschen ist, die das Berliner Zentrum aufgrund von Mietsteigerungen verlassen mussten (vgl. Quartiersmanagement Heerstraße 2019: 3). Trotz dieser eher negativen Rahmenbedingungen ist die Kriminalitätsrate – entgegen des in der Presse vermittelten Eindrucks – niedrig. Dies nehmen die Menschen im Quartier jedoch auch unterschiedlich wahr, wobei gerade ältere Teile der Bewohnerschaft von einem eher geringen Sicherheitsgefühl berichten (vgl. Bezirksamt Spandau von Berlin 2018a). Die negative Presseberichterstattung über das Gebiet Heerstraße sowie die damit einhergehende Stigmatisierung sorgen dennoch sowohl bei den Anwohnenden als auch bei den professionellen Akteuren vor Ort für Empörung. Vor allem letztere versuchen diesen Tendenzen gezielt und organisiert entgegenzutreten.

5.1.2 Akteursstrukturen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit

Ein zentraler Akteur, der sich unter anderem im Rahmen von gemeinwesenorientierter Arbeit dieser Problematik annimmt, ist der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.* (kurz: *Gemeinwesenverein*), der 1978 seine Arbeit im Gebiet aufnahm und zum örtlichen Träger eines Stadtteil- bzw. Gemeinwesenzenentrums wurde. Seit Beginn besteht eine enge Zusammenarbeit mit der *Evangelischen Kirchengemeinde zu Staaken*, die Räumlichkeiten für die Arbeit des *Gemeinwesenvereins* bereitstellt. Auffällig ist hierbei eine hohe Kontinuität der Akteure im Gebiet, die sich nicht nur strukturell im Rahmen dieser Kooperation, sondern aufgrund langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf beiden Seiten auch personell ausdrückt. Die Nähe zur *Evangelischen Kirchengemeinde*, die besonders am Hauptstandort des *Gemeinwesenvereins* an der Obstallee 22 durch den Glockenturm des Hauses sowie einen Altar im großen Versammlungsraum sichtbar wird, ermöglicht somit zwar eine zentrale Präsenz im Gebiet, kann für manche (potenziellen) Nutzerinnen und Nutzer jedoch auch ein Hemmnis darstellen. Zudem sind die Räumlichkeiten aufgrund der gewachsenen Anzahl an Mitarbeitenden des *Gemeinwesenvereins* mittlerweile knapp bemessen.

Von Beginn an widmete sich der *Gemeinwesenverein* einer gemeinwesenorientierten Arbeit im Stadtteil (vgl. *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* 2019). Die Stärkung individueller Handlungsmöglichkeiten stellt bis heute einen wichtigen Aspekt dar, um zu einem sozialen Miteinander beizutragen. Hierbei ist die Hilfe bei der Lebensbewältigung durch verschiedene Beratungsformate ein wichtiges Thema. Zudem hat es sich der *Gemeinwesenverein* zum Ziel gesetzt, Benachteiligungen entgegenzuwirken und die migrantische Bevölkerung mit ihren Themen und Problemen einzubeziehen. Daher finden die eigenen Angebote über das Quartier verteilt statt, um eine möglichst gute Erreichbarkeit zu gewährleisten. Die Menschen im Gebiet werden größtenteils durch Mund-zu-Mund-Propaganda über die zahlreichen Aktivitäten informiert. Die Beratungsangebote stellen einen zentralen Anknüpfungspunkt für die Anwohnerinnen und Anwohner dar, um das weitere Netzwerk der vielfältigen Angebote kennenzulernen. Somit bildet die Beratung den Grundstein für eine stärkere Einbindung und soziale Teilhabe im Gebiet.



Abbildung 10: Blick über die Großwohnsiedlung Heerstraße Nord, Foto: Lea Freudenberg



Abbildung 11: Postkartenmotiv des Quartiersmanagements Heerstraße

Aktuell leitet und koordiniert der *Gemeinwesenverein* neben dem bei seiner Einsetzung 2005 übernommenen Quartiersmanagement zwei Stadtteilzentren (Hauptstandort Obstallee 22 und Standort Brunsbütteler Damm 312), ein Familienzentrum sowie den Jugendhilfeträger Contract. Ein weiteres Stadtteilzentrum befindet sich aktuell im Bau, der von der *Evangelischen Kirchengemeinde* koordiniert wird. Das Quartiersmanagement organisiert die seit den 1980er Jahren bestehende, monatlich stattfindende Stadtteilkonferenz vielfältiger sozialer Akteure im Gebiet sowie das *Bildungsnetz Heerstraße*, das Akteure aus einem breiten Spektrum bildungsrelevanter Einrichtungen verbindet und hierbei Kooperationen fördert. Aufgrund der gewachsenen Struktur der Gemeinwesenarbeit und der Trägerschaft des Quartiersmanagements durch den *Gemeinwesenverein* ist die Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen im Gebiet Heerstraße Nord sehr eng und von positiven gegenseitigen Ergänzungen geprägt.

Ursprünglich gehörte auch das *Kulturzentrum Staaken* im südlichen Teil des Untersuchungsgebiets zu den Einrichtungen unter der Trägerschaft des *Gemeinwesenvereins*. Aufgrund mangelnder struktureller Finanzierung entschied sich dieser jedoch, das Zentrum auszugliedern. Die Übernahme durch die *Chance – Bildung, Jugend und Sport BJS gGmbH* (kurz: *Chance BJS*) erfolgte im Sommer 2016 und brachte einen weiteren Akteur in das Gebiet Heerstraße Nord, der ebenfalls einen niedrigschwelligen Ansatz vertritt: Neben lokal ansässigen Chören, Musik- und Aktionsgruppen werden vermehrt auch andere Kunstschaffende in den Stadtteil geholt und dieser so für externe Besucherinnen und Besucher attraktiver gemacht. Auch die *Chance BJS* ist über die etablierten Strukturen der Stadtteilkonferenz und des Quartiersrates an der Heerstraße Nord vernetzt.

5.1.3 Finanzierung und Förderstrukturen

In Berlin bilden zwei Förderprogramme die zentrale Stütze für Trägereinrichtungen bei der Finanzierung von Angeboten der Gemeinwesenarbeit: das Städtebauförderprogramm *Soziale Stadt* und das Infrastrukturförderprogramm *Stadtteilzentren*. Beide Programme werden über Verwaltungen des Landes Berlin abgewickelt. Obwohl mit der Förderung von Engagement

und Nachbarschaftsarbeit zentrale inhaltliche Aspekte der Gemeinwesenarbeit benannt werden, umfasst das Verständnis von kommunalen Pflichtaufgaben jedoch nicht die Förderung dieser Elemente. Die Gemeinwesenarbeit wird somit nicht explizit als Fördergegenstand mit entsprechender personellen Ressourcenausstattung herausgestellt. Eine institutionelle Förderung der Gemeinwesenarbeit ist in Berlin zudem aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Fördermittel aktuell nicht möglich. Dennoch ist die Senatsverwaltung in Bezug auf die Ausschreibung der Teams der Quartiersmanagements bemüht, „die für die Gemeinwesenarbeit wichtige personelle Kontinuität zu ermöglichen“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2019a: 14).

Mit dem Infrastrukturförderprogramm *Stadtteilzentren* soll durch die berlinweite Einrichtung von Stadtteilzentren eine infrastrukturelle Unterstützung sozial benachteiligter Gebiete erreicht werden. Bei der Vergabe an geeignete Träger liegt ein besonderes Augenmerk auf der Förderung einer Stadtteilarbeit, die Aktivierung und Empowerment großschreibt (vgl. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 2015: 1). Die über die Senatsverwaltung abgerufenen Fördermittel sind Bestandteil der *Zukunftsinitiative Stadtteil* des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE-Fonds) der Europäischen Union und damit an die EU-Förderperiode gebunden. Die aktuelle Förderperiode endet im Dezember 2020; eine Fortführung des Programms in der nächsten Förderperiode (2021-2027) wird von der Senatsverwaltung angestrebt (vgl. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales o. D.).

Der *Gemeinwesenverein* bezieht den Großteil seiner finanziellen Mittel aus den beiden oben genannten Förderprogrammen der Landesverwaltung. Auf die eigenständige Beantragung von EU-Geldern wird aufgrund des unverhältnismäßig hohen Verwaltungs- und Abrechnungsaufwandes verzichtet; dies trägt allerdings zu einer Verschärfung des ohnehin stark empfundenen Personalmangels bei. Die vergleichsweise geringe strukturelle Verankerung von soziokultureller Arbeit in der Berliner Förderlandschaft erschwert auch die Arbeit des Kulturzentrums Staaken.

5.1.4 Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit im Quartier

Aufgrund der sozialen Zusammensetzung ist der Bedarf für Gemeinwesenarbeit im Gebiet Heerstraße Nord nach wie vor sehr groß. Wie oben beschrieben, wird eine weitere Verfestigung dieser Problematiken erwartet, wobei der Gemeinwesenarbeit in diesem Zusammenhang Grenzen gesetzt sind: Strukturelle Probleme und die schwierige Lebenslage der Bewohnerinnen und Bewohner können mit diesem Instrument alleine nicht gelöst werden; dennoch kann die Gemeinwesenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität leisten.

Neben diesen sozialen Fragen ist die politische Beteiligung der Bewohnerschaft eine große Herausforderung. Obwohl durch das Quartiersmanagement zusätzliche Strukturen etabliert werden konnten, die den Anwohnenden beispielsweise in Form des Quartiersrates oder der Aktionsfondsjury regelmäßig Mitentscheidung und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen, ist die Beteiligung an politischen Prozessen und Wahlen weiterhin

sehr gering (siehe auch Exkurs und Tabelle 3). Auch gezielte Informationsveranstaltungen konnten aufgrund der geringen Nachfrage bisher nur wenig gegen diesen Trend ausrichten.

Lea Freudenberg und Alexander Seidel

5.2 Hamburg St. Pauli Süd

5.2.1 Geographische und sozialräumliche Verortung des Untersuchungsgebiets

Die Gemeinwesenarbeit der *GWA St. Pauli e. V.* bezieht sich vor allem auf den südlichen Teil des Stadtteils zwischen Reeperbahn und Landungsbrücken und umfasst damit ein vergleichsweise kleines und übersichtliches Gebiet. Innerhalb nur weniger Querstraßen kontrastieren hier die Ausgeh- und Partykultur „auf dem Kiez“ (rund um die Reeperbahn) und ein eher beschaulich und dörflich anmutendes Altbauquartier, welches noch immer zu den einkommensärmeren Ortsteilen Hamburgs gehört und sich im Gegensatz zu vielen umliegenden Quartieren – wie dem Schanzenviertel – bislang seinen Charakter vor Gentrifizierungsprozessen bewahren konnte.

Das Quartier blickt auf eine „widerständige“ Tradition zurück, die das Selbstbewusstsein und die Identität vieler Bewohnerinnen und Bewohner bis heute prägt. Begründet wird dieses Image durch Hausbesetzungen der 1980er Jahre, insbesondere in der Hafensstraße, die heute teilweise in Form selbstverwalteter Wohnprojekte fortbestehen und sichtbar sind. Auch ältere historische Bezüge werden reproduziert, wonach sich in St. Pauli vor den Toren der Stadt Hamburg schon immer die „Unerwünschten“ und „Ausgestoßenen“ sammelten.

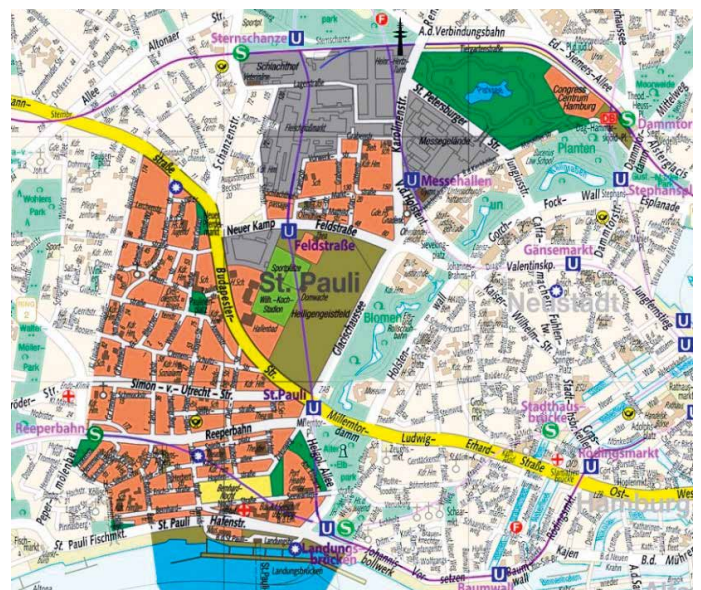


Abbildung 12: Karte des Stadtteils St. Pauli, Quelle: Hamburgs Stadtteile o. D.

Die Milieustruktur des Quartiers ist von alternativen Subkulturen, studentischen oder auch kreativen Milieus geprägt; seit Jahrzehnten nehmen aber auch internationale Migration und Binnenwanderungen einen starken Einfluss. Immer wieder betonen dabei sowohl Hauptamtliche als auch Bewohnerschaft ein lebendiges und solidarisches Miteinander und eine intensive Nachbarschaftlichkeit, die den dörflichen Charakter des südlichen Teils von St. Pauli unterstreichen. Aus diesen Faktoren ergibt sich eine insgesamt engagierte Bevölkerung, die sich aktuell vor allem an stadtentwicklungspolitischen Auseinandersetzungen und Diskussionen um Aufwertung, Verdrängung und Tourismus beteiligt. Ein weiteres Augenmerk liegt auf dem Umgang mit öffentlichem Drogenhandel, dem die Stadt mit polizeilicher Repression begegnet, während Aktivistinnen und Aktivisten die aus ihrer Sicht wirkungslosen Maßnahmen als rassistisch motiviert und einschüchternd kritisieren.

5.2.2 Akteursstrukturen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit

Die Themenvielfalt und das hohe Interesse an politischer Beteiligung und öffentlichem Meinungs austausch spiegeln sich in einer Vielzahl von Initiativen und Projekten (wie *St. Pauli selber machen*) sowie einer stark vernetzten Landschaft von Aktivistinnen und Aktivisten in diesem Themenbereich wider.⁹ Ein zentraler Anlaufpunkt für (Selbst-) Organisationen dieser Art ist die GWA St. Pauli e. V. als Träger der lokalen Gemeinwesenarbeit mit ihrem Stadtteilzentrum *Kölibri*. Die Entwicklung vieler nachbarschaftlicher Initiativen wurde hier unterstützt und begleitet. Die GWA St. Pauli entstand Mitte der 1970er Jahre aus einer studentischen Initiative zur Unterstützung von Obdachlosen in St. Pauli Süd und hat sich seitdem kontinuierlich institutionalisiert und räumlich erweitert. In den verschiedenen Arbeitsbereichen der Kultur-, Sozial- und Gemeinwesenarbeit sind gegenwärtig etwa 30 bis 35 Mitarbeitende tätig. Diese sind eng mit den öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen im Stadtteil vernetzt, darunter Nachbarschafts-, Begegnungs-, Freizeit- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen. Über den Stadtteil hinaus ist der Verein mit Ausnahme des Familienberatungsangebots *ADEBAR*¹⁰, welches inzwischen auch über Standorte in angrenzenden Stadtteilen verfügt, nicht tätig.

Die GWA St. Pauli ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen, wobei sich die Mitarbeitenden im Zuge einer Organisa-



Abbildung 13: Park Fiction – ein früheres Gemeinwesenarbeit-Erfolgsprojekt der 1990er-Jahre in St. Pauli Süd, Foto: Alexander Seidel

tionsentwicklung auf verschiedenste Schwerpunkte spezialisiert haben. Zu den zentralen Arbeitsfeldern gehört die Stadtteilkulturarbeit, die – wie auch in anderen Hamburger Stadtteilen – einen starken soziokulturellen Anspruch verfolgt und in den letzten Jahren zunehmend Anerkennung genießt (vgl. Eichner 2015: 3; vgl. auch Stadtkultur Hamburg o. D.).

Im „Fahrwasser“ dieser Angebote kann sich die GWA St. Pauli eine selbstbestimmte kritische Haltung leisten. Ihre stadtteilpolitisch orientierte Arbeit wird als Ausdruck von Kritik an hegemonialen Stadtentwicklungsprozessen verstanden und verfolgt einen klaren emanzipatorischen, basisdemokratisch orientierten Ansatz der Gemeinwesenarbeit, der empowerndes, kollektives und veränderungsorientiertes Handeln fördert (vgl. auch Stövesand 2017).

In den verschiedenen Arbeitsbereichen wird teils klassische Einzelfallarbeit mit stadtteilbezogener Netzwerkarbeit verknüpft; auch in der Stadtteilkulturarbeit stehen regelmäßig stadtteil- und stadtentwicklungspolitische Fragestellungen im Mittelpunkt, vor allem im Zusammenhang mit Gentrifizierungs- und Planungsprozessen. Diese stellen einen weiteren und aus lokaldemokratischer Perspektive den zentralen Schwerpunkt der GWA St. Pauli dar. In diesem Bereich bezieht sich der Verein in seinem Selbstverständnis auf das Community Organizing und investiert seine Ressourcen in die Organisation und Stärkung von Zusammenschlüssen zur Interessenvertretung aus der Nachbarschaft. Er regt an, individuelle Probleme hinsichtlich struktureller Ursachen zu hinterfragen und in politischen Diskursen zu intervenieren. In damit einhergehenden politischen Auseinandersetzungen positioniert sich die GWA St. Pauli konfliktorientiert und parteiisch, um vorhandenen (Macht-) Ungleichheiten Rechnung zu tragen.

Mit dieser Ermöglichung von und Ermächtigung zur Mitbestimmung in lokalen Stadtentwicklungs- und Planungsprozessen und durch die Sichtbarmachung von nachbarschaftlichen Interessen ist die GWA St. Pauli zu einem zentralen Akteur für eine Erweiterung und Nutzung von Handlungsspielräumen für eine „Stadtentwicklung von unten“ im Quartier geworden. Dank ihres Stellenwerts als Garant einer bisher vergleichsweise geringen Dynamik der Gentrifizierungsprozesse im südlichen St. Pauli sowie ihrer als ernsthaft wahrgenommenen Bemühungen, sich für lokale und gegen hegemoniale Interessen einzusetzen, genießt sie ein sehr hohes Vertrauen in der kritischen Zivilgesellschaft und Bewohnerschaft und gilt als zentrale Institution und tragende Säule für die funktionierende solidarische Nachbarschaft.

Trotz dieser wichtigen Rolle ist die GWA St. Pauli ein Akteur von vielen im Stadtteil, die zwar grundsätzlich untereinander vernetzt sind, jedoch keine tiefgreifende dauerhafte Kooperationsstrukturen aufgebaut haben. So finden themenbezogen und im Rahmen der Stadtteilforen *St. Pauli selber machen* sowie der Stadtteilversammlungen regelmäßige Austausche statt, aber aufgrund der starken und unterschiedlich ausgeprägten (stadt-)

⁹ So ist in Hamburg – im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten – die erfolgreiche Etablierung eines Recht-auf-Stadt-Netzwerks gelungen (vgl. Rinn 2016).

¹⁰ Zum Familienförderungsprojekt ADEBAR mit Schwerpunkt Schwangeren- und Familienberatung siehe GWA St. Pauli o. D.



Abbildung 14: Postkartenmotiv der GWA St. Pauli

politischen Auffassungen der verschiedenen Akteure gestaltet sich eine engere Zusammenarbeit, beispielsweise mit der *St. Pauli Kirche* oder den zahlreichen Wohnprojekten, aktuell schwierig.

5.2.3 Finanzierung und Förderstrukturen

Die Förderlandschaft in Hamburg bietet derzeit keine eigenständige Förderung von Gemeinwesenarbeit. Neben der Akquisition von Drittmitteln über Projektanträge von derzeit etwa 25 Stiftungen, aber auch von öffentlichen Stellen, stützt sich die *GWA St. Pauli* in ihrer Finanzierung daher vor allem auf die institutionelle Förderung von Soziokulturarbeit durch die Hamburger Kulturbehörde. Diese wird durch Regelfinanzierungen in verschiedenen Arbeitsbereichen der Sozialen Arbeit ergänzt (insbesondere Familienförderung, offene Kinder- und Jugendarbeit und Ausbildungsvermittlung für junge Menschen).

Stadtteilkultur wird in der „Globalrichtlinie Stadtteilkultur“ der Freien und Hansestadt Hamburg „als hamburgspezifische Ausprägung von Soziokultur“ und „Teil einer breiten, gesamtstädtischen Strategie zur Förderung von Kunst und Kultur“ definiert, der durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern entstanden ist (Senat der Freien und Hansestadt Hamburg 2019: 1). Die Kulturpolitik „unterstreicht [...] den Grundsatz organisatorischer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der (Stadtteil-)Kultureinrichtungen und der (stadtteil-)kulturellen Initiativen“ (ebd.: 1). Diese Einrichtungen werden als „Impulsgeber für positive Stadtteilentwicklungsprozesse“ (ebd.: 2) gesehen, die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils einladen, das soziale und kulturelle Gemeinwesen mitzugestalten.

Der Prozess der Stadtteilkulturförderung wird in Hamburg durch die jeweils zuständigen Bezirksämter gestaltet, wobei der Planungsprozess als „Dialog“ zur „Identifizierung von Bedarfen und Entwicklungspotentialen“ (ebd.: 5) verstanden wird. So ist das Bezirksamt Altona für die Förderung des von der *GWA St. Pauli* getragenen Veranstaltungszentrums *Kölibri* verantwortlich.¹¹ Die Geschäftsführerin des Vereins beklagt allerdings angesichts einer „relativ festgezurrtten Standardfinanzierung“ sowie steigender Personal- und Sachkosten eine zunehmende Unterfinanzierung

der Arbeit im Stadtteil.¹² Die Leiterin der Abteilung Integrierte Sozialplanung im Bezirksamt Altona hält den Ausbau von Gemeinwesenarbeit zwar für „wünschenswert“, aber das Fachamt Sozialraummanagement habe nur wenig Einfluss auf diese Entwicklung. Eine Diskussion über Gemeinwesenarbeit gibt es aus ihrer Perspektive aber nicht.¹³

Mit dem Positionspapier Perspektivwechsel plädiert das Bezirksamt Altona angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen dafür, „alle Ansätze der Demokratieförderung und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nutzbar zu machen“ (Bezirksamt Altona 2018: 3). Die verschiedenen Akteure im Quartier sollen sich im Rahmen gemeinsamer Antidiskriminierungsstrategien wirksam verzahnen. Dabei sollen Strukturen und Methoden der Gemeinwesenarbeit (Aktivierung und Förderung von Teilhabe, Nachbarschaftshilfe und Solidarität), Demokratiepädagogik (Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform erlebbar machen), Friedenspädagogik (Entwicklung von positiven Bewältigungs- und Konfliktlösungsstrategien im Quartier) und Verwaltung (Steuerung und Monitoring) sinnvoll aufeinander bezogen werden (ebd.: 22 ff.). Diese Strategieempfehlungen zur Förderung von Integration, sozialer Inklusion und Diversität sind jedoch nicht mit Ressourcen unterlegt.

5.2.4 Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit im Quartier

Neben den finanziellen Strukturen, die aktuell zu einer zunehmenden Bedrohung der *GWA St. Pauli* durch Unterfinanzierung führen, sieht sich die Gemeinwesenarbeit in St. Pauli vor weitere Herausforderungen gestellt. Organisationsintern musste das große Wachstum der vergangenen Jahre durch einen Organisationsentwicklungsprozess aufgefangen werden, der weiterhin andauert, aber bereits positive Ergebnisse in Form einer besseren Vernetzung zwischen den verschiedenen Standbeinen und Projekten der *GWA St. Pauli* erreicht hat.¹⁴

Mit Blick auf den Stadtteil als Ganzes, wirkt sich die starke touristische Nutzung des Quartiers negativ auf den Wohnungsmarkt sowie die Lebensumstände der Bewohnerinnen und Bewohner aus. Diese Thematik wurde von der Stadtteilversammlung aufgegriffen, birgt aber weiterhin ein deutliches Konfliktpotenzial (*St. Pauli selber machen* 2019). *St. Pauli selber machen* hat zudem bereits das Problem des Drogenhandels und -konsums im Stadtteil thematisiert und eine AG etabliert, um dem zu begegnen (vgl. *St. Pauli selber machen* 2015). Hier setzen sich die Mitglieder für eine Lösung „mit Augenmaß“ (ebd.) ein. Dieser Ansatz steht dem häufig repressiven Vorgehen der Ordnungsbehörden gegen-

¹¹ Das Bezirksamt Altona fördert mit dem Projekt *Stadtteile ohne Partnergewalt* (kurz: *StoP*) nur ein weiteres Projekt mit einem expliziten Fokus auf Gemeinwesenarbeit. Zu den Zielen des Nachbarschaftsprojekts gehören das Empowerment von Betroffenen und die Stärkung von Netzwerken im Stadtteil Osdorf.

¹² Interview mit Rebecca Lohse und Steffen Jörg, 30. Oktober 2019.

¹³ Interview mit Monika Brakhage und Adelina Michalk, 6. August 2019.

¹⁴ Interviews mit Rebecca Lohse und Steffen Jörg, 14. Juni und 30. Oktober 2019.

über. Darüber hinaus wird ein Handlungsbedarf bei der Vernetzung der Akteure im Quartier wahrgenommen. Die dezentralen Strukturen und das Fehlen eines Gremiums, das den Stadtteil nach außen hin mit einer Stimme vertreten kann, ist aufgrund der historischen Entwicklung St. Paulis zwar teilweise gewünscht, allerdings weisen verschiedene Akteure darauf hin, dass langfristig eine stärkere Kooperationsstruktur angestrebt werden sollte. Von einer stärkeren Vernetzung der Kompetenzen und Ressourcen könnte die Bewohnerschaft potenziell stark profitieren.

Lea Freudenberg und Alexander Seidel

5.3 Dortmund Nordstadt

5.3.1 Geographische und sozialräumliche Verortung des Untersuchungsgebiets

Der offiziell unter dem Namen Innenstadt-Nord geführte Stadtteil Dortmunds zeichnet sich durch seine zentrale Lage in direkter Nähe zum südlich angrenzenden Hauptbahnhof sowie dem historischen Stadtzentrum aus. Dabei erstreckt sich die Nordstadt vom Hafen im Westen über den Nordmarkt bis zum Borsigplatz, der den östlichen Rand des Stadtteils markiert. Nach diesen Orientierungspunkten sind auch die drei Quartiere benannt, in die das Gebiet durch mehrere Magistralen geteilt wird.

Die Dortmunder Nordstadt gilt als „Ankommens- und Durchgangsstadtteil“ für Neuzuwandernde, aktuell vor allem aus Südosteuropa, die den Stadtteil aufgrund seines Images, vorhandener migrantischer Netzwerke und niedriger Mieten als „ersten Anlaufpunkt“ in der Region ansteuern. Hierdurch weist die Nordstadt nicht nur einen hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten auf, sondern auch eine hohe Mobilität im Umzugsverhalten der Bevölkerung. Es gibt nur wenige „alteingesessene“ Milieus und soziale Gruppen – wer angekommen ist und es sich leisten kann, versucht, die Nordstadt in Richtung privilegierterer Quartiere zu verlassen. In dieser Funktion erfüllen der „Integra-

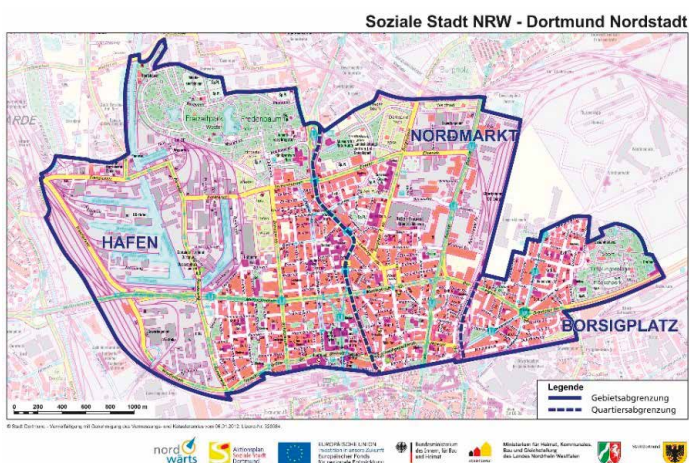


Abbildung 15: Karte der Dortmunder Nordstadt, Quelle: Stadt Dortmund 2012



Abbildung 16: Fassadengestaltung in der Nordstadt – ein Versuch der Stadtverwaltung, das Image des Stadtteils positiv zu besetzen. Foto: Frank Gesemann

tionsinkubator“ Nordstadt und seine Bevölkerung wesentliche Integrationsaufgaben für ganz Dortmund.

Trotz dieser wichtigen Rolle sieht sich die Nordstadt starker gesellschaftlicher und medialer Stigmatisierung ausgesetzt. Diese hat negative Auswirkungen auf die Zukunftschancen der insgesamt jungen Bevölkerung des Stadtteils, da vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt eine Herausforderung darstellt. Das häufig eher niedrige Bildungsniveau der Zugewanderten (Stadt Dortmund 2018: 4) verstärkt diese Problematik zusätzlich.

5.3.2 Akteursstrukturen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit

Durch die mit der Bevölkerungsstruktur einhergehenden Bedarfe, aber auch die soziale Benachteiligung großer Teile der Bevölkerung besteht ein dichtes Netz Sozialer Arbeit. Insgesamt gibt es in Dortmund, im Gegensatz zu den anderen Untersuchungsorten unserer Erhebung, jedoch keine formalisierte Struktur gemeinwesenorientierter Arbeit – einzelne Akteure innerhalb des breiten und dezentralen Geflechts lokaler Träger verfolgen dennoch gemeinwesenorientierte Ansätze im Sinne unserer Untersuchung im Rahmen ihrer jeweiligen Projektarbeit.

Soziodemographisch bedingt gehören die Kinder-, Jugend- und Bildungsarbeit sowie Integrationsangebote zu den zentralen Aufgabenbereichen im Stadtteil. Der Stärkung von Beteiligung und politischer Teilhabe widmet sich insbesondere der *Planerladen* e. V., der aktivierend (zuletzt vor allem in Bezug auf Neuzugewanderte aus Südosteuropa), aber auch advokatorisch für marginalisierte Zielgruppen eintritt und damit bisweilen bei kommunalen Akteuren aneckt.¹⁵ Nicht nur der Verbesserung von Bildungschancen, sondern auch sozialer Kompetenzen und der

¹⁵ So wurde beispielsweise die Verlängerung der Kampagne Blickwechsel mit der Installation von Bannern entlang der Mallinckrodtstraße und an der Integrationsagentur des Planerladen von der Bezirksvertretung Innenstadt Nord im September 2011 untersagt.

Stadtteilarbeit widmet sich die *Stadtteil-Schule Dortmund e. V.*, von Beginn an auch einer der Träger des Quartiersmanagements. Die *Machbarschaft Borsig11 e. V.* ist wiederum ein Beispiel für eine junge Akteurin aus der kreativen Szene, die sich „sozialer Kreativität“, nachbarschaftlicher Begegnung und einer partizipativen Stadtteilkultur verpflichtet sieht.

Die oben beschriebene Vielfalt an Akteuren spiegelte sich ursprünglich auch in der Aufteilung des Quartiersmanagements in der Nordstadt wider, da die Gebiete Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz über getrennte Quartiersmanagementteams verfügten, die sich wiederum jeweils aus einer Gruppe lokaler Hauptakteure zusammensetzten. Mittlerweile sind die *Stadtteil-Schule Dortmund* und das *Planungsbüro StadtRaumKonzept GmbH* mit dem stadtteilweiten Quartiersmanagement betraut, wobei das sozialorientierte Repertoire um eine Immobiliensparte erweitert wurde. Diese Entwicklung unterstreicht den zunehmenden städtischen Fokus auf Stadterneuerung und städtebauliche Aufwertung der Nordstadt in Kombination mit einem Rückgang des kommunalen und politisch-strategischen Anspruchs an eine gemeinwesenorientierte Quartiersarbeit.

Auf kommunalpolitischer Ebene werden Beteiligung und lokale Demokratie häufig in Bezug auf Regelstrukturen gedacht. Dabei wird auch Schulen und Kindergärten eine wichtige Rolle in der gemeinwesenorientierten Arbeit beigemessen. Im Gegensatz dazu formuliert der *Planerladen* eine deutlich konträre Position: Auf seinen Ursprung als studentische Initiative angehender Städteplanerinnen und Städteplaner sowie Architektinnen und Architekten in den späten 1970er Jahren aufbauend, vertritt dieser Akteur bis heute einen kritischen Ansatz, der zuweilen auch provokative Taktiken anwendet, um Aufmerksamkeit zu bekommen und Öffentlichkeit herzustellen. Seitdem der *Planerladen* nicht mehr Teil des Quartiersmanagements Hafen ist, kann er diese Linie auch unabhängig von städtischen Vorgaben vertreten.

Trotz der zahlreichen und unterschiedlichen Ansätze und Selbstverständnisse der Akteure zeichnet sich die Dortmunder Nordstadt durch eine ausgebildete Kooperationsstruktur aus. Die Trägerdiversität wird durch eine Tendenz zur Ausgliederung städtischer Aufgaben an private Träger begünstigt, wobei durch öffentliche Ausschreibungen zunehmend auch externe Akteure in den Stadtteil geholt werden. Hierdurch entsteht Wettbewerb, der vor allem kleineren Organisationen die Arbeit erschwert. Dennoch gestaltet sich der Zugang zur Trägerlandschaft in der Nordstadt auch für diese Akteure aufgrund der etablierten Netzwerke niedrigschwellig.

5.3.3 Finanzierung und Förderstrukturen

Da eine explizite Förderung von Gemeinwesenarbeit weder von der Stadt Dortmund noch vom Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen ist, erfolgt die Finanzierung dieser Arbeit in der Nordstadt im Wesentlichen über zwei Schienen: Zum einen kommen Ressourcen der Förderung von Quartiersmanagement aus den Mitteln der Stadt Dortmund, des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes im Rahmen des Programms *Soziale Stadt NRW* zum Einsatz; zum anderen findet die Förderung von soziokulturellen



Abbildung 17: Postkartenmotiv des Planerladen

Zentren aus Mitteln der Stadt Dortmund und des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen Verwendung.

Von Seiten der Kommune findet die Nordstadt vor allem in den Bereichen Sozialplanung und Stadterneuerung besondere Beachtung. Als Aktionsraum im Aktionsplan *Soziale Stadt* erfährt der Stadtteil Unterstützung durch Aktionsraumbeauftragte und durch die Finanzierung kleinerer Projekte, die dazu beitragen „die soziale Lage vor Ort und die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen in allen Lebensbereichen nachhaltig [...] (zu) verbessern“ (Stadt Dortmund o. D.). Außerdem wurden die Bemühungen zur Stadterneuerung im Rahmen des oben genannten Programms *Soziale Stadt NRW* im Integrierten Handlungskonzept Dortmund Nordstadt für den Zeitraum von 2014 bis 2020 fortgeschrieben, wobei hier eine Vielzahl von sozialgesellschaftlichen und stadtteilbezogenen Aspekten abgedeckt wird (vgl. Stadt Dortmund 2015). Enge Haushaltsgrenzen gehen allerdings laut Aussagen unserer Interviewpartnerinnen aus der Stadtverwaltung mit dem Risiko einher, dass vor allem Projekte im Bereich der Gemeinwesenarbeit – als freiwillige kommunale Leistungen – gestrichen werden müssen, wenn diese nicht über Fördermittel abgesichert sind.¹⁶

Der *Planerladen* finanziert seine Arbeit mit Hilfe von Fördermitteln von Bund, Land und Kommune sowie mit EU-Geldern, auf die er im Rahmen seiner Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit, in den Quartierstreffs sowie als Integrationsagentur des Landes Nordrhein-Westfalen zugreifen kann. Vor allem das letztere Betätigungsfeld ist charakteristisch für das Selbstverständnis des Vereins, dessen „Integrationsprojekt im Wohnbereich“ 2009 als eines von fünf Antidiskriminierungsprojekten in die Struktur der Integrationsagenturen eingegliedert wurde und seitdem durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wird. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten der Integrationsagenturen, deren Aufgabe es ist, die gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Menschen zu verbessern und ein friedliches und respektvolles Miteinander zu stärken (vgl. Integrationsagenturen NRW o. D.), deckt er als „Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit“ zudem insbesondere das Tätigkeitsfeld der Antidiskriminierungsarbeit ab.

¹⁶ Fokusgruppendifkussion u. a. mit Christiane Certa (Strategische Sozialplanung, Stadt Dortmund) und Uta Wittig-Flick (Stadterneuerung Nordstadt, Stadt Dortmund), 19. August 2019.

5.3.4 Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit im Quartier

Durch die zentrale, innenstädtische Lage ist die Dortmunder Nordstadt in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus von Stadtentwicklungsprozessen geraten. Insbesondere im Hafen-Quartier und auf dem großflächigen Gelände der ehemaligen Westfalahütte wurden Potenzialflächen für Wohn- und Gewerbenutzung ausgemacht, die zunehmend erschlossen werden und in sozioökonomischer Hinsicht andere Milieus ansprechen als der Rest der Nordstadt. Durch beginnende Aufwertungsprozesse im Bestand setzen auch erste Diskussionen um Verdrängungsprozesse ein, die bislang allerdings noch nicht zu den wesentlichen politischen Konfliktfeldern wie Armutszuwanderung, Kriminalität und Verwahrlosung gehören.

Auch andere strukturelle Rahmenbedingungen tragen dazu bei, dass die Dortmunder Nordstadt eine äußerst herausfordernde Umgebung für eine gelingende Gemeinwesenarbeit darstellt. Dazu gehört insbesondere die in den vergangenen Jahrzehnten in der Stadtteilarbeit beobachtete hohe Fluktuation – nicht nur in der Bevölkerung, sondern insbesondere auch bei den politisch Verantwortlichen und in der Trägerlandschaft (vgl. Staubach 2013: 54). Die geringe Bindungskraft des Quartiers führt zu einem schnellen Abfluss von sozialem Kapital und zum Wegzug von Engagierten, was eine erhebliche Hürde für den Aufbau nachhaltig bestehender und wirksamer (zivilgesellschaftlicher) Strukturen darstellt.

Die etablierte lokale Trägerlandschaft bemüht sich durch eine aktive und kooperative Projekt- und Netzwerkarbeit, diese Defizite auszugleichen. Die Gemeinwesenarbeit von Trägern wie dem *Planerladen* lebt dabei vor allem von der Motivation und dem Engagement ihrer Mitarbeitenden sowie der Versprechung, auf ein hohes, kaum ausgeschöpftes Aktivierungspotenzial und Teilhabebedürfnis zu stoßen. Letzteres spiegelt sich in der aktuellen lokalpolitischen Situation: So besteht ein enormes politisches Repräsentations- und Beteiligungsdefizit, da Parteien und lokalpolitische Strukturen die Vielfalt der Gesellschaft (insbesondere den Anteil von Migrantinnen und Migranten) nicht widerspiegeln und die interkulturelle Öffnung vieler institutioneller Akteure der lokalen gesellschaftlichen Realität vergleichsweise weit nachsteht. Eine knappe Mehrheit der erwachsenen Wohnbevölkerung besitzt zudem – aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft – kein Wahlrecht; darüber hinaus gibt nur etwa die Hälfte der tatsächlich Wahlberechtigten ihre Stimme bei Wahlen auch ab.¹⁷

Lea Freudenberg und Alexander Seidel

5.4 Dresden Prohlis

5.4.1 Geographische und sozialräumliche Verortung des Untersuchungsgebiets

Im südöstlichen Teil der Landeshauptstadt Dresden liegt der Stadtbezirk Prohlis, bestehend aus den Stadtteilen Großluga, Kauscha,

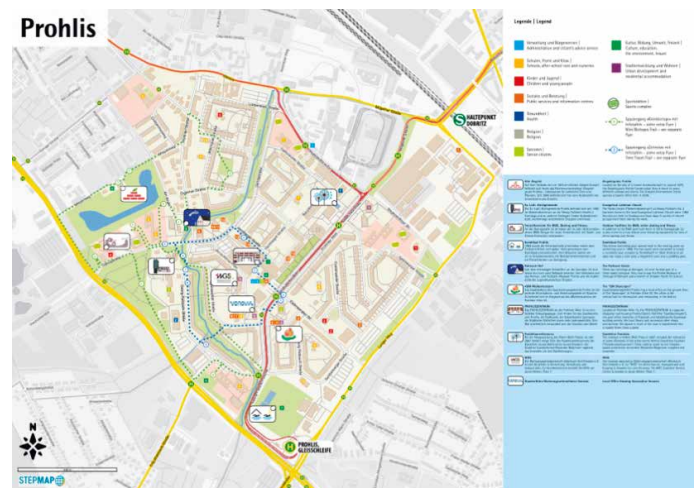


Abbildung 18: Karte des Quartiersmanagement-Gebiets Dresden Prohlis, Quelle: Quartiersmanagement Prohlis 2018

Kleinluga, Leubnitz-Neuostra, Lockwitz, Nickern, Niedersedlitz, Reick, Strehlen und Torna sowie dem Stadtteil Prohlis, der statistisch in Prohlis-Nord und -Süd untergliedert ist.¹⁸ Das Untersuchungsgebiet Prohlis-Nord und Prohlis-Süd ist auch gleichzeitig Quartiersmanagement-Fördergebiet und wird vom Prohliser Landgraben bzw. Geberbach in nördlicher Richtung durchquert (vgl. Quartiersmanagement Prohlis 2018; Landeshauptstadt Dresden 2011). Auf einer Fläche von insgesamt 1,36 km² leben dort knapp 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner, womit es ein sehr dicht besiedeltes Wohngebiet, das überwiegend Großsiedlungsstrukturen aufweist. Mitte der 1970er Jahre begann im Rahmen des komplexen Wohnungsbauprogramms der DDR die Errichtung von Plattenbausiedlungen. Es entstand (Neu-) Prohlis, eines der größten Plattenbaugebiete Dresdens, mit ca. 10.000 Wohnungen für rund 30.000 Menschen. Nach dem Mauerfall 1989 erfolgte ein massenhafter Wegzug und Prohlis verlor fast 50 Prozent seiner Bewohnerschaft, insbesondere besser etablierte Haushalte. Dies führte insgesamt zu drastischen städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen innerhalb des Stadtteils. Um diesen Veränderungen zu begegnen, wurde das Großsiedlungsgebiet Prohlis seit 1994 mit verschiedenen städtebaulichen Förderprogrammen modernisiert, u. a. mit dem Bund-Länder-Sanierungsprogramm Städttebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete teilweise rückgebaut und optisch ansprechender gestaltet. Im Jahr 2000 erfolgte dann die Integration in das bundesweite Städtebauförderprogramm Soziale Stadt (vgl. Dubbers 2012: 62).

Insgesamt ist die Lebens- und Wohnqualität im Stadtteil Prohlis deutlich gestiegen, jedoch werden diese positiven Entwicklungen

¹⁷ Ein Vergleich des Anteils der über 18-Jährigen an der Wohnbevölkerung (vgl. Stadt Dortmund 2019) mit der Zahl der Wahlberechtigten für die Europawahl 2019 bzw. die Bundestagswahl 2017 ergibt, dass nur etwa 46 Prozent der Erwachsenen in der Nordstadt wahlberechtigt sind. Bei der Europawahl 2019 lag die Wahlbeteiligung in der Nordstadt bei 42,4 Prozent, bei der Bundestagswahl 2017 bei 53,6 Prozent. In beiden Fällen ist dieser Wert der mit Abstand niedrigste im Dortmunder Bezirksvergleich (Stadt Dortmund o. D.: 3).

¹⁸ Mit Wirkung vom 13. September 2018, dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung der entsprechenden Hauptsatzungsänderung, ersetzte die Bezeichnung Stadtbezirk die ursprüngliche Bezeichnung Ortsamtsbereich (Landeshauptstadt Dresden 2018: 29 ff.; siehe auch Landeshauptstadt Dresden o. D.).

durch die schwierige soziale Lage von größeren Bevölkerungsgruppen konterkariert. Hierbei haben sich die sozialen Probleme in den letzten Jahren noch weiter verdichtet und sind insgesamt komplexer geworden. Mit seinem Angebot an bezahlbarem Wohnraum war und ist der Wohnort Prohlis für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen attraktiv, die häufig noch mit weiteren sozialen Problemen konfrontiert sind (vgl. SAS 2016: 3). Im Stadtteil Prohlis leben überdurchschnittlich viele Arbeitslose, Sozialhilfeempfangende und Menschen mit migrantischen Wurzeln, so dass die Bevölkerungszusammensetzung von Heterogenität geprägt ist. Charakteristisch für den Stadtteil Prohlis ist auch, dass über ein Drittel der Gesamtbevölkerung 60 Jahre und älter ist. Laut Auskunft der Sozialplanung erfolgt aktuell eine Anpassung der Infrastruktur an deren Bedarfe im Gebiet.

„Viele ältere Haushalte hatten schon eine starke Identität mit dem Wohngebiet entwickelt und sind am Standort geblieben, obwohl sie [nach der Wende] finanziell in der Lage gewesen wären, den Stadtteil zu wechseln. Diese Bevölkerungsgruppe lebt immer noch hier, vermerkt die wachsenden sozialen Probleme im Gebiet und hofft auf Veränderungen der sozialen Situation und des sozialen Klimas“ (SAS 2016: 9).

Die Interviewpartnerinnen und -partner berichten, dass viele dieser älteren Menschen zu denjenigen gehören, die nach der Wende arbeitslos geworden sind und die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind.

5.4.2 Akteursstrukturen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit

In Dresden Prohlis gibt es seit dem Jahr 2000 ein Quartiersmanagement mit Stadtteilbüro, das sich der Aufgabe widmet, die Lebenssituation im Stadtteil zu verbessern. Hierfür arbeitet das Quartiersmanagement, unter der Trägerschaft der *KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH*¹⁹, eng mit den Anwohnenden, den vertretenen Initiativen, Einrichtungen, Trägern und Institutionen sowie den Wohnungsbaugesellschaften im Stadtteil zusammen. Das Quartiersmanagement ist für alle Anwohnenden die zentrale Informations- und Vernetzungsstelle. Anliegen der Menschen und Akteure werden aufgenommen, es wird vermittelt und nach Lösungen gesucht. Unterschiedliche Netzwerke sind entstanden, die durch Projekte an der Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil arbeiten (vgl. Quartiersmanagement Prohlis o. D.2). Das Quartiersmanagement setzt sich für die sozialen Belange im Stadtteil ein, für die Arbeit mit den Menschen und deren Empowerment. Durch die Unterstützung des Quartiersmanagements sind über die Jahre zahlreiche Initiativen entstanden, die die Anwohnenden heute selbstständig im Ehrenamt weiterführen, wie z. B. die *Bürgerinitiative Prohlis e. V.*, der Heimatverein, der Umsonstladen oder der Verein *Querformat e. V.* Diese Initiativen sowie zahlreiche weitere Vereine sind im Gebiet aktiv und beleben den Stadtteil mit ihren sozio-kulturellen Angeboten. Nicht zuletzt aufgrund des ehrenamtlichen Engagements vieler überwiegend älterer Bürgerinnen und Bürger in Prohlis hat sich eine lebendige Zivilgesellschaft mit hohem bürgerschaftlichem und sozialem Engagement entwickelt. Durch die Fördermittel des Verfügungsfonds²⁰ der *Sozialen Stadt* können Bürgerinnen



Abbildung 19: Logo des Quartiersmanagements (links) und Slogan und Logo für den Stadtteil Prohlis (rechts). Quelle: vgl. Quartiersmanagement Prohlis o. D.1

und Bürger sowie Akteure im Stadtteil finanziell unterstützt werden. Auch hat das Quartiersmanagement verschiedene Veranstaltungsreihen entwickelt, die in regelmäßigen Abständen seit vielen Jahren stattfinden, beispielsweise die Prohliser Ehrenamtsmeile und die Vereinsmeile zum Herbstfest.

Gerade auch mit kulturellen Aktivitäten soll dem immer häufiger stattfindenden Rückzug ins Private entgegengewirkt werden, weshalb der Soziokultur eine besondere Bedeutung in Prohlis zukommt. Seit 2017 findet das gemeinschaftliche Kunst-Kulturprojekt *Zu Hause in Prohlis* als Kooperationsprojekt zwischen dem Quartiersmanagement Prohlis und dem *Societaetstheater* statt, „das neue Kooperationen am Stadtrand schafft und stadtgesellschaftlichen Zusammenhalt ermöglicht“ (*Zu Hause in Prohlis* o. D.1). Hierbei ist der zentrale Anlaufpunkt dieses Kulturprojektes das *KIEZ Kultur-im-Einkaufszentrum* im Prohliszentrum, ein zentral gelegener Raum bzw. Nachbarschaftstreff. Dort finden verschiedene kostenfreie kreative Workshops und niedrigschwellige kulturelle Veranstaltungen statt. Darüber hinaus gab es bislang zwei Jahre hintereinander der Prohliser Theatersommer in einem Zirkuszelt, das über den Stadtteil hinaus Kulturinteressierte anzog (vgl. Quartiersmanagement Prohlis o. D.4). Außerdem verfolgt das Quartiersmanagement mit seiner Arbeit die Verbesserung (Aufwertung) und Stabilisierung der Lebensbedingungen sowie die Schaffung stabiler Sozialstrukturen. Hierfür kooperiert es auch mit den verschiedenen Sozialberatungsstellen und anderen Anbietern sozialer Infrastruktur vor Ort. Als zentraler Ansprechpartner im gesamten Quartier verantwortet das Quartiersmanagement gemeinsam mit anderen Akteuren auch das Stadtteilmarketing sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Zudem ist das Quartiersmanagement damit beauftragt, Mittel für die Imagever-

¹⁹ Weitere Informationen finden sich auf den Webseiten der KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH (o. D.).

²⁰ Im Rahmen des sogenannten Verfügungsfonds der Sozialen Stadt können Fördermittel für lokale Projekte beantragt werden. Gefördert werden kleine und mittlere stadtteilbezogene Aktivitäten, wie z. B. kleinere Investitionen, Projekte und Veranstaltungen oder Produkte der Öffentlichkeitsarbeit. Jährlich stehen Prohlis 10.000 Euro für investive und ebenfalls 10.000 Euro für nicht investive Projekte zur Verfügung (vgl. Quartiersmanagement Prohlis o. D.3).



Abbildung 20: Plakat/ Flyer-Motiv 2. Prohliser Theatersommer 2019

besserung innerhalb des Quartiers, z. B. durch Sponsoring der Wohnungsbauunternehmen, einzuwerben.

5.4.3 Finanzierung und Förderstrukturen

Das Quartiersmanagement in Prohlis wird durch das bundesweite Förderprogramm Soziale Stadt finanziert. Städte und Kommunen sollen damit bei der Planung und Durchführung von städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von Stadtquartieren unterstützt werden, wobei ein integrierter Ansatz verfolgt wird. Hierbei wird vor allem auf eine intensive Einbindung der Bewohnerschaft vor Ort gesetzt, die als Expertinnen und Experten für ihr Viertel angesehen werden und deren vorhandene, aber ungenutzten Potenziale zur Selbsthilfe im Fokus stehen.

Das Quartiersmanagement setzt in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt Dresden der Datenlage entsprechende Schwer-

punkte für seine Arbeit. Das Quartiersmanagement in Prohlis zeichnet aus, dass es ausschließlich für die Netzwerkarbeit und die sozialen Aspekte vor Ort zuständig ist, da die städtebaulichen, stadtplanerischen Aufgaben durch das Stadtplanungsamt koordiniert und übernommen werden. Gemeinsam mit dem Quartiersbeirat in Prohlis, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Bewohnerschaft zusammensetzt, wird über die Verteilung des Verfügungsfonds entschieden. Das Quartiersmanagement hat außer dem Verfügungsfonds kein eigenes Budget zur Projektentwicklung zur Verfügung. Mit der *Trägerstruktur GmbH* im Hintergrund kann das Quartiersmanagement selbst keine Fördermittel beantragen. Damit ist es kaum in der Lage, eigene auf das Gebiet zugeschnittene Projekte zu entwickeln, sondern kann lediglich andere Träger im Gebiet bei der Antragstellung und durch Kooperationen unterstützen. Die *KEM* hat vor rund zehn Jahren das bestehende Quartiersmanagement Prohlis der *Sozialen Stadt* übernommen und der Auftrag zwischen der Kommune und der *KEM* wird jährlich verlängert. Auf Quartiersmanagementebene erbringen neben einer Quartiersmanagerin auch freie Mitarbeitende direkt aus dem Stadtbezirk und teilweise Studierende in niederschweligen Bereichen Leistungen, um mit geringen Mitteln eine Tiefenwirkung im Quartier zu ermöglichen. Das bedeutet, dass die *KEM*, abzüglich des Verfügungsfonds von 20.000 Euro, mit dem bestehenden Team im Jahr für 100.000 Euro arbeitet.

5.4.4 Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit im Quartier

Damit zivilgesellschaftliches Engagement möglich wird, benötigen die Menschen Räume, in denen sie sich treffen können. Von den deutlich steigenden Mieten im Stadtteil Prohlis sind sowohl Mieterinnen und Mieter als auch soziale Einrichtungen negativ betroffen. Aus Sicht der Interviewten (Ehrenamtliche, professionelle soziale Akteure und Verwaltung) stehen zu wenige Restaurants oder Cafés, aber vor allem kostenlose Räume für Anwohnende zur Verfügung; das erschwert häufig Begegnung, Engagement und Soziokultur. Auch angesichts der geringen Wohnungsgrößen und der hohen Anzahl an Menschen, die keiner regelmäßigen Beschäftigung nachgehen (mehr als zwei Drittel der Bevölkerung) (vgl. Quartiersmanagement Prohlis o. D.5), sind diese Orte als Begegnungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Um die Miete bezahlen zu können, müssen beispielsweise Ehrenamtliche bei jedem Treffen eine Raumnutzungsgebühr an die soziale Einrichtung bezahlen (z. B. bezahlen die Teilnehmerinnen des Stricktreffs, die für wohltätige Zwecke Strickprodukte herstellen, zwei Euro pro Person und Treffen).

Eine weitere Herausforderung für die Arbeit des Quartiersmanagements ist die „Versäulung“ der Verwaltung und die Schwierigkeit der Finanzierung von Projekten, gerade auch bei dem Versuch, zwischen der Lebenswelt der Menschen vor Ort und dem Verwaltungssystem zu vermitteln. Insgesamt wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsbereiche unterschiedlich eingeschätzt und gelingt aus Sicht der Interviewten insbesondere projektbezogen, z. B. im Kontext der Arbeit mit Geflüchteten. Am Beispiel der Planung eines *Bürgerhauses* werden diese Herausforderungen der „Versäulung“ und der unklaren Zuordnung der Finanzierung von Gemeinwesenarbeit

deutlich: Alle Parteien, Verwaltungsabteilungen und lokalen Akteure wollen ein vorhandenes renovierungsbedürftiges Objekt als Bürgerinnen- und Bürgerhaus für Prohlis baulich herrichten lassen und betreiben. 2011 gab es bereits intensive Beteiligungsprozesse mit Bürgerinnen und Bürgern zur Nutzung des Hauses. Während auf Verwaltungsebene das Aufbringen der Baukosten keine Schwierigkeit darstellte, fand sich über mehrere Jahre kein Verwaltungsressort, das den Betrieb des Bürgerinnen- und Bürgerhauses zukünftig finanziell übernehmen wollte. Erst 2018 sagte das Amt für Kultur und Tourismus zu; die zuständige Mitarbeiterin des Stadtplanungsamtes rechnet mit der Fertigstellung des Bürgerhauses im Jahr 2024. Diese Langwierigkeit von Verwaltungsvorgängen ist aus Sicht mehrerer Interviewpartnerinnen und -partner den Menschen vor Ort nicht vermittelbar.

Neben den genannten Herausforderungen für das Quartiersmanagement bietet das Förderprogramm *Soziale Stadt* die Möglichkeit, für den Verfügungsfonds Drittmittel einzuwerben. Das ist in Prohlis mit erblichen Schwierigkeiten verbunden, da es nur wenige Gewerbetreibende und keine großen wirtschaftlichen Leistungsträger gibt. Private Gelder über die Drittmittelinwerbung sind damit schwer zugänglich. Auch stellt die Beschaffung und insbesondere die Koordination und Abstimmung von Fördergeldern bzw. -töpfen (Europäischer Sozialfonds, EFRE-Mitteln) eine große Herausforderung in Prohlis dar. Fachlich wäre das Quartiersmanagement Prohlis in der Lage, hier stärker aktiv zu werden, aber für entsprechende Antragsprozesse würde ein Großteil des Zeitbudgets der Quartiersmanagerin für die Menschen vor Ort verloren gehen. Auch die geforderte Erwirtschaftung von Eigenmitteln stellt eine große Belastung dar, wie auch die überbordende Bürokratie insgesamt, an der öfters Projekte scheitern.

Insgesamt ist das Quartiersmanagement in Prohlis mit Personalstellen von 1 bis 1,5 Vollzeitäquivalenten (VZA) aus Sicht der Interviewten zu gering ausgestattet. Ein individuelles Empowerment der Menschen ist mit dieser personellen Ausstattung nicht möglich, auch sind die Gebiete dafür viel zu groß. Eine Aufstockung von Personalmitteln ist dringend erforderlich.

Amanda Groschke und Milena Riede

5.5 Düren

5.5.1 Geographische und sozialräumliche Verortung des Untersuchungsgebiets

Düren ist eine nordrhein-westfälische Mittelstadt mit 92.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die zwischen den Großstädten Köln und Aachen liegt und von der Rur durchflossen wird. Daher nennt sich Düren auch das „Tor zur Nordeifel“. Die Entwicklung der Stadt ist stark von der Papier- und Textilindustrie sowie vom metallverarbeitenden Gewerbe geprägt. Von Beginn der industriellen Zeit an, war Düren eine der reichsten Städte des damaligen Deutschen Reiches. Von Dürens städtebaulichem Reichtum kann heute jedoch aufgrund seiner völligen Zerstörung im Jahr 1944 kaum noch Zeugnis genommen werden.

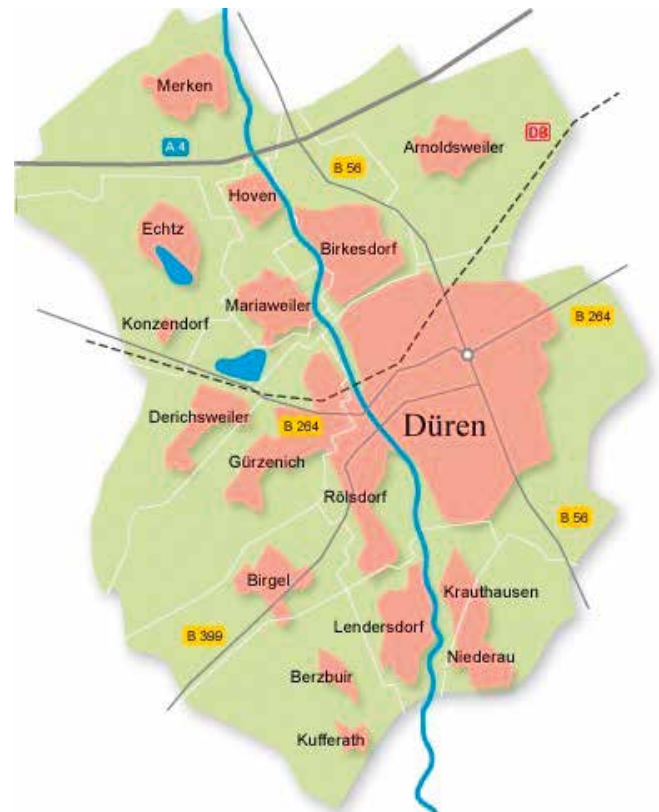


Abbildung 21: Übersichtskarte Stadtteile Düren. Düren Nord und Düren Süd-Ost gehören zur Kernstadt. Quelle: Stadt Düren o. D.

Als durchgängiger Trend in der demographischen Entwicklung von Düren lässt sich ausmachen, dass die Menschen älter und die Bevölkerung soziodemographisch heterogener werden. In Düren leben insgesamt 130 Bevölkerungsgruppen mit nichtdeutschen Wurzeln, die größte Gruppe davon sind türkeistämmige Menschen. Bei einer Betrachtung der verschiedenen Stadtteile in Bezug auf Altersstruktur und Quote an Transferleistungsbeziehenden werden große Unterschiede hinsichtlich der Verteilung deutlich (Stadt Düren 2018a: 5). In mehreren Gebieten bzw. Wohnanlagen, in denen die Infrastruktur unzureichend ist oder andere Probleme vorhanden sind, ist die Gemeinwesenarbeit aktiv und arbeitet mit der Bevölkerung an Verbesserungen der Lebensverhältnisse. Aktuell unterstützt das *Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* (kurz: *GWA-Büro*) Bewohnerinnen und Bewohner unter anderem in den Gebieten Düren-Süd-Ost, Düren-Nord und Mariaweiler. Diese Gebiete vollbringen hohe Integrationsleistungen, weil dort Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen leben, die sich zum Teil auch in besonders schwierigen Lebenssituationen befinden.

5.5.2 Akteursstrukturen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit

Die Stadt Düren weist eine 40-jährige Tradition von Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtteilen auf, in denen die Lebensqualität durch Infrastrukturmängel oder andere Probleme eingeschränkt war oder noch ist. Hierbei ist die Gemeinwesenarbeit seit Beginn ihrer Tätigkeit bei der *Evangelischen Gemeinde zu Düren* angesiedelt, die Trägerin der Gemeinwesenarbeit ist.



Abbildung 22: Hochhaus in Düren-Mariaweiler, Foto: Amanda Groschke

Das 1988 verfasste Theologische Selbstverständnis der Gemeinde fordert eine Solidarisierung mit den Armen und ein Engagement für deren Würde und Rechte. Gemeinwesenarbeit wird hierbei als eine Methode der Sozialarbeit gesehen, um mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, wobei die Arbeit in den benachteiligten Stadtteilen als „ein Stück Gemeindegearbeit“ angesehen wird). In Düren agiert das *GWA-Büro*, das in den Räumen der Kirchengemeinde im Zentrum Dürens angesiedelt ist, dezentral in verschiedenen benachteiligten Stadtteilen. Die Gemeinwesenarbeit in Düren ist im Auftrag der Stadt Düren tätig, die für die erforderlichen Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit als Instrument der sozialen Stadtentwicklung sorgt. Eine am Bürgerinnen- und Bürgerinteresse orientierte Entwicklung des Gebietes soll mit Hilfe von Begegnungs- und Organisationsformen geschaffen werden, die der jeweiligen Situation angemessen und für Erwachsene, Kinder und Jugendliche passend sind. Vernetzungsstrukturen und zielgerichtete Kooperationen unterschiedlicher Bewohnerinnen und Bewohner, Bürgergruppen, Vereine und Institutionen im Stadtteil sollen realisiert werden. Hierbei wurden ergänzende Kommunikations-, Kooperations- und Organisationsstrukturen in den Stadtteilen von den Mitarbeitenden der Gemeinwesen gemeinsam mit interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt. Diese neuen Beteiligungsstrukturen sollen ermöglichen, dass die Akteure vor Ort mit Politik und Verwaltung Ressourcen für die zu bewältigenden Aufgaben erschließen können.

Bereits in den Anfängen der Gemeinwesenarbeit in Düren z. B. ginn der 1980er Jahre haben sich Mitarbeitende mit Ansätzen des Community Organizing auseinandergesetzt und davon inspirieren lassen. Ermutigt und fasziniert waren sie dabei insbesondere von der Selbstorganisation unterprivilegierter Minderheiten sowie von Strategien und Taktiken zur Selbstermächtigung. Dieser Ansatz prägt bis heute die Gemeinwesenarbeit, jedoch hat sich im Laufe der Jahre ihre Arbeitsweise verändert. Während aus Sicht der Akteure der Gemeinwesenarbeit früher stärker konfrontativ gearbeitet wurde, hat sich das Miteinander mit der Verwaltung verändert und es kann nun kooperativer agiert werden. Die wesentliche konzeptionelle Veränderung nach 40 Jahren Gemeinwesenarbeit besteht darin, dass zuerst die Arbeit mit gesellschaftlich Benachteiligten im Vordergrund stand, um diese Gruppen zur Teilhabe und Selbstvertretung zu ermächti-

gen. Wenngleich der Schwerpunkt immer noch auf denjenigen liegt, die sich nicht selbst beteiligen, hat sich der Fokus geweitet, so dass es im Rahmen der Gemeinwesenarbeit nun stärker um das Zusammenbringen verschiedener Gruppen und Akteure auf Stadtteilebene geht.²¹ Schaaf (2014a: 69) führt diese Entwicklung auf veränderte Rahmenbedingungen zurück: Die Gebiete sind größer und heterogener geworden und auch Aufgaben der Stadtentwicklung sind hinzugekommen, weshalb das methodische Instrumentarium erweitert wurde.

Eine Besonderheit der Gemeinwesenarbeit Düren ist, dass in allen Gemeinwesenarbeit-Gebieten die Selbstorganisation der Anwohnerinnen und Anwohner, unter maßgeblicher Einbeziehung unterprivilegierter Gruppen, in Form von Bewohnerorganisationen²² in Vereinsstrukturen etabliert wurden, die die Wohnbevölkerung möglichst angemessen repräsentieren. Mit dem Aufbau dieser Formate entstanden verlässliche Nachbarschaftsnetzwerke bzw. Interessenvertretungen mit gewählten und damit zivilgesellschaftlich legitimierten Vertreterinnen und Vertretern. Auf diese können sich auch verschiedene Fachdienste im Rahmen ihrer sozialräumlichen Arbeit berufen und mit diesen kooperieren. Indem Interessen gebündelt werden und die Menschen vor Ort an „passgenauen“ Lösungen mitwirken, können Fehlplanungen vermindert und Kosten reduziert werden. Hierbei verwalten die Bürgerinnen- und Bürgervereine auch selbstständig Räumlichkeiten, in denen z. B. Mieterberatung stattfindet. Das *GWA-Büro* übernimmt die Organisationsberatung der Bewohnerorganisationen, damit ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwesen möglichst erfolgreich und auf Dauer umgesetzt werden kann. Um weitergehende Themen zu bearbeiten, die den ganzen Stadtteil betreffen, werden in allen Gebieten der Gemeinwesenarbeit Stadtteilkonferenzen durchgeführt. Bei diesen entwickeln Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Bewohnerorganisationen und Institutionen im Stadtteil gemeinsam Handlungskonzepte bzw. Stadtteilprogramme für das Gebiet.

Die Organisation zivilgesellschaftlicher Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit setzt häufig bei Kindern und Jugendlichen an, um über diese auch die Eltern zu erreichen und miteinzubeziehen. Aus diesem Grund besteht eine enge Kooperation zwischen der Gemeinwesenarbeit und der Jugendarbeit und in allen Gemeinwesenarbeit-Gebieten werden u. a. in den Räumen der Bürgerorganisationen Hausaufgabenbetreuung, Ferienangebote und Spielplatzgestaltungen durchgeführt. Auch arbeitet die Gemeinwesenarbeit eng mit der aufsuchenden Jugendarbeit zusammen, um Konflikten vorzubeugen bzw. diesen zeitnah zu begegnen. Das *Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* in Düren war in mehreren Gebieten (Düren Süd-Ost und Düren Nord) zwischenzeitig Träger des Quartiersmanagements im Rahmen des Programmes Soziale Stadt. Dieser Rahmen wurde zum Aufbau dauerhafter Beteiligungsstrukturen genutzt, die auch nach Beendigung des Förderprogrammes weiter funktionieren. Nach Auslaufen des Förderprogrammes *Soziale Stadt* wurde eine Weiterfinanzierung der Arbeit über den kommunalen Haushalt von der Gemeinwesenarbeit erkämpft.

²¹ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

²² Hier wird vereinfachend von Bewohnerorganisationen gesprochen, die in Düren jedoch auch als Interessenvertretungen oder Stadtteilvertretungen bezeichnet werden.

5.5.3 Finanzierung und Förderstrukturen

Die Gemeinwesenarbeit in Düren ist eine etablierte und akzeptierte Größe, die gemeinsam mit der Stadtverwaltung Düren dafür verantwortlich ist, das vereinbarte Gesamtkonzept *Soziale Stadt Düren* umzusetzen. Im Laufe der Jahre hat sich die Finanzierung der Gemeinwesenarbeit verändert, was auch hinsichtlich der Arbeitsweise und der politischen Reichweite Auswirkungen hatte: Zuerst wurde die Gemeinwesenarbeit kirchlich finanziert und war dadurch aus Sicht von Schaaf (2014a: 69) unabhängiger. Dann wurde die Gemeinwesenarbeit z. T. über Fördermittel des Jugendamtes finanziert und später über das Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt*. In einem nachfolgenden Prozess wurde der gesamte erweiterte Bereich Düren Süd-Ost zu 80 Prozent über das Bund-Länder-Programm, zu zehn Prozent von der Stadt bzw. Kommune Düren und zu weiteren zehn Prozent von der Evangelischen Gemeinde zu Düren finanziert. Nach dem Programmende der Sozialen Stadt stand Düren vor der Herausforderung der kommunalen Weiterfinanzierung. Gegenwärtig werden insgesamt 1,75 Stellen in Düren Süd-Ost, 1,0 Stelle in Mariaweiler und 1,5 Stellen in Düren Nord kommunal finanziert, über das Jugendamt und über das Amt für Stadtentwicklung und zehn Prozent und Overheadkosten werden als Trägeranteil von der *Evangelischen Gemeinde zu Düren* eingebracht.²³

Auch für den Bereich Nord-Düren war die Entwicklung eine ähnliche: Zunächst lief die Förderung des Projektes über das Programm *Soziale Stadt*. Nach Auslaufen des Programms wurde die

Finanzierung eines reduzierten Stellenumfanges – einem Ratsbeschluss folgend – in den städtischen Haushalt übernommen. Darüber hinaus stellt Düren pro Gebiet der sozialen Stadtentwicklung Verfügungsmittel von ca. 10.000 Euro pro Jahr bereit, die von den *Bürgerorganisationen* (Stadtteilvertretungen) nach Abstimmung im Stadtteil zur Finanzierung von gemeinschaftlich getragenen Projekten wie z. B. Stadtteulfesten, Stadtteilzeitungen beantragt werden.

5.5.4 Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit im Quartier

Trotz der guten Verankerung von Gemeinwesenarbeit in der Stadt Düren äußern Interviewpartnerinnen und -partner Zweifel, ob die Finanzierung des GWA-Büros angesichts der angespannten Haushaltslage der Kommune dauerhaft gesichert ist. Zudem sieht die Mehrheit der befragten Akteure einen deutlichen Mehrbedarf für Personal im Bereich Soziale Stadtentwicklung. Besonders um mit mehrfach benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu arbeiten, wäre ergänzend deutlich mehr stadtteilorientierte Sozialarbeit oder einzelfallorientierte Sozialarbeit notwendig. Wie mehrere Interviewpartnerinnen und -partner betonten, kann die Gemeinwesenarbeit nicht gesamtgesellschaftliche Probleme lösen, aber sie kann den Menschen eine Stimme verschaffen und viele belastende Alltagsdinge können bearbeitet werden.

Die Gemeinwesenarbeit setzt auf die freiwillige Aktivierung der Menschen und um diesen Rahmen zu sichern, sind finanzielle

	Berlin Spandau, QM-Gebiet Heerstraße ¹	Hamburg St. Pauli ²	Dortmund Nordstadt ³	Dresden Prohlis, QM-Gebiet ⁴	Stadt Düren ⁵
Fläche	1,16 km ²	2,2 km ²	14,42 km ²	1,53 km ²	85 km ²
Bevölkerung	19.654 (2017)	22.436 (2018)	59.502 (2018)	15.362 (2018)	92.315 (2017)
Bevölkerungsdichte	16.943 EW/km ² (2017)	10.005 EW/km ² (2018)	4.126 EW/km ² (2018)	10.040 EW/km ² (2018)	1.086 EW/km ² (2017)
Ausländeranteil	19,2 % (für Spandau) (2018)	21,3 % (2018)	52,2 % (2018)	14,8 % (2018)	16,7 % (2017)
Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund	52,8 % (2017)	36,7 % (2018)	73,5 % (2018)	19,9 % (2018)	11,3 % (2017)
Arbeitslosenquote	9,2 % (2017)	6,8 % (2018)	19,6 % (2018)	14,1 % (2017)	6,4 % (2019)
Anteil von Transferleistungsbeziehenden (SGB II)	46,2 % (2017)	12,8 % (2018)	ca. 40 % (2017)	24,7 % (2018)	14,8 % (2018)
Armutsquote nach Kaufkraft [Gängige Armutsquote]¹¹	27,4 % [26,3 %] (für Berlin Spandau)	30,7 % [23,2 %] (für Hamburg Mitte)	23,8 % [24,2 %] (für KS Dortmund)	17,1 % [17,7 %] (für KS Dresden)	13,3 % [14,3 %] (für LK Düren, LK Heinsberg)
Betrachteter Träger der Gemeinwesen- / Stadtteilarbeit	<i>Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.</i>	<i>GWA St. Pauli e. V.</i>	<i>Planerladen e. V.</i>	<i>KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH</i>	<i>Evangelische Gemeinde zu Düren</i>
tätig seit	1978	1975	1982	2000	1980

Tabelle 2: Wichtige Strukturdaten zu den ausgewählten Fallstudienorten

²³ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

Ressourcen eine Grundvoraussetzung. Da Gemeinwesenarbeit nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehört, ist sie eine sinnvolle Ergänzung hin zu einer konstruktiven Stadtentwicklung. Deshalb ist neben der finanziellen Ressourcenausstattung der Gemeinwesenarbeit auch die Einsicht der Stadtpolitik bedeutend, dass die Prozesse und Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit bottom-up entstehen. Aktuelle Themen oder Probleme im Stadtteil werden demnach nicht von der Gemeinwesenarbeit gelöst, sondern die Menschen vor Ort werden dabei unterstützt, es selbst zu tun. Die Vermittlung dieser Arbeitsweise und die Bedeutung von Freiräumen in der Gemeinwesenarbeit der Politik und Verwaltung zu erklären ist nicht immer einfach und konfliktfrei, sie sind aber wesentliche Rahmenbedingungen und bleiben damit eine ständige Herausforderung für die Entfaltung der Gemeinwesenarbeit in Düren.

Wenngleich die Zusammenarbeit mit der Verwaltung kooperativer geworden ist, so bleibt sie dennoch herausfordernd, insbesondere im Hinblick auf die verwaltungsinterne Vernetzung. Zudem stellt die personelle Unterausstattung der Verwaltung ein großes Problem dar und die dadurch mitverursachte Dauer von Entscheidungsprozessen und Verwaltungsentscheidungen ist für

engagierte Bewohnerinnen und Bewohner schwer nachvollziehbar und führt z. T. auch zur Beendigung des Engagements. Für die Arbeit der Bewohnerorganisationen, aber auch insgesamt für die Gemeinwesenarbeit, ist der Verwaltungsaufwand in allen Bereichen immens gestiegen und der Anteil der Verwaltungsarbeit an der Sozialen Arbeit unverhältnismäßig hoch. Gerade auch Bauvorschriften, Sicherheitsauflagen, aber auch Gebührenerhebungen machen das Engagement im Kontext von Vereinsarbeit und der Organisation von Festen schwierig. Mehrfach wurde zudem kritisiert, die Kommune würde zu geringe Ressourcen für die Infrastruktur von Bürgerinnen- und Bürgerarbeit zur Verfügung stellen. Ehrenamtliche müssen an verschiedenen Stellen Eigenmittel erwirtschaften, damit sie überhaupt tätig werden können.

Soziale Stadtentwicklung kann nicht nur auf ehrenamtlicher Basis ausgeübt werden; vielmehr wird dauerhaft kompetentes Personal benötigt, das Beziehungen aufbaut und die ehrenamtlich Engagierten unterstützt, begleitet und berät. Damit bleibt die personelle Ausstattung auch in Zukunft eine der zentralen Herausforderungen der Gemeinwesenarbeit in Düren.

Amanda Groschke und Milena Riede

Exkurs: Politische Ungleichheit als Herausforderung für lokale Demokratie

„Viele Studien belegen, dass in Stadtteilen, in denen die Bevölkerung über geringe sozioökonomische Ressourcen verfügt, wenig gewählt wird. [...] Ein großer Teil von Menschen sind in diesem [demokratischen] System nicht repräsentiert, denn es gibt außerdem noch viele, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus gar nicht wählen dürfen, da gibt es eine richtige demokratische Lücke, ein großes Problem“ (Sabine Stövesand, Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaft Hamburg).²⁴

Politische Gleichheit ist ein fundamentales Qualitätsmerkmal einer lebendigen Demokratie. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen die gleichen Möglichkeiten haben, „ihre Meinung zu bilden, diese frei zu äußern und sich an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen“ (Wagner 2019: 64; siehe auch Kapitel 4.3). Das Ausmaß politischer Interessen und Kompetenzen, bürgerschaftlichen Engagements und politischer Beteiligung sowie ihre Wechselwirkungen mit unterschiedlichen Lebenswelten und segregierten Sozialräumen zeigt sich dabei vor allem in kleinräumigen Analysen.

Wahlen und lokale Demokratie – eine Bestandsaufnahme

Dass sich westliche Demokratien aufgrund der zahlreichen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Umbrüche auf glo-

baler, nationaler und lokaler Ebene in einer „Krise“ (Kuder 2019: 29) befinden oder zumindest unter „Erosionserscheinungen“ (Merkel 2015b: 490) leiden, die sich zumeist in einer niedrigen Wahlbeteiligung, wenigen Parteimitgliedschaften sowie einem stetig sinkenden Vertrauen in politische Institutionen auf verschiedenen Ebenen manifestieren (vgl. Nolte 2011: 6), ist keine neue Feststellung. Viele Kommentatorinnen und Kommentatoren des Zeitgeschehens haben bereits auf diesen Zustand hingewiesen, ihn unterstrichen oder auch relativiert (vgl. u. a. Schnur et al. 2019). Dennoch ist diese Sichtweise, auch für eine Studie zu den Potenzialen von Gemeinwesenarbeit, weiterhin relevant, denn die oben genannten Symptome treten verstärkt in den hier untersuchten Gebieten auf. Dies ist jedoch kein Zufall, sondern, ganz im Gegenteil, Ausdruck des Ineinandergreifens sozialräumlicher und sozialökonomischer Problemfaktoren, deren Interaktion eine potenzielle Bedrohung für die (lokale) Demokratie darstellt:

„Eine wesentliche Krisenerscheinung der Gegenwartsdemokratie besteht [...] im nachweisbaren Rückgang politischer Gleichheit. Während es für einen Teil der Bevölkerung neue Wege gibt, sich politisch zu artikulieren, nutzen andere selbst herkömmliche Beteiligungsformen immer weniger. Für die Demokratie besteht die Gefahr darin, dass die Politik sich an den Aktiven und Vernehmbaren orientiert, während die Passiven und Stillen übergangen werden“ (Schäfer 2015: 24).

In seiner umfassenden Analyse gelangt Armin Schäfer (2015: 122) zu dem Ergebnis, dass die Wahlbeteiligung stark von „Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Bildung“ des Individu-

²⁴ Interview mit Sabine Stövesand, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), 13. Juni 2019.

ums abhängt. Nichtwählen ist daher nicht Ausdruck politischen Protests oder Desinteresses, sondern vielmehr Folge und gleichzeitig verstärkendes Element sozialer Ungleichheit. Das Problem sieht Schäfer (2015) hier in der Wechselwirkung zwischen Beteiligung und Interessenvertretung: Wer nicht an politischen Prozessen beteiligt ist, dessen bzw. deren Interessen werden selten bis nie berücksichtigt. Dies ist besonders kritisch, da auch die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an Elementen direkter Demokratie sowie alternativen gesellschaftlichen Beteiligungsformen stark von der Klassenzugehörigkeit des Individuums bestimmt wird. Des Weiteren führt die sozialräumliche Segregation innerhalb von (Groß-) Städten dazu, dass ärmere Stadtviertel besonders benachteiligt sind (siehe auch Schäfer/Roßteutscher 2015). Schließlich weist Schäfer (2015) auf das republikanische Dilemma hin, das zusätzlich dazu beiträgt, dass bisher nicht beteiligte Bürgerinnen und Bürger entmutigt werden und keine Wirkkraft im eigenen potenziellen politischen Engagement sehen, denn „je ungleicher die politische Partizipation, desto unwahrscheinlicher sind Reformen, die diese Ungleichheit beheben könnten“ (ebd.: 242). Infolgedessen besteht die Gefahr für die Demokratie aktuell darin, dass sich die soziale Schere auch soziopolitisch immer weiter öffnet und eine gesellschaftliche Polarisierung weiter vorantreibt (vgl. Kuder 2019).

Dass lokale Demokratie hier eine Schlüsselrolle spielt, zeigt sich in der Zentralität der lokalen Ebene des Quartiers, auf der sich „Marginalisierung, Heterogenisierung, Gentrifizierung und Globalisierung überlagern“ (Schnur et al. 2019: 3) und die verschiedenen Formen der Demokratie (repräsentativ, direkt und kooperativ) aufeinandertreffen bzw. parallel existieren (vgl. ebd.: 5). Zudem lassen sich die Auswirkungen sozialer und ethnischer Segregation auf politische Beteiligung am besten in kleinräumigen Analysen identifizieren und belegen (vgl. Schäfer 2015: 150). Ungleichheit führt zu segregierten Lebenswelten, die vielfach wenig gemeinsam haben: „Wie sollen jedoch eigene Positionen hinterfragt und möglicherweise korrigiert werden, wenn einem die Lebenswelt fremd erscheint und wenn einem Sorgen und Nöte kaum bekannt sind, die dort den Alltag prägen?“ (ebd.: 165)

Wahlergebnisse

Die folgende tabellarische Übersicht der Daten zu den letzten Kommunalwahlen in den fünf Untersuchungsgebieten dieser Studie zeigt, wie ausgeprägt sich die oben beschriebene Problematik konkret manifestiert. Mit der Ausnahme von Hamburg St. Pauli, das aufgrund seiner politischen Historie einen stärkeren Zugang zu repräsentativ-politischen Regelstrukturen aufweist (vgl. Kapitel 4.2), zeichnen sich die anderen Untersuchungsgebiete durch eine insgesamt niedrige Wahlbeteiligung aus. Im Falle von Berlin Spandau und Dresden Prohlis liegt diese deutlich unter der Gesamtwahlbeteiligung, während die Stadt Düren auch insgesamt einen eher niedrigen Wert von 42,0 Prozent verbucht. Besonders kritisch scheint sich die Einbettung in die repräsentative Demokratie jedoch in der Dortmunder Nordstadt zu gestalten, da hier nur knapp ein Viertel der Wahlberechtigten bei der letzten Kommunalwahl auch eine Stimme abgegeben hat. Dieser Wert ist vor allem deswegen bedenklich, da aufgrund des im Vergleich zu den anderen vier Städten und Stadtteilen deutlich erhöhten Ausländerinnen- und Ausländeranteils von

43,4 Prozent nur weniger als zwei Drittel der Bevölkerung überhaupt wahlberechtigt sind. Die niedrige Wahlbeteiligung führt daher zu einer Situation, in der das Gremium, das die Interessen der Anwohnenden auch über die Grenzen der Nordstadt hinaus vertritt, nur von 14,7 Prozent der Bevölkerung des Stadtteils gewählt wurde. Eine Interessenvertretung, die auch marginalisierte Gruppen einschließt, ist unter diesen Umständen zwar möglich, aber unwahrscheinlich (vgl. Schäfer 2015).

Das Fallbeispiel der Dortmunder Nordstadt weist auf den großen Anteil der Nichtwählenden hin, der in allen Gebieten, mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli, bei über der Hälfte der Wahlberechtigten liegt. Dies weist, wie oben beschrieben, jedoch nicht auf eine ausgeprägte Protesthaltung, sondern auf schwierige sozioökonomische Konfigurationen in den jeweiligen Gebieten hin, die eine politische Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner erschweren (vgl. Schäfer 2015). Auch abseits des Beispiels der Dortmunder Nordstadt zeigt sich, dass selbst bei einer deutlich geringeren Ausländerinnen- und Ausländerquote und einem daraus resultierenden höheren Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung des jeweiligen Untersuchungsgebiets die Wählenden nur knapp unter bzw. über ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Ein Zugang zur repräsentativen Demokratie, der über ihre direkten und kooperativen Elemente hinausgeht, ist somit, trotz aktiver Gemeinwesenarbeit, keinesfalls sichergestellt. Dieser Problematik entzieht sich auch Hamburg St. Pauli nicht gänzlich, da die Wahlbeteiligung in diesem Stadtteil zwar 14 Prozentpunkte über dem Gesamtwert liegt, aber dennoch weniger als die Hälfte der Bevölkerung zur Gruppe der Wählenden gehört. Das Repräsentationsproblem zeigt sich daher auch in diesem Gebiet, das durch eine politisch sehr aktive Bevölkerung geprägt ist, und bleibt somit eine Herausforderung für politische wie zivilgesellschaftliche Akteure, auch im Rahmen einer aktiven Gemeinwesenarbeit.

Lea Freudenberg

	Berlin Spandau, QM-Gebiet Heerstraße ¹	Hamburg St. Pauli ²	Dortmund Nordstadt ³	Dresden Prohlis, QM-Gebiet ⁴	Stadt Düren ⁵
Gewähltes kommunalpolitisches Gremium	Bezirksverordnetenversammlung Spandau	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	Bezirksvertretung Innenstadt-Nord	Stadtbezirksbeirat Prohlis	Rat der Stadt Düren
Jahr der letzten Wahl	2016	2019	2014	2019	2014
Zeitgleich stattgefundenen Wahlen	Abgeordnetenhaus von Berlin	Europäisches Parlament	Europäisches Parlament, Rat der Stadt Dortmund, Oberbürgermeister	Europäisches Parlament, Stadtrat, Ortschaftsräte der Landeshauptstadt Dresden	Europäisches Parlament
Einwohnerzahl	14.917 (2016) ⁶	22.436 (2018) ⁷	54.992 (2013) ⁸	14.636 (2019) ⁹	89.024 (2014) ¹⁰
Ausländeranteil	23,7 % ¹¹	21,3 % (2018) ¹²	43,4 % ¹³	13,6 % ¹⁴	12,6 % (2014) ¹⁵
Wahlberechtigte	9.831	16.844	31.980	11.148	69.390
Anteil Wahlberechtigte an der Bevölkerung	65,9 %	75,1 %	58,2 %	ca. 76 % ¹⁶	77,9 %
Wählende	ca. 4.000 ¹⁷	10.159	8.087	5.372	29.168
Wahlbeteiligung im Untersuchungsgebiet [insgesamt]	ca. 41 % [59,3 %]	60,3 % [46,8 %] ¹⁸	25,3 % [25,3 %]	48,2 % [62,7 %]	42,0 % [42,0 %]
Anteil Wählende an der Bevölkerung	ca. 27 %	45,3 %	14,7 %	ca. 37 %	32,8 %
Wahlergebnis	CDU: 19,4 % ¹⁹ SPD: 32,7 % Grüne: 4,8 % Die Linke: 7,8 % FDP: 5,1 % AfD: 22,7 % Piraten: 2,8 % pro Deutschland: 1,6 % Die Partei: 1,4 % Wis S: 1,8 %	CDU: 4,5 % ²⁰ SPD: 14,0 % Grüne: 40,4 % Die Linke: 32,8 % FDP: 2,6 % AfD: 2,8 % Übrige: 2,7 %	CDU: 13,6 % SPD: 39,0 % Grüne: 16,8 % Die Linke: 15,1 % FDP: 1,2 % AfD: 4,3 % Die Rechte: 3,5 % Piraten: 4,5 % Bürgerliste: 1,0 % DKP: 1,0 %	CDU: 17,6 % SPD: 8,2 % Grüne: 7,1 % Die Linke: 19,1 % FDP: 3,8 % AfD: 27,0 % NPD: 2,2 % Piraten: 1,9 % Freie Bürger: 2,0 % Freie Wähler Dresden e. V.: 8,4 % Wählervereinigung „Wir für Dresden Südost“: 2,7 %	CDU: 41,0 % SPD: 32,5 % Grüne: 9,7 % Die Linke: 5,3 % FDP: 3,3 % AfD: 5,5 % BfD: 2,1 % Freie Liste: 0,6 %

Tabelle 3: Kommunalwahldaten für die ausgewählten Fallstudienorte (Quellennachweise auf S. 115)

6 Sozialer Zusammenhalt und demokratische Integration im Stadtteil – Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten

Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, die Menschen für eine gesellschaftliche und politische Teilhabe auf Augenhöhe zu befähigen und den Zusammenhalt im Gemeinwesen zu stärken. Ansatzpunkte sind dabei auf der *individuellen Ebene* die Identifikation mit dem Quartier, der Wissens- und Kompetenzzuwachs der Bewohnerinnen und Bewohner, auf der *zivilgesellschaftlichen Ebene* die Aktivierung der lokalen Bevölkerung, die Förderung von sozialem Kapital und der Aufbau selbsttragender Beteiligungsstrukturen sowie auf der *kommunalen Ebene* die Vermittlung zwischen Lebenswelt und politischem System sowie die Mitwirkung an der Ausgestaltung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Zur Messung von sozialem Zusammenhalt wurde ein mehrdimensionales Konzept entwickelt, das die Qualität des Miteinanders in einem abgegrenzten Gemeinwesen beschreibt. Zentrale Merkmale eines hohen Zusammenhalts sind belastbare *soziale Beziehungen*, eine *emotionale Verbundenheit* ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine *ausgeprägte Gemeinwohlorientierung*. Zu letzterer gehört die Dimension *gesellschaftliche Teilhabe*, die als *demokratische Integration* eines Gemeinwesens gemessen werden kann (vgl. Gesemann et al. 2019: 22 f.; Blinkert/Klie 2019; siehe auch Klie 2019).

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung präsentiert, die wir im Sommer 2019 in den fünf Untersuchungsgebieten durchgeführt haben. Mit diesem quantitativen Basiselement wurden grundlegende Einflussfaktoren von sozialem Zusammenhalt und politischer Beteiligung wie Identifikation und Verbundenheit mit dem Quartier, soziale Netze und gegenseitige Unterstützung, Nutzung von Einrichtungen

im Stadtteil, Interesse am Geschehen im Stadtteil, Engagement und Beteiligung sowie Vertrauen in lokale Politik erhoben. Damit können Ausschnitte lokaler Lebenswelten abgebildet werden, die die Beschreibung soziodemographischer Merkmale der Untersuchungsgebiete um Einschätzungen von zufällig im öffentlichen Raum angetroffenen und befragten Passantinnen und Passanten ergänzt. Zugleich können Erfahrungen und Perspektiven jenseits der im Stadtteil aktiven Fachkräfte und Engagierten sichtbar gemacht werden. Die Ergebnisse veranschaulichen verbreitete Haltungen und Meinungen sowie Unterschiede, die auf die „Eigenlogiken“ der Städte (Löw 2008: 65 ff.) und lokalspezifische Stadteinkulturen verweisen.

Die Befragung umfasste elf geschlossene Fragen zum subjektiven Empfinden des sozialen Zusammenlebens, Interesse am Geschehen im Stadtteil, Engagement für das Gemeinwesen, Vertrauen in die lokale Politik, zur Bekanntheit und Nutzungshäufigkeit von Einrichtungen vor Ort sowie eine offene Frage zu Wünschen der Befragten im Hinblick auf eine Verbesserung des Gemeinwesens vor Ort. Neben der offenen Frage haben die Interviewerinnen und Interviewer weitere themenrelevante Bemerkungen und Gesprächsthemen notiert, die die quantitativen Ergebnisse ergänzen. In jedem Quartier wurden mindestens 120 Menschen befragt, wobei die Selektivität der Befragten durch verschiedene Maßnahmen reduziert wurde.²⁵ Insgesamt ergibt sich daraus eine Stichprobe, die dem Bevölkerungsquerschnitt in den jeweiligen Quartieren weit angenähert werden konnte (vgl. Tabelle 4) und bei der von einer ausreichenden Repräsentativität ausgegangen werden kann, um Aussagen über das Quartier treffen zu können.

	gesamt	Berlin Heerstraße Nord	Hamburg St. Pauli Süd	Dortmund Nordstadt	Dresden Prohlis	Düren
gesamt	603	120	121	122	120	120
unter 25 Jahre	130	25	22	29	27	27
25 bis 44 Jahre	228	39	53	58	38	40
45 bis 64 Jahre	152	30	34	26	24	38
65 Jahre und älter	92	26	11	9	31	15
Männer	306	65	60	67	53	61
Frauen	295	55	60	54	67	59
ohne Migrationshintergrund	381	77	87	59	92	66
mit Migrationshintergrund	221	43	34	62	28	54
Subjektive wirtschaftliche Lage	Sehr gut	77	11	15	17	21
	Eher Gut	379	78	76	63	77
	Eher schlecht	113	24	22	31	19
	Sehr schlecht	31	7	7	11	3
Wohndauer	< als zwei Jahre	75	11	16	12	15
	≥ zwei Jahre	83	7	19	23	15
	≥ fünf Jahre	100	24	13	27	18
	≥ zehn Jahre	152	38	28	27	35
	≥ zwanzig Jahre	193	40	45	33	37

Tabelle 4: Befragte in den untersuchten Quartieren nach soziodemografischen Merkmalen. Absolute Fallzahlen (gültige Fälle).

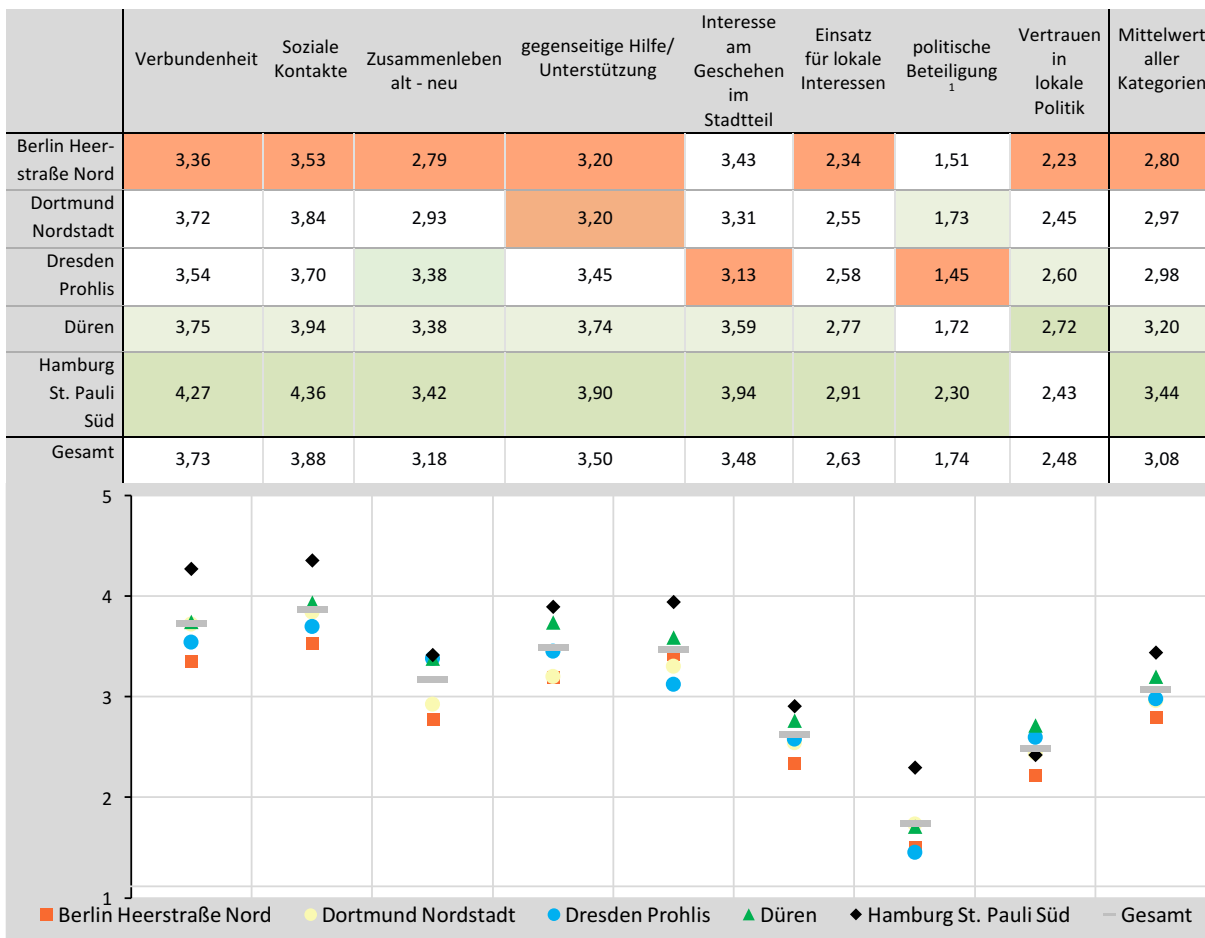
Die Orte, an denen die Befragten angesprochen wurden, verteilen sich jeweils über den gesamten Untersuchungsraum und umfassten insbesondere ruhigere Nebenstraßenzüge und gebäude-nahe Grünanlagen, um die Wahrscheinlichkeit für die Ansprache von Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets zu erhöhen. Entsprechend der Größe bzw. Relevanz verschiedener Stadtteilbereiche für das Forschungsprojekt umfassten die Erhebungsorte in den einzelnen Quartieren dabei:

- Berlin Heerstraße Nord: Zwei Drittel der Befragten wurden im „Kerngebiet“ nordöstlich der Heerstraße sowie jeweils etwa ein Sechstel der Befragten in der Rudolf-Wissell-Siedlung nordwestlich der Heerstraße sowie im Quartiersbereich südlich der Heerstraße aufgesucht.
- Hamburg St. Pauli Süd: Etwa die Hälfte der Befragten wurde im „Kerngebiet“ (südlich der Reeperbahn) angesprochen. Aufgrund der geringen Ausdehnung des Quartiers und als Vergleichsgröße wurde die zweite Hälfte nördlich der Reeperbahn (begrenzt durch Budapester Straße/Stresemannstraße und Bernstorffstraße/Kleine Freiheit) erhoben. Signifikante Unterschiede zwischen beiden Befragungsgruppen sind nicht festzustellen.
- Dortmund Nordstadt: Hier wurden die Befragten zu gleichen Teilen in den drei Quartiersbereichen Borsigplatz, Nordmarkt und Hafen aufgesucht.

- Dresden Prohlis: Die Befragten wurden zu gleichen Teilen im Zentrum des Fördergebiets Prohlis (vom Jacob-Winter-Platz vor dem Prohliszentrum bis zum Albert-Wolf-Platz am nördlichen Ende der Prohliser Allee mit dem Pustebloomenbrunnen) sowie in den Quartiersbereichen (Kirche Prohlis, Georg-Palitzsch-Str 2; Kinder- und Jugendhaus Mareike, Vetschauer Str. 14) gewonnen.
- Düren: Hier wurde die Erhebung zu gleichen Teilen in den Stadtteilen Düren Nord und Düren Süd-Ost durchgeführt, die wiederum in verschiedene Befragungsbereiche unterteilt waren.

Insgesamt konnten 603 befragte Anwohnerinnen und Anwohner in die Auswertung einbezogen werden. Durch die hohe Übereinstimmung der Verteilung befragter Männer und Frauen sowie der befragten Altersgruppen mit der soziodemographischen Struktur in den Quartieren wurde auf eine Gewichtung verzichtet. Die Gruppe der über 64-Jährigen Befragten ist entsprechend ihres

²⁵ Insbesondere Befragung an verschiedenen Wochentagen und zu verschiedenen Tageszeiten, Befragung an verschiedenen Orten, situative Strategien der Zufallsauswahl von Passantinnen und Passanten bei gleichzeitiger Orientierung wichtiger soziodemographischer Faktoren (Geschlecht und Altersgruppen) am Bevölkerungsquerschnitt des Stadtteils im Erhebungsverlauf.



¹ Mittelwert der drei abgefragten Formen politischer Beteiligung, zur Vergleichbarkeit normiert auf eine 5er-Skala.

Abbildung 23: Mittelwerte in der jeweiligen Fragenkategorie im Städtevergleich. Zugrunde gelegt ist eine Skala von 1 (niedrige Werte) bis 5 (hohe Werte). Hervorgehoben sind jeweils die beiden höchsten und der niedrigste Wert.

Bevölkerungsanteils in den Stadtteilen die Altersgruppe mit den wenigsten Befragten, am größten ist die Gruppe der 25- bis 44-Jährigen. 37 Prozent der Befragten gaben an, dass sie oder Ihre Eltern nicht in Deutschland geboren wurden, woraus auf einen Migrationshintergrund geschlossen werden kann.²⁶

Zu den im Fragebogen enthaltenen soziodemographischen Faktoren gehört auch die subjektive wirtschaftliche Lage der Befragten. Mehr als drei Viertel gaben dabei an, dass sie ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage als „eher gut“ (63 %) oder sogar als „sehr gut“ (13 %) einschätzen. 19 Prozent bewerteten diese hingegen als „eher schlecht“, fünf Prozent als „sehr schlecht“. Diese insgesamt positive Bewertung ist vielleicht angesichts der Untersuchungsräume, die im jeweiligen Kontext zu den besonders benachteiligten Stadtteilen gehören, etwas überraschend, entspricht aber den Ergebnissen bundesweiter Umfragen zur Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation.²⁷

Darüber hinaus wurde nach der Wohndauer der Befragten im Quartier gefragt. Fast ein Drittel der Befragten wohnt bereits seit über 20 Jahren im Quartier, ein weiteres Viertel bereits seit zehn Jahren oder länger. Zwölf Prozent wohnen erst seit weniger als zwei Jahren im Stadtteil. Vergleichsdaten liegen hierbei allerdings nicht vor. Insgesamt basiert die Befragung damit aber auf ausgeprägten Erfahrungen aus der Bewohnerschaft.

Ergebnisse im Städtevergleich

Die Ergebnisse der Befragung zeigen insgesamt ein eher positives Bild des sozialen Zusammenlebens in den Quartieren und ein hohes Interesse für das Geschehen im Stadtteil, wobei sich jedoch nur wenige aktiv für das Gemeinwesen und für lokale Interessen einsetzen. Sehr gering ist zudem das Vertrauen in die (lokale) Politik.²⁸ Daraus ergibt sich ein erstes Gesamtbild einer eher passiven und wenig engagierten Bewohnerschaft, aber sozial durchaus funktionierender Quartiere. Im Einzelnen unterscheiden sich die Stadtteile jedoch deutlich voneinander und weisen einige Spezifika auf (siehe auch Abbildung 23).

²⁶ Eine Person hat nach der Definition des Statistisches Bundesamts einen Migrationshintergrund, „wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde“ (Statistisches Bundesamt o. D.).

²⁷ In der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) beurteilten 90,1 Prozent der Befragten im Jahr 2019 ihre wirtschaftliche Situation als „sehr gut“, „gut“ oder als „befriedigend“, 9,9 Prozent als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ (vgl. Statista 2019).

²⁸ Das korrespondiert mit einer Wahlbeteiligung an den letzten Kommunalwahlen, die in allen Untersuchungsgebieten (mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli) unter 50 Prozent lag (vgl. Tabelle 3).

- **Berlin Heerstraße Nord:** Die Werte im Berliner Quartier Heerstraße Nord sind im Durchschnitt am geringsten ausgeprägt, die einzelnen Fragekategorien werden hier im Mittel am negativsten bewertet. Allerdings zeigt sich bei vielen Fragen auch eine höhere Polarisierung als in den anderen Stadtteilen: Einige Kategorien werden von einem (teils deutlich) höheren Anteil der Befragten als gering oder negativ bewertet, während der Anteil positiver Bewertungen mit dem anderer Stadtteile vergleichbar ist. Auffällig ist insbesondere ein äußerst geringes politisches Vertrauen, aber auch eine negativere Bewertung des Zusammenlebens. Es zeichnet sich eine signifikante Bevölkerungsgruppe mit einer eher resignativen bis fatalistischen Haltung ab, die sich von den Grundwerten eines sozialen Miteinanders und demokratischer Teilhabe entfernt und kein Interesse mehr daran zeigt.
- **Hamburg St. Pauli Süd:** Die Ergebnisse für St. Pauli Süd stechen in jeder Hinsicht heraus und verdeutlichen das politische und alternative, aber auch widerständische und solidarische Selbstverständnis des Stadtteils und vieler seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Das soziale und kulturelle (Zusammen-) Leben wirkt beschaulich und trotz Gentrifizierungs- und Tourismusdebatten harmonisch. Ein bedeutender Teil der Anwohnerschaft ist bereit, sich für lokale und politische Interessen einzusetzen. Das Vertrauen in politische Institutionen ist dabei jedoch sehr gering: Die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und nicht auf politische Verantwortliche zu vertrauen, gehört fest zur Tradition und Stadtkultur.
- **Dortmund Nordstadt:** Die Dortmunder Nordstadt ist vor allem von durchschnittlichen Werten geprägt, wobei die politische Beteiligung positiv hervorsticht. Die Verbundenheit mit dem Stadtteil und die Häufigkeit sozialer Kontakte veranschaulichen die Anziehungskräfte eines „Ankommensstadtteils“, in dem aber die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und sozialen Milieus eher unter sich bleiben, da gegenseitige Hilfe und Unterstützung sowie das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen eher niedrig bewertet werden. Das Interesse am Geschehen im Stadtteil und die Bereitschaft zum Engagement für lokale Interessen scheinen sehr begrenzt und vor allem auf übergeordnete Themen wie Demonstrationen gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus bezogen zu sein.
- **Dresden Prohlis:** In Dresden Prohlis stechen vor allem die sehr niedrigen Werte in den Kategorien Interesse am Geschehen im Stadtteil und politische Beteiligung hervor. Die Befragten haben sich demnach nur äußerst selten mit einem Anliegen an ein politisches Gremium gewandt, an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen teilgenommen oder sich in einer Gruppe für ein Anliegen zusammengeschlossen. Dem stehen vergleichsweise hohe Werte in den Kategorien Vertrauen in lokale Politik und Zusammenleben von Alteingesessenen und Neuzugezogenen gegenüber. Das ist überraschend in einem Quartier mit einer Häufung sozialer Probleme, zumal die Werte für Verbundenheit mit dem Stadtteil und die Einschätzung sozialer Kontakte wiederum eher niedrig sind.
- **Düren:** Die Ergebnisse für Düren zeichnen sich im Städtevergleich durch eine große Konstanz aus. Bemerkenswert ist vor allem, dass Düren beim Vertrauen in lokale Politik den höchsten Wert von allen Untersuchungsgebieten aufweist. In sechs (von acht) Kategorien nimmt die Stadt (jeweils hinter Hamburg St. Pauli) einen zweiten Rang ein.

Allein in der Kategorie politische Beteiligung liegt Düren (knapp hinter der Dortmunder Nordstadt) mit einem sehr durchschnittlichen Wert auf dem dritten Rang. Die Werte spiegeln die – im Vergleich zu den Großstädten – größere räumliche Nähe in einer Mittelstadt und geringere soziale und politische Distanzen wider und unterstreichen noch einmal die Sonderrolle von Hamburg St. Pauli.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der einzelnen Fragen vorgestellt, wobei der Schwerpunkt auf einer vergleichenden Perspektive der untersuchten Stadtteile liegt.

Verbundenheit mit dem Stadtteil

Knapp über 60 Prozent aller Befragten fühlen sich mit ihrem jeweiligen Stadtteil „ziemlich“ (25 %) oder sogar „sehr“ (36 %) verbunden; 17 Prozent fühlen sich „nicht sehr“ oder „überhaupt nicht“ verbunden. Dabei ist die Verbundenheit in St. Pauli Süd besonders stark ausgeprägt: Vier von fünf Befragten fühlen sich hier „ziemlich“ oder „sehr verbunden“ mit ihrem Stadtteil. Während hier nur fünf Prozent der Befragten angeben, dass sie sich mit ihrem Stadtteil „nicht sehr“ oder „gar nicht verbunden“ fühlen, steigt dieser Wert im Quartier Heerstraße Nord auf 31 Prozent und liegt damit doppelt so hoch wie in den drei weiteren Quartieren.

Die Verbundenheit mit dem Stadtteil steht in signifikantem Zusammenhang mit dem Alter der Befragten: In den Altersgruppen der über 45-Jährigen fühlen sich über zwei Drittel der Befragten mit ihrem Stadtteil verbunden, bei den unter 45-Jährigen ist dieser Anteil niedriger. Dabei kann noch einmal zwischen der jüngsten Altersgruppe der unter 25-Jährigen (60 % „verbunden“, 14 % „nicht verbunden“) und den 25- bis 44-Jährigen unterschieden werden, die die geringsten Verbundenheitswerte mit ihrem Stadtteil aufweisen (53 % „verbunden“, 21 % „weniger verbunden“).

Deutlich höher liegt die Verbundenheit erwartungsgemäß auch bei Menschen, die bereits sehr lange im Quartier wohnen: Drei von vier Befragten, die schon länger als zehn Jahre im Quartier wohnen, berichten von hoher Verbundenheit, während dieser Wert bei Befragten mit kürzerer Wohndauer lediglich bei 40 Prozent liegt.

Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Stadtteil

Über zwei Drittel der Befragten sind mit ihren persönlichen Kontakten im Stadtteil „zufrieden“ (36 %) oder „sehr zufrieden“ (34 %). Elf Prozent berichten davon, dass sie „wenig“ (7 %) oder „überhaupt nicht zufrieden“ (4 %) sind. Auch diese Werte unterscheiden sich teils deutlich im Vergleich der untersuchten Stadtteile, wobei sich eine ähnliche Verteilung wie in der Bewertung der Verbundenheit mit dem Stadtteil zeigt.

Die Zufriedenheit mit den persönlichen Kontakten im Stadtteil ist in hohem Maße von der subjektiven wirtschaftlichen Lage der Befragten abhängig: Je negativer diese bewertet wird, desto geringer ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Kontakten. Eine Erklärung hierfür bieten neuere Forschungsergebnisse, die zeigen, „dass Verarmung ursächlich die Häufigkeit reduziert, sich mit anderen Menschen zu treffen und damit die Gelegenheit

Wie stark fühlen Sie sich mit Ihrem Stadtteil verbunden?

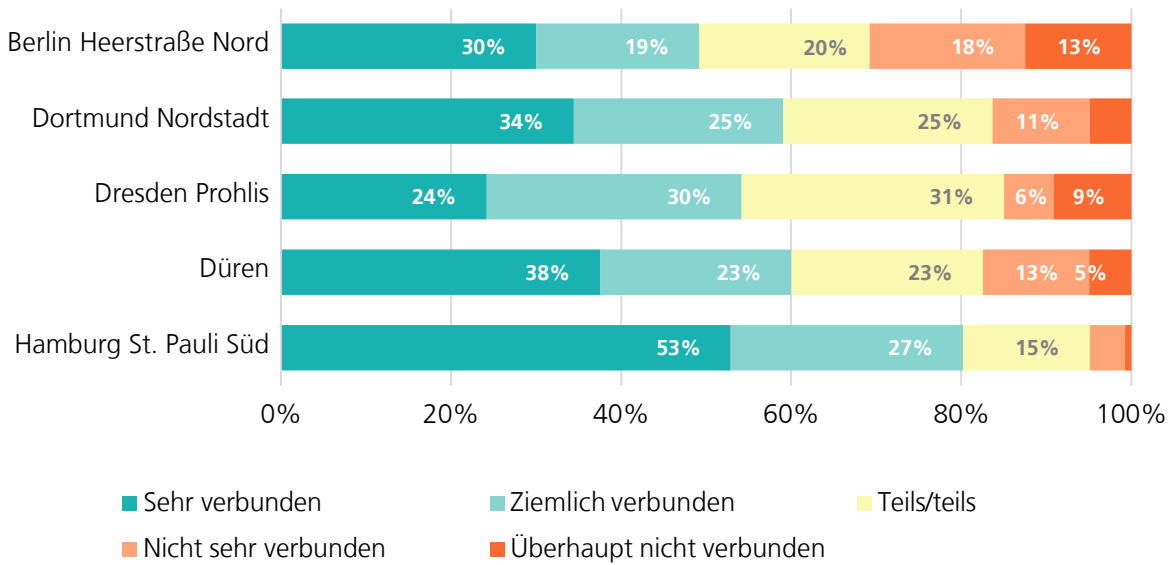


Abbildung 24: Verbundenheit mit dem Stadtteil

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Kontakten hier im Stadtteil?

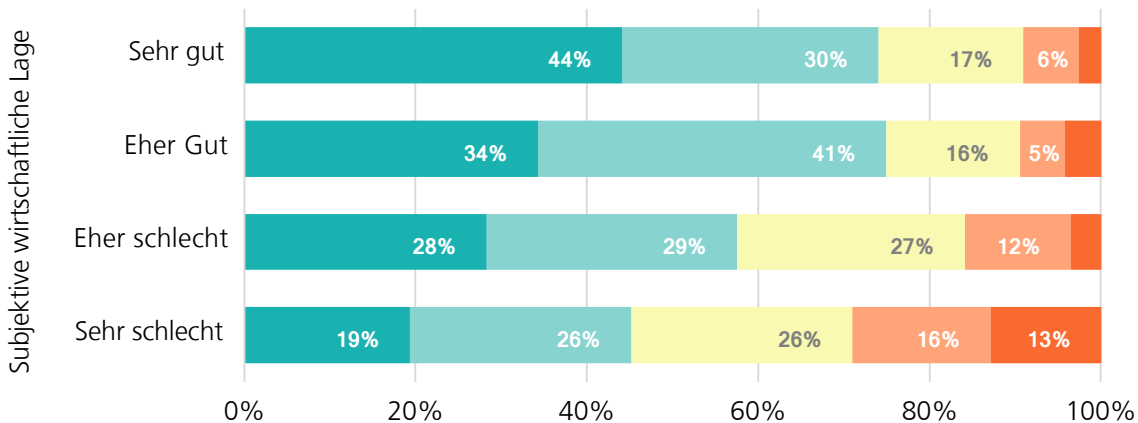
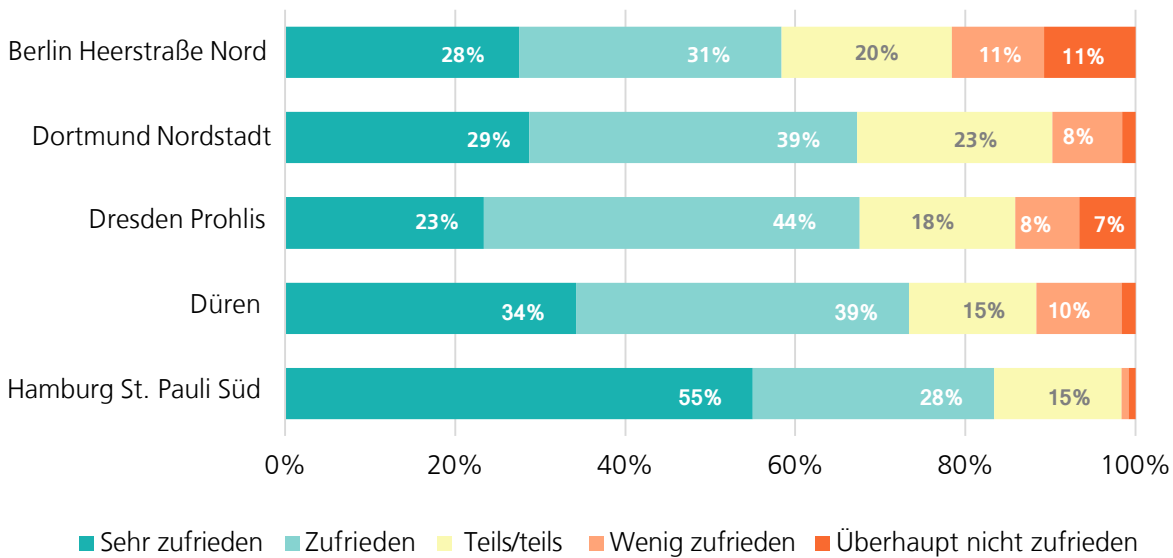


Abbildung 25: Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Städtevergleich sowie nach subjektiver wirtschaftlicher Lage

schwinden, Kontakte zu pflegen oder neu zu knüpfen“ (Böhnke/Link 2018: 254, mit Verweis auf Böhnke/Link 2017).

Die Qualität persönlicher Kontakte als Ausdruck sozialer Integration und sozialen Kapitals stellt damit – trotz insgesamt hoher Bewertung – in benachteiligten Stadtteilen eine besondere Herausforderung dar.

Bewertung des Zusammenlebens von Alteingesessenen und Neuzugezogenen

Die Fragestellung dieser Kategorie zielt bewusst auf das Verhältnis zwischen „alteingesessenen“ und „neuzugezogenen“ Bevölkerungsgruppen, wobei letztere – darauf deuten die Bemerkungen der Befragten hin – oft mit „Migrantinnen und Migranten“ assoziiert werden. Lediglich in St. Pauli wurde vor dem Hintergrund dynamischer Stadtentwicklungs- und Gentrifizierungsprozesse deutlich, dass „Neuzugezogene“ hier eher mit anderen sozialen Merkmalen (jungen, studentischen Milieus oder urbanen Mittelschichten) assoziiert werden. Häufig wurde die Frage aber auch als Kategorie für Veränderungen im Miteinander „früher“ und „heute“ verstanden, worauf häufige Verweise auf

ein früheres „engeres Zusammenleben“ und heutiges „aneinander vorbei Leben, ohne sich zu kennen“ hindeuten.

In der Bewertung des Zusammenlebens zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen einer (eher) positiven Bewertung in Düren, Hamburg St. Pauli Süd und Dresden Prohlis sowie einer eher negativen Bewertung in Berlin Heerstraße Nord und Dortmund Nordstadt.²⁹ In Berlin und Dortmund wird dieses Zusammenleben mit 24 Prozent nur von knapp halb so vielen Befragten positiv bewertet wie in den anderen drei Städten (46 bis 49 %). Der Anteil neutraler bzw. „mittlerer“ Bewertungen liegt jedoch in allen Städten sehr hoch (etwa 40 %, in Dortmund sogar 48 %). Der Anteil negativer Bewertungen steigt im Quartier Heerstraße Nord auf 39 Prozent. Auffallend ist, dass das Zusammenleben von Alteingesessenen und Neuzugezogenen von Befragten mit und ohne Migrationshintergrund in den Untersuchungsgebieten insgesamt sehr ähnlich bewertet wird.

²⁹ Berlin Heerstraße Nord und Dortmund Nordstadt sind die Gebiete mit den höchsten Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund: 52,8 % (2017) bzw. 73,5 % (2018) (vgl. Tabelle 2 in diesem Bericht).

Wie bewerten Sie das Zusammenleben von Alteingesessenen und Neugezogenen hier im Stadtteil?

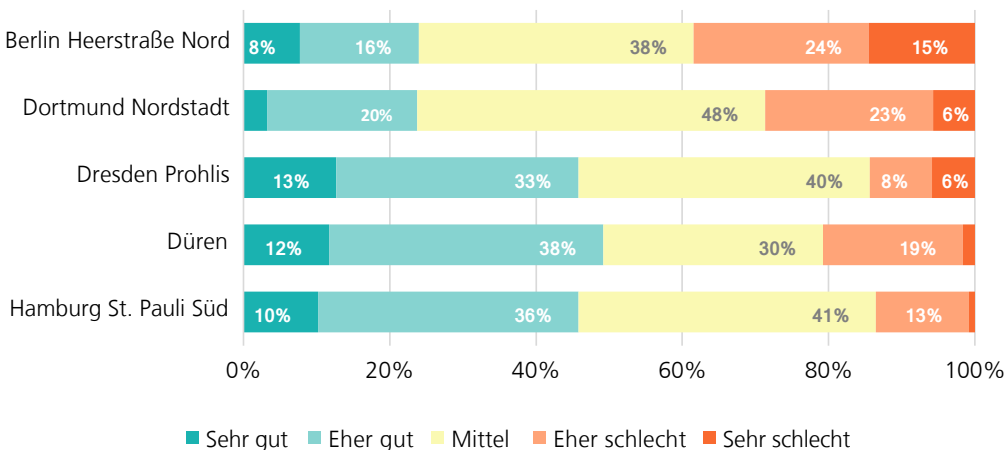


Abbildung 26: Bewertung des Zusammenlebens im Stadtteil im Städtevergleich

Wie bewerten Sie die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in der Nachbarschaft?

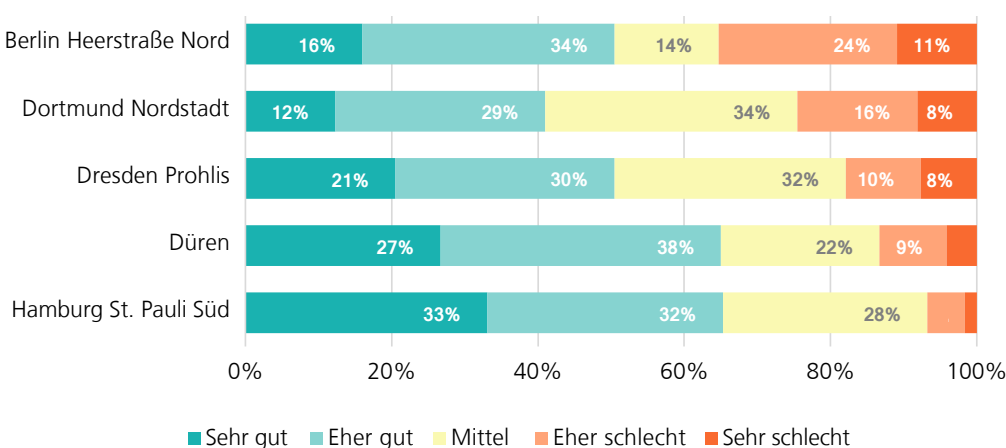


Abbildung 27: Bewertung von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im Städtevergleich

Bekanntheit und Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil

Gefragt haben wir zudem nach Einrichtungen im Stadtteil wie Beratungsstellen, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren, Familienzentren und kulturellen Einrichtungen. Um vergleichbare Ergebnisse angesichts der unterschiedlichen Ausstattung der untersuchten Quartiere zu ermöglichen, waren die Fragen sehr allgemein gehalten; konkrete Beispiele wurden von den Interviewerinnen und Interviewern nur auf Nachfrage genannt.³⁰ Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie entsprechende Einrichtungen kennen und wie häufig sie diese nutzen. Insgesamt zeigt sich, dass nur eine Minderheit die abgefragten Einrichtungen „regelmäßig“ oder „gelegentlich“ nutzt. Die Anteile der Befragten, die die Einrichtungen entweder nicht kennen oder nie nutzen, sind erheblich. Kulturelle Einrichtungen werden insgesamt am häufigsten genutzt (32 %), gefolgt von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren (18 %), Beratungsstellen (15 %) und Familienzentren (11 %).

Differenziert nach Untersuchungsgebieten zeigt sich eine hohe Nutzungsintensität von kulturellen Einrichtungen in St. Pauli (44 %), Dresden (38 %) und Dortmund (36 %) sowie von Stadt-

teil- und Nachbarschaftseinrichtungen in Düren (24 %), St. Pauli (20 %) und in der Dortmunder Nordstadt (18 %). In Dresden Prohlis könnte der hohe Wert für die Nutzung von kulturellen Einrichtungen (38 %) mit dem Engagement des Societaetstheaters im Stadtteil (Zuhause in Prohlis) zusammenhängen. Spandau Heerstraße Nord überrascht mit einem vergleichsweise niedrigen Nutzeranteil des Stadtteil- und Nachbarschaftszentrums (12 %); deutlich höher liegt dieser Anteil bei kulturellen Einrichtungen (22 %). Die meisten regelmäßigen Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten gibt es dort, wo diese wie in Düren niedrigschwellig sind und von Bewohnerinnen und Bewohnern selbstverwaltet werden oder wie in St. Pauli in einer Stadteleinrichtung mit umfassenden soziokulturellen Angeboten verankert sind.

³⁰ Gefragt wurde allgemein nach Beratungsstellen, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren, Familienzentren und kulturellen Einrichtungen. Konkrete Beispiele wie beispielsweise das Gemeinwesenzentrum in Berlin Heerstraße Nord, das Dietrich-Keuning-Haus in Dortmund, das Kōlibri in Hamburg St. Pauli oder die Bürgerhäuser in Düren-Nord und Düren-Ost wurden nur bei Bedarf genannt. In Dresden Prohlis gibt es bislang kein Bürgerhaus, was aber die Nutzung von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren in anderen Stadtteilen nicht ausschließt.

Bekanntheitsgrad und Nutzungshäufigkeit von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren

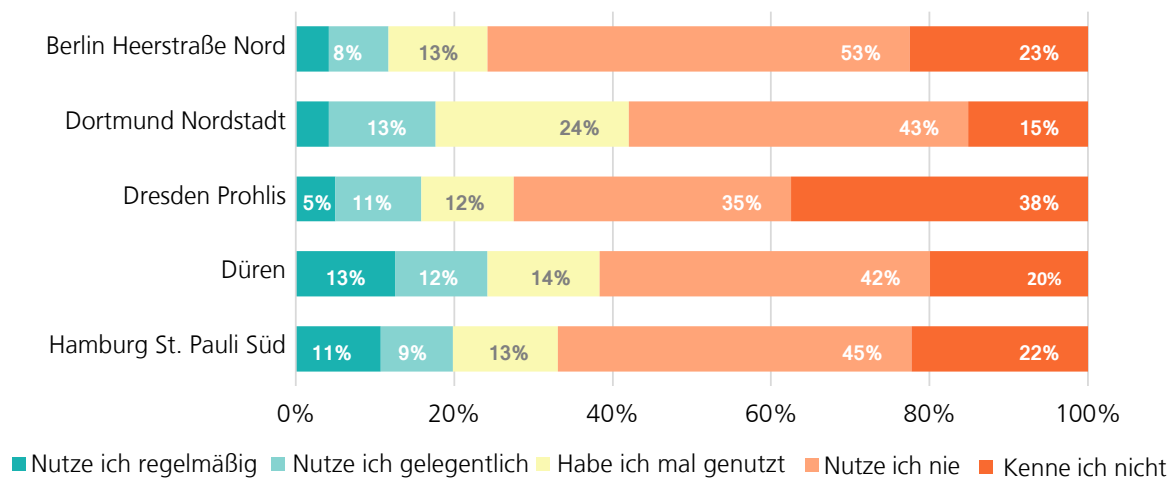


Abbildung 28: Nutzung von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren

Bekanntheitsgrad und Nutzungshäufigkeit von kulturellen Einrichtungen

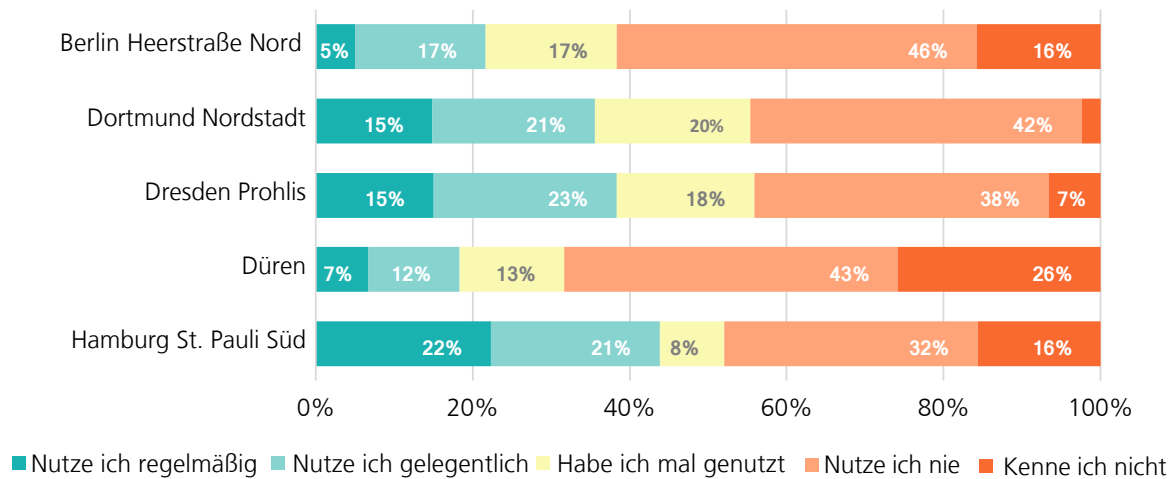


Abbildung 29: Nutzung von kulturellen Einrichtungen

Interesse am Geschehen im Stadtteil

Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (53 %, gerundet) zeigen sich zudem „sehr stark“ oder „stark interessiert“ am Geschehen im Stadtteil; knapp 21 Prozent sind wenig oder gar nicht interessiert („sehr stark“: 22 %, „stark“: 31 %, gerundet). Die Ausprägung eines „sehr starken“ Interesses unterscheidet sich ebenfalls deutlich zwischen den Stadtteilen und reicht von 31 Prozent in St. Pauli Süd bis 14 Prozent in Dresden Prohlis. Dort ist zudem die Polarisierung zwischen („sehr“) „starkem“ (36 %) und („eher“) „geringem“ (28 %) Interesse am stärksten ausgeprägt (vgl. Abbildung 30).

Engagement für die Interessen der Wohngegend und Beteiligung an Nachbarschaftsaktionen

Etwa ein Viertel der Befragten setzt sich nach eigenen Angaben selbst „sehr stark“ oder „stark“ für die Interessen ihrer Wohngegend und der dort lebenden Menschen ein („sehr stark“:

10 %, „stark“: 15 %, gerundet). Hier zeigt sich tendenziell eine Dreiteilung der Untersuchungsgebiete mit hohen (St. Pauli, Düren), mittleren (Dortmund Nordstadt) und eher niedrigen Werten (Dresden Prohlis, Spandau Heerstraße). Während sich in Düren und St. Pauli etwa jede bzw. jeder Dritte und in Dortmund Nordstadt jede bzw. jeder Vierte persönlich für die Interessen seines Quartiers einsetzt, ist es in Spandau Heerstraße nur jede bzw. jeder Fünfte (vgl. Abbildung 31).

Die Antworten auf die Frage, ob sich die Befragten in letzter Zeit einmal an einer öffentlichen Nachbarschaftsaktion beteiligt haben, zeigen ähnliche Ergebnisse. Auffallend ist allerdings – im Vergleich zur allgemeineren Frage nach dem Einsatz für die Interessen der Wohngegend –, dass sich 38 Prozent der Befragten in St. Pauli, aber nur 22 Prozent der Befragten in Dresden Prohlis regelmäßig oder gelegentlich an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen beteiligen. Die Anteile der Befragten, die das noch nie gemacht haben, reichen von 30 Prozent in St. Pauli Süd bis zu 67 Prozent im Gebiet Berlin Heerstraße Nord (vgl. Abbildung 32).

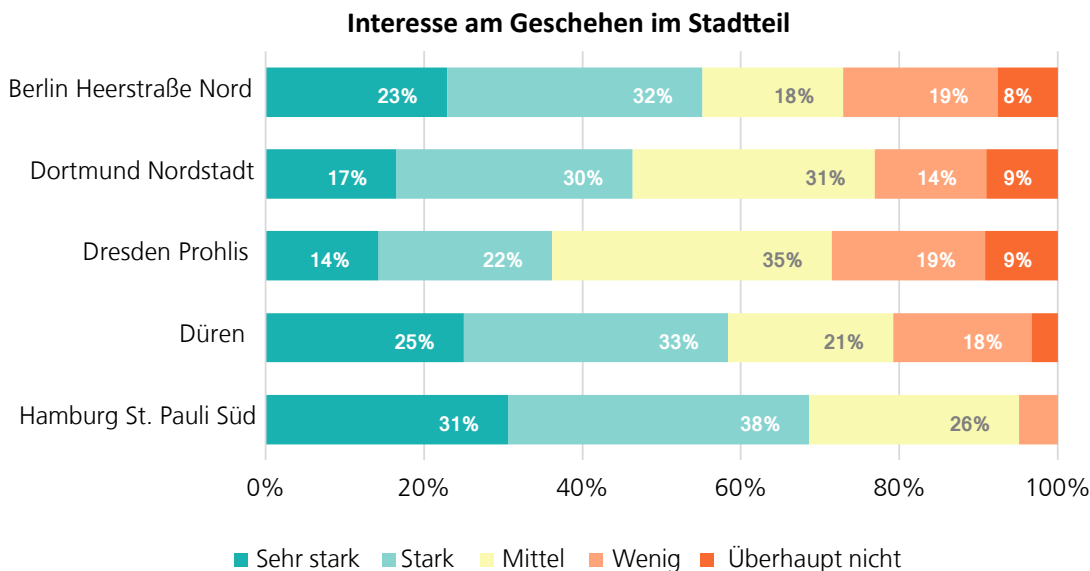


Abbildung 30: Interesse am Geschehen im Stadtteil im Städtevergleich

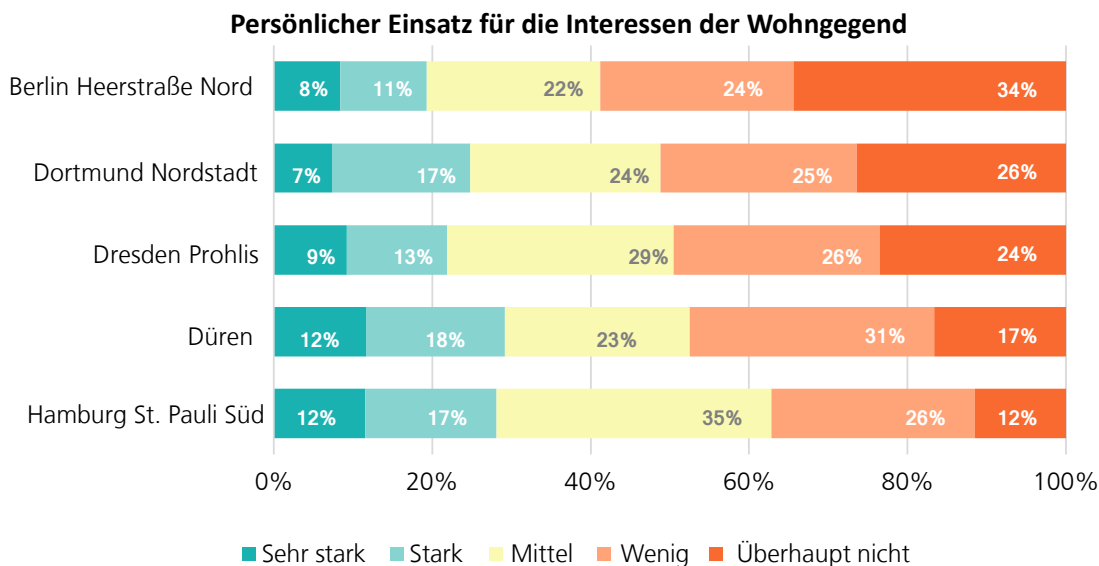


Abbildung 31: Engagement für die Interessen der Wohngegend im Städtevergleich

Politische Beteiligung im Stadtteil

Zwischen sechs und 18 Prozent aller Befragten in den fünf Untersuchungsgebieten beteiligen sich im engeren Sinne politisch in ihrem Stadtteil, wenden sich mit einem Anliegen an Politikerinnen und Politiker oder Gremien (6 %), schließen sich mit anderen in einer Gruppe zusammen, um ein bestimmtes Anliegen zu verfolgen (8 %) oder nehmen an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen teil (18 %) (Antworten: „regelmäßig“ und „gelegentlich“). Die Anteile der einzelnen Beteiligungsformen variieren sehr stark zwischen den verschiedenen Untersuchungsgebieten: Beispielsweise geben 14 Prozent der Befragten in St. Pauli, zwölf Prozent in der Dortmunder Nordstadt und zehn Prozent in Düren, aber nur zwei bis drei Prozent der Befragten in Spandau-Heerstraße oder Dresden Prohlis an, sich „regelmäßig“ oder „gelegentlich“ in einer Gruppe für ein Anliegen zusammengeschlossen zu haben. In zumindest einer dieser politischen Formen haben sich 23 Prozent aller Befragten „regelmäßig“ oder „gelegentlich“ beteiligt; 56 Prozent der Befragten haben das noch nie gemacht. Die Werte für die politische Beteiligung liegen

in Dresden Prohlis, Spandau Heerstraße und Düren bei acht bis 14 Prozent; in der Dortmunder Nordstadt und in Hamburg St. Pauli Süd belaufen sie sich auf 25 Prozent bzw. 54 Prozent (vgl. Abbildung 33). Unter politischer Beteiligung verstehen wir Beteiligung an zumindest einer der folgenden, einzeln abgefragten, politischen Aktionen: „Mit einem Anliegen an Politikerinnen und Politiker oder ein Gremium gewandt“, „An einer Demonstration oder Unterschriftenaktion teilgenommen“ und „Mit anderen in einer Gruppe für ein Anliegen zusammengeschlossen“.

Vertrauen in lokale Politik

Eine der Kernfragen der Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten war die nach dem Vertrauen, das die Befragten der lokalen Politik entgegenbringen. Das ernüchternde Ergebnis zeigt, dass nur 15 Prozent der Befragten „sehr großes“ (2 %) oder „großes Vertrauen“ (13 %) in die lokale Politik haben. Knapp die Hälfte aller Befragten zeigen hingegen nur ein „geringes“ (26 %) oder „überhaupt kein Vertrauen“ (21 %). Beim

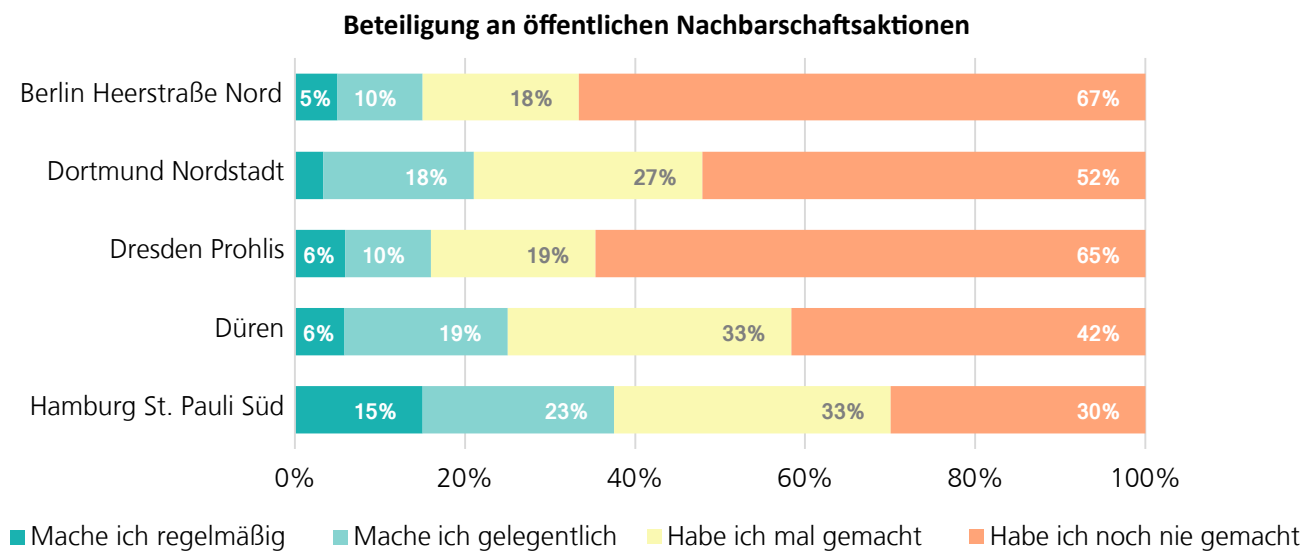


Abbildung 32: Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen im Städtevergleich

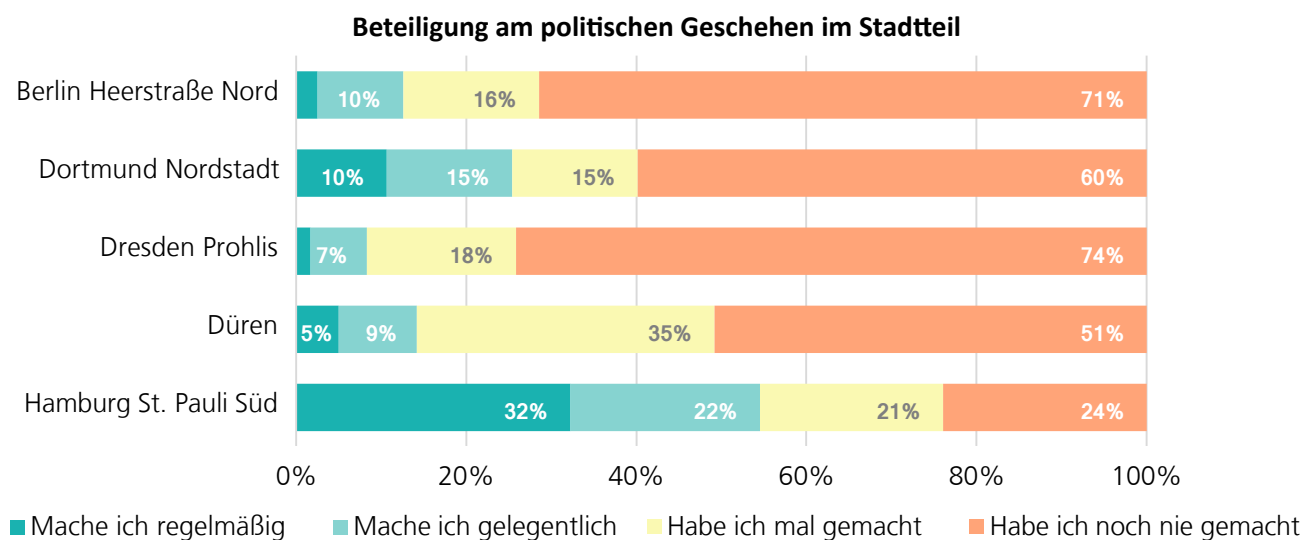


Abbildung 33: Politische Beteiligung im Stadtteil im Städtevergleich

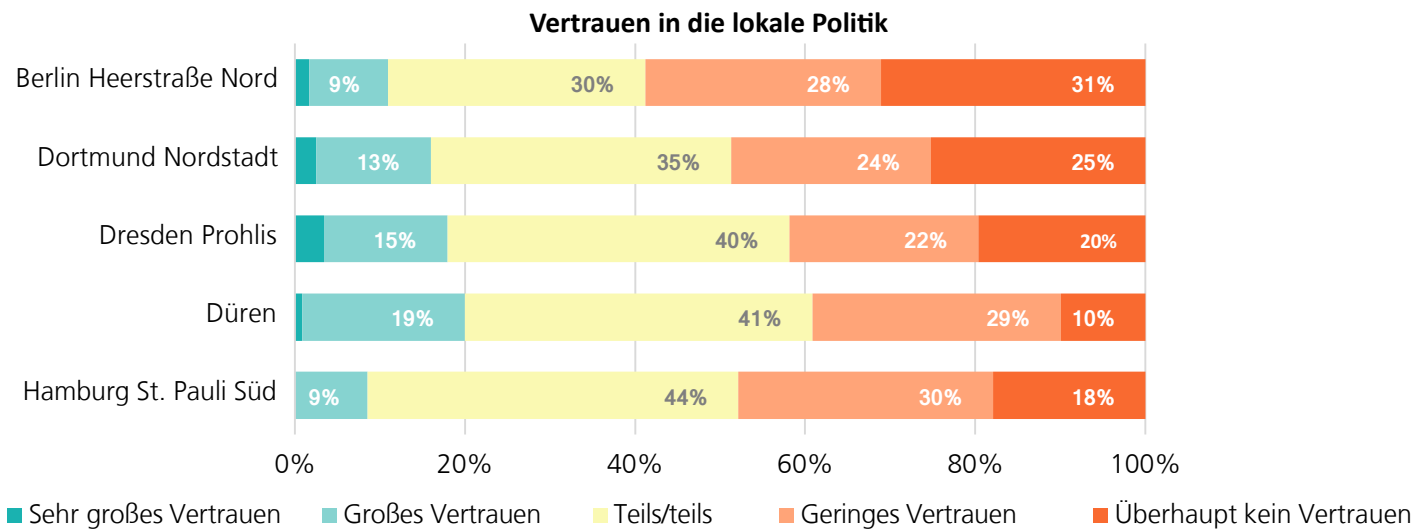


Abbildung 34: Vertrauen in lokale Politik im Städtevergleich

Vergleich der Untersuchungsgebiete zeigt sich ein etwas überraschendes Ergebnis: Das größte Vertrauen wird der lokalen Politik in der Mittelstadt Düren entgegengebracht, das geringste Vertrauen in der Stadtrandsiedlung Berlin Heerstraße Nord. 59 Prozent haben hier nur ein „geringes“ oder „gar kein Vertrauen“ in die lokale Politik. Hamburg St. Pauli Süd, das Gebiet, das bei allen anderen Fragen Spitzenwerte erzielt (insbesondere auch beim Engagement und der Beteiligung im Stadtteil), weist hier den zweitniedrigsten Mittelwert und den niedrigsten Anteil der Befragten mit einem sehr großen oder großen Vertrauen in lokale Politik auf (9 %) (vgl. Abbildung 34).

Zusammenhänge mit soziodemographischen Faktoren

Wie bereits in einigen Abschnitten zu den Einzelfragen dargestellt, zeigen sich in den Fragekategorien teils signifikante Zusammenhänge mit soziodemographischen Faktoren (vgl. Tabelle 2). Die wichtigste Determinante stellt dabei die subjektive wirtschaftliche Lage der Befragten dar. Insbesondere das Vertrauen in die Politik und die Bewertung des sozialen Miteinanders im Stadtteil nehmen mit negativerer Bewertung der subjektiven wirtschaftlichen Lage ab.³¹ Gemeinwesenorientierte Angebote, insbesondere Beratungsangebote, werden jedoch häufiger nachgefragt, was belegt, dass zentrale Zielgruppen erfolgreich angesprochen werden.

Geschlecht oder Migrationshintergrund haben dagegen nur vereinzelt einen Einfluss auf die Bewertung der Fragen, zeigen in einigen Fällen aber interessante Zusammenhänge auf. So bewerten Frauen nicht nur das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen als positiver, sondern nutzen auch etwas häufiger Stadtteil- und Nachbarschaftszentren und beteiligen sich etwas häufiger an Nachbarschaftsaktionen.

Starke Zusammenhänge zeigen sich auch zwischen der Wohndauer und dem Antwortverhalten der Befragten. Personen, die seit mehr als zehn oder zwanzig Jahren im Quartier leben, identifizieren sich stärker mit dem Wohngebiet, sind zufriedener mit ihren persönlichen Kontakten, zeigen mehr Interesse am Geschehen

im Stadtteil und engagieren sich mehr für die Wohngegend, bringen aber der lokalen Politik weniger Vertrauen entgegen. Da die Wohndauer als eher nicht unabhängige Variable in hohem Maße mit dem Alter der Befragten korrelieren dürfte, wurde sie aber nicht in die statistischen Zusammenhangsanalysen einbezogen.

Ein Migrationshintergrund spielt bei der Bewertung der Fragen keine Rolle, mit zwei deutlichen Ausnahmen: Migrantinnen und Migranten haben ein deutlich höheres Vertrauen in die (lokalen) politischen Institutionen, beteiligen sich aber selbst deutlich seltener am politischen Geschehen im Stadtteil. 24 Prozent der Migrantinnen und Migranten besitzen („sehr“) „großes politisches Vertrauen“. Unter den Befragten ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil lediglich bei neun Prozent („geringes“/„kein politisches Vertrauen“: 40 % bzw. 52 %) (vgl. Abbildung 35). Im Gegensatz hierzu beteiligen sich jedoch nur 17 Prozent der Migrantinnen und Migranten gelegentlich oder regelmäßig am politischen Geschehen, aber 27 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 36).

Für mögliche Erklärungen dieses bemerkenswerten Befundes kann auf eine qualitative Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zu Wählenden und Nichtwählenden in drei benachteiligten Göttinger Stadtteilen zurückgegriffen werden (vgl. Blaeser et al. 2016). Die Befragten mit Migrationshintergrund berichten über Diskriminierungserfahrungen und beklagen die Stigmatisierung des Stadtteils. Die damit einhergehende Beeinträchtigung ihrer Lebensperspektiven erleben sie als Widerspruch zu den Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften. Sie betonen die Bedeutung von lokaler Politik, aber erleben diese als eher unnahbar. Den meisten mangelt es an „positiven Interaktionen“ mit lokaler Politik und viele wünschen sich mehr „diskursive Räume“ sowie „direkte Formen der Kommunikation mit, aber auch über Politik“ (ebd.: 35 ff.).

³¹ Von den Befragten, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen, bewertet ein Drittel das Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Neuzugewanderten als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ und über 70 Prozent zeigen nur ein „geringes“ oder „sehr geringes Vertrauen“ in lokale Politik.

	Altersgruppen	Geschlecht	Migrationshintergrund	Wirtschaftliche Lage	Stadtteil
Verbundenheit mit dem Stadtteil	0,004	0,917	0,348	0,543	0,000
Zufriedenheit mit persönlichen Kontakten im Stadtteil	0,029	0,165	0,782	0,000	0,000
Bewertung des Zusammenlebens Alteingesessene/Neuzugezogene	0,722	0,016	0,674	0,011	0,000
Bewertung der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung im Stadtteil	0,752	0,670	0,758	0,022	0,000
Bekanntheit/Nutzungshäufigkeit von Stadtteil-/Nachbarschaftszentren	0,124	0,017	0,871	0,019	0,003
Interesse am Geschehen im Stadtteil	0,018	0,962	0,141	0,304	0,000
Persönlicher Einsatz für die Interessen der Wohngegend	0,045	0,655	0,748	0,080	0,003
Beteiligung an öffentlichen Nachbarschaftsaktionen	0,408	0,050	0,250	0,020	0,000
Beteiligung am politischen Geschehen im Stadtteil	0,147	0,549	0,001	0,851	0,000
Vertrauen in die lokale Politik	0,215	0,800	0,000	0,009	0,003

Hervorgehobene Signifikanzniveaus: ■ signifikant ($p < 0,05$), ■ sehr signifikant ($p < 0,01$), ■ hoch signifikant ($p < 0,001$).

Tabelle 5: Zusammenhänge zwischen Fragekategorien und soziodemographischen Merkmalen der Befragten. Statistische Zusammenhänge – dargestellt sind die Signifikanzniveaus teststatistischer Mittelwertvergleiche für den jeweiligen Zusammenhang (Mann-Whitney-U-Test für Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Kruskal-Wallis-Test für Altersgruppen, wirtschaftliche Lage und Stadtteil).

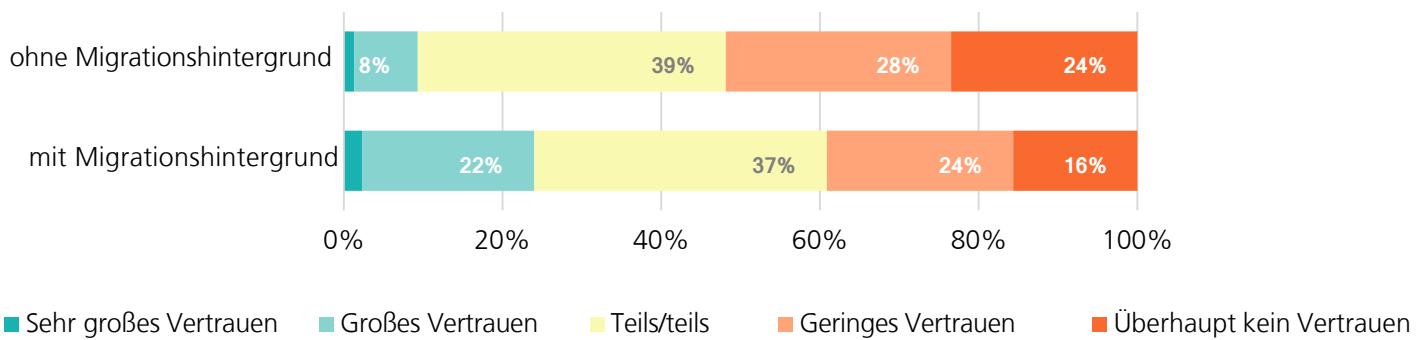


Abbildung 35: Vertrauen in die lokale Politik nach Migrationsstatus

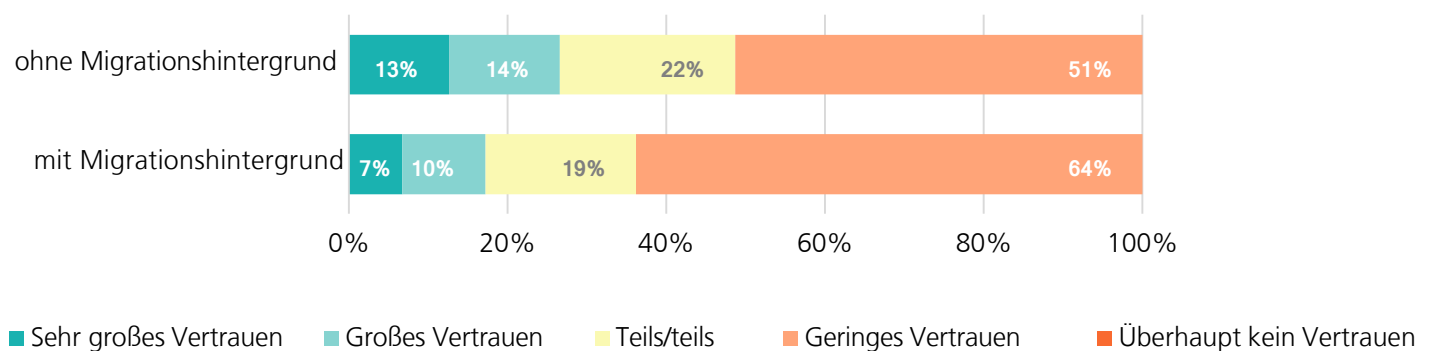


Abbildung 36: Beteiligung am politischen Geschehen im Stadtteil

Wünsche der Befragten zur Ermöglichung von Beteiligung im Gemeinwesen

Die abschließende offene Frage des Fragebogens zielte auf Wünsche der Befragten, damit „Sie oder andere Anwohner sich mehr in diesem Stadtteil einbringen können“. Hierbei wurden die Antworten von den Interviewerinnen und Interviewern in paraphrasierter Form dokumentiert und im Auswertungsprozess induktiv, also vom Sinngehalt der Antworten ausgehend, kategorisiert. Die Anwohnenden zeigten sich zumeist auskunftsfreudig und offen, sodass von etwa drei Vierteln aller Befragten relevante Aussagen dokumentiert werden konnten. Nicht nur bei dieser Frage zeigte sich, dass die Befragten – sobald sie das Anliegen erkannten – meist eine große Offenheit für die Befragung mitbrachten und überrascht und erfreut waren, dass sie nach ihren eigenen Interessen befragt werden. Zumeist gingen die Antworten auch über die Fragestellung hinaus oder an dieser vorbei, sodass die Befragten die offene Frage als Möglichkeit nutzen, ihre Meinung über den Stadtteil und ihre Mitmenschen sowie z. B. darfen und Problemen des Stadtteils zu äußern.

Die am häufigsten genannten Bedarfe beziehen sich dabei auf öffentliche Infrastrukturen und Angebote (in über einem Drittel aller Aussagen genannt). Insbesondere bemängeln die Befragten fehlende Treffpunkte, Kulturangebote und soziale Einrichtungen (vor

allem für Kinder und Jugendliche). Städteübergreifend häufig sind auch Verweise auf ein fehlendes Miteinander und mangelnde Gemeinschaftlichkeit bzw. der Wunsch nach mehr Kommunikation und Austausch sowie nach einem engeren Zusammenhalt im Stadtteil. Häufig wird dabei eine allgemeine Entfremdung kritisiert, da sich „heute niemand mehr gegenseitig kenne“ bzw. „niemand mehr miteinander rede“ (vgl. Abbildung 37).

Neben diesen beiden am häufigsten genannten Kategorien lassen sich einige weitere erkennen, die jedoch teils erhebliche Unterschiede in der Häufigkeit ihrer Nennung in den einzelnen Städten aufweisen und damit auf weitere stadtspezifische Charakteristika verweisen. So äußert in Hamburg St. Pauli, aber auch in Düren etwa ein Viertel der Befragten den Wunsch nach Verbesserungen auf politischer Ebene („in der Politik“), während dieses Motiv in den anderen Städten nur in etwa jeder zehnten Aussage und damit deutlich seltener eine Rolle spielt. In St. Pauli kommt das politische Selbstverständnis vieler Menschen im Stadtteil zum Tragen, da die Befragten von den Verantwortlichen insbesondere die Einrichtung von Beteiligungsmöglichkeiten für Eigeninitiative und strukturelle politische Veränderungen erwarten. In der Mittelstadt Düren hingegen nehmen viele Befragte „ihre“ Politiker direkt in die Verantwortung und erwarten von diesen, sich vor Ort zu zeigen, ansprechbar zu sein und sich um lokale Sorgen und Probleme zu kümmern.

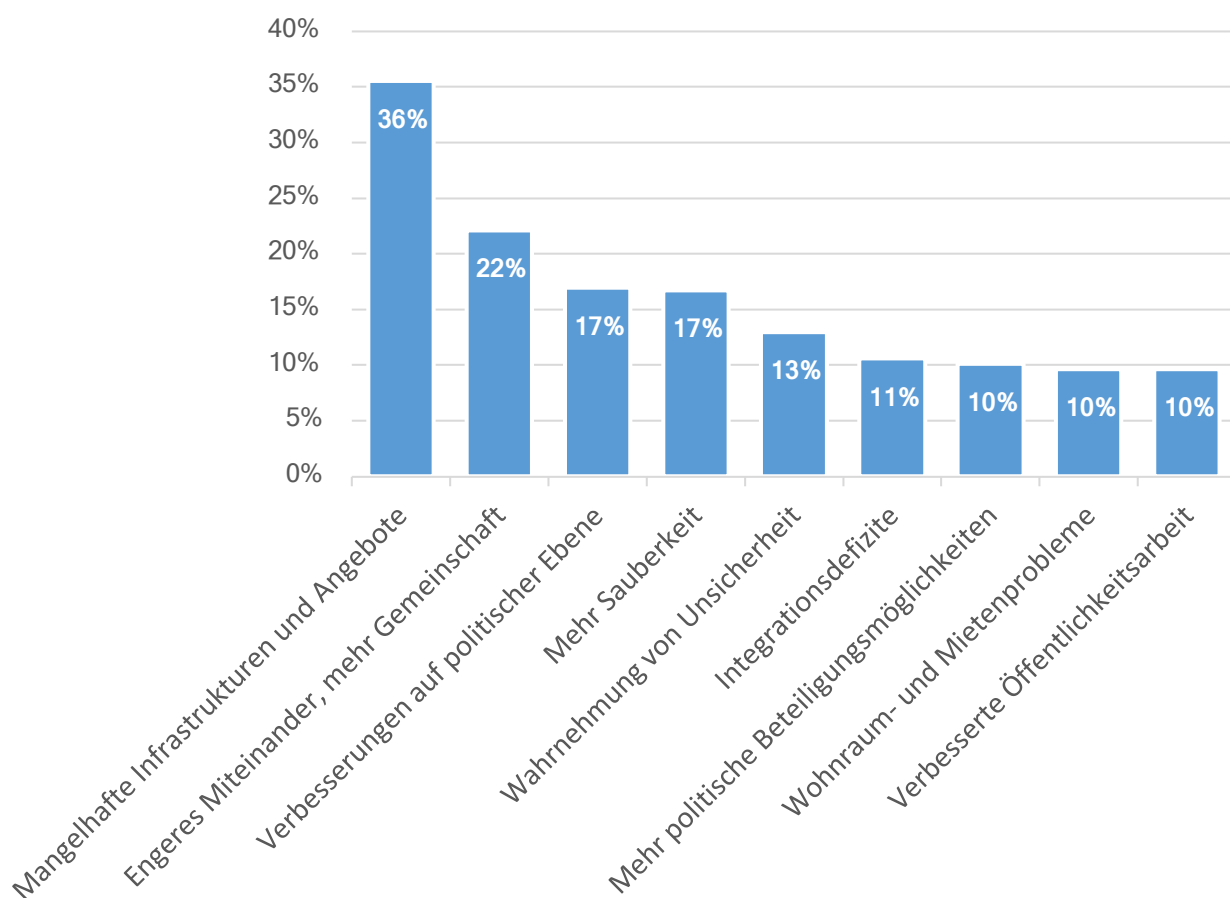


Abbildung 37: Kategorisierung der Antworten auf die offene Frage nach den Wünschen der Befragten. Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl aller Befragten (N = 425)

Anmerkung: Die Aussagen der Befragten wurden teilweise mehreren Kategorien zugeordnet (insgesamt 861 Zuordnungen), sodass die addierten Prozentangaben mehr als 100 Prozent ergeben.

Zu den weiteren Antwortkategorien gehören die „klassischen“ Ordnungswünsche nach Sauberkeit und Sicherheit, die jeweils knapp einem Fünftel der Befragten zugeschrieben werden können. Erstgenanntes gehört vor allem im Quartier Berlin Heerstraße Nord (25 %) und in Düren (20 %) zu den dominanten Themen. Wahrnehmungen von Unsicherheit werden ebenfalls an der Heerstraße (22 %) sowie in der Dortmunder Nordstadt (29 %) thematisiert, spielen in den anderen Stadtteilen jedoch nur eine untergeordnete Rolle. In den Großstädten geht es dabei meist um den öffentlichen Handel mit und Konsum von Drogen und Alkohol. Kontrovers ist dabei der gelegentlich genannte Wunsch nach einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften (17 Nennungen, davon sieben in Dortmund und fünf in Berlin), dem der konträre Wunsch nach weniger Präsenz von Sicherheitskräften gegenübersteht (elf Nennungen, davon fünf in Hamburg).

In Berlin Heerstraße Nord (20 %) und in Dresden Prohlis (18 %) werden zudem häufig Integrationsdefizite thematisiert. Mehrheitlich besteht dabei eine klare Erwartungshaltung an Menschen mit Migrationshintergrund, sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen; oft werden Migrantinnen und Migranten als Ursache von Problemen ausgemacht und häufiger auch in Form rassistischer Äußerungen abgewertet.³² Auf der anderen Seite formulieren etwa 40 Prozent derjenigen, die Integrationsdefizite erkennen, jedoch auch, dass mehr Maßnahmen zur Sprach- und Integrationsförderung notwendig wären. In den anderen Städten spielt das Motiv Integration nur selten eine Rolle (1 bis 7 %) bzw. wird nicht auf die Migrantinnen und Migranten selbst bezogen, sondern in Form von Wünschen nach mehr Sprach- und Integrationsangeboten formuliert.

Weitere oft genannte Wünsche bzw. Bedarfe beziehen sich auf mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten (insbesondere in Hamburg St. Pauli), Wohnraum- und Mietenprobleme (insbesondere in den Quartieren der beiden Millionenstädte (16 bis 17 %), aber auch in Dortmund und Dresden (7 bis 8 %) sowie auf eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit, die stadtübergreifend in knapp jeder zehnten Aussage eine Rolle spielt. Dazu gehört vor allem der Wunsch nach mehr Information über vorhandene Angebote und Ankündigungen zu Veranstaltungen und Aktionen im Stadtteil, aber auch die Forderung, dem negativen Image der Stadtteile durch positive Berichte entgegenzuwirken.

Eine auffällige Besonderheit ist, dass 13 Prozent der Aussagen in Dresden eine allgemeine Zufriedenheit mit der Situation und den Angeboten im Stadtteil zum Ausdruck bringen, während ähnliche Aussagen in den anderen Städten nur vereinzelt vorkommen. In Spandau zeigen sich deutlich mehr Stimmen von Frust und Resignation sowie von Rassismus. Zusammen mit der Polarisierung der Antworten deutet das auf eine Distanz zur demokratischen Kultur bei einem Teil der Bevölkerung hin.

Bei den Antworten auf die offene Frage nach den Wünschen der Befragten zur Förderung von mehr Beteiligung zeigen sich sehr unterschiedliche Muster in den einzelnen Untersuchungsgebieten (vgl. Gesemann/Seidel 2020a-e):

- Im Gebiet **Heerstraße Nord** in Berlin Spandau werden vor allem die „klassischen“ Ordnungswünsche nach mehr Sauberkeit und Sicherheit, aber auch Wohnraum- und Mietenprobleme sowie Integrationsprobleme überdurch-

schnittlich häufig angesprochen. Bei der Thematisierung von Integrationsdefiziten besteht dabei mehrheitlich eine klare Erwartungshaltung an Zugewanderte, sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen; oft werden Migrantinnen und Migranten als Ursache von Problemen ausgemacht und öfter auch in Form rassistischer Äußerungen („die sind stressig und laut“; „raus mit den Asylanten“) abgewertet. Weitere regelmäßig genannte Wünsche bzw. Bedarfe beziehen sich auf mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten und auf die Politik im Allgemeinen („nicht weghören, sondern zuhören“) sowie das Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner („dass alle mehr machen“, „[sich] mehr einbringen eben“; „ohne uns kann es nichts werden“). Einige Äußerungen verweisen auf Ängste, z. B. abends allein auf die Straße zu gehen („ich bin traurig, wütend, über alles was sich hier abspielt“), und es zeigen sich zuweilen deutliche Züge von Resignation („Stadtteil ist gekippt“).

- In **Hamburg St. Pauli Süd** äußert etwa ein Viertel der Befragten den Wunsch nach Verbesserungen auf politischer Ebene, wobei von den Verantwortlichen insbesondere mehr Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie strukturelle politische Veränderungen erwartet werden. Gewünscht werden „mehr Eigeninitiative“, eine „andere Kultur, damit sich Passive zu politisch Aktiven wandeln“, „Straßen- und Häuserversammlungen“ („vom Kleinen ins Große sind die Leute am besten zu motivieren“), „mehr nachbarschaftliche Projekte, Orte und Beteiligungsmöglichkeiten wie Park Fiction“, „die Einrichtung von Beteiligungsgremien“ („regelmäßiger Stammtisch/offener Treff“, „Nachbarschaftssitzungen/Stammtisch“, „Forum für Bürgerbeteiligung“) sowie eine stärkere Wahrnehmung von Bewohnerinteressen durch die Politik und eine bessere Kommunikation mit der Politik („Transparenz der Politik vor Ort“, „offener Tisch oder Treffen zwischen Anwohnern und Stadtteilpolitikern“; „effektivere Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen“).
- **Dortmund Nordstadt:** Die Antworten auf die Frage nach den Wünschen der Befragten sind in der Dortmunder Nordstadt stark durch ein „Mehr-und-Weniger-Muster“ geprägt: „mehr geschützte Räume für Kinder“, „mehr Jugendzentren“, „mehr Fokus auf Integration bei der Jugendarbeit“, „mehr Begegnungsorte“, „mehr einfach zugängliche Bildungsangebote“, „mehr Jobs, bessere Perspektiven für die Menschen“, „mehr Kontrollen, mehr Polizei“ sowie „weniger Ausländer“, „weniger Müll“, „weniger Lärm“, „weniger Gewalt“, „weniger Alkohol- und Drogenabhängige auf der Straße“, „weniger Gentrifizierung“, „weniger Polizei“, „weniger Rassismus“. Auffallend ist, wie stark die Belastungen im Stadtteil empfunden werden, wie verbrei-

³² Diese Stimmungslage spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen der Alternative für Deutschland (AfD) bei den letzten Kommunalwahlen in den Untersuchungsgebieten Berlin Heerstraße Nord (2016: 22,7 %) und Dresden Prohlis (2019: 27,0 %) wider. Bei der Europawahl am 26. Mai 2019 kam die AfD im Wahllokal der Ev. Kirchengemeinde Staaken (Gymnastikraum) auf 26,7 Prozent – Spitzenwert in Spandau (vgl. Görke 2019; siehe Wahlen in Berlin 2019).

tet der Wunsch nach zusätzlichen Angeboten ist und wie sehr sich diese Wünsche an häufig unbestimmte Akteure richten. Wünsche nach mehr sozialem Engagement oder mehr politischer Beteiligung finden sich dagegen nur vereinzelt.

- In **Dresden Prohlis** deuten die Antworten auf die Frage nach den Wünschen zur Förderung von Beteiligung auf ein gespaltenes Meinungsbild hin mit Rufen nach mehr Ordnung und Sicherheit durch ein stärkeres Vorgehen gegen Alkoholkonsum, Drogenkriminalität und Vermüllung sowie Wünschen nach Interventionen durch eine aufsuchende Soziale Arbeit („mehr soziale Kräfte einsetzen“, „mehr auf Leute zugehen, die sich abgehängt fühlen“). Auch beim Themenfeld Migration zeigt sich eine Polarisierung zwischen ausgrenzenden und rassistischen Einstellungen („Ausländer, die sich nicht benehmen, müssen wieder gehen“, „Prohlis muss wieder Deutsch werden“, „es muss etwas gegen Frauenvergewaltigung und Kinderbelästigung getan werden“, „alle raus, die hier nicht hingehören“) sowie integrationsfreundlichen Haltungen („mehr Angebote zur Integration von Migranten“, „Dialog mit Ausländern, Zusammenleben fördern, mehr Initiativen gegen rechts“).
- In **Düren** beziehen sich die Antworten der Befragten besonders häufig auf das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Verantwortung für Miteinander und Zusammenhalt sowie auf die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung („mehr Eigeninitiative der Bewohner und mehr Interesse der Politik“). Gewünscht wird, „dass die Bewohner die Initiative ergreifen und sich nicht nur beschweren“: Der „Wille sich zu beteiligen, muss bei den Nachbarn vorhanden sein“. Die Menschen sollten „mehr aufeinander achten“ und die „Nachbarn müssen besser zusammenhalten“. Die Wünsche richten sich aber auch an die Politik bzw. die Politikerinnen und Politiker: „Die Stadt sollte die Bewohner und ihre Sorgen anhören und ernst nehmen“, „Politiker müssen mehr Präsenz im Stadtteil zeigen, z. B. durch Sprechstunden, müssen konkret mithelfen“ und es sollte „mehr politische (Beteiligungs-) Angebote“ geben. Gewünscht werden von vielen Befragten auch mehr (öffentliche) Ansprechpersonen sowie flexiblere Beteiligungsangebote und häufigere Stadtteilkonferenzen.

Demokratische Integration in den Untersuchungsgebieten

Für einen resümierenden Vergleich der Untersuchungsgebiete bietet sich ein Konzept an, mit dem Blinkert und Klie (2019) versuchen, die demokratische Integration von Ländern, Regionen oder Gemeinden statistisch zu erfassen. Zu einem lebendigen und erfolgreichen demokratischen Gemeinwesen gehören nach Auffassung der beiden Wissenschaftler nicht nur demokratische Institutionen, sondern auch eine „Kultur der Demokratie“: „Diese zeigt sich in dem Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse, in der Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten und in dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen“ (ebd.: 1). Indikatoren dafür sind u. a. die Höhe der Wahlbeteiligung, das Vertrauen in politische Institutionen, die politische Teilhabe und das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen unserer Studie haben wir diese Indikatoren durch den Einsatz für lokale Anliegen, die politische Beteiligung, das Vertrauen in die lokale Politik und die Beteiligung an Kommunalwahlen operationalisiert. Die Daten für die drei erstgenannten Indikatoren basieren auf den Ergebnissen unserer eigenen Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten; die lokale Wahlbeteiligung haben wir für die Gebiete auf der Grundlage der Beteiligung an Kommunalwahlen berechnet (vgl. Tabelle 3).

In der Zusammenschau der Werte zeichnet sich Hamburg St. Pauli Süd durch den höchsten Wert für die demokratische Integration des Gemeinwesens aus, etwas geschmälert nur durch das vergleichsweise geringe Vertrauen in lokale Politik, was als Integration durch aktives Engagement, Beteiligungsansprüche und Konflikt gedeutet werden kann.³³ Den niedrigsten Wert weist das Gebiet Berlin Heerstraße Nord auf, mit deutlichen Tendenzen

³³ Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel (1989) haben in Anlehnung an politische Theoretiker wie Alexis de Tocqueville und Hannah Arendt die integrative Bedeutung des politischen Konflikts in einer durch vielfältige Differenzen gekennzeichneten Gesellschaft betont (siehe auch Dubiel 1999; siehe auch einige Beiträge in Imbusch und Heitmeyer (2008: 301-385), eine Publikation, die aus dem Forschungsverbund „Gesellschaftliche Integrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen moderner Gesellschaften“ hervorgegangen ist).

	Engagement für lokale Anliegen	Politische Beteiligung	Vertrauen in lokale Politik	Wahlbeteiligung	Punkte
Berlin Heerstraße Nord	1	2	1	2	6
Hamburg St. Pauli Süd	5	5	2	5	17
Dortmund Nordstadt	2	4	3	1	10
Dresden Prohlis	3	1	4	4	12
Düren	4	3	5	3	15

Tabelle 6: Index demokratische Integration in den Untersuchungsgebieten

Anmerkung: Wir haben die Untersuchungsgebiete nach der Höhe der Mittelwerte (Engagement für lokale Anliegen, politische Beteiligung, Vertrauen in lokale Politik) bzw. nach der prozentualen Höhe der Wahlbeteiligung gerankt. Fünf Punkte stehen dabei für den jeweils höchsten Wert, ein Punkt für den niedrigsten.

von Resignation und Rückzug sowie einer Erosion der demokratischen Integration. Düren zeichnet sich durch ein hohes Vertrauen in lokale Politik und ein starkes Engagement für lokale Anliegen aus, was auch den besonderen Charakter einer Mittelstadt widerspiegelt. Das untere Mittelfeld bilden die Stadtteile Dresden Prohlis und Dortmund Nordstadt mit jeweils unterschiedlichen Chancen und Herausforderungen (siehe auch Tabelle 6).

Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zeigen, dass es in den Untersuchungsgebieten sehr unterschiedliche Logiken und Muster sozialer und demokratischer Integration gibt. Zu den wesentlichen Einflussfaktoren gehören sozioökonomische, soziodemographische und politische Strukturen und Dynamiken wie die Bevölkerungszusammensetzung (Altersstruktur, Anteil sozial unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen, Anteil und Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund) sowie das Vertrauen der Wohnbevölkerung in die lokale Politik. Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie werden zudem von der Ausrichtung und der Verankerung der Gemeinwesenarbeit im Quartier, der Akzeptanz, Nutzung und Verbreitung ihrer Angebote sowie von Charakter und Qualität kommunaler Politik geprägt. Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung werfen eine Reihe von Fragen auf, die mit Hilfe der qualitativen, vertiefenden Erhebungen in den Untersuchungsgebieten beantwortet werden sollen:

1. Welche Bevölkerungsgruppen werden durch die Angebote der Gemeinwesenarbeit erreicht und welche wenig oder gar nicht? Welche Angebote eignen sich besonders, um den Nutzerkreis zu erweitern und Brücken zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu bauen?
2. Inwieweit trägt Gemeinwesenarbeit dazu bei, die Repräsentation „beteiligungsferner“ oder „schwacher“ Gruppen in benachteiligten Quartieren zu verbessern? Was sind Gelingensfaktoren für eine stärkere Einbeziehung dieser Gruppen?
3. Welchen Beitrag kann Gemeinwesenarbeit zu einer Stärkung lokaler Demokratie auf verschiedenen Ebenen der Partizipation leisten (Zusammenschluss von Bewohnergruppen, Organisation von Nachbarschaftsdialogen, Stadtteilkonferenzen, Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, Wahlbeteiligung)?
4. Wie kann Gemeinwesenarbeit – vor dem Hintergrund zunehmender Spaltungen in der Gesellschaft – zu einer Stärkung demokratischer Haltungen, Kompetenzen und Selbstwirksamkeitserfahrungen beitragen?
5. Welchen Stellenwert hat eine aktive sozialraumbezogene, diversitätssensible, Engagement fördernde und Beteiligung stärkende Kommunalpolitik für die Erschließung der Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie?

Alexander Seidel und Frank Gesemann

7 Potenziale und Herausforderungen der Gemeinwesenarbeit – Ergebnisse qualitativer Interviews und Fokusgruppen in den Untersuchungsgebieten

In diesem Kapitel werden die drei zentralen Themen der Studie – Förderung des sozialen Miteinanders, Verbesserung von kommunikativem Austausch und Konfliktvermittlung sowie Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Zivilgesellschaft – in Bezug auf die verschiedenen Wirkungsebenen (Individuum, Zivilgesellschaft, Kommune) analysiert und diskutiert.³⁴ Während die individuelle Ebene Veränderungen durch Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit³⁵ für einzelne Personen fokussiert, stehen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene Auswirkungen auf Gruppen, die Selbstorganisation in Initiativen und Vereinen sowie Netzwerken im Vordergrund. Auf der kommunalen Wirkungsebene werden darüber hinaus Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen Gemeinwesenarbeit, Verwaltung und Politik betrachtet. Leitende Fragestellung ist hierbei: Wie kann mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit das Zusammenspiel zwischen verschiedenen Menschen, Gruppen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Kommune verbessert und erweitert werden? Für jedes der neun Themenfelder der von uns im Rahmen der Vorexpertise erarbeiteten Neun-Felder-Matrix³⁶ werden zunächst die zentralen Fragen vorgestellt und diese dann anhand von Beispielen diskutiert. Hierbei werden deutliche Wechselwirkungen zwischen den analytisch getrennten Feldern in der Praxis ersichtlich.

7.1 Individuelle Ebene

Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit wird Menschen auf der individuellen Ebene in ihrer konkreten Lebenssituation begegnet, indem ihnen soziale Anknüpfungspunkte aufgezeigt, Unterstützung angeboten, verschiedene Möglichkeiten für Teilhabe und

³⁴ Für dieses Kapitel wurden über vierzig qualitative Interviews sowie zehn Fokusgruppendifkussionen ausgewertet, die im Zeitraum von Mai bis Oktober 2019 in den fünf Untersuchungsgebieten durchgeführt wurden (zum methodischen Vorgehen siehe Kapitel 3).

³⁵ Im weiteren Verlauf wird von Gemeinwesenarbeit gesprochen, wengleich die soziale Netzwerkarbeit in Dresden im Rahmen des Programmes Soziale Stadt durch ein Quartiersmanagement erfolgt. Der *Planerladen* in Dortmund verfolgt eine sozialorientierte Stadtteil- und Quartierentwicklung mit einem besonderen Fokus auf der Aktivierung, Stärkung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner. Da beide jedoch einen expliziten Fokus auf Aktivierung und Empowerment der Bewohnerinnen und Bewohnern legen, wurden sie für diese Studie ausgewählt.

³⁶ Siehe Abbildung 7 „Strukturierungshilfe für Wirkungsannahmen der Gemeinwesenarbeit“ auf S. 31 in diesem Bericht.

Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht sowie der Kompetenzerwerb auf verschiedenen Ebenen gefördert werden. Wenn gleich die Gemeinwesenarbeit auf die Stärkung bzw. das Empowerment der Zivilgesellschaft abzielt, liegt der erste Schritt zur sozialen Integration und Intervention auf der individuellen Ebene. Ein Ansatzpunkt der Gemeinwesenarbeit besteht darin, zunächst die Bedingungen zu schaffen mit denen auch Menschen für ein Engagement aktiviert werden können, die bislang noch nicht erreicht wurden.

(1) Unterstützung und Stärkung sozialer Kompetenzen

Hinsichtlich der Unterstützung und Stärkung sozialer Kompetenzen wurde im Rahmen der Studie untersucht, inwiefern in einem ersten Schritt Vertrauen zu Bewohnerinnen und Bewohnern aufgebaut werden kann, indem Menschen verschiedene Angebote zur Kontaktaufnahmen und niedrigschwellige Beratungshilfen zur Sicherung ihrer materiellen Existenz angeboten werden. Es wurde den Fragen nachgegangen, ob dies den Vertrauensaufbau, das Gefühl von Zugehörigkeit und die soziale Eingebundenheit der Menschen in der Nachbarschaft fördert und verbessert? Führt dies wiederum zu größerem Interesse und einer Einbindung in bestehende Angebote? Kann durch diesen basisnahen Zugang z. B. nachteiligen, – das Eingebunden-Sein und Angenommen-Werden – das Selbstwertgefühl der Menschen gestärkt, können ihre sozialen Netze vergrößert und sie zu weitergehenden Aktivitäten ermutigt werden?

Alltagsnahe Unterstützung als erster Schritt für soziale Integration und Teilhabe

Um verschiedenen Menschen den Zugang zur Gemeinwesenarbeit zu erleichtern, werden von der Gemeinwesenarbeit alltagsorientierte Angebote (z. B. Verleih von Spielen und Geräten), Dienstleistungen (z. B. Lernhilfen) sowie Beratung (z. B. Mieter-, Sozial- und Suchtberatung) bereitgestellt, um den Bewohnerinnen und Bewohnern Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zu bieten und Hemmschwellen abzubauen. In allen Untersuchungsgebieten leben viele Menschen, die mit existenziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Viele von ihnen benötigen Beratung, wie sie ihre persönliche Situation verbessern können und hinsichtlich der Integration in gesellschaftliche Systeme (Bildung, Wirtschaft etc.). Niedrigschwellige Anlaufstellen und Beratungsangebote im Stadtteil, für Menschen mit alltagsnahen Themen und Problemen, sind von zentraler Bedeutung und werden in allen fünf Gebieten durch die Gemeinwesenarbeit bzw. enge Netzwerkpartnerinnen und -partner angeboten. Aus Sicht einer Nutzerin von Angeboten der Gemeinwesenarbeit in Hamburg St. Pauli erfüllt die Gemeinwesenarbeit eine zentrale Funktion als Anlaufstelle:

„Wenn die Gemeinwesenarbeit nicht wäre, dann wären wir hier arm dran. Also da gibt es ja Hilfe ohne Ende [...] Hier kannst du ja mit allem kommen [...]. Hier ist immer irgendjemand, wo du mit allen möglichen Problemen kommen kannst und die dir wenigstens die Wege zeigen können. [...] Also wir brauchen solche Leute unbedingt.“³⁷

Auch Annette Limberg, Sozialberaterin im *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.* in Spandau, erläutert:

„80 Prozent der Besucher der Sozialberatung kommen aus anderen Ländern [...] und wissen häufig nicht, wie unsere Gesellschaft funktioniert: ‚Wie funktioniert Schulanmeldung?‘, ‚Wie finde ich einen Kita-Platz?‘, ‚Was bedeutet es, wenn das Jugendamt vorbei kommen will?‘“³⁸

Die Beratungen zu alltäglichen Themen tragen zur Verbesserung der sozialen Integrationsmöglichkeiten, aber auch zu einer verbesserten ökonomischen Situation der Menschen bei, was aus Sicht von Annette Limberg sowohl den Menschen in der Beratung, aber auch der Gesellschaft hilft. Positive Erfahrungen mit Beratung können dazu führen, dass Vertrauen zur Beraterin und der Institution aufgebaut wird und die Menschen sich auf weitere Empowerment-Prozesse einlassen. Interessant ist in diesem Kontext, dass die Informationen über Beratungsangebote und Möglichkeiten der Gemeinwesenarbeit häufig über persönliche Empfehlungen erfolgt, insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund. Auch kann die Beratung als Anknüpfungspunkt für eine Einbindung in bestehende Aktivitäten im Stadtteil fungieren. Durch gezielte, persönliche Ansprache können Interessen und Kompetenzen der Menschen erfragt und auf vorhandene soziale oder kulturelle Angebote hingewiesen werden, so dass die Menschen Anschluss finden und ihr soziales Netz erweitern können. Der Fokus wird dabei auf die Kompetenzen und Ressourcen der Menschen gelegt, wie Viola Scholz-Thies vom Familienzentrum Familientreff Staaken in Spandau betont:

„Aus diesen Angeboten des Familienzentrums beispielsweise entwickeln sich Kontakte, man lernt die Menschen kennen und man erfährt auch etwas über ihre Ressourcen. [...] Und ich denke, da ist es unsere Aufgabe, ein Stück weit nochmal zu gucken: ‚Wo sind die Ressourcen, dass den Menschen das auch selber bewusst wird?‘. Und daraus entsteht dann ganz viel an gegenseitiger Unterstützung.“³⁹

Statt lediglich auf Probleme und Herausforderungen zu fokussieren, ist es wichtig die Kompetenzen und Potenziale der Menschen herauszuarbeiten und daran anzusetzen, um zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Menschen beizutragen. Auch die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben im Rahmen der Gemeinwesenarbeit ist ein wichtiger Baustein für Ermutigungs- und Entwicklungsprozesse, der im Folgenden immer wieder thematisiert wird.

In fast allen Untersuchungsgebieten findet Sozial- und Mieterberatung in den Räumen der Gemeinwesenarbeit statt. Der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* in Spandau betreibt ein Gemeinwesenzentrum mit guter Anbindung zu ärztlicher Versorgung, auch koordiniert der Verein weitere Stadtteil- und Familienzentren als niedrigschwellige Anlaufstellen. In Hamburg ist

³⁷ Fokusgruppendifkussion mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, 13. August 2019.

³⁸ Interview mit Annette Limberg, 21. Mai 2019.

³⁹ Fokusgruppendifkussion mit Kooperationspartnerinnen und -partnern, 22. Mai 2019.

das Stadtteilzentrum *Kölibri* in St. Pauli Süd zentrale Anlaufstelle und „Kernstück der Arbeit“ der *GWA St. Pauli*, das mit zahlreichen Beratungsangeboten verknüpft ist und mit vielfältigen kulturellen und politischen Aktivitäten in den Stadtteil hineinwirkt. In Düren betreiben Bürgervereine Räumlichkeiten in Selbstverwaltung, in denen ebenfalls Hausaufgabenhilfe und Beratungen, z. B. Mietberatung, aber auch Beratungsangebote der Polizei, angeboten werden. In der Dortmunder Nordstadt bietet der *Planerladen* vielfältige Hilfen unter anderem bei Alltagsproblemen, Sozialberatung und Beratung zur beruflichen Integration an. Das Quartiersmanagementbüro in Dresden Prohlis ist Informations- und Netzwerkstelle, die über aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen und Angebote informiert, kritische Anliegen und kreative Anregungen entgegennimmt und Menschen berät, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. In angrenzenden Räumlichkeiten bietet die Bürgerinitiative Prohlis e. V. Sozialberatung auf ehrenamtlicher Basis an, darüber hinaus bestehen auch Kontakte zu anderen professionellen Beratungseinrichtungen im Stadtteil.

(2) Stärkung kommunikativer und politischer Kompetenzen

Im Rahmen der Studie wurden neben den sozialen Kompetenzen auch kommunikative und politische Kompetenzen von Einzelnen näher betrachtet. Es wurde untersucht, ob die Gemeinwesenarbeit dazu beitragen kann, dass die Menschen sich ihrer eigenen Anliegen, Interessen und lokalpolitischen Themen bewusst werden und ob dadurch das Interesse und Verständnis für (lokal-)politische Prozesse und Politik wächst. Auch stellt sich die Frage, ob Menschen mittels der Teilnahme an Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit in ihrer Kommunikationsfähigkeit gestärkt werden. Können (Dialog-) Veranstaltungen und das Kennenlernen von Aushandlungsprozessen das individuelle Verhaltensrepertoire hinsichtlich Kommunikation und Konfliktlösung erweitern, sodass Menschen Verständnis für unterschiedliche Interessen und Kompromisse entwickeln? Kann dadurch politisches Selbstvertrauen und politisches Verständnis gefördert werden?

Indirekte Stärkung kommunikativer (und politischer) Kompetenzen

In allen fünf Untersuchungsgebieten nahmen Bewohnerinnen und Bewohner an Fokusgruppendifkussionen teil, die im Rahmen der Gemeinwesenarbeit mitarbeiten und sich für den Stadtteil engagieren. Durch die Teilnahme, die Mitwirkung und Mitgestaltung von Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit und zunehmende Verantwortungsübernahme haben sie ihre sozialen, kommunikativen und politischen Fähigkeiten trainiert und Handlungskompetenzen ausbauen können (vgl. DESI/HSAP 2019).

Kommunikative Kompetenzen können dabei bei vielen verschiedenen Gelegenheiten trainiert werden, wobei sie jedoch zumeist nicht im Zentrum stehen, sondern ein Nebenprodukt des sozialen Miteinanders sind: bei kreativen Kursangeboten (z. B. Töpfern, Theater etc.), bei zielgruppenspezifischen Angeboten (Treffen für Mütter, türkische Seniorinnen) sowie bei Begegnungen in Nachbarschaftscafés oder bei Festen. Menschen mit ähnlichen Interessen, aber auch andere, treffen dabei in verschiedenen

Settings aufeinander und es entstehen vielfältige Möglichkeiten für ein inklusives Miteinander und Teilhabe. Hierdurch können verschiedene Meinungen und Sichtweisen kennengelernt und auch ggf. Sprachkompetenzen verbessert sowie politisches Interesse gefördert werden. Bei themenbezogenen Aktivitäten, z. B. Treffen zum Thema Verkehr, Müll oder Wohnen werden auch politische Aspekte von Veränderung thematisiert und damit individuelle politische Kompetenzen erweitert.

Eine Anwohnerin aus Hamburg St. Pauli berichtet von ihrer kurdischen Nachbarin, die jeden Nachmittag Angebote im Nachbarschaftshaus besuche, wodurch ihr kritisches, politisches Bewusstsein geweckt worden sei. Inzwischen würden auch ihre Kinder die Angebote der Gemeinwesenarbeit nutzen. Der Gemeinwesenarbeiter des *Gemeinwesenvereins* in Berlin Spandau, Tom Liebelt, betont im Interview die Bedeutung von Gelegenheiten für informelle Gespräche und Kommunikation z. B. im Anschluss an Veranstaltungen, um Kontakte zu Personen im Stadtteil zu knüpfen. In verabredeten Folgegesprächen können dann die Interessen erkundet und die Menschen bei ihren ersten Schritten zur Selbstorganisation unterstützt werden.⁴⁰

Eine aufsuchende, ansprechende Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit mit „Gehstruktur“, ein „Hingehen“ zu den Menschen und eine persönliche Ansprache von Menschen in ihrer Lebenswelt ist ein wichtiges Arbeitsprinzip, um immer wieder mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen und neue Sichtweisen auf den Stadtteil kennenzulernen. So können auch sozial und/oder ökonomisch benachteiligte Menschen an ihnen vertrauten Orten angesprochen werden. Hasan Kamalak, Mitarbeiter des *Planerladen* in Dortmund, formuliert das wie folgt:

„Wir machen ständig aufsuchende Arbeit. [...] Wir warten nicht, dass die Leute zu uns kommen – das ist unsere Stärke. Wir sind ständig auf der Straße. [...] Vor allem Empathie und dieses Vertrauen aufbauen sind unsere Türöffner.“⁴¹

Im Umgang mit den Menschen sind eine akzeptierende, wertschätzende Grundhaltung und Augenhöhe im Gespräch erforderlich, sich auf die Menschen einzulassen und die Individualität des Gegenübers zu respektieren. Katrin Lindner, Quartiersmanagerin aus Dresden Prohlis, betont die Bedeutung einer Gesprächsführung auf Augenhöhe für ein gutes soziales Miteinander. Aus ihrer Sicht möchte jeder einzelne Mensch in seiner Individualität akzeptiert und mit all seinen Ecken und Kanten und Problemen wahrgenommen werden. Für ein gutes soziales Miteinander müsse man sich wirklich auf diese Person einlassen können, wenn man mit ihr arbeitet. In diesen Gesprächen können Interessen, wichtige Themen (für Veränderungen) und Ressourcen der Menschen erschlossen werden, die mögliche Ansatzpunkte für Engagement und konkretes Handeln bieten.⁴²

⁴⁰ Interview mit Tom Liebelt, 23. Mai 2019.

⁴¹ Fokusgruppendifkussion zur sozialräumlichen Integration von Neuzugewanderten, 17. Juni 2019.

⁴² Interview mit Katrin Lindner, 12. August 2019.

(3) Stärkung von Handlungskompetenzen

Im Rahmen der Studie wurde betrachtet, ob die Menschen durch das Aufgreifen ihrer Themen und Interessen vor Ort und die Möglichkeit, Unterstützung durch die Gemeinwesenarbeit zu erhalten, zur Übernahme von Verantwortung für Veränderungsprozesse im Gebiet ermutigt werden können. Wenn die Menschen einen Wissenszuwachs hinsichtlich der Gestaltung von Veränderungsprozessen erfahren, wächst dann auch ihre Handlungskompetenz und wird ihre Identifikation mit dem Quartier gestärkt? Weiterhin wurde untersucht, ob die Aktivierung von Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner gelingt. Können durch die Erfahrung, dass die eigene Meinung gehört und ernst genommen wird und die eigenen Interessen artikuliert werden, die Selbstwirksamkeit und das Selbstwertgefühl der Menschen gestärkt werden? Steigt damit die Bereitschaft Verantwortung in einer Gruppe zu übernehmen, die sich mit Themen vor Ort befasst?

Zentrale Bedeutung von Selbstwirksamkeit für die Aktivierung

Im Rahmen der vorliegenden Erhebung sind zahlreiche Beispiele von Aktivierung und Empowerment in allen Städten deutlich geworden, von denen einige hier exemplarisch dargestellt werden. Durch das Vorbeikommen in einem Nachbarschaftscafé, die Teilnahme an Veranstaltungen der Gemeinwesenarbeit oder die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten können die Menschen im Gespräch durch Mitarbeitende oder andere Teilnehmende ermutigt und aktiviert werden und Teil einer Gruppe oder eines Netzwerkes werden. Die Gemeinwesenarbeit ist eine zentrale Anlaufstelle und Unterstützungsinstanz für Menschen, die sich engagieren möchten. Die Geschäftsführerin des *Gemeinwesensvereins* in Berlin Spandau, Petra Sperling, betont: „Dem *Gemeinwesenverein* ist wichtig, nicht so viele Angebote zu machen, Bürger können und sollen es selber machen!“⁴³ Den Menschen sollen also möglichst keine fertigen Angebote unterbreitet werden, vielmehr sollen sie zum Selbermachen aktiviert und ihre Ressourcen dafür mobilisiert werden. Ein Beispiel dafür ist eine Anwohnerin aus Spandau, die in Gesprächen mit dem Gemeinwesenarbeiter herausfand, dass sie sich mehr soziale Kontakte und Begegnung wünscht. Der Gemeinwesenarbeiter ermutigte die Anwohnerin aktiv zu werden und Verantwortung zu übernehmen, beriet sie hinsichtlich des Vorgehens und unterstützte sie bei der Einladung von Interessierten. So ist ein selbstorganisierter regelmäßiger Nachbarschaftstreff von Anwohnerinnen und Anwohnern entstanden, der wöchentlich stattfindet. Die Initiatorin koordiniert die Treffen und wendet sich bei Unterstützungsbedarf an den Gemeinwesenarbeiter.⁴⁴

Ein anderes Beispiel für einen gelungenen Empowerment-Prozess und zunehmende Handlungskompetenzen ist Mohamed Zaidi in Berlin Spandau, der 30 Jahre alt und im Quartier Heerstraße Nord aufgewachsen ist. Bereits als Jugendlicher nahm er verschiedene Angebote des *Gemeinwesensvereins* wahr. Gemeinsam mit einigen Freunden erkannte er im Jahr 2015, dass seine Sprachkenntnisse bei der Vermittlung zwischen den gerade angekommenen Geflüchteten und den Mitarbeitenden der Beratungsangebote

im Gebiet Heerstraße Nord eine wichtige Brückenfunktion bilden konnten und begann in diesem Rahmen zu übersetzen. Der *Gemeinwesenverein* reagierte auf dieses selbstinitiierte Engagement mit der Schaffung des JuMi-Lotsen-Projektes⁴⁵, in dem neben Mohamed Zaidi auch andere mehrsprachige Jugendliche, die ohne Schulabschluss in eine Perspektivlosigkeit gerutscht waren, eine sinnvolle Betätigung fanden. Mohamed Zaidi entwickelte Interesse an einem internationalen Jugendaustausch, den er mit Unterstützung einer Fachkraft des *Gemeinwesensvereins* auch erfolgreich organisieren konnte. Zudem war er als Honorarkraft für den *Gemeinwesenverein* tätig und holte parallel sein Abitur nach. Da er durch die Arbeit im *Gemeinwesenverein* mit den (Akteurs-) Strukturen im Quartier vertraut war, entschied er sich dazu, dem Quartiersrat beizutreten, wo er insbesondere die Interessen der jungen sowie der migrantischen Bevölkerung vertritt. Mohamed Zaidi sagt von sich, dass er durch sein Ehrenamt viel gelernt und zunehmend auch Verantwortung übernommen habe. Er schätze das selbstständige Handeln und die Möglichkeit, verschiedene Dinge auszuprobieren und auch koordinierende Tätigkeiten auszuüben, wobei er von Hauptamtlichen des *Gemeinwesensvereins* unterstützt wird und positive Rückmeldungen erhält. Durch das Aufgreifen und Bedienen eines spezifischen Bedarfs ist hier somit eine nachhaltige Aktivierung und Beteiligung gelungen.⁴⁶

Auch in Düren berichtete eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der Stadtteilvertretung von ihren Erfahrungen im Rahmen des Engagements:

„[...] es gibt Sachen, die kannst du nicht bezahlen. Diese Tätigkeit in der Stadtteilvertretung Düren Nord ist unbezahlbar, da verdienen wir nichts. [...] Es macht mir trotzdem Spaß. [...] Es sind so viele Sachen, die kann man mit Geld überhaupt gar nicht erkaufen. Diese positiven Ereignisse oder das Glück, was ich dabei erlebe, das kann man mit keinem Geld erkaufen.“⁴⁷

Anhand dieses Zitats wird deutlich, dass die ehrenamtliche Arbeit als positiv verstärkend erlebt wird, die ihr Freude bereitet und sie glücklich macht. Die Selbstwirksamkeitserfahrungen durch das ehrenamtliche Engagement, die vermutlich mit einem Kompetenzgewinn einhergehen, werden als große Bereicherung erlebt. Viola Scholz-Thies, Leiterin des Familienzentrums Familientreff Staaken unterstreicht das Prinzip der Selbstwirksamkeit als zentralen Faktor für die politische Teilhabe: „Wenn ich selber nicht das Gefühl habe, ich kann etwas bewirken, dann habe ich auch nicht das Gefühl, es nützt etwas, wenn ich zur Wahl gehe.“⁴⁸ Dieser Auffassung ist auch die Geschäftsführerin des *Gemeinwesensvereins* in Berlin Spandau, Petra Sperling. Sie konstatiert, dass sich nur Menschen engagieren und beispielsweise in der Gremienarbeit einbringen, die die Erfahrung gemacht haben, dass ihre Äußerungen Gehör finden und ernst genommen werden:

⁴³ Interview mit Petra Sperling, 21. Mai 2019.

⁴⁴ Vgl. Interview mit Tom Liebelt, 23. Mai 2019.

⁴⁵ JuMi = Jugendliche mit Migrationshintergrund.

⁴⁶ Fokusgruppendifkussion mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern, 23. Mai 2019.

⁴⁷ Fokusgruppendifkussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtteilvertretung Nord-Düren, 12. September 2019.

⁴⁸ Fokusgruppendifkussion mit Kooperationspartnerinnen und -partnern, 22. Mai 2019.

„Es nehmen nur Leute [am Quartiersrat] teil, die wissen, dass ihr Wort einen Wert hat.“⁴⁹

Veronika Gottmann, ehemalige Quartiersmanagerin aus Dresden Prohlis, vertritt bezüglich der Förderung von Selbstwirksamkeit folgende Ansicht:

„Das Erleben von Selbstwirksamkeit kann Gemeinwesenarbeit besser leisten, dafür sind die Ressourcen beim QM [Quartiersmanagement] nicht vorhanden. Gemeinwesenarbeit kann leisten, dass eine Beteiligung wirklich unteretzt wird, dass es ein kontinuierlicher Prozess ist, dass das Aktivwerden wirklich professionell unterstützt wird. Dies ist meiner Ansicht nach eine Vorstufe von Demokratie. Man erlebt, wenn man etwas tut, dann verändert sich was. Um dem Frust entgegenzuwirken, dass das, was man sagt, egal ist und man sowieso keine Möglichkeit hat, etwas zu ändern.“⁵⁰

Diese Aussage verdeutlicht den besonderen Ansatz der Gemeinwesenarbeit, der Menschen im Stadtteil mit ihren Interessen und Anliegen ernst nimmt und prozesshaft bei der Umsetzung begleitet.

Zusammenfassung individuelle Ebene

Im Rahmen unserer Erhebungen ist deutlich geworden, dass durch die Aktivitäten rund um die Gemeinwesenarbeit vielfältige Kompetenzen erworben werden, die jedoch höchst individuell von den jeweiligen Menschen und ihrer Ausgangssituation abhängig sind. Soziales Miteinander, Kommunikation und Handlungskompetenzen sind hierbei eng verflochten und analytisch kaum voneinander zu trennen. Der individuelle Kompetenzzuwachs ist häufig auch eng mit Gemeinschaftserfahrungen verbunden und beides bedingt sich wechselseitig.

Der niedrigschwellige Ansatz der Gemeinwesenarbeit als Anlaufstelle für alltagsnahe Dienstleistungen, Beratungen und als Begegnungsort ermöglicht den Kontaktaufbau zu Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus und Gruppen. Durch Angebote zur Verbesserung der Lebenssituation sowie Möglichkeiten zur Integration in soziale Gruppen oder Zusammenhänge, können prozesshaft Vertrauen aufgebaut, die soziale Eingebundenheit verbessert und individuelle soziale Netze ausgebaut werden. Diese Faktoren können das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen vergrößern und zur Stärkung des Selbstwertgefühls beitragen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Ermutigung zu weitergehenden Aktivitäten, wobei in der Begegnung und dem Miteinander auch den informellen Begegnungen eine wichtige Bedeutung zukommt.

Kommunikative Austausch- und Reflexionsprozesse werden gefördert und die Menschen in ihrer Kommunikationsfähigkeit gestärkt, was insbesondere dort gut gelingt, wo die Gemeinwesenarbeit in ein buntes Netz an Aktivitäten und Angeboten eingebunden ist. In Gesprächen können auch Interessen, Anliegen, lokale Themen und Probleme diskutiert werden, die von Einzelnen häufig nicht als politisch wahrgenommen werden. Erst im Austausch mit anderen erfahren die Menschen, dass bestimmte Themen von mehreren kritisch gesehen werden, was ein

Ausgangspunkt für die Entwicklung von politischem Verständnis und möglichem Engagement sein kann.

Der Ansatz der Gemeinwesenarbeit fokussiert sich auf Aktivierung und die Arbeit mit den Stärken und Kompetenzen der Menschen. Im Rahmen der Interviews ist deutlich geworden, dass Menschen zur Verantwortungsübernahme besonders dann gut motiviert werden können, wenn es gelingt, die Interessen der Menschen vor Ort aufzugreifen, an ihren Stärken und Kompetenzen anzusetzen sowie eine mittel- bis langfristige Ermutigung und Unterstützung durch die Gemeinwesenarbeit zu realisieren. Bei kommunikativen Austauschprozessen über Erfahrungen mit anderen (bezüglich der Gestaltbarkeit von Veränderung), findet wechselseitiges Lernen statt. Hinsichtlich der Ermutigung zum Handeln haben die Interviewten die Bedeutung kleiner und größerer Selbstwirksamkeitserfahrungen betont, die Menschen bestärken sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

In allen untersuchten Gebieten gibt es zahlreiche Beispiele für Empowerment-Prozesse von Individuen, die ihre Handlungskompetenzen und -fähigkeiten durch Gelegenheitsstrukturen und Ermutigung der Gemeinwesenarbeit vergrößern konnten. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit gelingt es, viele Menschen in die Nachbarschaft einzubinden und zu weitergehenden Aktivitäten zu ermutigen. Hierbei sind ausreichend Zeit und eine kontinuierliche, wertschätzende Unterstützung durch die Soziale Arbeit von zentraler Bedeutung. Dafür sind mehr Personalstellen notwendig, denn Empowerment ist nur in einem längeren Prozess möglich. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere für Menschen in mehrfach belasteten Lebenssituationen konkrete Beratung und Hilfen bei der Lebensbewältigung wichtig, aber auch ein Vertrauensaufbau sowie Selbstwirksamkeitserfahrungen, um Potenziale für Engagement entfalten zu können. Damit alle die unabhängige Sozialberatung erhalten können, die sie benötigen, ist ein weiterer Ausbau von Beratungsangeboten zur Lebensbewältigung in den benachteiligten Gebieten wichtig, bzw. eine Anbindung an Stadtteilzentren/Nachbarschaftshäuser sinnvoll.

Entsprechende Anlaufstellen der Gemeinwesenarbeit, Stadtteilzentren oder Nachbarschaftshäuser sind bislang jedoch deutlich zu rar, sodass viele Menschen diese nicht in unmittelbarer Nachbarschaft vorfinden und nutzen können. Auch haben beispielsweise in Berlin nicht alle Nachbarschaftshäuser unabhängige Sozialberatungen, obwohl alle diese gerne bei sich ansiedeln würden.⁵¹ Ein entsprechender flächendeckender Ausbau mit Anlaufstellen der Gemeinwesenarbeit ist sinnvoll, deren Räumlichkeiten auch von Beratungen genutzt werden, in denen aber insbesondere Gemeinwesenarbeitende tätig sind und Zeit für Empowerment-Prozesse der Menschen haben. Da viele Menschen Unterstützung benötigen, um ihre eigenen Kompetenzen nutzen zu können, sind für Gebiete mit vielen Menschen in multiplen Problemlagen noch deutlich mehr strukturelle Hilfe und Unterstützung erforderlich. Hierfür müssen Politik und Verwaltung noch stärker sensibilisiert und ihr Bewusstsein vergrößert werden.

⁴⁹ Interview mit Petra Sperling, 21. Mai 2019.

⁵⁰ Interview mit Veronika Gottmann, 12. August 2019.

⁵¹ Dies hat mit der Mittelvergabe durch verschiedene Verwaltungsebenen zu tun, die sich diesbezüglich nicht hinreichend abgestimmt haben.

Die qualitativen Befragungsergebnisse zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund ein größeres Vertrauen in die Politik haben, sie sich aber gleichzeitig seltener am politischen Geschehen im Stadtteil beteiligen. Hinsichtlich der Einbindung und Aktivierung von Menschen mit Migrationshintergrund verfügt die Gemeinwesenarbeit bereits über umfangreiches Erfahrungswissen, das mit mehr personellen Ressourcen auch noch deutlich stärker umgesetzt werden könnte.

Um den individuellen Kompetenzzuwachs tiefergehend zu erforschen, müssen Entwicklungsprozesse über einen längeren Zeitraum in weiteren Studien untersucht werden.

7.2 Zivilgesellschaftliche Ebene

Der Schwerpunkt der Gemeinwesenarbeit liegt auf der gruppen- und zivilgesellschaftlichen Ebene mit dem Fokus auf der Förderung von Selbsthilfe, Selbstorganisation und kollektivem Empowerment. Hierbei sind auch die Förderung von kommunikativen Austauschprozessen sowie Interessenausgleich und Konfliktschlichtung wesentlich, die hier näher betrachtet werden. Durch die Stärkung sozialer Netze zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern, aber auch zwischen Initiativen und Institutionen, werden im Rahmen der Gemeinwesenarbeit interkulturelle und milieuübergreifende Begegnungen und soziales Miteinander im Sinne eines brückenbildenden sozialen Kapitals ermöglicht sowie substantielle gesellschaftliche Teilhabe und Engagement in ganz verschiedenen Bereichen.

(1) Stärkung des sozialen Miteinanders der Bewohnerinnen und Bewohner

Hinsichtlich der Stärkung des sozialen Miteinanders stand im Zentrum der Studie die Frage, ob im Rahmen von Gemeinwesenarbeit brückenbildende Begegnungen von Menschen anderer Gruppen, Generationen und Milieus stattfinden und welches Potenzial darin liegt. Können durch diese Begegnungen Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt wachsen und entstehen wechselseitige Lernprozesse? Können gruppenübergreifende Begegnungen und ein gemeinsames Tun das Vertrauen in die Mitmenschen fördern und Vorurteile abbauen? Kann durch die verbesserte soziale Einbindung das Zugehörigkeitsgefühl und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden?

Ermöglichung von inklusivem Miteinander und neuen Kooperationen

In allen fünf Untersuchungsgebieten gibt es zahlreiche Beispiele für die Förderung und Stärkung von Begegnungsmöglichkeiten, sozialen Netzwerken und einem inklusiven Miteinander. Hierbei können die Aktivitäten themen- oder zielgruppenbezogen, aber auch zielgruppenübergreifend sein, bei denen Menschen aller Heterogenitätsmerkmale willkommen sind. Im Stadtteilzentrum der GWA St. Pauli finden beispielsweise Stadtteilfrühstücke und in Düren-Mariaweiler Stadtteilausflüge statt, bei denen sich die

Menschen kennenlernen können, wechselseitige Lernprozesse ermöglicht werden und neue Freundschaften entstehen können. Das brückenbildende soziale Kapital zwischen unterschiedlichen Gruppen und Milieus, aber auch das soziale Zusammenwirken im Gemeinwesen können gestärkt werden und ein Mehr an Nachbarschaft entsteht. Den Menschen kann so Teilhabe ermöglicht und ggf. Einzelerfahrungen zu kollektivem Handeln verdichtet werden. Wichtige Anknüpfungspunkte für Begegnungsmöglichkeiten und Engagement sind dabei auch die Zielgruppen der Kinder und Jugendlichen sowie kulturelle Angebote (siehe vertiefend dazu Absatz: Bückenfunktion von Kultur im Stadtteil). Die Erfahrung der befragten Akteure der Gemeinwesenarbeit hat gezeigt, dass es besonders gut gelingt verschiedene Menschen zu kinder- oder jugendspezifischen Themen zu aktivieren und ein übergreifendes Miteinander zu ermöglichen.

Der Gemeinwesenarbeit gelingt es in allen Gebieten neue Kooperationen zwischen verschiedenen Gruppen, Initiativen und Vereinen zu etablieren, die neue Formen des Miteinanders möglich machen. Im Miteinander verschiedener Personen können neue Ideen und Initiativen entstehen, die sich teilweise auch weiterentwickeln und zu Vereinsgründungen führen, wie etwa das selbstverwaltete Bürgerzentrum der *Bürgerinitiative Prohllis e. V.* Mit Unterstützung des Quartiersmanagements, das den Fokus auf die Aktivierung und das soziale Miteinander der Menschen legt, sind in Dresden Prohllis umfassende zivilgesellschaftliche Strukturen gewachsen und zahlreiche Kooperationen verschiedener Gruppen und Vereine entstanden. Auch der *Planerladen* in der Dortmunder Nordstadt ist Teil eines umfassenden Netzwerks sozialer Einrichtungen, von denen viele auch Elemente von Gemeinwesenarbeit in ihren jeweiligen Betätigungsfeldern implementieren. Als Teil des *Projektverbundes Nordstadt* bemüht sich der *Planerladen* um eine Stärkung quartiersbezogener und stadtteilweiter Netzwerke und war neben anderen am Aufbau des Nordstadt-Forums beteiligt. Dieses bereits 1991 aus örtlichen Trägern, Vereinen und Initiativen gebildete Forum dient der gegenseitigen Information und Koordination von Aktivitäten und hat sich inzwischen im Dialog mit Verwaltung und Politik etabliert und verdient gemacht.

Durch vielfältige Kooperationen der verschiedenen Akteure können Synergien erzeugt und gemeinsam neue Angebote und Veranstaltungen entwickelt werden, bei denen heterogene Personengruppen zusammengebracht und insgesamt das soziale Miteinander deutlich verbessert werden kann. Der Aufbau von bewohnerorientierten Strukturen benötigt dabei Zeit sowie dauerhafte Unterstützung und Koordination, wie auch Achim Biergans von der Leitung des Büros für *Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* in Düren berichtet:

„Früher haben viele Akteure aneinander vorbei agiert (...). Jeder hat für sich geguckt: ‚Wie komme ich mit meinen Themen voran?, Was kann ich erreichen?‘. Das ist schon anders geworden, aber es ist oftmals auch schwierig. (...) Es ist aber nicht so, dass man immer sagen kann: es läuft jetzt alles gemeinsam, man muss an der Sache dranbleiben, weil auch natürlich Eigeninteressen da sind, bei denen nicht zwangsläufig Übereinstimmung vorliegt und es bleibt manches Mal auch ein gewisses Fremd-Sein das die Zusammenarbeit erschweren kann.“⁵²

⁵² Interview mit Achim Biergans, 13. September 2019.

Dies verdeutlicht die Wichtigkeit einer sachlichen, vermittelnden und langfristigen Begleitung, die das gemeinsame Ziel bei Kooperationen (heterogener Gruppen) in den Vordergrund stellt.

Aus Sicht von Jürgen Uhlig, Geschäftsführer der *KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH*, der Betreibergesellschaft des Quartiersmanagements in Dresden Prohlis, werden dabei immer wieder neue Akzente für das Engagement der Akteure vor Ort gesetzt. Flexibel und kreativ werden neue Formate geschaffen, um Akteure in kooperativem Miteinander zusammen zu bringen, wie z. B. in Dresden durch die Vereinsmeile, das Herbstfest und Aufräumaktionen.⁵³

Raum für Begegnungen

Um Begegnung und Kommunikation zu ermöglichen, sind Orte und Räume wichtig, an denen verschiedene Menschen zusammenkommen und aktiv werden können. Dies können Räumlichkeiten für regelmäßige Nutzungen sein, aber auch Orte für temporäre oder einmalige Veranstaltungen z. B. im Freien. Um wirklich für alle möglichen Personen und Gruppen attraktiv zu sein, ist die Neutralität von Begegnungsorten wichtig (parteilosophisch und religionsunabhängig). Im Rahmen der Studie wurde deutlich, dass die Raumsuche für Initiativen von Anwohnerinnen und Anwohnern und für ehrenamtliches Engagement zum Teil sehr schwierig ist. Während in Berlin Spandau die *Evangelische Kirchengemeinde zu Staaken* ihre verschiedenen Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, ist die Raumnot in Dresden Prohlis besonders ausgeprägt. Martina Müller von der Abteilung Stadterneuerung im Stadtplanungsamt Dresden ist sich dessen bewusst: „Man muss Räume bieten, man muss die Grundlage, die Basis schaffen, und da hoffen wir, dass wir das mit dem Bürgerhaus und dem vorhandenen Palitzschhof irgendwie schaffen.“⁵⁴

Allerdings ist die Realisierung des *Bürgerhauses* in Dresden Prohlis beispielhaft für einen langwierigen Prozess, der von der konkreten Beteiligung der Akteure, der Prohliser Bürgerinnen und Bürger für ein inhaltliches Nutzungskonzept eines *Bürgerhauses* im Jahr 2012, den Planungen bis zur Umsetzung laut Martina Müller, einen Zeitraum von mehr als elf Jahren benötigen wird. Das Hauptproblem war aus ihrer Sicht, eine dauerhafte Finanzierung zur Betreibung der Einrichtung in einem der Verwaltungsressorts für die zielgruppen- und themenübergreifende Arbeit des Bürgerhauses abzusichern. „Dort haben wir ganz deutlich gespürt, wie schwierig dieses Thema Absicherung eines langfristigen Betriebes einer Einrichtung der Gemeinwesenarbeit – wie ein Bürgerhaus – ist, inhaltlich, finanziell, obwohl alle es wollen!“⁵⁵ Aus ihrer Sicht sollte die finanzielle Zuordnung von Nachbarschaftsarbeit auf übergeordneter Ebene einschlägig geklärt werden.

Uwe Machura von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin,⁵⁶ weist außerdem darauf hin, dass Nachbarschaftshäuser auch Eigenmittel erwirtschaften müssen und daher Räume vermietet werden. Dadurch fehlt es immer wieder an freien Räumen für Bürgerinnen- und Bürgerarbeit. Seiner Meinung nach sollten die Nachbarschaftshäuser einen freien Raum vorhalten können, was in der Praxis aber oft schwierig ist, da Kapazitäten und auch Kooperation, z. B. mit Schulen und deren freistehenden Räumen am Nachmittag, fehlen. Hier wird

in einer verbesserten sozialräumlichen Vernetzung und Nutzung von Räumlichkeiten verschiedener Akteure ein weiteres Potenzial für die Arbeit von Bewohnerinnen und Bewohnern gesehen.⁵⁷

Brückenfunktion von Kultur im Stadtteil

Der sozial-kulturellen Arbeit kommt eine zentrale Bedeutung zu, um Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. In fast allen Untersuchungsgebieten werden von der Gemeinwesenarbeit Stadtteilstefeste und interkulturelle Feste organisiert und koordiniert, um kulturell untermalte Begegnungen zwischen unterschiedlichen Menschen und Gruppen zu ermöglichen. Begegnung und Kennenlernen sind Grundvoraussetzungen für ein gemeinsames Erleben und Erfahren, bei dem auch Gefühle und Emotionen Raum bekommen, wobei gerade auch informelle Begegnungen in dieser Hinsicht bedeutsam sind. Die Kulturarbeit ist ein wichtiger Türöffner und Brückenbauer: Sie bringt Menschen aus unterschiedlichen Milieus zusammen und bildet eine wesentliche Grundlage für Dialog und Verständigung, Selbstorganisation und Vernetzung im Stadtteil. Dies lässt sich insbesondere in den Fallbeispielen Spandau Heerstraße (*Kulturzentrum Staaken*), Dresden Prohlis (Kooperation mit *Societaetstheater Dresden*), Hamburg St. Pauli (Kulturarbeit der *GWA St. Pauli*) und auch in der Dortmunder Nordstadt (*Chancen-Café 103*) beobachten.

Im September 2017 wurde in Dresden Prohlis das Projekt *Zuhause in Prohlis* ins Leben gerufen, ein Langzeit-Kunst- und Kulturprojekt des etablierten *Societaetstheaters Dresden gGmbH* in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Prohlis. Mit kulturellen Aktivitäten soll dem immer häufiger stattfindenden Rückzug ins Private entgegengewirkt werden, wobei der Kulturbereich, der soziale Sektor, die Stadtverwaltung und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. So wurden neue Formen des kulturellen und sozialen Austausches entwickelt, beispielweise der Prohliser Theatersommer (siehe *Zu Hause in Prohlis* o. D.2). Zum Auftakt des Langzeitprojekts sowie als Jahreshöhepunkt 2018 wurde ein Theaterzelt am Albert-Wolf-Platz aufgebaut, in dem ein vielfältiges kulturelles Programm gezeigt wurde. Diese Kulturwochen fanden 2019 zum zweiten Mal statt und wurden durch Ehrenamtliche aus Prohlis maßgeblich unterstützt. Für diese niedrigschwelligen, kostenlosen Kulturwochen wurden das Quartiersmanagement und das *Societaetstheater* im August 2019 mit dem Preis für kulturelle Bildung *Kultur.LEBT.Demokratie* vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst in Kooperation mit dem Landesverband *Soziokultur Sachsen e. V.* ausgezeichnet.

„Das Projekt steht für einen beispielhaften Ansatz der Kultur- und Demokratiewerkarbeit in sogenannten benachteiligten Quartieren. Dieser Ansatz basiert auf dem Sich-Einlassen

⁵³ Interview mit Jürgen Uhlig, 14. August 2019.

⁵⁴ Interview mit Martina Müller, Abteilung Stadterneuerung im Stadtplanungsamt Dresden, 13. August 2019.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Uwe Machura ist bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zuständig für das Infrastrukturförderprogramm des Landes Berlin für Nachbarschaftshäuser, über das auch der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* gefördert wird.

⁵⁷ Interview mit Uwe Machura, 22. Mai 2019.

auf den Ort, auf das Zuhören und Ernstnehmen der AnwohnerInnen und vor allem auf der kooperativen Entwicklung von Kultur- und Begegnungsangeboten. Zusammen mit in Prohlis ansässigen Akteuren aus dem Jugend-, Bildungs- und Sozialbereich und der Zivilgesellschaft wurden vielseitige Angebote wie der Prohliser Theatersommer, der Kulturtreffpunkt KIEZ (Kultur-im-Einkaufszentrum) oder das Orchesterprojekt MUSAIK (Musizieren ohne Grenzen) initiiert.“ (Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst 2019)

Dies wird als nachhaltige kulturelle Belebung wahrgenommen, die eine kostenfreie Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten sowie ein demokratisches Miteinander ermöglicht und Verständnis für demokratische Prozesse anstößt (vgl. ebd.). Diese Aktivitäten haben bewirkt, dass sehr verschiedene Menschen aus Prohlis, aber auch aus anderen Stadtteilen zu einem kostenlosen Kulturbesuch zu bewegen waren, wodurch es zum Austausch zwischen Menschen verschiedener Milieus kam. Zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus Dresden Prohlis haben entscheidend zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen.

In allen Forschungsgebieten gibt es vielfältige Beispiele für kleinere und größere kreative Formate, bei denen besonders der Spaß-Faktor im Vordergrund steht. Es wird auf gemeinsame positive Erlebnisse abgezielt, die zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Vielfältige Angebote sind in allen Gebieten anzutreffen: In Dresden Prohlis treffen sich Menschen beim Stricktreff, es werden Stadtrundgänge und der Prohliser Theatersommer im Theaterzelt angeboten. In Hamburg St. Pauli finden Küchenkonzerte und regelmäßige Stadtteilfrühstücke statt, aber auch die Produktion von Theaterstücken unter Mitwirkung sehr unterschiedlicher Menschen ist zu einem Schwerpunkt geworden. In Düren wurden eine bemerkenswerte Respekt-Kampagne und ein Dorftrödel durchgeführt und es gibt jährlich einen Stadtteilausflug in Mariaweyer, an dem ca. 100 Personen teilnehmen. In der Dortmunder Nordstadt ist das *Chancen-Café 103* zentraler Begegnungsort, mit Möglichkeiten, sich einzubringen und das Programm mitzugestalten. In Berlin Spandau findet jährlich ein großes Stadtteilstoffest statt, es wurde eine Postkartenaktion „Schöne Grüße aus Staaken“ gegen die negative Stigmatisierung des Gebietes durchgeführt sowie gemeinsame Veranstaltungen zum Fastenbrechen.

Allerdings hat der soziokulturelle Bereich mit finanziellen Herausforderungen zu kämpfen, wie insbesondere an den Beispielen in Spandau und Düren deutlich wird. In Spandau wurden vom *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* ein Kulturzentrum gegründet und vielfältige kreative, kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Aufgrund der prekären Finanzierung der Mitarbeiterstellen wurde nach zehn Jahren das Kulturzentrum jedoch vom *Gemeinwesenverein* abgegeben.⁵⁸ Auch in Düren Nord gibt es ein ähnliches Beispiel. Eine sehr engagierte Bürgerorganisation, die *Stadtteilvertretung Nord-Düren*, hat sich jahrelang für ein „Haus für Alle“, ein neugebautes Nachbarschaftshaus eingesetzt. In diesem ehrenamtlich betriebenen Stadtteilhaus können aufgrund fehlender Finanzierung jedoch viele Ideen der Bürgerinnen und Bürger nicht umgesetzt werden.

Gelingende Einbindung verschiedener (Herkunfts-) Milieus

Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, Themen und Interessen der Bevölkerung im Stadtteil zu ergründen und die Menschen zur Übernahme von Verantwortung für Veränderungen im Gebiet zu ermutigen. Wie im Rahmen der Feldforschung deutlich wurde, gelingt es der Gemeinwesenarbeit häufig, Menschen unterschiedlichster Milieus und Kulturen bei vielfältigen soziokulturellen Aktivitäten, aber auch bei der Bearbeitung von Themen oder Projekten zusammenzubringen.

Um Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in soziokulturelle Angebote bzw. thematische Veranstaltungen einzubeziehen, betont Petra Sperling, Geschäftsführerin des *Gemeinwesenvereins* in Spandau die Bedeutung des persönlichen Zugangs. Durch aktive Ansprache und direkte Einbindung in Veranstaltungen können auch Menschen aktiviert werden, die sonst nicht kommen würden. Sie hat die Erfahrung gemacht, wenn z. B. eine Gruppe durch Kochen eingebunden wird und beispielsweise der Russische Chor singt, dann kommen die Menschen und sie bringen viele andere aus ihrer ethnischen Community mit zu den Veranstaltungen. „Ein Grundprinzip ist: Du erreichst die Leute am leichtesten, wenn Du sie einbindest. [...] Eigenbeteiligung macht das Interesse mit aus.“⁵⁹

Allerdings müssen die Veranstaltungen die Interessen der Menschen treffen bzw. bei diesen ansetzen. Wie Detlev Cleinow, Leiter des *Kulturzentrums Staaken*, äußert, kommen die Familien aus dem nördlichen Teil des Quartiers nur durch persönliche Ansprache und Begleitung von Mitarbeitenden des *Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord* zu kulturellen Angeboten und Veranstaltungen ins Kulturzentrum. Hieran wird deutlich, dass der Vertrauensaufbau und eine persönliche Ermutigung und Begleitung ebenfalls bedeutsam sind, damit sich Menschen auf neue Erfahrungen einlassen.

In Düren ermöglicht ein besonderes System die dauerhafte Einbindung auch von Migrantinnen und Migranten – die lokalen *Bürgerorganisationen* in benachteiligten Wohnsiedlungen. Für diese Vereine werden von den Anwohnerinnen und Anwohner die Vertreterinnen und Vertreter gewählt und hierbei auf eine heterogene Zusammensetzung geachtet. Eine Besonderheit in Düren ist, dass die *Bürgerorganisationen* eigene Räumlichkeiten angemietet haben und diese selbst verwalten. Von der Gemeinwesenarbeit, die sich selbst als „Organisationsberatung“ versteht, werden die *Bürgerorganisationen* unterstützt und beraten. Vera Schellberg von der *Evangelischen Gemeinde zu Düren*, Trägerin der Gemeinwesenarbeit, vertritt die Ansicht, dass das soziale Miteinander in diesen Bürgerinnen- und Bürgervereinen sehr wichtig ist, ebenso der Austausch über Themen auf der Bewohnerebene, gemeinsames Essen etc. Auf dieser lokalen Ebene der Wohnsiedlungen funktioniert das aus ihrer Sicht gut, dagegen ist die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertreter mit unterschiedlichen Vielfaltsmerkmalen auf der Stadtteilebene, bei Stadtteilkonferenzen, schwieriger. Sie führt das darauf zurück,

⁵⁸ Das Kulturzentrum wird von einem neuen Träger weitergeführt, der eng mit dem *Gemeinwesenverein* kooperiert.

⁵⁹ Interview mit Petra Sperling, 21. Mai 2019.

dass dort auch Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen präsent sind und ein anderes Miteinander gepflegt wird, bei dem sich nicht alle wohl fühlen. Hier scheint es auch Berührungängste mit institutionellen Vertreterinnen und Vertretern zu geben und weniger Raum für andere Dinge, beispielsweise soziales Miteinander.⁶⁰ Am Dürener Beispiel ist ablesbar, dass es starke Wechselwirkungen zwischen dem sozialen Miteinander und dem Engagement der Menschen gibt, insbesondere bei der Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund. Das soziale Miteinander ist häufig der Ausgangspunkt für weitergehendes Engagement und (politische) Aktivitäten.

Über einen umfassenden Prozess zur Themensammlung und zum Beziehungsaufbau ist es in Düren Nord gelungen, verbindliche Beteiligungsstrukturen zu etablieren, in die verschiedene Akteursgruppen mit jeweils festgelegten Quoten einbezogen werden. Die stellvertretende Bürgermeisterin von Düren, Liesel Koschorreck, führt hierzu aus:

„Hier [in Düren Nord] ist es gelungen, dass man diese Menschen [mit Migrationshintergrund] mit in die Verantwortung nimmt, dass sie mit daran arbeiten, dass der Stadtteil gut zusammenlebt und es hier keine Eskalationen gibt oder nur ganz wenig. Das ist eine Arbeit, die kann man gar nicht hoch genug schätzen. Wenn ich sehe, wie in anderen Städten damit umgegangen wird, wo man sich nicht intensiv bemüht hat, etwas zu verändern und gemeinsam mit den Menschen etwas zu tun, (...) da kann es schon zu Konflikten kommen. Das finde ich immer sehr bewundernswert, wie man das schafft mit der Gemeinwesenarbeit.“⁶¹

Achim Biergans von der Leitung des Büros für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung ist der Ansicht:

„Da bekommen Menschen eine Stimme, die sie sonst nicht unbedingt gehabt hätten. Und vor allem werden (...) Probleme angegangen, die in der Stadt seit vielen Jahren brachgelegen haben, die zwar bekannt waren, mit Sicherheit auch viele gestört haben, aber nicht so zielgerichtet aus Bewohnersicht angegangen worden sind. Wenn heute an vielen Stellen Lösungen umgesetzt werden, dann liegt das vielfach daran, dass die Menschen vor Ort ihre Interessen artikuliert und mit der entsprechenden Power nach vorne gebracht – sich ermächtigt haben.“⁶²

Die Menschen in Düren Nord haben gemeinsam Verantwortung für ihren Stadtteil übernommen und wurden dabei unterstützt, mutig und beharrlich ihre Themen zu bearbeiten.

Jedoch benötigt aus Sicht mehrerer Interviewpartnerinnen und -partner das Einleben von Menschen mit verschiedenen Wurzeln und das Zusammenwachsen in der Nachbarschaft Zeit und erfordert die Vermittlung sowie das Erlernen der geltenden gesellschaftlichen Umgangsformen im Miteinander. Ein Teilnehmer einer Fokusgruppe in Düren Nord betont, dass das Zusammenleben mit alteingesessenen Migrantinnen und Migranten gut gelingt, aber dass z. T. den Neuzugezogenen erst die Regeln des Zusammenlebens (z. B. Umgang mit Müll, Rücksichtnahme im Hausflur) vermittelt werden müssen. Aus Sicht von Heike Löffler vom *Gemeinschaftsgarten Prohlis* wird den Aufgaben der Auf-

nahmegesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und welche Herausforderungen und Integrationsleistungen auch für die alteingesessene Bevölkerung zu bewältigen sind. Für die Soziale Arbeit und die Kulturarbeit sei aus ihrer Sicht in den letzten Jahren die Neiddebatte als zusätzliches Thema bei der alltäglichen Arbeit hinzugekommen, das neben der eigentlichen Arbeit auch im Gespräch bearbeitet werden müsse.⁶³ Auch in Spandau und Düren wurde das Aufkommen von Neiddebatten benannt.

In allen Gebieten besteht aus Sicht der Interviewten noch deutliches Verbesserungspotenzial hinsichtlich der Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund. Das gilt für institutionalisierte Beteiligungsinstrumente wie Quartiersräte und Stadtteilversammlungen, aber auch für kulturelle Angebote von Einrichtungen im Stadtteil, an denen migrantische Anwohnende seltener teilnehmen. Selbst dort, wo Angebote auf die Interessen verschiedener Herkunftsmilieus zugeschnitten werden, gelingt ihre Einbindung nur teilweise. Große Potenziale hinsichtlich der Integration und Aktivierung weiterer ethnischer Milieus werden darin gesehen, die Zusammenarbeit mit Schlüsselpersonen ethnischer Gruppierungen zu intensivieren und auch in einer interkulturellen Öffnung der Gemeinwesenarbeit. In Spandau und Dortmund sind beispielsweise entsprechende Schlüsselpersonen bzw. Multiplikatoren teilhabeferner Milieus bekannt, in beiden Gebieten gelingt jedoch die Einbindung bislang aufgrund fehlender personeller Kapazitäten nur punktuell. Am Beispiel des Aufbaus der *Stadtteilvertretung* in Düren Nord lässt sich nachvollziehen, dass mit Hilfe mehrsprachigen Personals ganz gezielt bestimmte Sprachgruppen aktiviert und eingebunden werden, sowie heterogene demokratische Beteiligungsstrukturen aufgebaut, gestärkt und etabliert werden können. Interessant ist in diesem Fall auch die Verankerung von festen Quoten für bestimmte Akteursgruppen in der Struktur der gewählten *Stadtteilvertretung*. Hinsichtlich einer interkulturellen Zusammensetzung des Teams ist der *Planerladen* in Dortmund Vorreiter, der personell bereits sehr multikulturell ausgerichtet ist und es sich zum Ziel gesetzt hat, insbesondere die Anliegen schwach repräsentierter Gruppen wie der von Zugewanderten aus Südosteuropa zu stärken.

(2) Förderung von Interessenausgleich und Konfliktschlichtung

Im Rahmen der Förderung von Interessenausgleich und Konfliktschlichtung wird betrachtet, ob Gemeinwesenarbeit das Verständnis für unterschiedliche Interessen und die Bereitschaft für Kompromisse mit anderen Interessen (-gruppen) fördert. Gelingt es der Gemeinwesenarbeit, Konflikte im Stadtteil gemeinsam zu bearbeiten und zu schlichten? Wird das Aushandeln lokaler Anliegen gefördert und werden dafür Orte und Gelegenheiten geschaffen? Gelingt ein Ausgleich unterschiedlicher Interessen im Quartier und nimmt ein breites Spektrum unterschiedlicher Menschen an Aushandlungsprozessen teil?

⁶⁰ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

⁶¹ Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

⁶² Interview mit Achim Biergans und Silke Strunk, 13. September 2019.

⁶³ Fokusgruppensitzung mit Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, 13. August 2019.

Gemeinwesenarbeit als wichtige Ansprechpartnerin und Vermittlerin bei Konflikten

Das empirische Material zeigt, dass in allen Untersuchungsgebieten die Gemeinwesenarbeit zur Verbesserung des kommunikativen Austauschs und der Konfliktvermittlung beiträgt. In den meisten Gebieten finden regelmäßige oder themenbezogene Diskussionsprozesse statt, wodurch der Interessenausgleich und die Konfliktschlichtung bezüglich aktueller Themen und Probleme gefördert werden. Häufig agiert die Gemeinwesenarbeit als Vermittlerin in Konflikten und wird auch als solche angesehen, aber in allen Gebieten setzt sie sich auch parteilich und anwaltschaftlich für die Interessen von weniger artikulationsstarken Gruppen ein. Hierbei variieren die Selbstbezeichnungen für die Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Konfliktvermittlung zwischen Konfliktmittlerin, neutraler Vermittlung, Moderatorin, advokatorischer Vertretung, Ermöglicher, Anregerin und Begleiterin. In diesem Spannungsfeld zwischen Vermittlung und Parteilichkeit (siehe auch den nächsten Punkt) agiert die Gemeinwesenarbeit und ihre Konfliktvermittlungsrolle ist dadurch teilweise wechselhaft. Zentral ist hierbei, dass die Gemeinwesenarbeit das Verbindende in den Vordergrund stellt und nicht das Trennende und dabei an gemeinsamen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohnern ansetzt. Dies stellt sich in den einzelnen Untersuchungsgebieten wie folgt dar:

In Spandau unterstützt die Gemeinwesenarbeit bei der Kommunikation in der Nachbarschaft und zum Teil bei (gewalttätigen) Konflikten, wobei sie auch zwischen der Polizei und Jugendlichen vermittelt. Darüber hinaus werden zu aktuellen Themen und Problemen Diskussionsveranstaltungen einberufen, um diese Themen mit Interessierten und vom Thema betroffenen Akteuren zu diskutieren. Die Gemeinwesenarbeitenden werden auch bei Konflikten mit Wohnungsbaugesellschaften tätig, wobei sie zunehmend die Bewohnerinnen und Bewohner beim Aufbau von Mietergruppen als gemeinschaftliches Gegenüber in Auseinandersetzungen mit Wohnungsbaugesellschaften beraten und unterstützen. Zur Entlastung der Gemeinwesenarbeit wurde ein Nachbarschaftsmediationsprojekt auf den Weg gebracht, damit Nachbarinnen und Nachbarn perspektivisch auch bei der Vermittlung im Konfliktfall aktiv werden.

Die vom *Dietrich-Keuning-Haus* in Dortmund, einem engen Kooperationspartner des *Planerladens*, organisierten themenbezogenen Diskussionsforen bieten die Möglichkeit für kontroverse Diskussionen. Es nehmen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Ansichten teil, die in ihrem Wahlverhalten das ganze Parteienspektrum abbilden.

Hierbei begegnen sich Menschen und Gruppierungen, die sonst nicht zusammentreffen und es wird auch häufig kontrovers diskutiert, sodass Toleranz gegenüber anderen Meinungen trainiert wird. Für seinen Ansatz der Konfliktvermittlung und auch für die Einbeziehung von Jugendlichen im Rahmen des *Jugendforums Nordstadt* wurde der *Planerladen* mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Die von Jugendlichen gestalteten Diskussionsforen mit Politikerinnen und Politikern sowie Expertinnen und Experten bieten eine niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeit und machen das *Jugendforum Nordstadt* zu einem erfolgreichen Aktivierungsformat (siehe Kapitel 7.3). Darüber hinaus wurde das Dialogformat *Nord trifft Süd* entwickelt, um im themen-

bezogenen Austausch das Zusammenleben zwischen Menschen der Nordstadt und anderen Dortmunder Stadtteilen zu fördern, also Brücken zwischen verschiedenen Lebenswelten zu bauen. Aus den verschiedenen Foren entwickelten sich teilweise auch weitere Kooperationen.

In Dresden nimmt das Quartiersmanagement eine Mittlerrolle für zivilgesellschaftlichen Interessenausgleich ein. Das Quartiersmanagement fördert die Vernetzung der Akteure, koordiniert und moderiert Aktivitäten der Akteure in Abstimmungsrounds.

Am Beispiel Düren wird ersichtlich, dass die dortige Gemeinwesenarbeit von der Politik als Konfliktvermittlerin wahrgenommen wird, sich selbst aber eher als „Ermöglicherin“ im Hintergrund sieht. Aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit gibt es in Düren eine gewisse Erwartungshaltung bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Politik hinsichtlich der Konfliktlösung durch die Gemeinwesenarbeit, wie die stellvertretende Bürgermeisterin von Düren, Liesel Koschorreck, äußert: „Soll die Gemeinwesenarbeit erst mal gucken, ob sie das Problem löst und den Weg freimacht [bei Konflikten]“.⁶⁴ Als Begründung dafür führt sie das mangelnde Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger zur Politik an. Bei Konflikten wird zunächst die Gemeinwesenarbeit auf der Ebene der Zusammenarbeit angesprochen. Unterschiedliche Ansätze werden gemeinsam besprochen und abgestimmt. Jedoch äußert der Leiter des Büros der Gemeinwesenarbeit Achim Biergans Bedenken: „Wir sind nicht die Akteure, wir lösen nicht die Probleme, sondern die Leute in den Stadtteilen. Sie kennen ihre Lebenswelt und Probleme am besten. Die Gemeinwesenarbeit gibt nur den Anstoß für einen Prozess, bringt die Menschen zusammen und begleitet sie auf Ihrem Weg, Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Wir sehen uns selbst nicht als „Lösungsmacher““.⁶⁵ Jedoch ist es aus Sicht von Achim Biergans schwierig, der Politik diese Rolle der „Ermöglicherin“ zu vermitteln.

Auch in Hamburg agiert die Gemeinwesenarbeit mit verschiedenen Rollen im Konfliktkontext. So wird die Gemeinwesenarbeit St. Pauli als wichtige Vermittlerin im Konfliktfall bei Auseinandersetzungen im Stadtteil wahrgenommen, unter anderem im Kontext von Gentrifizierungsprozessen. In diesen Fällen werden häufig nachbarschaftliche Lösungen gesucht, wobei die Mitarbeitenden der Gemeinwesenarbeit eine besondere, vertrauensvolle Stellung innehaben. Regelmäßige nachbarschaftliche Austausch- und Diskussionsformate, bei denen Akteure aus dem Kiez zusammenkommen können, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren und Ideen zu entwickeln, finden statt und werden von den Interviewten als bedeutsam und notwendig angesehen.

Parteiliche Unterstützung, Ermächtigung und Runde Tische

Neben der Vermittlung in Konflikten ist auch die parteiliche Unterstützung von sozial und/oder ökonomisch Benachteiligten ein zentrales Thema der Gemeinwesenarbeit. Sabine Stövesand, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte

⁶⁴ Interview mit Liesel Koschorreck, stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Düren, 12. September 2019.

⁶⁵ Interview mit Achim Biergans und Silke Strunk, 13. September 2019.

Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit, betont, dass Demokratie, Meinungsvielfalt und Auseinandersetzung zusammengehören:

„Demokratie bedeutet, dass es Konflikte gibt und die müssen ausgehandelt werden. Konflikte sind oft asymmetrisch, das heißt, die eine Seite verfügt über weniger Ressourcen. Und Gemeinwesenarbeit ist dafür da, hier zu unterstützen, weil unsere Adressaten und Zielgruppen wenige Beziehungen in die hohe Politik und wenig Vermögen haben, [...] das heißt, es braucht auch advokatorische Unterstützung. [...] Wenn Demokratie nicht mit Gerechtigkeit verbunden ist, auch im Sinne der Machtverteilung, [...] dann ist sie unvollkommen. Wenn man Demokratie ernst nimmt, dann ist da noch ziemlich viel Luft nach oben.“⁶⁶

In allen Forschungsgebieten wurde Parteilichkeit als Haltung und Grundmaxime der Gemeinwesenarbeit deutlich, da sich die Mitarbeitenden insbesondere für die Belange von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und deren Interessen einsetzen. Professionelle Parteilichkeit meint dabei die Unterstützung von sozial Benachteiligten, gehandicapten Personengruppen oder ungerecht Behandelten bei der Artikulation ihrer Interessen und gleichberechtigter Teilnahme am gesellschaftlichen Leben als Beitrag zur Chancengleichheit (vgl. Rausch 2004 in Gesemann/Riede 2019a). Diese parteiliche Unterstützung, die die Dominanz organisierter Interessen abbauen soll, wird insbesondere in Hamburg, Düren und Dortmund deutlich. Der Gemeinwesenarbeiter Steffen Jörg der GWA St. Pauli bringt das wie folgt auf den Punkt:

„Wir haben einen Ansatz von einer konfliktorientierten Gemeinwesenarbeit und vor allem von einer parteilichen Gemeinwesenarbeit. Wir haben einen Blick darauf [...], dass es keinen neutralen Runden Tisch in der Gesellschaft gibt, der Tisch hat Ecken und Kanten. Es gibt Leute, die sind artikulationsstärker, und es gibt Leute, die kommen gar nicht an diesen Runden Tisch. Entweder, weil sie nicht gewünscht sind, oder weil sie sich nicht eingeladen fühlen, oder weil sie nicht gesehen werden als Akteure in diesem Prozess. Das ist [...] unser Selbstverständnis, unsere Aufgabe, diese Brüche und auch dieses Machtgefälle und die bestimmten Herrschaftsinstrumente, die es bisher ganz offensichtlich gibt, im Blick zu haben und zu sagen: ‚Okay, wie kriege ich den Runden Tisch dann tatsächlich rund?‘“⁶⁷

Vera Schellberg von der Evangelischen Gemeinde zu Düren, Trägerorganisation der Gemeinwesenarbeit, betont, dass es der Gemeinwesenarbeit um Partizipationsstrukturen geht, die mit Ermächtigung zu tun haben, die eine wirkliche frühzeitige Beteiligung ermöglichen. Eine Stimme zu haben, sich würdig und autonom zu erleben, nicht machtlos, das hat aus ihrer Sicht mit Macht zu tun. Wie anhand der Beispiele deutlich wird, geht es der Gemeinwesenarbeit insgesamt, aber insbesondere bei denjenigen, die sich auf Ansätze des Community Organizing beziehen (wie in Hamburg, Düren und Dortmund), um Partizipations- und Kommunikationsstrukturen, sodass sich die Menschen dauerhaft mit ihren Anliegen „machtvoll“ einbringen können.⁶⁸

Allerdings hat in Dortmund der advokatorische Ansatz und die parteiliche Haltung des *Planerladens* gegenüber vernachlässigten Interessen im Quartier zu Reibungen auf der kommunalpoliti-

schen Ebenen geführt, die einer Fortsetzung des Quartiersmanagements in dieser Form im Weg standen. Hier wird deutlich, dass eine parteiliche Haltung in der Kooperation mit der Verwaltung zu Spannungen führen kann sowie zur Beendigung von Kooperationsbeziehungen und Förderstrukturen.

(3) Förderung von Selbstorganisation und kollektivem Empowerment

In allen Quartieren wurde untersucht, ob es der Gemeinwesenarbeit gelingt, die Selbstorganisation und das kollektive Empowerment der Menschen zu fördern und ob dadurch Menschen zur Selbstorganisation ermutigt werden können, die sich bislang nicht engagieren. Entwickeln Bewohnerinnen und Bewohner gemeinsam auf das Quartier bezogene Aktivitäten und Handlungsstrategien? Hinterfragt wurde, ob der verlässliche Zugriff auf niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen für Beteiligungsprozesse die Bereitschaft der Menschen stärkt und sie dazu ermutigt, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Bearbeitung von Themen vor Ort in einer Gruppe einzusetzen. Vermutet wird, dass positive Erfahrungen der Teilhabe an Veränderungsprozessen das Vertrauen der Menschen und ihre Zufriedenheit erhöhen sowie ihre Bereitschaft sich auch zukünftig an politischen Prozessen zu beteiligen.

Bedarfsorientierte Ermöglichung von Engagementprozessen

Die Mitarbeitenden der Gemeinwesenarbeit unterstützen und beraten Menschen bei Selbstorganisationsprozessen in Abhängigkeit von den Bedarfen und Themen sowie in verschiedenen Formaten. In (informellen) Gesprächen oder über verschiedene Methoden, wie z. B. Sozialraumanalysen (Düren) und aktivierende Befragungen (Berlin Spandau), werden Themen und Interessen der Menschen und Ansatzpunkte für Selbstorganisationsprozesse zusammengetragen. Von zentraler Bedeutung ist, dass dieser Unterstützungsprozess an der Motivation der Menschen, ihren Kompetenzen und Ressourcen ansetzt und anstehenden Anforderungen bzw. Zielen gerecht wird.

Ein Beispiel eines erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Aktivierungsprozesses ist in Hamburg *St. Pauli selber machen*. Im Jahr 2014 hat die Gemeinwesenarbeit eine Stadtteilversammlung einberufen, aus der heraus sich dieses Forum entwickelt hat, das eng mit der GWA St. Pauli verbunden ist und eine starke politische Dimension hat. Der aus der Anwohnerschaft artikulierte Beteiligungsimpuls am Stadtplanungsprozess rund um die *Esso-Häuser* ist bis heute ein klarer Anspruch von *St. Pauli selber machen*: „Wir wollen uns auch weiterhin nicht von Politik und Verwaltung vorschreiben lassen, wie St. Pauli sich entwickeln soll. Wir wollen auch nicht ‚beteiligt werden‘, sondern selber machen!“ (St. Pauli selber machen o. D.). *St. Pauli selber machen* versteht sich als

⁶⁶ Interview mit Sabine Stövesand, Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW Hamburg), 14. August 2019.

⁶⁷ Interview mit Steffen Jörg, 14. Juni 2019.

⁶⁸ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

„Plattform für alle, die den Stadtteil solidarisch gestalten wollen“ und verfolgt einen niedrigschwelligen, dezentralen und basisdemokratischen Organisationsansatz. Die *GWA St. Pauli* unterstützt das Forum auch mit Räumlichkeiten für die Treffen. Durch die Gemeinwesenarbeit wurde hier nicht nur der Grundstein für ein inklusives und niedrigschwelliges Austauschforum gelegt, sondern eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der *GWA St. Pauli* und *St. Pauli selber machen* entwickelt. Dabei handelt es sich um ein monatlich stattfindendes offenes Stadtteilforum, das zum niedrigschwelligen und freien Austausch zu stadtteilrelevanten Themen einlädt. Die aufgeworfenen Themen und Problemstellungen werden in Initiativen oder Gruppen innerhalb des Forums bearbeitet, um Lösungsansätze bzw. Strategien für das weitere Vorgehen zu entwickeln. Während die Initiativen sich vor dem Hintergrund der Gentrifizierung mit Problemen rund um Stadtentwicklung und Wohnungsmarkt beschäftigen, bearbeiten die *K*, wie z. B. die AG Drogen, relevante Themen im Stadtteil. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Gemeinwesenarbeit themenbezogene Selbstorganisationsprozesse unterstützt, wodurch neue Kooperationen und Konstellationen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen entstehen können.

In Düren wurden im Laufe der Jahre prozesshaft ganz eigene Kooperations-, Kommunikations- und Organisationsstrukturen aufgebaut, die gemeinsam mit interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt wurden und dazu beitragen sollen, dass die Bewohnerschaft selbst als Akteur auftreten kann. Die lokalen *Bürgerorganisationen* in Düren stellen in dieser Hinsicht eine geeignete Struktur dar, die ein intensives Miteinander und den Austausch über Alltagsbelange in eigenen Räumlichkeiten ermöglicht, und damit auch Raum und Zeit für soziale Bedürfnisse bietet. Die Gemeinwesenarbeit fungiert in diesem Prozess als Organisationsberaterin der Bewohnervereine.

Aus Sicht von Andreas Isecke, Mitglied im Rat der Stadt Düren, trägt die Gemeinwesenarbeit entscheidend zum kommunikativen Austausch von Menschen bei, die z. B. ihre Wohnungen nicht verlassen würden, wenn es die Gemeinwesenarbeit nicht gäbe.⁶⁹ Allerdings erfordert die Gemeinwesenarbeit ein behutsames Vorgehen bei der Aktivierung der Menschen, wie die Dienststellenleitung des *Büros für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* in Düren, Silke Strunk, ausführt:

„Menschen, damit sie aktiv werden, muss man gelegentlich etwas anstoßen, aber dann auch wieder ein Stück zurück treten. Wenn die Menschen das Gefühl haben, die machen schon, (...) dann sollen die machen. Aber damit sie selber Raum haben was zu tun, müssen wir das Zutrauen haben, dass sie es schaffen und sie dabei unterstützen, indem wir sagen, wir können mal einen Text vorbereiten und gehen ihn gemeinsam durch, oder wir machen mal die Presseerklärung zusammen (...) und wir besprechen das im Anschluss. Und wir gehen wieder zurück [ins Büro]. Damit die [Menschen] auch den Raum ausfüllen.“⁷⁰

Eine sich selbst zurücknehmende Haltung der Gemeinwesenarbeit ist für ein erfolgreiches Empowerment daher ein wichtiger Aspekt.

Die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der ADO-Mietergruppe in Berlin Spandau zeigt, wie durch Gemeinwesenarbeit

Bedarfe identifiziert und Selbstorganisation unterstützt werden. Im Rahmen seiner aufsuchenden Arbeit begegnete Tom Liebelt, der Gemeinwesenarbeiter des *Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord*, vielen Mieterinnen und Mietern, die von Problemen mit ihrem Vermieter *ADO Immobilienmanagement* (kurz: *ADO*) berichteten. Daraufhin lud Tom Liebelt zu einer Mieterversammlung von *ADO-Mieterinnen* und *-Mietern* ein, zu der rund 80 Personen erschienen. Während bei dieser Veranstaltung Themen gesammelt und diskutiert wurden, kam der Wunsch zum Ausdruck, auch mit der *ADO* direkt ins Gespräch zu kommen. Daher wurde eine Gruppe zur Vorbereitung eines Treffens gegründet, die unter dem Namen *ADO Heerstraße Nord* die Arbeit aufnahm. Die Abläufe wurden mit der Entwicklung eines Logos sowie der Bestimmung einer sechs- bis zwölfköpfigen Sprechergruppe professionalisiert. Da die Gruppe jedoch nicht gewählt wurde und sich nicht alle Mieterinnen und Mieter von ihr inhaltlich vertreten fühlen, ist die Gruppe umstritten. Allerdings öffnet sie sich zunehmend durch sogenannte Kiezprechstunden sowie ihre Beteiligung im Quartiersrat für einen Ideen- und Meinungsaustausch. Die Vertretung von Mieterinteressen im Quartiersrat stellt eine nachhaltige Einbindung in die lokalen Beteiligungsstrukturen dar. Auch trägt diese Erweiterung kollektiver Handlungsmöglichkeiten in Form von Mietergruppen zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft bei, die durch Gemeinwesenarbeit wesentlich angestoßen und begleitet wird.⁷¹

Ein weiteres interessantes Beispiel stammt ebenfalls aus Berlin Spandau. Der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* hat Anwohnerinnen und Anwohner bei der Selbstorganisation gegen den geplanten Einzug eines Wettbüros in den Stadtteilladen im Einkaufszentrum *Staaken-Center* unterstützt (vgl. auch 2.3). Die Anwohnerinnen und Anwohner waren zuvor nicht vernetzt und aus Sicht des Initiators haben sich „wildfremde Bewohner“ getroffen und beschlossen, dass sie was machen müssen und sich für einige Wochen engagiert. Ein engagierter Anwohner betont „[...][da] muss dann auch immer einer sein, der das so ein kleines bisschen managt.“⁷² Ein solches Engagement funktioniert aus seiner Sicht nur, wenn das Thema die Menschen anspricht und jemand, in diesem Fall der *Gemeinwesenverein*, im Hintergrund unterstützend tätig ist. So können potenziell auch Bewohnerinnen und Bewohner aktiviert werden, die ansonsten kaum in Erscheinung treten. Die Selbstorganisation war erfolgreich und der Einzug des Wettbüros konnte verhindert werden. Detlev Cleinow, Leiter des *Kulturzentrums Staaken*, betont die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit in diesem Kontext:

„An den erfolgreichen Protesten gegen das Wettbüro lässt sich ablesen, dass die Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner viel bewirken kann, wenn sie professionelle Unterstützung bekommen“. Er betrachtet das Bürgerengagement als große Chance: „Die Möglichkeiten, die wir hier im Stadtteil haben, aktiv zu sein und wirklich auch für den Stadtteil was zu bewirken, die erlebe ich als enorm groß.“⁷³

⁶⁹ Interview mit Andreas Isecke, 10. September 2019.

⁷⁰ Interview mit Silke Strunk und Achim Biergans, 13. September 2019.

⁷¹ Interview mit Tom Liebelt, 23. Mai 2019.

⁷² Fokusgruppendifkussion mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern, 23. Mai 2019.

⁷³ Interview mit Detlev Cleinow, 18. September 2019.

Dieses Beispiel belegt, dass Gemeinwesenarbeit auch Selbstorganisationsprozesse unterstützt, die den Interessen einflussreicher Gruppen entgegenstehen können. Das Interesse der Anwohnenden formierte sich im Widerstand gegen wirtschaftliche Interessen des Betreibers. Wenngleich sich der *Gemeinwesenverein* in Folge der Protestaktion gegen das Wettbüro engagierte, andere Mieter anstelle des Wettbüros zu finden, war diese Unterstützung der Bewohnerinitiative im Nachgang mit Nachteilen verbunden. Denn auch der *Gemeinwesenverein* war zum Zeitpunkt des Protestes Mieter von Räumlichkeiten in besagtem Einkaufszentrum, um Deutschkurse anzubieten, und als kurz nach der Protestaktion der Mietvertrag auslief, wurde er von den Betreibern des Einkaufszentrums nicht verlängert.

Langfristige, ausdauernde Begleitung und Ermutigung

Für die Förderung von Selbstorganisation ist oftmals eine ausdauernde Unterstützung durch die Gemeinwesenarbeit erforderlich, insbesondere für Menschen, die sich von sich aus nicht engagieren. Veronika Gottmann, ehemalige Quartiersmanagerin in Dresden Prohlis, betonte im Interview, dass in benachteiligten Stadtteilen mehrfachbelastete Menschen wohnen und daher eine dauerhafte strukturelle Unterstützung benötigt wird: „Die Menschen haben Ressourcen, benötigen aber immer wieder Unterstützung, um diese Ressourcen ausspielen zu können.“⁷⁴ Aber auch die Langwierigkeit von Ermutigungs- und Veränderungsprozessen ist ein wichtiges Argument für eine dauerhafte Begleitung durch die Gemeinwesenarbeit. Beteiligungsprozesse und insbesondere deren Umsetzung sind oft langwierig und die Menschen müssen „beharrlich“ an ihren Themen dranbleiben.

Eindrückliche Beispiele für lange Prozesse zeigten sich im Rahmen der Feldforschung: In Düren-Mariaweiler hat die Realisierung eines Kinder- und Jugendpavillons von den ersten Forderungen der Kinder 2002 bis zur Realisierung des Baus sieben Jahre gedauert. Auch in Dresden Prohlis zieht sich die Realisierung eines Bürgerhauses bereits viele Jahre hin. Aus Sicht von Liesel Koschorreck, der stellvertretenden Bürgermeisterin in Düren, werden die Menschen durch die Gemeinwesenarbeit ermutigt und finden Unterstützung, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen:

„Das macht keiner so gut wie die Gemeinwesenarbeit, dass sie Leute aktivieren (...), mitnehmen kann und mit ihnen auch den Weg gemeinsam so lange geht, bis dass die Projekte entweder umgesetzt worden sind oder sie in der Politik das Gehör gefunden haben, das es braucht. Also Aktivierung, Partizipation, das beherrscht die Gemeinwesenarbeit (...) hier in Düren hervorragend.“⁷⁵

Durch langfristige Begleitung und eine Bündelung von individuellen Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner ist es in Düren auch gelungen, als Kommune viel Geld zu sparen. Bereits in ihren Anfängen hat die Gemeinwesenarbeit in Düren Mieterinnen und Mieter im sogenannten Satellitenviertel, einer Siedlung des sozialen Wohnungsbaus, zu Mietfragen wie Nebenkostenabrechnungen, der Hausverwaltung und Wohnungsmängel beraten. Da Nebenkostenabrechnungen häufig falsch waren, wurde mehrfach geklagt und die Prozesse auch gewonnen, was mit Senkungen der Nebenkosten verbunden war. Davon betroffen waren insbe-

sondere Transferleistungsbeziehende, die die Kosten ansonsten durch die Kommune erstattet bekommen hätten, wodurch dieser viel Geld gespart werden konnte. Aus Sicht von Andreas Isecke, Mitglied im Rat der Stadt Düren, würden sich viele Menschen ohne die Angebote der Gemeinwesenarbeit nicht mit den Dingen auseinandersetzen, die ihre Lebenslage von außen beeinflussen. Die Gemeinwesenarbeit leiste an dieser Stelle sehr positive Arbeit, sie bringe den Menschen nahe, sich für ihr Gemeinwesen zu interessieren und sich zu engagieren.⁷⁶ Auch die stellvertretende Bürgermeisterin von Düren, Liesel Koschorreck, sieht den gesellschaftspolitischen Nutzen der Gemeinwesenarbeit:

„Ich bin immer wieder beeindruckt von der Gabe, wie die Gemeinwesenarbeit Menschen mitnehmen kann, begeistern kann für etwas und daraus auch ein bestehendes System verändern.“⁷⁷

Wo es, wie in Düren, funktionierende bzw. etablierte Strukturen für Bürgerinnen- und Bürgerengagement und Gemeinwesenarbeit gibt und die Menschen Unterstützung für Ihre Anliegen erhalten, wird das Potenzial der Gemeinwesenarbeit für die produktive Bearbeitung gesellschaftspolitischer Themen und Probleme erkannt und die Gemeinwesenarbeit erfährt Wertschätzung durch die Politik.

Auch der Bezirksbürgermeister von Spandau äußert sich positiv über die Arbeit von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit:

„Wenn ich auf die Gemeinwesenarbeit schaue, dann finde ich inzwischen, dass das, was Quartiersmanagement liefert, eigentlich etwas ist, von dem wir mehr bräuchten, weil es auch ein Stück unmittelbare Demokratie bietet. Die organisiert sich nicht von selbst, sondern braucht die hauptamtliche Begleitung. (...) Und in dem Sinne finde ich das, was da passiert, ziemlich vorbildlich.“⁷⁸

Auch sei er der Ansicht, dass die Wohnungsgesellschaften in der Gestaltung des sozialen Lebens im Stadtteil eingebunden werden sollten, soweit ihre Zuständigkeiten betroffen seien (beispielsweise bei der Gestaltung und Instandhaltung der Grünflächen und beim Umgang mit Müll). Aber letztlich sei er überzeugt, „(dass) es Aufgabe der öffentlichen Hand (ist), dieses Zusammenleben zu organisieren oder zumindest Möglichkeiten für Selbstorganisation sicherzustellen.“⁷⁹

Zusammenfassung zivilgesellschaftliche Ebene

Anhand der fünf Praxisbeispiele wurde deutlich, dass Gemeinwesenarbeit auf der zivilgesellschaftlichen Ebene Begegnung, kreative, kulturelle Aktivitäten und soziales Miteinander von Menschen, Gruppen und Institutionen ermöglicht, bei denen

⁷⁴ Interview mit Veronika Gottmann, 12. August 2019.

⁷⁵ Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

⁷⁶ Interview mit Andreas Isecke, 10. September 2019.

⁷⁷ Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

⁷⁸ Interview mit Helmut Kleebank, 31. Oktober 2019.

⁷⁹ Ebd.

vielfältige demokratische Lernprozesse stattfinden. Wo die Menschen Zugang zu Nachbarschaftshäusern haben, wird durch gemeinsames, kreatives und freudvolles Miteinander der Umgang mit Vielfalt trainiert, Toleranz geübt und Vorurteile teilweise abgebaut. Individuelle, gruppenbezogene und institutionelle soziale Netzwerk werden deutlich erweitert, was den Ressourcenaustausch fördert, Teilhabemöglichkeiten verbessert und das Zugehörigkeitsgefühl stärkt. Mit Hilfe von verlässlichen, niedrigheligen Strukturen (z. B. Bürgerorganisationen in Düren), gezielter Einbindung und Aktivierung bei Veranstaltungen (Spandau) und/oder migrantisch geprägtem Personal (Dortmund) war die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund besonders erfolgreich. Ein übergreifendes Miteinander gelingt durch themenbezogene Arbeit bzw. Aktivierung, aus denen sich gruppenübergreifende Aktivitäten und Handlungsstrategien entwickeln.

In allen untersuchten Gebieten gibt es Beispiele, wie die Gemeinwesenarbeit zur Verbesserung des kommunikativen Austauschs und zur Konfliktschlichtung beiträgt. Dabei ist eine klar demokratische und menschenrechtsorientierte Haltung der Mitarbeitenden unabdingbar, die auf Basis demokratischer Grundwerte agieren und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegentreten. Dazu gehört aber auch, immer wieder für Toleranz gegenüber verschiedenen Meinungen zu werben, was letztlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, zu der Gemeinwesenarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann. Es gelingt der Gemeinwesenarbeit, dass lokale Themen der Menschen Gehör finden und Aufmerksamkeit bekommen. In fast allen Untersuchungsgebieten erfolgt die Aushandlung lokaler Anliegen auf regelmäßigen oder themenbezogenen Diskussionsveranstaltungen, bei denen Themen bzw. Konflikte gemeinsam bearbeitet werden. Der Kreis der Teilnehmenden an diesen Aushandlungsprozessen und Veranstaltungen ist themenbezogen verschieden, unterschiedliche Menschen und Akteure mit ihren jeweiligen Interessen und Einstellungen werden angesprochen. Die Gemeinwesenarbeit setzt sich dabei parteilich für die Unterstützung weniger artikulationsstarker Personengruppen ein, sodass sie auf Augenhöhe mitverhandeln können und „der Tisch wirklich rund werden kann“.

Politik und Verwaltung müssen das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer verstärkten Einbindung aller Bewohnergruppen und insbesondere auch von marginalisierten Gruppen bei Beteiligungsprozessen deutlich vergrößern. Denn durch Partizipationsprozesse kann man dem Ohnmachtsgefühl der Menschen und einer Politikverdrossenheit entgegenwirken. Diese Einbeziehung ist jedoch nicht kurzfristig zu erreichen, sondern nur mit einem langfristigen Beziehungsaufbau und positiven Erfahrungen, wofür es einer langfristigen Finanzierung der Gemeinwesenarbeit bedarf. Mehr Vertrauen der Akteure aus Politik und Verwaltung in die Fähigkeiten und das Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner (in den Gebieten) an der Verbesserung der eigenen Lebenssituation vor Ort ist erforderlich.

Der Ansatz von gewählten Bewohnerinnenvertretungen wie in Düren, mit eigenen selbstverwalteten Räumen und begleitet bzw. beraten durch die Gemeinwesenarbeit, ist hoch interessant und sollte ausgebaut werden.

Die Gemeinwesenarbeit fördert Selbstorganisationsprozesse – im Rahmen ihrer Arbeit werden Menschen aktiviert und zur Beteili-

gung ermutigt, die sich das vorher selbst nicht zugetraut haben. Wie die Erhebung in den fünf Gebieten gezeigt hat, glückt das insbesondere durch verlässliche Beteiligungsstrukturen, langfristigen Vertrauensaufbau sowie eine intensive Beratung und Begleitung der Menschen. Diese Begleitung und Ermutigung der Menschen ist zeitintensiv, weshalb den Gemeinwesenarbeitenden vor allem mehr zeitliche Ressourcen, also deutlich mehr Personalstellen zur Verfügung gestellt werden müssen. Im Rahmen der Feldforschung wurden viele Beispiele zusammengetragen, wie Gemeinwesenarbeit durch eine bedarfsorientierte Unterstützung Menschen ermutigt sich für gebietsbezogene Verbesserungen einzusetzen. Gleichzeitig bleibt es in allen Gebieten eine dauerhafte Herausforderung, alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen, insbesondere auch Menschen aus verschiedenen ethnisch-kulturellen Communities sowie sozial und/oder ökonomisch Benachteiligte. Gerade die Einbeziehung heterogener Bevölkerungsgruppen und unterschiedlicher Milieus, aber auch die Langwierigkeit von Veränderungsprozessen, erfordert eine langfristige Begleitung und Unterstützung durch die Gemeinwesenarbeit mit möglichst heterogenen Teams. Doch aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel (häufig nur eine feste Personalstelle) ist ein Team von Menschen verschiedener Vielfaltsmerkmale nicht realisierbar, obgleich verschiedene Interviewpartnerinnen und -partnern hier sehr große Potenziale sehen. Denn die Gemeinwesenarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag gegen die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Da Gemeinwesenarbeit jedoch häufig im Hintergrund agiert, die Menschen unterstützt, Veränderungen selber zu bewirken und sich selbst zurücknimmt, stellt die Sichtbarkeit der Arbeit eine Herausforderung dar. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinwesenarbeit ist diesbezüglich ein wichtiger Aspekt.

Damit zivilgesellschaftliche Aktivitäten umfassende Wirkung entfalten können, braucht es langfristige, ausdauernde Begleitung und Ermutigung durch professionelles, heterogen aufgestelltes Personal der Gemeinwesenarbeit, das bedarfsorientiert Engagementprozesse ermöglicht und begleitet. Die Bereitstellung von Infrastruktur in Form von ausreichend Räumlichkeiten und der langfristigen Finanzierung von qualifiziertem Personal ist dabei unerlässlich. Durch den Kontaktaufbau und die gemeinsamen Aushandlungsprozesse sind in allen Gebieten das Soziale Miteinander und der Zusammenhalt auf lokaler Ebene durch die Unterstützung der Gemeinwesenarbeit gewachsen. Eine aktive Zivilgesellschaft konnte aufgebaut und diversitätssensible Partizipationsmöglichkeiten verbessert werden, aber es gibt noch enormes Verbesserungspotenzial.

7.3 Kommunale Ebene

Um im Rahmen der Gemeinwesenarbeit Veränderungen im Stadtteil erreichen zu können, ist ein Zusammenwirken mit Akteuren auf kommunaler Ebene, Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung erforderlich. Gemeinwesenarbeit fungiert hier als intermediäre Vermittlungsinstanz, die durch vernetzende und vermittelnde Tätigkeiten den Austausch zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem politisch-administrativen System ermöglicht. Dialoge zwischen zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Akteuren gilt es, zu initiieren und einen politischen Resonanzraum zu bilden. Hierbei werden drei Themen

fokussiert betrachtet: Gemeinwesenarbeit als soziale Netzwerkakteurin, kommunikative Vermittlung zwischen Lebenswelt und System sowie der Ausbau und die Gestaltung demokratischer Beteiligungsstrukturen.

(1) Förderung von Vernetzung und Kooperation

Bei diesem Thema stand im Vordergrund, ob es der Gemeinwesenarbeit gelingt, den Informationsaustausch und die Vernetzung der Akteure und Menschen vor Ort zu verbessern und ob dadurch mehr Miteinander, Austausch und Begegnungen ermöglicht werden. Ein weiteres Forschungsinteresse bestand darin, herauszufinden, inwiefern dieses Miteinander und diese Begegnungen das Zusammengehörigkeitsgefühl von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Mitarbeitenden von Institutionen stärken kann, ob dadurch der Ressourcenaustausch verbessert wird und das Miteinander die Identifikation mit dem Gebiet stärkt.

Gemeinwesenarbeit als zentrale Netzwerkakteurin im Quartier

In allen fünf untersuchten Gebieten gibt es umfassende Netzwerkstrukturen, die im Laufe der Zeit von der Gemeinwesenarbeit aufgebaut wurden und die Menschen und Akteure im Gebiet miteinander verbinden. Wenngleich das Engagement einzelner Menschen oft temporär oder projektbezogen ist, sind vielfältige soziale Kontakte in Form informeller und formeller sozialer Beziehungen und Kooperationen entstanden. Bei Bedarf können auch lose Kontakte und Netzwerke aktiviert werden, was in allen Untersuchungsgebieten in den Jahren seit 2015 für die Integration von Geflüchteten von Vorteil war. In Berlin Spandau sind enge Beziehungsstrukturen gewachsen, wie z. B. die Geschäftsführerin des *Gemeinwesenvereins*, Petra Sperling, berichtet: „Es gibt dörfliche Strukturen, die Bürger passen auch auf, mischen sich ein.“⁸⁰ Dies zeigt sich aus ihrer Sicht auch an der geringen Kriminalitätsrate im öffentlichen Raum im Gebiet. Trotz einer hohen Konzentration sozial schwieriger Lebensbedingungen (wie Arbeitslosigkeit, strukturelle Benachteiligung am Arbeitsmarkt, Abhängigkeit von Transfereinkommen, Kinderarmut) lebt es sich in der Heerstraße Nord offensichtlich friedlich. Werner Ipta, über 38 Jahre im Berliner Polizeidienst, äußert dazu: „Die Sozialarbeit vor Ort ist ein ganz wesentlicher Faktor dafür, dass die Kriminalität nicht steigt“ (zitiert nach Lehmann 2018). Er sieht die Beziehungsarbeit, den zwischenmenschlichen Austausch, das soziale Netzwerk und die enge Struktur im Kiez, an der er selber in verschiedenen Sitzungen mitwirkt, als wesentliche Faktoren für die Stabilisierung des Gebietes (vgl. ebd.). Diese Aussagen sind Beispiele dafür, dass die soziale Netzwerkarbeit den sozialen Zusammenhalt fördert und die Menschen mehr Mitverantwortung für ihr Gebiet übernehmen, was zur Stabilisierung des Stadtteils beiträgt.

Auch bei Kooperationen und Netzwerkaktivitäten setzt die Gemeinwesenarbeit an den Interessen der Menschen an, um zu motivieren und das soziale Miteinander zu verbessern. Bei der Praxisforschung in Berlin Spandau konnte im Rahmen teilneh-

mender Beobachtung die Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe zum Thema Sucht mit verfolgt werden. Verschiedene professionelle und ehrenamtliche Akteure sowie Bewohnerinnen und Bewohner, zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch Verwaltungsmitarbeitende haben zusammengearbeitet, um unter der Federführung der Gemeinwesenarbeit sucht-spezifische Angebote auf den konkreten Bedarf der Menschen zuzuschneiden bzw. anzupassen.⁸¹ Dadurch sollen sich möglichst viele Menschen angesprochen fühlen, an den Veranstaltungen teilnehmen und letztlich davon profitieren.

Bruno Voß, Mitglied im Rat der Stadt Düren, betont die Bedeutung des basisnahen Vorgehens der Gemeinwesenarbeit, der es gelingt, aus einem Nebeneinander verschiedener Menschen und Gruppen ein soziales Miteinander zu entwickeln. Das gemeinsame Interesse, Verbesserungen im Gebiet herbeizuführen, steht dabei im Vordergrund.

„Nehmen wir das Beispiel Düren Nord. (...) Nur durch die Methoden der Gemeinwesenarbeit kannst Du [ein Miteinander im Stadtteil] entwickeln. Da kannst Du keine Beratungsstelle hinsetzen, oder irgendwelche Wohnungsberatung machen oder das Bezirksamt oder so, das ist alles von oben nach unten. Aber es muss immer von unten nach oben gehen, und das macht die Gemeinwesenarbeit.“⁸²

Als Netzwerkakteurin organisiert die Gemeinwesenarbeit in den meisten Gebieten in Düren Stadtteilkonferenzen als wichtiges Element des Austausches, der Vernetzung und der Problemlösung. Hierbei ist es z. B. der Stadtteilvertretung in Düren Nord gelungen, alle vom Thema Betroffenen aus den verschiedenen Verwaltungsabteilungen, Politik und andere zusammen an einen Tisch zu holen, eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten und erfolgreich Fördermittel zu beantragen. Ralf Schmitz, Vorsitzender der Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V., stellt fest:

„die [Verwaltungsmitarbeiter und Politiker] sind ja froh, dass sie so Verrückte haben wie uns, die das machen, [...] und die ganzen Leute an einen Tisch holen, was ja sonst scheinbar nicht möglich ist, warum auch immer.“⁸³

Durch das Engagement der Gemeinwesenarbeit ist es gelungen, ein Miteinander und eine Zusammenarbeit mit der Verwaltung und Politik zu erreichen, die vorher so nicht möglich war.

Neben unspezifischen Netzwerken und Beteiligungsstrukturen gibt es auch themenspezifische Netzwerke in den Gebieten, die aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und themenbezogene Aktivitäten flexibel aufgreifen und umsetzen. So gibt es z. B. in Dresden mit *Prohlis ist bunt!* ein Bündnis „für Akzeptanz, Demokratie und Menschlichkeit“, das sich mit Hilfe des Quartiersmanagements 2014 gebildet hat. In Dortmund wurde ein *Freundeskreis nEUBürger* und *roma* zur Reduzierung von Vor-

⁸⁰ Interview mit Petra Sperling, 21. Mai 2019.

⁸¹ Veranstaltung Suchtprävention am 22. Mai 2019 im Gemeinwesenzentrum Heerstraße Nord.

⁸² Interview mit Bruno Voß, 13. September 2019.

⁸³ Fokusgruppendifkussion mit Kooperationspartnerinnen und -partnern, 12. September 2019.

urteilen gegen Zuwanderer aus Süd-Ost-Europa gegründet. Im Rahmen dieser Netzwerke können Ressourcen der Beteiligten gebündelt werden, Synergieeffekte hergestellt, gemeinsam Themen bearbeitet und gesellschaftlich für Integration und Vielfalt sensibilisiert werden. Dafür werden kompetente, professionelle Netzwerkerinnen und Netzwerker mit langjährigen Verträgen benötigt, um den Beziehungsaufbau langfristig zu begleiten und zu steuern.

(2) Kommunikative Vermittlung zwischen Lebenswelt und System

In Bezug auf das Zusammenspiel zwischen der konkreten Lebenswelt der Menschen und Verantwortlichen bzw. Entscheidungstragende in Verwaltung und Politik wurden folgende Punkte betrachtet: Kommt ein entsprechender Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zustande und wenn ja, sind die Strukturen und Zuständigkeiten klar? Kann durch eine kommunikative Vermittlung zwischen den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohnern, den zuständigen Politikerinnen und Politikern sowie Verwaltungsmitarbeitenden die Responsivität verbessert werden? Können durch ein verbessertes Zusammenwirken Ressourcen bürgernäher verwendet werden? Wurde ein gemeinsames Verständnis entwickelt, bei dem Auseinandersetzungen, Konflikte und Aushandlungen als wesentliche Bestandteile eines demokratischen Zusammenlebens gesehen werden?

Gemeinwesenarbeit als „Aufmerksam-Macherin“ im Spannungsfeld zwischen lokalen und globalen Themen

Die Gemeinwesenarbeit hilft Menschen, Probleme vor Ort zu benennen, setzt an diesen Themen, Problemen und Interessen der Menschen an und trägt damit zur Sichtbarkeit und zum Bekanntwerden von Problemen bei. Dabei unterstützt die Gemeinwesenarbeit die Seite der Bewohnerinnen und Bewohner, die zumeist über weniger Ressourcen verfügen. Durch die Gemeinwesenarbeit können die Menschen bei der Problem- bzw. Themenbearbeitung unterstützt und beraten werden, indem sie beispielsweise hinsichtlich ihrer Artikulationsfähigkeit Unterstützung erhalten. In allen Untersuchungsgebieten gelingt es der Gemeinwesenarbeit Kommunikation und Konfliktvermittlung zwischen Anwohnerinnen und Anwohnern, Gruppen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch zur kommunalen Ebene zu verbessern. Dies geschieht durch das Aufgreifen und Thematisieren gesellschaftlicher Debatten im Rahmen organisierter Dialogrunden unter Beteiligung relevanter Akteure. In diesen Runden und Prozessen kann alltagsnahes Gemeinschaftslernen und eine Sensibilisierung für Vielfalt stattfinden. Die Gemeinwesenarbeit geht hierbei aus Sicht von Liesel Koschorreck, stellvertretende Bürgermeisterin von Düren, auf komplexe Themen ein und greift auch besondere Themen auf, die die Politik nicht im Blick hat: „sie [die Mitarbeitenden des GWA-Büros] sind sozusagen Wächter und Aufmerksam-Macher und weisen die Politik auf Themen hin, denen man sich widmen muss, und mahnen auch schon mal.“⁸⁴

Uwe Machura von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin unterstützt die Meinung von Liesel Koschorreck und ist der Auffassung, dass die Gemeinwesenarbeit an den Bedarf der Menschen angepasst werden muss. Er betont: „Ich erwarte, dass Nachbarschaftshäuser meckern!“⁸⁵ Allerdings müssen aus seiner Sicht dann auch konstruktive Problemlösungen vorgeschlagen und dabei auf einen sachlichen Ton geachtet werden. Durch vernünftige Gemeinwesenarbeit werden die Bürgerinnen und Bürger aufmerksamer zum Beispiel in Bezug auf Themen wie Müll, was er als Erfolg wertet. Aus seiner Sicht kann dadurch ein Verständnis für viele Themen im Stadtteil wachsen, die es zu koordinieren gilt.⁸⁶ Diese Aussagen belegen deutlich die besondere Positionierung und Rolle der Gemeinwesenarbeit im demokratischen System.

In allen untersuchten Gebieten ist „bezahlbares Wohnen“ ein Konflikt-Thema und alle fünf Gebiete haben mit negativer Stigmatisierung zu kämpfen. Daneben haben sich aber auch gebietsspezifische Themen herausgebildet, die von Akteuren der Gemeinwesenarbeit aufgegriffen und bearbeitet werden. Die GWA St. Pauli hat im Laufe der Jahre besondere soziale Akzeptanz als Vermittlerin bei Gentrifizierungskonflikten erworben, da dieses Thema seit vielen Jahren ein zentrales lokales Problem darstellt. Dagegen bringt sich der Planerladen in Dortmund aktiv in den öffentlichen Migrationsdiskurs ein, insbesondere in Bezug auf Menschen aus Südost-Europa. In mehreren Gebieten haben Interviewpartnerinnen und -partner jedoch auf die begrenzte Reichweite der Gemeinwesenarbeit hingewiesen, da diese keine gesamtgesellschaftlichen Probleme lösen könne. So betont z. B. Achim Biergans von der Gemeinwesenarbeit in Düren:

„Die gesellschaftlichen Probleme sind nicht gelöst und mit Gemeinwesenarbeit alleine auch nicht zu lösen aber die Gemeinwesenarbeit kann den Menschen in den Stadtteilen eine Stimme verschaffen, die oftmals sonst keine hätten, und viele belastende Problematiken in der alltäglichen Lebenswelt der Menschen können gemeinschaftlich angegangen und gelöst werden.“⁸⁷

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und nationale bzw. EU-Gesetzgebung (z. B. EU-Freizügigkeit von Menschen aus Rumänien und Bulgarien) wirken sich direkt auf die Arbeit in den Stadtteilen aus, auftretende Probleme sind jedoch auf dieser lokalen Ebene nicht zu lösen und erfordern über das aufmerksam machen der Politik u. a. durch die Gemeinwesenarbeit hinaus, das Zusammenwirken von Politik auf verschiedenen Ebenen.

In jedem Fall trägt die Gemeinwesenarbeit dazu bei, dass lokale Probleme sichtbar gemacht und wahrgenommen werden, damit dann auch Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wie Vera Schellberg, Pfarrerin und Mitglied im Leitungsorgan der Evangelischen Gemeinde zu Düren als Trägerin der Gemeinwesenarbeit, deutlich macht:

⁸⁴ Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

⁸⁵ Interview mit Uwe Machura, 22. Mai 2019.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Interview mit Achim Biergans und Silke Strunk, 13. September 2019.

„Oft ist es so, dass wir [die Gemeinwesenarbeit] erstmal zum Konflikt beitragen und dann zur Konfliktlösung. [...] Oft müssen wir erst mal deutlich machen, wie groß das Problem ist; das trägt erstmal zum Konflikt bei. [...] Ich glaube, das ‚den-Konflikt-erst-mal-groß-Machen‘, das bringt erst die Ressourcen zusammen.“⁸⁸

Erst durch ein entsprechendes Thematisieren von Problemen werden Politik und Verwaltung aktiv, Ressourcen für Veränderungsprozesse bereitgestellt und Verbesserungen dadurch möglich.

Bedeutung von Prozessoffenheit und Unabhängigkeit der Gemeinwesenarbeit

Für die Gemeinwesenarbeit ist die Zusammenarbeit mit der Verwaltung aus Sicht einiger Interviewpartnerinnen und -partner eine ambivalente Angelegenheit. Einerseits können durch eine verstärkte Zusammenarbeit ggf. Veränderungsprozesse beschleunigt werden. Andererseits besteht aus Sicht von Interviewten jedoch die Gefahr, von Seiten der Verwaltung zu viel Lenkung, Steuerung und Vorgaben zu erhalten. Mehrere Akteure der Gemeinwesenarbeit, aber auch Interviewpartnerinnen und -partner aus Politik und Verwaltung betonen in den Interviews die Bedeutung der Prozess- bzw. Themenoffenheit der Gemeinwesenarbeit, da die Gemeinwesenarbeit flexibel auf die anstehenden Themen eingehen und mit diesen arbeiten muss. Daher sind Vorgaben von Seiten der Verwaltung kontraproduktiv und können vielmehr die Arbeit behindern. Gabriela Kwiatkowski von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin sieht diese Problematik und führt dazu aus:

„Ich glaube, Gemeinwesenvereine können durch ihre fehlende Anbindung – gerade an die Verwaltung, an die Demokratie – Ermutigungsprozesse viel besser machen, als das Verwaltung kann. Es ist menschlicher, näher, vertrauensvoller, wahrscheinlich sogar einfacher, schneller und leider auch manchmal kundiger (näher am Menschen, wissen wo der Schuh drückt). Diese räumliche Nähe spielt eine große Rolle. Wenn die Menschen dort Sorgen haben, finden sie schwer ihren Weg in das große Rathaus. Aber sie finden schnell den Weg zum Gemeinwesenverein.“⁸⁹

Diese Aussage betont die Wichtigkeit der Gemeinwesenarbeit, die flexibel, gut erreichbar und vertrauensvoll Themen der Menschen aufgreift und angeht, wobei die Themenbearbeitung oft dynamisch und prozesshaft ist.

Sowohl Gemeinwesenarbeitende als auch die Interviewten aus Politik und Verwaltung betonen die Bedeutung der Unabhängigkeit von Gemeinwesenarbeit, der z. B. in Düren von Seiten der Politik keine inhaltlichen Ziele vorgegeben werden, lediglich bei der Umsetzung konkreter Projekte. In Dortmund betont Reiner Staubach, Vorstandsmitglied des *Planerladens*, die Bedeutung, Gelegenheiten für Ermächtigungsprozesse und Strukturen für Selbstorganisation zu schaffen:

„[Wir vom Planerladen] versuchen dann [...] zu initiieren, zu aktivieren und auch Selbstorganisation mit zu unterstützen, stark am Sozialraum orientiert und letztlich auch [...] ‚Bemächtigungsprozesse‘ in Gang zu setzen. Wie er-

folgsversprechend die dann sind, muss man eben schauen, aber vor allen Dingen [braucht es] Gelegenheiten dafür, entsprechend niedrigschwellige Strukturen.“⁹⁰

Hier wird eine offene Arbeitsweise und die Bedeutung von Strukturen betont, die Ermutigungs- bzw. Ermächtigungsprozesse ermöglichen, deren Ausgang bzw. Ergebnis letztlich von den beteiligten Menschen und ihrem Engagement abhängt. Diese offene Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit betont auch Uwe Machura von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin, aus dessen Sicht der Bedarf nur vor Ort wirklich eingeschätzt werden kann. Daher gibt es für die Nachbarschaftshäuser, die über das Infrastrukturförderprogramm des Landes Berlin gefördert werden, konzeptionell wenige inhaltliche Vorgaben.⁹¹

Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung gestaltet sich oft mühsam, ist langwierig und erfordert komplexe Aushandlungsprozesse. Schwierigkeiten sehen verschiedene Interviewpartnerinnen und -partner in der ressortübergreifenden Zusammenarbeit mit der Verwaltung, die nur teilweise und projektbezogen gelingt (zur Zusammenarbeit mit der Politik siehe das folgende Kapitel „Lokale Demokratie: Strategien der Gemeinwesenarbeit und Handlungsschwerpunkte der Kommunalpolitik“). Die langjährig ehrenamtlich Engagierte Maren Beys in Düren-Mariaweyer bringt die Herausforderungen für die Gemeinwesenarbeit aus zivilgesellschaftlicher Perspektive wie folgt auf den Punkt:

„Mir ist nochmal richtig aufgefallen, dass die Arbeit von Gemeinwesenarbeit eigentlich total gestoppt wird durch die Stadt, durch die langen Zeiten und Vorgänge, die ewig dauern, und dadurch natürlich auch Leute die Lust verlieren. Ich würde mir wünschen, dass die Stadt mehr anerkennt, was die Bürger in einem Dorf oder Stadtteil leisten und was das Gemeinwesen eigentlich für ein Potenzial hat.“⁹²

Hier artikuliert die engagierte Bürgerin, dass sie sich von Politik und Verwaltung mehr Anerkennung und Respekt für die Arbeit der aktiven Bewohnerinnen und Bewohner wünscht. Dadurch könnten mehr Anreize für Beteiligung geschaffen und das verlorengewonnene Vertrauen zurückgewonnen werden. Als Gründe für die Langwierigkeit von Prozessen wurden von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik die personelle Unterbesetzung in der Verwaltung und Politik, umfassende Verwaltungsvorschriften, hoher bürokratischer Aufwand, Umstellungsschwierigkeiten im Zuge der Digitalisierung, ein teilweise schwieriges Zusammenspiel zwischen Politik und Verwaltung sowie in Berlin zusätzlich das herausfordernde Zusammenwirken zwischen Bezirks- und Landesebene benannt.

⁸⁸ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

⁸⁹ Interview mit Gabriela Kwiatkowski, 6. August 2019.

⁹⁰ Interview mit Reiner Staubach, 17. Juni 2019.

⁹¹ Interview mit Uwe Machura, 22. Mai 2019.

⁹² Fokusgruppendifkussion mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern, 11. September 2019.

In den drei Untersuchungsgebieten Berlin Spandau, Hamburg St. Pauli und Düren haben Interviewpartnerinnen und -partner betont, dass die Zusammenarbeit der Gemeinwesenarbeit mit der Verwaltung im Laufe der Jahre zunehmend kooperativer geworden ist. Angeführte Gründe liegen unter anderem in einer größeren Offenheit der Verwaltung hinsichtlich der Einbeziehung von Bürgerinnen- und Bürgerinteressen, aber auch in einem über die Jahre gewachsenen Verständnis und Vertrauen. Dieser Wandel der Planungs- und Beteiligungskultur ermöglicht der Gemeinwesenarbeit eine weniger konfrontative Arbeitsweise, was zur Schonung der Ressourcen auf allen Seiten beiträgt.

(3) Ausbau und Gestaltung demokratischer Beteiligungsstrukturen

Das Forschungsinteresse bezüglich dieses Themas bezog sich auf die Frage, ob von der Gemeinwesenarbeit Möglichkeiten zur Teilnahme an gemeinwesenrelevanten Diskussionen und Entscheidungen geschaffen und für alle Bevölkerungsgruppen verbessert werden. Bestehen bzw. wurden umfassende Beteiligungsstrukturen geschaffen und repräsentieren diese alle sozialen Gruppen? Ist ein breites Bündnis für das Gemeinwesen aus Bewohnerinnen und Bewohnern, lokalen Einrichtungen und Organisationen, Politik und Verwaltung entstanden? Erhöht sich dadurch die Bereitschaft sich an lokalen und kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und lässt sich damit das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit dem Gebiet stärken?

Synergien und Wechselwirkungen zwischen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit

Fast alle beforschten Gebiete, mit Ausnahme von Hamburg St. Pauli, waren oder sind noch Quartiersmanagementgebiete (Berlin Heerstraße Nord, Dresden Prohlis) im Rahmen der Sozialen Stadt, wobei Instrumente der Sozialen Stadt (Quartiersrat, Aktionsfond, Stadtteilzeitung, integriertes Handlungskonzept) zur Förderung von Beteiligung genutzt wurden bzw. werden.

In Berlin Spandau ist der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* auch Träger des Quartiersmanagements und die Zusammenarbeit funktioniert aus Sicht aller Interviewpartnerinnen und -partner sehr gut. Tom Liebelt, Gemeinwesenarbeiter des *Gemeinwesenvereins*, sieht das Quartiersmanagement als ein geeignetes Instrument, um den Politikverdrossen zu kompensieren, da neben der repräsentativen Demokratie ein „zweites System von Mitbestimmung“ (in Form von Quartiersrat und Aktionsfondsjury) geschaffen wurde.⁹³ Dagegen betont der Quartiersmanager Christian Porst, wie wichtig es sei, dass Gemeinwesenarbeitende Zeit haben, um im aufsuchenden Kontakt mit verschiedenen Menschen und Gruppen aktuelle Themen und lokale Probleme zu erfragen.⁹⁴ Insgesamt sind alle Interviewten in Spandau sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement und die Beteiligungsinstrumente ergänzen sich aus Sicht der Befragten gut. Gerade auch der Stadtteilkonferenz, die zur gemeinsamen Abstimmung sozialer Träger bereits in den 1980er Jahren eingeführt wurde, gelingt es Synergien der Zusammenarbeit herzustellen. Aber auch bei der Ver-

mittlung bzw. der Umsetzung übergeordneter Themen, wie z. B. eine nachhaltige Lebensweise, ermöglicht das Zusammenwirken der verschiedenen sozialen Träger, positive Impulse zur Sensibilisierung für das Thema zu setzen, z. B. durch Müllvermeidung bei Stadtteilfeiern, von Kitas gebastelter Recycling-Deko für das Stadtteilfeiern und vieles mehr.

Durch die aufsuchende Arbeit des Gemeinwesenarbeiters im Gebiet Heerstraße Nord entstehen zunehmend Mietergruppen, die sich in Bezug auf ein Haus bzw. eine Wohnungsbaugesellschaft zusammenschließen, um Verbesserungen der Mietsituation und des Umfeldes zu bewirken. Diese Gruppen werden auch im Quartiersrat eingebunden. Allerdings wurde an der Zusammensetzung des Quartiersrates in der Heerstraße Kritik geäußert, da es trotz intensiver Bemühungen des *Gemeinwesenvereins* und des Quartiersmanagements noch nicht gelungen ist, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen repräsentiert werden. Zu wenig junge und zu wenig Menschen mit Migrationshintergrund werden bislang eingebunden.⁹⁵ Gabriela Kwiatkowski von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin, unter anderem zuständig für das Quartiersmanagement in der Heerstraße Nord, ist der Ansicht, dass sich das Zusammenwirken zwischen Verwaltung und lokalen Akteuren in Spandau im Laufe der Jahre durch den Einsatz der Gemeinwesenarbeit verbessert hat:

„Dieses Gefühl, wenn wir über den Gemeinwesenverein an die Verwaltung gehen, werden wir stärker gehört, das ist ein bisschen über die letzten Jahre gewachsen. Ich glaube, dass die Politik tatsächlich nicht nur die Verantwortung mit dem Bürger mittlerweile teilt, weil sie sich quasi der Verantwortung etwas entledigen will, sondern weil sie tatsächlich ahnt, oder fühlt, oder weiß, dass Bewohner durchaus Experten ihres Stadtteils sein könnten und dass man ihnen hören muss. Und dass wenn ich Bürger beteilige, beim Bau von Spielplätzen, bei der Errichtung von Einrichtungen und die Bedarfe vorher abfrage, dass ich als Verwaltung viel treffsicherer handeln kann, als wenn ich alleine am grünen Tisch plane.“⁹⁶

Mit dieser Aussage werden die Bedeutung der Wertschätzung der bürgerlichen Expertise und auch des gemeinsamen Zusammenwirkens deutlich, dass dies zum wechselseitigen Vorteil und insbesondere für eine integrierte Gebietsentwicklung wichtig ist.

Aus Berlin berichtet Uwe Machura, von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales darüber hinaus von Herausforderungen beim Auslaufen der Förderung der Quartiersmanagementgebiete in Berlin: „Was als erstes wegfällt ist meistens die Bürgerbeteiligung, weil die am personalintensivsten ist, Kiezkasse, Bürgerbeteiligung.“⁹⁷ Aus seiner Sicht ist es wichtig,

⁹³ Interview mit Tom Liebelt, 23. Mai 2019.

⁹⁴ Interview mit Christian Porst, 02. Juli 2019.

⁹⁵ Über Nachwuchsprobleme klagen auch engagierte Bürgerinnen und Bürger in Dresden und Düren, da sich auch in diesen Städten insbesondere ältere Menschen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit engagieren.

⁹⁶ Interview mit Gabriela Kwiatkowski, 6. August 2019.

⁹⁷ Interview mit Uwe Machura, 22. Mai 2019.

dass die Bezirke die Netzwerkarbeit stärken und bei anstehender Verstärkung diese besser aufgefangen werden kann. Im Kontext der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen gibt es ein ganzes Portfolio verschiedener Förderprogramme, aus denen geschöpft werden kann, sodass auch soziale Infrastruktureinrichtungen aufgebaut werden können. Allerdings wirft Uwe Machura die Frage auf, warum der Aufbau von Nachbarschaftshäusern und sozialer Infrastruktur nur in sozial benachteiligten Regionen möglich gemacht wird, da dies auch die Verdrossenheit bei den Menschen in anderen Gebieten fördern kann.⁹⁸

Am Beispiel des *Planerladens* in der Dortmunder Nordstadt zeigt sich, dass eine gemeinwesenorientierte, aktivierend-partizipatorische Arbeitsweise im Kontext der Sozialen Stadt auch zur Herausforderung werden kann. Seit den Anfängen in den 2000er Jahren bis Ende 2010 war der *Planerladen* Träger des Quartiersmanagements im Hafen-Quartier, wobei ein aktivierend-partizipatorischer Ansatz und die Schaffung eines niedrigschwelligen Rahmens für die Artikulation nicht-organisierter Interessen aus der Bewohnerschaft wesentliche Bestandteile des Quartiersmanagements waren. Etabliert wurde beispielsweise eine innovative Zusammensetzung einer Vergabejury für bewohnerschaftliche Projekte, der neben Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Interessengruppen im Stadtteil auch zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Anwohnende angehörten (Quartiersmanagement Nordstadt 2009: 19). Aus der advokatorischen und parteiischen Haltung des *Planerladens* gegenüber vernachlässigten Interessen im Quartier ergaben sich jedoch Reibungen auf der kommunalpolitischen Ebene, die einer Fortsetzung des Quartiersmanagements in dieser Form im Weg standen (siehe Kapitel 8.3).

Verankerung echter Partizipation statt Scheinbeteiligung

Gemeinwesenarbeit möchte eine weitreichende Partizipation der heterogenen Bevölkerung erreichen, sodass eine echte Beteiligung und Mitsprache der Menschen vor Ort mit ihrer Lebensweltexpertise möglich wird und diese Partizipationsmöglichkeiten strukturell und dauerhaft verankert werden. Hierfür ist eine diversitätssensible Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung entscheidend. Da Dinge und Strukturen verändert werden sollen, erzeugt das Wirken der Gemeinwesenarbeit auch Reibung und Konflikte in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung. Zu Frust und Politikverdrossenheit kann es aus Sicht eines Bewohners aus Hamburg St. Pauli auch dann kommen, wenn die Stadt Partizipation zwar bewirbt, jedoch nicht wirklich umsetzt. Scheinbeteiligung ist ein bekanntes Problem mit politischen Folgen.

In Hamburg St. Pauli stärkt die Gemeinwesenarbeit nachbarschaftliche und zivilgesellschaftliche Initiativen und Strukturen in einem Stadtteil, der maßgeblich mit Gentrifizierungsprozessen zu kämpfen hat und aufgrund des Widerstandes der Menschen gegen die Verdrängung als „widerständig“ bezeichnet wird. Bei dem Prozess um die *Esso-Häuser* war die Gemeinwesenarbeit von Anfang an dabei, hat aufsuchende Haustürgespräche mit Mieterinnen und Mietern durchgeführt und den Beteiligungsprozess angestoßen. Die Gemeinwesenarbeit hat den Impuls für eine Stadtteilversammlung gegeben und diese in ihren Räumlichkeiten durchgeführt, aus der heraus ein umfassender, mehrjähriger Beteiligungsprozess entwickelt wurde. Durch die Gemeinwesen-

arbeit wurde eine Einbeziehung auch von Menschen ermöglicht, die sich von sich aus nicht beteiligt hätten. Darüber hinaus ist der Gemeinwesenarbeiter Steffen Jörg begleitend im Planungsgremium tätig. Dies ist ein gelungenes Beispiel echter Partizipation (siehe auch Kapitel 7). Wenngleich durch die *GWA St. Pauli* verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten im Stadtteil bestehen und immer wieder neu geschaffen werden, wird doch auf einer strukturellen Ebene von Interviewpartnerinnen und -partnern das Fehlen eines Stadtteilbeirates in St. Pauli bemängelt, der ansonsten in allen Hamburger Bezirken existiert.

In Düren hat die Gemeinwesenarbeit Bewohnerinnen und Bewohner in verschiedenen Gebieten beim Aufbau von Bewohnerorganisationen unterstützt, um den Menschen vor Ort eine Stimme zu geben. Diese Bewohnervereine bzw. Interessenvertretungen fungieren als Ansprechpartner für die lokale Politik und Verwaltung, wobei sie von der Gemeinwesenarbeit beraten werden. Da jedoch viele Themen nicht auf der Ebene von Häusern bzw. Siedlungen gelöst werden können, wurden in den Gebieten sogenannte Stadtteilkonferenzen vom Büro für Gemeinwesenarbeit initiiert, um bei regelmäßigen Treffen auf Stadtteilebene mit (sozialen) Akteuren, Politik und Verwaltung stadtteilbezogene Themen zu besprechen. Dort ist es gelungen dauerhafte Strukturen zu etablieren, die echte Mitsprache von Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglichen. Der Gemeinwesenarbeit in Düren ist eine langfristige, dauerhafte Verankerung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsstrukturen gelungen, wobei es der Gemeinwesenarbeit maßgeblich darum geht, nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu arbeiten. Das Motto der Gemeinwesenarbeit ist dabei laut der Dienststellenleitung Silke Strunk: „Tue nichts für die Leute, aber alles, damit sie es selber machen können.“⁹⁹

Von besonderem Interesse ist das Beispiel Düren Nord, wo zunächst eine Stadtteilanalyse zur Erhebung der wichtigsten Probleme und Themen, Ressourcen und Handlungsbedarfe durchgeführt wurde. Anschließend wurden die Befragungsergebnisse bei Versammlungen mit verschiedenen Akteuren des Gebiets vorgestellt und konsensfähige Themen ermittelt. Infolgedessen wurde das so entstandene Stadtteilprogramm für Düren-Nord im Rahmen einer großen Versammlung im Stadtteil gemeinsam verabschiedet und ein integriertes Handlungskonzept erstellt. Anhand eines Delegiertenschlüssels wurden danach die Stadtteilvertreterinnen und -vertreter gewählt, die sich seitdem der Bearbeitung der Themen widmen. Hierbei ist „die Stadtteilvertretung [...] unabhängig und demokratisch, parteipolitisch ungebunden sowie nationen- und religionsübergreifend“ (Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung o. D).

Liesel Koschorreck, die stellvertretende Bürgermeisterin in Düren, bilanziert ihre guten Erfahrungen:

„Wir können durch die Arbeit der Gemeinwesenarbeit auch wieder mehr Vertrauen bei den Bürgern zurückgewinnen, weil, was von der Gemeinwesenarbeit mit den Bürgern erarbeitet wird, wird von der Gemeinwesenarbeit mit sehr viel Nachdruck versucht, umzusetzen. Und dieses

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Interview mit Achim Biergans und Silke Strunk, 13. September 2019.

*Ziel, das umzusetzen, da kommt die Politik dann ins Spiel und dann werden wir irgendwann, hoffentlich [...] als gemeinsamer Akteur angesehen, und das hilft der Politik sicherlich in erster Linie.*¹⁰⁰

Diese Beispiele verdeutlichen eine weitreichende Partizipation der Bewohnerinnen und Bewohner in den verschiedenen Gebieten, wobei immer wieder die Zusammensetzung der Beteiligten überprüft und ggf. erweitert werden sollte.

Stärkung benachteiligter Quartiere in Belangen der lokalen Demokratie

In allen Untersuchungsgebieten waren Gemeinwesenarbeitende sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker den Problemstadtteilen zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Bürgerinnen und Bürger, die keine Wirkungskraft im eigenen politischen Engagement sehen, werden entmutigt, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Damit tragen sie auch dazu bei, dass ihre Interessen immer schwächer vertreten sind und sich die soziale Schere auch in soziopolitischer Hinsicht immer weiter öffnet. Gefragt werden muss daher auch, ob bzw. unter welchen Bedingungen es einer quartiersbezogenen Gemeinwesenarbeit gelingen kann, die Anliegen benachteiligter Stadtteile auch auf gesamtstädtischer Ebene sichtbar zu machen. Gerd Grzella, ehemaliger Stadtplanungsamtsmitarbeiter in Düren, ist der Auffassung:

„So eine Stadt müsste erkennen, welche Vorteile sie hat, vor allen Dingen, um die sozialpolitische, die soziale Stabilität ihrer Stadt zu fördern, zu erhalten, zu sichern usw., müsste sie ein Eigeninteresse haben, solche [Gemeinwesenarbeits-] Strukturen zu schaffen oder auch zu erhalten und dafür auch das Personal und die Ressourcen zur Verfügung zu stellen.“¹⁰¹

In Düren scheint das gelungen, wobei dazu aus Sicht von Bruno Voß, Mitglied des Stadtrates Düren, die guten Verbindungen der Gemeinwesenarbeit in die Politik beigetragen haben, die erfolgreiche Fördermittelakquise auf Landes- und Bundesebene durch die Gemeinwesenarbeit, was die Zustimmung der Politik eingebracht bzw. verbessert hat. Auch die Größe der Stadt, durch die sich freie Träger und Organisationen auf Stadtteilbene mit Politik und Verwaltung ins Gespräch bringen können, wirkt sich förderlich aus. Aus Sicht von Bruno Voß hat sich die Partizipation verändert, da Verwaltung und Politik in einem viel stärkeren Maße in die aktiven Quartiere, in denen Gemeinwesenarbeit bereits umgesetzt wird, hineinhört. Politik und Verwaltung machen Öffentlichkeitsarbeit, planen Veranstaltungen und im Vorfeld wird der jeweilige Bürgerinnen- und Bürgerverein um seine Meinung gebeten.¹⁰²

Mangelndes Vertrauen in lokale Politik und Brückenfunktion der Gemeinwesenarbeit

In den Verwaltungsstrukturen der Berliner Bezirke gibt es unterhalb der Bezirksebene kein demokratisches oder politisches Gremium bzw. Strukturen, was aus Sicht von Helmut Kleebank, Bezirksbürgermeister von Spandau, zu einem Demokratieproblem

führt.¹⁰³ Es fehlen entsprechende Strukturen, um zwischen der Lebenswelt der Menschen und der Arbeit von Politik und Verwaltung Brücken zu bauen. Die Gemeinwesenarbeit agiert in eben dieser Lücke und vermittelt zwischen den Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Politik und Verwaltung.

In den Fokusgruppen vor Ort zeigte sich, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner enttäuscht sind von Politikerinnen und Politikern, die Verbesserungen im Stadtteil versprochen, die jedoch häufig nicht umgesetzt wurden. Auch wurden Auswirkungen von politischen (Fehl-) Entscheidungen wie beispielsweise der Belegungspolitik in manchen Quartieren bemängelt. In Spandau, Düren und Dresden äußerten Menschen ihren Unmut darüber, dass zunehmend mehr Menschen in multiplen Problemlagen in soziostrukturell bereits hoch belasteten Gebieten angesiedelt würden. Teilweise wurden auch Menschen einer bestimmten ethnischen Gruppierung gemeinsam in Häuserblocks untergebracht, was für die Integrationsmöglichkeiten dieser Menschen und auch für Menschen in der Nachbarschaft z. T. eine Herausforderung darstelle.

Auch wurde bemängelt, dass wichtige politische Beschlüsse teilweise nicht mit den engagierten Menschen vor Ort abgestimmt wurden, wie z. B. die Schaffung einer mobilen Polizeiwache in Spandau. Hinsichtlich des Zusammenwirkens von Politik und Gemeinwesenarbeit wurde in den Interviews deutlich, dass dies mit ambivalenten Erfahrungen verbunden ist. Mehrfach benannten Nutzerinnen und Nutzern der Gemeinwesenarbeit, aber auch Gemeinwesenarbeitende die Sorge vor einer politischen Instrumentalisierung der Gemeinwesenarbeit. In mehreren Gebieten berichteten die Interviewten von Beispielen, wie Politikerinnen und Politiker die Gemeinwesenarbeit bzw. Gruppen von Engagierten im Rahmen der Gemeinwesenarbeit für ihre Eigenwerbung (z. B. im Wahlkampf in Düren und Spandau) nutzten. Kritisiert wurde, dass die Politikerinnen und Politiker kein wirkliches Interesse an der eigentlichen Arbeit hatten und Versprechungen machten, diese aber nicht einhielten. Für Akteure der Gemeinwesenarbeit, die parteipolitisch- und religionsunabhängig Anliegen der Menschen vor Ort befördern wollen, kann eine zu große Nähe zu einer Partei Schwierigkeiten bereiten, gerade auch im Hinblick auf die Weiterfinanzierung der Arbeit. Petra Sperling, Geschäftsführerin des *Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord*, fasst dies wie folgt zusammen: „Soziale Vereine müssen immer aufpassen, dass sie nicht zu sehr in Richtung einer Partei geraten. Das ist eine kleine Falle.“¹⁰⁴ Daher versucht die Gemeinwesenarbeit, sich politisch nicht vereinnahmen zu lassen.

Am Beispiel Düren wird deutlich, wie Gemeinwesenarbeit dazu beigetragen hat, das Vertrauen in lokale Politik zu stärken. Durch regelmäßige Treffen zum Austausch über Probleme und zur Förderung der Gebiete, gelingt die Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern und Bürgerinnen- und Bürgerorganisationen mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit. Nach Ansicht von Liesel Koschorreck, stellvertretender

¹⁰⁰ Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

¹⁰¹ Interview mit Gerd Grzella, 13. September 2019.

¹⁰² Interview mit Bruno Voß, 13. September 2019.

¹⁰³ Interview Helmut Kleebank, 31. Oktober 2019.

¹⁰⁴ Interview mit Petra Sperling, 21. Mai 2019.

Bürgermeisterin von Düren, konnte das Zusammenspiel zwischen den Interessen der Anwohnenden und dem Handeln der Politik (Responsivität) durch gemeinsame Projekte und Auftritte von Gemeinwesenarbeit und Politik verbessert werden. Durch kontinuierliches, frühzeitiges Miteinander ist es gelungen, Beteiligungsprozesse mit dem politischen Prozess zusammen zu bringen.

Aber es gibt auch Beispiele wie das der mobilen Wache für Spandau, wo das Zusammenwirken zwischen Politik und Gemeinwesenarbeit nicht gut funktioniert hat. Ein Politiker hatte sich für die Einrichtung einer mobilen Wache mitten im Gebiet eingesetzt, nachdem sich Menschen in seiner Bürgerinnen- und Bürgersprechstunde über die angeblich gestiegene Kriminalität beschwert hatten. Die statistischen Zahlen für das Gebiet zeigten jedoch keine erhöhte Kriminalität, sondern waren konstant gering. Zahlreiche Anwohnende und Akteure vor Ort fassten die Einrichtung der mobilen Wache als stigmatisierend auf und sie schlossen sich zusammen, um dies zu thematisieren. Anhand dieser Beispiele wird ersichtlich, dass das Zusammenwirken mit Politikerinnen und Politikern für die zivilgesellschaftliche Gemeinwesenarbeit einerseits wichtig und andererseits auch eine Schwierigkeit sein kann, nicht zuletzt hinsichtlich der Weiterfinanzierung der Arbeit.

Wie Aussagen aus Politik und Verwaltung im Rahmen der Forschung deutlich machen, kann Gemeinwesenarbeit zum Vertrauensaufbau im politischen Prozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Politik beitragen und die soziale Stabilität fördern. Um perspektivisch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesenarbeit und lokaler Politik zu verbessern, könnte sie nach Meinung des Gemeinwesenarbeiters Tom Liebelt in Spandau mehr Kontakt zur Bezirksverordnetenversammlung aufnehmen, um das aktuelle politische Geschehen zu verfolgen und themenbezogen die Perspektive der Menschen aus der Heerstraße einzubringen. Allerdings scheitert eine bessere Zusammenarbeit aktuell an den zu geringen personellen Kapazitäten.¹⁰⁵

Einer aktiven Gemeinwesenarbeit, die Anerkennung und Vertrauen bei allen Beteiligten genießt, gelingt es, Brücken zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem repräsentativen demokratischen System zu bauen, indem sie Bewohnerinteressen sichtbar macht und in den politischen Prozess einfließen lässt. Liesel Koschorreck, stellvertretende Bürgermeisterin von Düren, betont die soziopolitische Alleinstellung der Gemeinwesenarbeit, die sich daraus ergebende Wirkmächtigkeit und den positiven gesellschaftlichen Einfluss:

„Die Arbeit der Gemeinwesenarbeit möchte ich nicht missen, (...) das, was die Gemeinwesenarbeit leistet, könnte Politik nie leisten. Weil Politik nicht so den Zugang z. B. rgerinnen und Bürgern hat, leider. (...) Das Vertrauen ist nicht so gegeben, wie es bei der Gemeinwesenarbeit ist und dadurch fällt es auch der Gemeinwesenarbeit wesentlich leichter, dass die Bürger sagen: ‚Denen vertrauen wir. Die haben keine Hintergründe, die wollen nicht gewählt werden (...).‘ Ohne Gemeinwesenarbeit wäre unsere Stadt nicht so aufgestellt im sozialen Bereich wie [sie] es jetzt ist.“¹⁰⁶

An den Punkten, wo die Zusammenarbeit und das Miteinander noch nicht gut funktionieren, müssen aus ihrer Sicht Wege

für ein Miteinander gefunden werden, um die Ressourcen aller zu schonen. Nicht zuletzt aufgrund der guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit ist es in Düren gelungen, die Finanzierung im kommunalen Haushalt zu verankern und für Kontinuität zu sorgen. Vera Schellberg vom Träger der Gemeinwesenarbeit in Düren resümiert: „Es ist gelungen, der Stadt deutlich zu machen, dass das eine Daueraufgabe ist. Das war schon ein dickes Brett zu bohren.“¹⁰⁷

Auch für die Nachbarschaftshäuser in Berlin sieht Uwe Machura von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, und Soziales in Berlin gute Möglichkeiten, die lokale Demokratie über das Thema Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zu stärken. Mit einer Einbindung von Beteiligungsverfahren in Nachbarschaftseinrichtungen (z. B. „Quartiersräte“ oder „Bürgerräte“) und einer angemessen ausgestatteten Kasse, „damit könnte man demokratisches Wissen der Leute stärker fördern.“ Allerdings sollte dabei offener mit Gebietsgrenzen umgegangen werden als beim Quartiersmanagement: Auch Menschen aus einer anderen Region sollen kommen und sich einbringen können, wenn sie das Thema interessiert, oder auch jemand, der im Gebiet arbeitet. Hierbei muss die Vergabe bzw. Abrechnung der Kiezkasse unbürokratischer werden, da der Aufwand aktuell viel zu groß ist.¹⁰⁸

Zusammenfassung kommunale Ebene

Gemeinwesenarbeit trägt auf der kommunalen Ebene in allen Untersuchungsgebieten zur Interessenvertretung der Anwohnenden und zur Erschließung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten bei. Die Beteiligungsstrukturen sind allerdings überall unterschiedlich entwickelt und verankert. Deren Wirkungen werden insbesondere von der Stärke zivilgesellschaftlicher Initiativen und Netzwerke sowie von lokalen Beteiligungsgremien beeinflusst. Wenngleich das Zusammenspiel mit Verwaltung und Politik oft ambivalent ist, hat sich im Laufe der Zeit in vielen Gebieten ein zunehmend kooperatives Miteinander etabliert. In allen fünf Untersuchungsgebieten hat die Gemeinwesenarbeit zur Bildung eines breiten Bündnisses für das Gemeinwesen beigetragen: die Gemeinwesenarbeit agiert als zentrale Netzwerkakteurin, die spezifische (themenbezogene) und unspezifische Netzwerkstrukturen im Gebiet aufbaut, wodurch ein Mehr an Austausch, Miteinander und Vernetzung ermöglicht wird. Dies fördert den Informations- und Ressourcenaustausch und das Zusammengehörigkeitsgefühl von Anwohnerinnen und Anwohnern, zivilgesellschaftlich aktiven Gruppen sowie Mitarbeitenden von Institutionen. Diese über die Jahre gewachsenen Netzwerkstrukturen können bei Bedarf aktiviert werden und waren bzw. sind im Zuge der Integration von Geflüchteten sehr nützlich: Auf bestehende Beziehungen konnte aufgebaut und lose Netzwerke aktiviert werden. Verschiedene Aussagen von Interviewpartnerinnen und -partnern deuten darauf hin, dass die Förderung des sozialen Miteinanders zur Identifikation mit dem Gebiet beiträgt, jedoch ist der Aufbau von Identifikation ein vielschichtiger und komplexer Prozess.

¹⁰⁵ Interview mit Tom Liebelt, 23. Mai 2019.

¹⁰⁶ Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

¹⁰⁷ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

¹⁰⁸ Interview mit Uwe Machura, 22. Mai 2019.

Im Verlauf der Studie hat sich gezeigt, dass es der Gemeinwesenarbeit häufig gelingt, soziale und kommunikative Brücken zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem repräsentativ-demokratischen System zu bauen, indem sie themen- oder projektbezogenen Bewohnerinnen und Bewohnern dabei unterstützt ihre Interessen und Anliegen sichtbar zu machen. Hierbei muss sich die Gemeinwesenarbeit mit dem Spannungsfeld zwischen lokal bearbeitbaren und globalen Themen auseinandersetzen, die die Reichweite der Gemeinwesenarbeit deutlich übersteigen. Ob die Anliegen der Menschen Gehör finden und aufgenommen bzw. bearbeitet werden, hängt stark von deren Anliegen, den beteiligten Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung und Politik, der Unterstützung durch die Gemeinwesenarbeit und vor allem der Beharrlichkeit der Bewohnerinnen und Bewohner ab. Wo das Zusammenwirken der Akteure gut gelingt, werden kommunale Ressourcen bürgernäher verwendet.

In Düren ist ein gemeinsames Verständnis und Vertrauen zwischen Gemeinwesenarbeit, Anwohnerinnen und Anwohnern, Politik und Verwaltung gewachsen, das im Sinne eines demokratischen Zusammenwirkens Auseinandersetzungen, Aushandlungen und auch Konflikte beinhaltet. Es ist in Düren gelungen, neben der sozialraumbezogenen Gemeinwesenarbeit ein über die benachteiligten Gebiete hinaus reichendes Bündnis für eine Soziale Stadtentwicklung zu etablieren und eine Finanzierung im kommunalen Haushalt zu verankern. Die Bedeutung einer übergreifenden, exogenen Bearbeitung der Probleme benachteiligter Gebiete scheinen Politik und Verwaltung erkannt zu haben. Hervorzuheben ist, dass in Düren die personelle Kontinuität bei der Gemeinwesenarbeit, aber auch in Politik und Verwaltung, besonders hoch war. Dies hat den Vertrauensaufbau positiv befördert. Aufgrund der zumeist projektbezogenen, prekären Finanzierung von Gemeinwesenarbeit ist eben der damit verbundene Mangel an Kontinuität ein zentrales Problem der Gemeinwesenarbeit. Es muss daher geklärt werden, wie eine dauerhafte Finanzierung von Gemeinwesenarbeit abgesichert werden kann. Bereits etablierte landesspezifische, langfristige Förderprogramme für Gemeinwesenarbeit wie in Niedersachsen und Hessen sind hier wegweisend. Dabei kann die Gemeinwesenarbeit ergänzend zum Quartiersmanagement oder angebunden an Nachbarschaftshäuser bzw. Stadtteilzentren o. a. tätig werden, oder ganz neue Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit aufgebaut werden. Entscheidend ist, dass die Gemeinwesenarbeit personell so ausgestattet wird, dass durch ein divers aufgestelltes Personal auch eine Ansprache und Partizipation der heterogenen Bevölkerung gut möglich wird. Da bei jedem Personalwechsel umfassendes Wissen und persönliche Kontakte verloren gehen, sind attraktive langfristige Stellen zu schaffen.

Hinsichtlich des Ausbaus und der Gestaltung demokratischer Beteiligungsstrukturen wurden in allen Gebieten Möglichkeiten geschaffen, an gemeinwesenrelevanten Diskussionen teilzunehmen sowie Zugangsmöglichkeiten für heterogene Bevölkerungsgruppen verbessert, wenngleich die tatsächliche Beteiligung diverser Gruppen noch deutlich ausbaufähig bleibt. Beteiligungsstrukturen sind gebietspezifisch gewachsen und dabei auch stark von den Ressourcen und der personellen Situation abhängig. Während in Spandau Beteiligungsinstrumente und Ansätze von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement interessant und zukunftsweisend kombiniert werden, bleiben Beteiligungsmöglichkeiten in Dresden eher punktuell. Damit echte Partizipation

möglich wird, braucht es eine Offenheit auf allen Seiten – bei der Politik und Verwaltung, aber auch auf Seiten der Gemeinwesenarbeit. Wie an einigen Beispielen deutlich wurde, kann Gemeinwesenarbeit dabei eine doppelte Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie von Verwaltung gelingen. Jedoch sind bis zur Umsetzung von Veränderungen viel Ausdauer und damit letztlich Ressourcen erforderlich, an denen es in allen Gebieten mangelt.

Ein zentrales Ergebnis der qualitativen Befragung ist, dass in Düren die meisten Interviewten das Zusammenwirken zwischen Politik und Gemeinwesenarbeit positiv einschätzen und es gelungen ist, dauerhafte Beteiligungsstrukturen zu etablieren. Gleichzeitig weist die quantitative Bevölkerungsbefragung hinsichtlich des Vertrauens in die Politik im Städtevergleich die höchsten Werte auf und es ist naheliegend, dass das Zusammenwirken von lokaler Politik und Gemeinwesenarbeit dazu beigetragen hat. Dieses Beispiel macht Mut, wenngleich auch hier mit mehr Ressourcen noch deutlich mehr Potenzial entfaltet werden könnte. Gemeinwesenarbeit fördert lokales Engagement von Menschen, politisches Bewusstsein und Aktivitäten, die themenbezogen verschieden ausgeprägt sein können. Allerdings sind dafür Investitionen in die Verbesserung der entsprechenden Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement essenziell; diesbezüglich wird in allen Gebieten großer Bedarf an Zukunftsinvestitionen gesehen, wie kostenfreie Räumlichkeiten und dauerhafte personelle Ressourcen, um eine Stärkung des sozialen Miteinanders und des Zusammenhalts zu fördern.

Veränderungsprozesse im Stadtteil sind langfristig und nur in einem kooperativen Prozess umzusetzen. Hier ermöglicht und unterstützt die Gemeinwesenarbeit gemeinsame Handlungsfähigkeit und das kollektive Empowerment der Menschen. Anhand von vielen Projekten können die Menschen modellhaftes partizipatives Lernen erfahren, alltagsnahes Gemeinschaftslernen und eine Sensibilisierung für Vielfalt ermöglicht werden. Gemeinwesenarbeit ist angewandte demokratische Bildungsarbeit, die zwischen Vermittlung und Parteilichkeit als Grundmaxime pendelt. Um dieses Potenzial einer breiteren Bevölkerung, aber insbesondere Politik und Verwaltung, zu vermitteln, gilt es für die Lobbyorganisationen der Gemeinwesenarbeit, ihre Arbeit deutlich zu intensivieren. Doch auch hier werden neue Möglichkeiten benötigt, mit denen eine landes- bzw. bundesweite Förderung dieser Lobbynetzwerke und des fachlichen Austausches über Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit förderfähig werden.

In allen fünf Untersuchungsgebieten waren sich die Akteure einig, dass von Seiten der Verwaltung und Politik mehr Aufmerksamkeit und mehr Ressourcen für benachteiligte Stadtteile erforderlich sind und das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer stadtteilübergreifenden, exogenen Problembearbeitung vergrößert werden muss. Für die Gemeinwesenarbeit ist zentral, dass Verwaltung und Politik die Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit kennen, respektieren und fördern. Denn der Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit beinhaltet ein flexibles Eingehen auf aktuelle Themen und Probleme, ein kritisches Aufgreifen von Themen, die die Politik und Verwaltung ggf. noch nicht wahrgenommen haben. Dieses Aufzeigen von aktuellen Themen sollte als Frühwarnsystem und Bereicherung angesehen werden, um die Lebenssituation der Menschen weiter transformativ-kritisch

zu verbessern und gebietsbezogene Ressourcen zielgerichteter einsetzen zu können. Damit noch mehr Menschen von Beteiligungsmöglichkeiten im Stadtteil erfahren und mitmachen, ist von der Verwaltung mehr Transparenz gefragt – im Hinblick auf entsprechende Möglichkeiten und bezüglich der Verwaltungsabläufe.

Gemeinwesenarbeit trägt zur Belebung demokratischer Öffentlichkeit bei und kann die Kommune als Schule der Demokratie mit konkreten Beispielen und Projekten bereichern. Wie im Rahmen der Studie deutlich wurde, gelingt es ihr, die Qualität lokaler Demokratie nachhaltig zu verbessern, eine aktive Zivilgesellschaft aufzubauen, diversitätssensible Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen sowie die politische Responsivität und den sozialen Zusammenhalt im Gebiet zu verbessern. Eine basisdemokratische und menschenrechtsorientierte Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit, die sich Ausgrenzungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellt und vielmehr inklusive, partizipative Angebote unterbreitet, ist dafür zentral. Das Fokussieren auf Verbindendes und Gemeinsamkeiten sowie auf konkret gemeinsam bearbeitbare Themen ist ein pragmatischer Ansatz, der zum sozialen Miteinander und zur Lösung konkreter Probleme beiträgt.

*Milena Riede unter Mitarbeit von
Amanda Groschke und Antje Bruno*

8 Lokale Demokratie: Strategien der Gemeinwesenarbeit und Handlungsschwerpunkte der Kommunalpolitik

Menschen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen sind in den Institutionen der repräsentativen Demokratie kaum vertreten und ihre Wahlbeteiligung sinkt mit wachsender Ungleichheit (vgl. Schäfer 2015). Das Vertrauen in Parteien und Politik ist niedrig und die Unzufriedenheit mit der Demokratie wächst (vgl. Decker et al. 2019). Antidemokratische Einstellungen und gruppenbezogene Vorurteile werden zwar nur von einer Minderheit geteilt, aber verhärten sich zunehmend (vgl. Zick et al. 2019). Ein erfolgversprechender Ansatz zur Bewältigung dieser Herausforderungen wird in einer aktiven Gemeinwesenarbeit gesehen, da diese „immer auch Arbeit an der (lokalen) Demokratie (ist)“: „Ihr direkter Kontakt zu zahlreichen Menschen und die vielen persönlichen Gespräche; die alltagsnahe, niedrigschwellige Förderung politischer Bildung, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und des Zusammenhalts im gemeinsamen Handeln“ können dazu beitragen, Demokratie und soziale Kohäsion zu fördern (Stövesand 2019).

Zu den dieser Studie zugrundeliegenden Wirkungsannahmen einer aktiven Gemeinwesenarbeit gehört, dass die Initiierung vielfältiger partizipativer Prozesse die demokratischen Handlungskompetenzen der Menschen stärken, die Bereitschaft zur Selbstorganisation und politischen Beteiligung fördern und ein wesentliches Element zur Stärkung der lokalen Demokratie sind. Zu den Indikatoren im Handlungsfeld „Ausbau und Gestaltung demokratischer Beteiligungsstrukturen“ gehören die Entwicklung vielfältiger Möglichkeiten einer wirksamen Beteiligung an lokalen und kommunalen Entscheidungsprozessen durch die Verbesserung der Schnittstellen und Zugänge zur kommunalen

repräsentativen Demokratie und die Initiierung einer umfassenden partizipativen Stadtkultur (vgl. Gesemann/Riede 2019a: 41; 2019b: 5).

Die Ergebnisse der Erhebungen in den fünf Untersuchungsorten zeigen, dass es sehr unterschiedliche Formen der Ausgestaltung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten gibt, die mit lokalen Akteurskonstellationen, Entwicklungsdynamiken, konzeptionellen Grundlagen und der strategischen Ausrichtung von Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit sowie der Einbindung in die kommunalen Regelstrukturen und der Interaktion mit der lokalen Politik zusammenhängen. Im Folgenden werden fünf unterschiedliche Modi der Stärkung lokaler Demokratie durch eine aktive Gemeinwesenarbeit beschrieben:

- Nutzung von Instrumenten der Sozialen Stadt (Quartiersrat, Aktionsfonds) und der Gemeinwesenarbeit für die Förderung von Beteiligung (Berlin Spandau, Heerstraße Nord);
- Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Beteiligung in einem eigensinnigen und widerständigen, von Gentrifizierung betroffenen Stadtteil (Hamburg St. Pauli Süd);
- Stärkung benachteiligter und artikulationsschwächerer Gruppen im Spannungsfeld zwischen Aufwertung und Stabilisierung in einem „Ankommensstadtteil“ (Dortmund Nordstadt);
- Verzahnung von Konzepten zur Quartiersentwicklung mit Handlungsprogrammen zur Förderung von Weltoffenheit und Vielfalt (Dresden Prohlis);

- Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner beim Aufbau und der dauerhaften Verankerung von Beteiligungsgremien auf der Ebene von Wohnquartieren und Stadtteilen (Düren).

Mit der Vorstellung dieser spezifischen Handlungsansätze sollen – vor dem Hintergrund lokaler Besonderheiten und Herausforderungen – Anregungen gegeben werden, wie die Potenziale, die in einer stärkeren Verzahnung von Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik liegen, besser erschlossen werden können.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Gemeinwesenarbeit auf lokale Demokratie werden wesentlich durch die Ausrichtung, Handlungsspielräume und thematischen Schwerpunkte der Kommunalpolitik beeinflusst, wobei im Rahmen unserer Studie Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung als besonders relevante Handlungsfelder für lokale Demokratie identifiziert wurden (siehe auch Wirkungsgefügemodell in Abbildung 7). Im Folgenden werden die spezifischen Potenziale dieser Wechselbeziehung zwischen Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik in den einzelnen Untersuchungsorten herausgearbeitet.

8.1 Berlin Heerstraße Nord: Synergien von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement

In Berlin werden ressortübergreifende Koordination in der Verwaltung und eine „neue Beteiligungskultur“ als zentrale Erfolgsfaktoren des Berliner Quartiersmanagements präsentiert (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen o. D. 2): Der Quartiersrat als „Interessenvertretung der Kiezbewohnerschaft“ setzt sich aus einem Kreis freiwilliger Bewohnerinnen und Bewohnern sowie aus Vertreterinnen und Vertretern von aktiven Gruppen, Initiativen, lokalen Vereinen und Verbänden zusammen. Die Quartiersräte sind an der Erarbeitung von Schwerpunkten der Quartiersentwicklung im Rahmen von Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten (IHEK) beteiligt und entscheiden über die Verwendung der Gelder aus dem Projekt- und Aktionsfonds. Zu den Besonderheiten im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord gehört, dass der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.* sowohl Träger der Gemeinwesenarbeit als auch des Quartiersmanagements ist.

Petra Sperling, Geschäftsführerin des *Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord*, hebt die Synergieeffekte einer Trägerschaft unter einem Dach hervor:

„Die beiden Abteilungen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement erbringen durch die enge Information, Abstimmung und Kooperation erhebliche Synergieeffekte für die Arbeit des Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord mit der Wohnerschaft vor Ort. Aktivierung, Beteiligung, Bewohnerversammlungen und Netzwerkarbeit sowie die enge Begleitung von Mieterinitiativen bzw. lokalen Interessengruppen sind dabei wesentliche Bestandteile beider Arbeitsbereiche. Und im Quartiersmanagement sind Quartiersrat und Aktionsfondsjury aufgrund weitgehender

Mitentscheidungsmöglichkeiten wesentliche Gremien. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Einbeziehung eher ‚beteiligungsferner‘ Gruppen, vor allem über Multiplikatoren.“¹⁰⁹

Der durch das Quartiersmanagement Heerstraße Nord ins Leben gerufene Quartiersrat fungiert als zentrales Austausch- und Beteiligungsforum, das Anwohnerinnen und Anwohner in die politischen Entscheidungsprozesse vor Ort einbindet. Dieses Gremium zeichnet sich im Staakener Kontext durch seinen niedrigschwelligen Charakter aus, denn alle Interessierten werden in den Quartiersrat aufgenommen, solange der Rahmen dies zulässt.¹¹⁰ Der Quartiersmanager Christian Porst begründet dieses Verfahren damit, dass im Gebiet die Erfahrung mit lokalen politischen Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen größtenteils fehle. Eine Wahl mit Gewinnerinnen und Gewinnern und Verliererinnen und Verlierern sei für viele nur schwer nachvollziehbar. Um Motivation und Mobilisierung aufrecht zu erhalten, habe man sich daher entschieden, jede und jeden, die oder der sich beteiligen möchte, einzubinden.¹¹¹

Der Quartiersrat sensibilisiert durch seine Arbeit, die Diskussionsprozesse und die diverse Zusammensetzung alle Beteiligten für unterschiedliche Sichtweisen und fördert eine Meinungsbildung zu einer Vielzahl von Themen. Gleichzeitig entwickeln sich die Mitglieder zu Schlüsselpersonen für das Gebiet, da sie untereinander gut vernetzt sind und einen guten Überblick über die Akteursstruktur sowie die Zuständigkeiten im Stadtteil haben.

In einer Fokusgruppensitzung wurde als Potenzial des Aktionsfonds vor allem hervorgehoben, dass die Vorschläge „von unten“ aus der Wohnbevölkerung kommen, von Bewohnerinnen und Bewohnern in der Aktionsfondsjury ausgewählt und anschließend in Eigenregie umgesetzt werden. Dieser Prozess sei für viele eine wertvolle Erfahrung, da durch die Entscheidung der Aktionsfondsjury eine Bestärkung der eigenen Idee und des eigenen Engagements stattfindet. Diese fördere Selbstwirksamkeitsüberzeugungen sowohl bei Projektumsetzenden als auch bei Bewohnerschaftsvertreterinnen und -vertretern, da damit das Gewicht ihrer Stimme bei Entscheidungen über die Gestaltung lokaler Prozesse anerkannt wird. Das Gremium sei eine niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeit für Bewohnerinnen und Bewohner ab 16 Jahren, da keine Bewerbung, sondern lediglich ein Erscheinen zu drei Treffen für eine Aufnahme nötig ist. Durch dieses offene Format ergibt sich ein vielfältiges Nutzerprofil, das von Familien und Sportinteressierten über Mieterinteressengruppen bis hin zu kulturellen Vereinen reicht.¹¹²

¹⁰⁹ E-Mail von Petra Sperling vom 22. März 2020.

¹¹⁰ Alle Bewerberinnen und Bewerber hatten sich mit Konterfei und Kurztext im Schaufenster des Stadteilladens präsentiert und sich auf der Stadtteilversammlung am 16. Oktober 2018 persönlich vorgestellt. Der Quartiersrat hat aktuell 34 Mitglieder, davon 22 Anwohnerinnen und Anwohner sowie zwölf Vertreterinnen und Vertreter von Akteuren im Quartier, die sich monatlich zu stadtteilrelevanten Themen beraten (Quartiersmanagement Heerstraße 2018).

¹¹¹ Interview mit Christian Porst, Quartiersmanager im Quartiersmanagement-Gebiet Heerstraße Nord, 2. Juli 2019.

¹¹² Fokusgruppensitzung mit Kooperationspartnerinnen und -partnern des *Gemeinwesenvereins Heerstraße Nord*, 22. Mai 2019.

Einschränkend ist hervorzuheben, dass in diesen Quartiersgremien jüngere und migrantische Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert sowie einige ethnische Communities überhaupt nicht vertreten sind.¹¹³ Dennoch, oder gerade deshalb, formulieren einige Mitglieder den ausdrücklichen Anspruch an sich selbst, die Bedarfe anderer Zielgruppen mit zu berücksichtigen und über den eigenen Erfahrungshorizont hinauszudenken. Allerdings kann das kein Ersatz für aktivierende und barriereärmere Beteiligungsformate sein. Zudem deuten die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung auf eine Erosion demokratischer Integration hin, die durch Frustration und Rückzug, Ressentiments und Spannung zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen sowie ein mangelndes Vertrauen in lokale Politik charakterisiert ist und dringend im Rahmen von Stadtteil- oder Nachbarschaftsdialogen bearbeitet werden müsste.

Von der Gemeinwesenarbeit werden aktivierende Befragungen im Quartier als Instrument genutzt, um neue Reflexions- und Teilhabepotenziale zu erschließen. Ziel ist die Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie die Förderung des Austausches zur Bearbeitung kollektiver Probleme. Aber „das ist ein dickes Brett und kein Wundermittel. Es sind langwierige Prozesse“, resümiert der Gemeinwesenarbeiter Tom Liebelt.¹¹⁴ Ein weiterer Fokus lag auf der Nachbarschaft: Die Ergebnisse der Befragung wurden genutzt, um im Rahmen von Ideenwerkstätten mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Akteure im Quartier sowie Mitgliedern des Quartiersrats Maßnahmen für eine „bessere“ Nachbarschaft zu diskutieren. Daraus ist ein Projekt entstanden, in dem Teilnehmende zu Gemeinwesenmediatorinnen und -mediatoren ausgebildet werden, die anschließend bei Nachbarschaftsstreits vermitteln sollen.

Das Jubiläum des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt wurde in Berlin 2019 zum Anlass genommen, um die Erfahrungen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft kritisch zu reflektieren. So wird im Ergebnispapier „20 Jahre Berliner Quartiersmanagement: Bilanz und Perspektiven“ gefordert, die Beteiligungsmethoden „motivationsgerecht und barrierefrei“ weiter zu entwickeln, um alle zur Beteiligung zu ermutigen (These 4). „Leichter zugängliche und aufsuchende Formen der Beteiligung“ seien „genauso wichtig wie die formalisierte Beteiligung im Quartiersrat“:

*„Denjenigen eine Möglichkeit zur Mitwirkung einzuräumen, die von selbst Initiative ergreifen, ist ein wichtiges Anliegen des QM [Quartiersmanagement]. Ein wichtiges Ziel ist aber auch, ‚stille‘ Bewohner*innen zur Beteiligung zu ermutigen, die sich selbst dafür nicht ausreichend mutig oder befähigt fühlen. Denn durch eine breite Beteiligung entsteht ein wichtiger Beitrag zum sozialen Zusammenhalt im Quartier.“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2019: 15 f.)*

Zum vielfältigen Aufgabenfeld der Quartiersmanagement-Teams gehören laut Ergebnispapier die „Umsetzung von Fördermitteln“ ebenso wie „Elemente der Gemeinwesenarbeit“ (These 3). Letzterer wird dabei die Aufgabe zugeschrieben, die Handlungsfähigkeit und Interessenartikulation der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der lokalen Akteure auch gegenüber Politik und Verwaltung zu fördern. Um die „Selbstwirksamkeit der Akteure“ im Quartier zu verbessern, sollten die Aufgaben der Quartiersmanagement-Teams entbürokratisiert und das Quali-

fikationsprofil der Mitarbeitenden an die sprachlich-kulturelle Vielfalt in den Quartieren angepasst werden. Zudem sollte die Ausschreibung der Quartiersmanagement-Teams über einen mittelfristigen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren erfolgen, „um die für die Gemeinwesenarbeit wichtige personelle Kontinuität zu ermöglichen“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2019: 13 f.).

Die Erfahrungen mit Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung im Rahmen des Quartiersmanagements haben in Berlin über das Programm Soziale Stadt hinaus Wirkungen entfaltet¹¹⁵ und können nach Meinung von Helmut Kleebank, Bezirksbürgermeister von Berlin Spandau, auch „Entwicklungskern“ einer Revitalisierung der lokalen Demokratie sein. Durch im Rahmen des Quartiersmanagements geschaffene Beteiligungsformen werde Demokratie erlebbar. Helmut Kleebank wünscht sich daher eine viel großflächigere Umsetzung dieser Konzepte im Berliner Stadtgebiet. Als „sehr defizitär“ empfindet er, dass es in Berlin unterhalb der Bezirksebene keine Struktur der Beteiligung gibt, da dies zu einem „Demokratieproblem“ führe.¹¹⁶

Die Beteiligungsmöglichkeiten sind Helmut Kleebank zufolge im Rahmen des Quartiersmanagements keineswegs ausgeschöpft, sondern ein „Entwicklungskern“, in dem ein deutliches Potenzial hinsichtlich der Förderung des Demokratieverständnisses der Bürgerinnen und Bürger stecke. Außerhalb der ausgewiesenen Quartiersmanagement-Gebiete fehle beispielsweise eine strukturelle Gelegenheit, eigene Ideen einzelner Bewohnerinnen und Bewohner auf Nachbarschaftsebene zu diskutieren. Stattdessen würden diese Punkte aktuell direkt an die Bezirksverwaltung weitergegeben, die die Vorschläge ihrerseits wiederum mit eigenen Kriterien bewerte. Quartiersräte seien daher nicht nur in Quartiersmanagement-Gebieten eine sinnvolle Ergänzung des Systems, potenziell auch in Form eines offenen Formates für alle Interessierten. Helmut Kleebank beobachtet, dass in diesen Foren auch grundsätzlich positive Ideen kritisch diskutiert werden und somit ein Austausch stattfindet, der den Kern einer lebendigen lokalen Demokratie ausmache.

Besonders positiv findet Bezirksbürgermeister Kleebank, dass durch das Quartiersmanagement Menschen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, ohne andere bestehende Strukturen zu schwächen. Stattdessen wirke sich diese Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner eher entlastend auf bestehende Gremien aus, da diese nun weniger Entscheidungen vor Ort treffen müssten. Auch hier plädiert er für eine flächendeckende Einführung vergleichbarer Beteiligungsstrukturen. Der Ausbau

¹¹³ Interview mit Christian Porst, 2. Juli 2019. Zu den Ausnahmen gehört Mohamed Zaidi, der durch die Gemeinwesenarbeit aktiviert wurde und im Quartiersrat jüngere Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund repräsentiert. Zu Mohamed Zaidi siehe auch Kapitel 6.

¹¹⁴ E-Mail von Tom Liebelt, Mitarbeiter im Gemeinwesenverein Heerstraße Nord, 2. April 2020.

¹¹⁵ Siehe zum Beispiel die „Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2019b).

¹¹⁶ Interview mit Helmut Kleebank, Bezirksbürgermeister von Berlin Spandau, 31. Oktober 2019.

einer solchen Struktur sei unter den momentanen Bedingungen nicht ohne weiteres möglich, da der Fokus in Berlin auf der Gründung neuer Stadtteilzentren liegt, die diese politisch-aktivierende Funktion jedoch nicht erfüllen könnten. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, sei es aber denkbar, das Quartiersmanagement auf längere Sicht stärker mit den Stadtteilzentren zu verzahnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße mit Quartiersrat, Projekt- und Aktionsfonds wichtige Strukturen zur Förderung von lokaler Beteiligung verankert wurden. Die Trägerschaft von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement durch den *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord* ermöglicht Synergien zwischen einer aktivierenden, auf Empowerment und Partizipation ausgerichteten Gemeinwesenarbeit sowie der Koordination und Umsetzung ressortübergreifender Fachpolitiken. Das Untersuchungsgebiet zeichnet sich allerdings durch eine insgesamt geringe politische Beteiligungsrate aus, die sich beispielsweise an der durchgängig niedrigen Wahlbeteiligung zeigt. Hinzu kommt eine in der Bevölkerungsbefragung erkennbare Politikverdrossenheit sowie das Problem, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders schwer erreicht werden. Die Beteiligungsformate können daher unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ihr Potenzial, eine breitere politische Aktivierung und Beteiligung zu bewirken, nicht voll entfalten und müssten – wie im bereits zitierten Strategiepapier „20 Jahre Berliner Quartiersmanagement“ gefordert – weiterentwickelt und mit entsprechenden Ressourcen für eine aktivierende Gemeinwesenarbeit unterlegt werden.

8.2 Hamburg St. Pauli Süd: Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Beteiligung in einem eigensinnigen Stadtteil

Das Thema Wohnen ist angesichts steigender Mieten, Verdrängungsprozesse und Straßenproteste in vielen großen Städten in den letzten Jahren wieder zu einem zentralen und kontroversen Thema in der politischen Debatte geworden (vgl. Holm 2014). Auch in unseren Untersuchungsgebieten ist „bezahlbares Wohnen“ für viele Mieterinnen und Mieter zu einem wichtigen Anliegen avanciert. Dabei haben sich aber auch gebietspezifische Schwerpunkte herausgebildet, die von Akteuren der Gemeinwesenarbeit aufgegriffen und bearbeitet werden. Die *GWA St. Pauli* hat sich im Laufe der Jahre eine besondere Akzeptanz bei der engagierten Auseinandersetzung mit Gentrifizierungskonflikten und Wohnraumproblematik erworben, da diese Themen seit Jahren zentrale lokale Probleme darstellen. In ihrer Stadtteilarbeit fördert die *GWA St. Pauli* Eigeninitiative und Selbstorganisation, vernetzt Einzelne und Gruppen im Stadtteil miteinander, moderiert Dialoge und Konflikte und fördert politische Teilhabe (z. B. Mieterinitiativen, Demonstrationen oder Stadtteilstefte).¹¹⁷

Die Freie und Hansestadt Hamburg verfügt über eine lange Tradition von Konflikten zu den Themen Stadtentwicklung und Wohnen, die sich beispielsweise auch im „Netzwerk von Hamburger Initiativen für eine Stadt für alle“ zeigt, welches ein „Recht auf Stadt“ und „kollektive Selbstorganisation“ postuliert (vgl. Netz-

werk Recht auf Stadt Hamburg 2017). Der Stadtteil St. Pauli ist dabei mit der *PlanBude* auch Schauplatz eines bemerkenswerten Beteiligungsprozesses, der bundesweit Beachtung gefunden hat. Nach dem *Park Fiction* ist es ein weiteres bottom-up-initiiertes Planungsverfahren in St. Pauli mit frühzeitiger und starker Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner. Die *PlanBude* geht auf die Auseinandersetzungen rund um die *Esso-Häuser*¹¹⁸ zurück, die mit dem Verkauf des direkt an der Reeperbahn gelegenen Wohngebäudekomplexes 2009 an die *Bayerische Hausbau* begannen und in der Evakuierung des Komplexes im Dezember 2013 sowie seinem Abriss im Januar 2014 ihren Höhepunkt fanden (vgl. Tribble/Wedler 2019: 204 f.).

PlanBude und St. Pauli Code als Beispiel für gelungenen Beteiligungsprozess

Die *GWA St. Pauli* war von Anfang an in Form von Beratung und Information der Mieterinnen und Mieter eingebunden und begleitet die Betroffenen seit der Evakuierung der *Esso-Häuser* weiter.¹¹⁹ Schließlich ging aus der von der *GWA St. Pauli* angestoßenen Stadtteilversammlung unter dem Motto „St. Pauli selber machen“ im Februar 2014 die „Ballsaalresolution“ hervor, die ein offenes und grundsätzliches Beteiligungsverfahren im weiteren Planungsprozess für das Areal der ehemaligen *Esso-Häuser* einforderte, dem von Seiten der Stadt Hamburg entsprochen wurde. Hieraus entwickelte sich die *PlanBude*, die mit zwei Containern am Bauplatz einen symbolisch wichtigen Ort wählte und einen Raum zum Sammeln und Austauschen von Wünschen und Ideen der Anwohnerinnen und Anwohner etablierte. Mit Hilfe unterschiedlichster Veranstaltungsformate wurden verschiedene Gruppen angesprochen und eingebunden sowie ein niedrigschwelliger und breiter Dialog ermöglicht. So erreichte die *PlanBude* einen Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft in einem ergebnisoffenen Beteiligungsverfahren, das in besonderer Weise allen weiteren Planungsschritten vorgeordnet war (vgl. ebd.: 206 ff.).

Mit der vom Bezirksamt Hamburg-Mitte mit der Durchführung des Beteiligungsprozesse beauftragten zivilgesellschaftlichen Initiative *PlanBude*¹²⁰ ist eine neue Beteiligungsplattform im Stadtteil geschaffen worden, die den Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen sowie zwischen der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner und der Planungsebene der lokalen Politik ermöglicht und bereichert. Als Ergebnis eines umfassenden Beteiligungsprozesses ist der *St. Pauli Code* entstanden, der Grundsätze beschreibt, die nicht nur für die Neubebauung des Areals, sondern exemplarisch auch

¹¹⁷ Siehe hierzu die Einträge auf der Webseite Stadtteilarbeit der *GWA St. Pauli* (*GWA St. Pauli* o. D.).

¹¹⁸ Zu den *Esso-Häusern* siehe den Eintrag bei Wikipedia (o. D.) mit vielen grundlegenden Informationen und weiterführenden Weblinks.

¹¹⁹ Zur Rolle der *GWA St. Pauli* in den Beteiligungsprozessen *Park Fiction* und *Esso-Häuser* siehe auch den Beitrag von Sabine Stövesand (2017) zur „Gemeinwesenarbeit als Akteurin in Gentrifizierungsprozessen“.

¹²⁰ Die *PlanBude* ist aus der AG Planung der Stadtteilkonferenz *St. Pauli selber machen* hervorgegangen und wurde mit dem Ziel gegründet, die Beteiligung des Stadtteils an der Neuplanung der *Esso-Häuser* zu organisieren. Es handelt sich um ein interdisziplinäres Team aus den Feldern Planung, Kunst, Soziale Arbeit, Film, Musik, Architektur.

St. Pauli Code: Die Ergebnisse des Planbuden-Prozesses

1. Unterschiedlichkeit statt Homogenität

St. Pauli ist ein Quartier, das sich durch unterschiedliche Lebensentwürfe, kulturelle Hintergründe, Gender-Orientierungen oder erotische Vorlieben, die vom Mainstream abweichen, auszeichnet. Dies tritt häufig auch sehr deutlich, symbolhaft und drastisch hervor, bestimmt Straßenzüge, Lokale und Fassaden – ganz anders als in der sonst diskret auftretenden Hansestadt.

2. Kleinteiligkeit

Kleinteiligkeit ermöglicht, dass solche unterschiedlichen Läden, Lokale und Begegnungsräume entstehen und trotz Widersprüchlichkeit dicht nebeneinander liegen, sich stapeln und miteinander kommunizieren.

3. Günstig statt teuer

Bis vor kurzem war St. Pauli der ärmste Stadtteil im Westen der Bundesrepublik. St. Pauli ist immer noch einer der ganz wenigen Stadtteile Hamburgs, wo sich unterschiedlichste Klassen begegnen – weil auch die Leute mit weniger Geld hier ausgehen – und wohnen. Auch die kulturelle Vielfalt konnte hier aufgrund günstiger Mieten für Läden und Wohnungen entstehen, durch die rasant steigenden Mieten ist dieses Gleichgewicht gefährdet. Das Viertel hat dadurch nicht nur Bewohner_innen verloren, sondern auch an Originalität.

4. Originalität und Toleranz

Persönlich geprägte Läden, hier Gewachsenes, Originales soll in die neuen Gebäude zurückkehren. Das gleiche gilt für die ehe-

maligen Mieter_innen der Wohnungen, wie auch für Leute, die aus St. Pauli verdrängt werden. Genau das was die Reeperbahn und den Kiez einst auszeichnete, verschwindet heute zusehends. Die Abweichung wird trivialisiert aufgeführt, aber seltener gelebt als früher.

5. Aneignung und Lebendigkeit

Gefragt sind schmutziger Glamour und Lebendigkeit: Angelegene, plakatierte oder getaggte Wände, ein durch die Praxis der Bewohner_innen und Ladenbesitzer_innen geprägter Außenauftritt – statt designer Hochglanzfassaden. Die bisherige Investorenarchitektur der letzten 10 – 20 Jahre hat es nicht geschafft, dass „St. Pauli“ sich in diesen Gebäuden fortsetzt. Gefragt ist deswegen kein Retortendesign – sondern lebendiger Ausdruck.

6. Experiment und Subkultur

Die Reeperbahn kriegt schlechte Noten von den St. Paulianer_innen – zu vorformatiert, überraschungslos und eingeschränkt ist das Vergnügen. Direkt an der Reeperbahn fehlen Orte, an denen Kultur nicht nur aufgeführt – sondern neu erfunden wird. Experimente, Subkultur und Kulturproduktion statt einer vorgefertigten Trivialkultur sind gewünscht.

7. Freiraum ohne Konsumzwang

Neben diesen Experimenten werden auch öffentliche Orte gefordert, die zu Orten des Gemeinsamen, der Begegnung, des Austauschs und der Interaktion werden können, ohne dass diese durch Konsumzwang eingeschränkt werden. Orte, an denen nichts „geboten“ wird außer hohe Aufenthaltsqualität und eine anregende Umgebung sowohl für die Nachbarschaft wie auch die Besucher_innen.

Quelle: *PlanBude 2015*

für die Zukunft des Stadtteils gelten sollen, sowie ein gemischtes Nutzungskonzept für soziales und experimentelles Wohnen, Klein- und Lokalgewerbe, (Sub-) Kultur sowie öffentlich nutzbare Werkstätten, Räume und Flächen. Kleinteilige Strukturen, architektonische Vielfalt, Orte für Experimente und Subkultur, attraktive öffentliche Räume als Orte für Begegnung, Austausch und Gemeinsames sowie günstiger Wohnraum als Bedingung für eine soziale Mischung der Bewohnerschaft erklärt der Code als Voraussetzung für unverwechselbare Nachbarschaften.

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses werden auch von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung sehr gelobt: Der *PlanBude* sei es gelungen, mit insgesamt 2.300 Äußerungen bei einer Wohnbevölkerung von 23.000 Menschen einen signifikanten Anteil der Bewohnerschaft des Stadtteils einzubinden; sie hätten damit eine Beteiligungsquote von acht bis zehn Prozent erreicht, was Bodo Hafke, Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt im *Bezirksamt Hamburg Mitte*, zufolge gar nicht hoch genug wertgeschätzt werden kann. In der vielfältigen Arbeit der

PlanBude und der „aufsuchenden Beteiligung“ sieht der Baudezernent auch eine Form von Gemeinwesenarbeit. Das Team der *PlanBude* habe eine Marke und einen Ort für Ansprache und Austausch geschaffen. Die Menschen wurden in ihrer Lebensrealität abgeholt und ihre Beiträge dann in die „Planersprache“ übersetzt. Dieses Vorgehen war zwar sehr lohnenswert, aber der damit verbundene Aufwand habe angesichts der knappen finanziellen Ressourcen nur durch sehr viel ehrenamtliche Arbeit vom Team aufgefangen werden können.¹²¹

Kulturelles und soziales Herzstück des *PlanBude*-Konzepts ist das *Baufeld 5*, das für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen sowie nachbarschaftliche Nutzungen (Stadtteilkantine, offene Werkstatt für Jugendliche) vorgesehen ist. Allerdings scheiterten die vorgeschlagenen Ausschreibungen mehrfach an den hohen

¹²¹ Interview mit Bodo Hafke, Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt im Bezirksamt Hamburg-Mitte, 8. Oktober 2019.

Kosten, die von Interessentinnen und Interessenten aus der Baugemeinschafts- und Genossenschaftsszenen nicht getragen werden konnten, sodass die Realisierung des ambitionierten Projekts auf der Zielgeraden zu scheitern drohte. Die Stadt Hamburg hat schließlich mit dem Erwerb von Baufeld 5 Verantwortung übernommen, um der breit getragenen Planung aus dem Stadtteil über die Hürden zu helfen, wie der Finanzsenator Dr. Andreas Dressel auf einer Pressekonferenz am 13. Februar 2020 erklärte:

„Das ist ein wichtiger Beitrag für die soziale Stadtentwicklung, den sich ganz viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort wünschen. Auf St. Pauli entsteht mit eindrucksvoller Beteiligung vieler Akteure, wie zum Beispiel der PlanBude, ein lebendiges innerstädtisches Quartier, das den Stadtteil bereichern wird.“ (Pressemitteilung der Behörde für Wohnen und Soziales vom 13. Februar 2020)

Das Handeln des Hamburger Senats hat die Ergebnisse eines bemerkenswerten Beteiligungsprozesses zwar gesichert, aber offenbar zu hohen finanziellen Kosten, sodass die Entscheidung vom Finanzsenator Stephan Dressel als „Ultima Ratio“ bezeichnet wurde: Wäre das Projekt gescheitert, hätte das für „viel Frust“ auf St. Pauli gesorgt. Die Stadt könne aber in Zukunft nicht in jedem Fall „der Ausfallbürge von zu teuer gewordenen Projektentwicklungen sein“ (zitiert nach Twickel 2020).

Das Spannungsfeld zwischen Bewohnerinteressen, Immobilienwirtschaft und Politik wird damit zwar durch Erfahrungen eines erfolgreichen Beteiligungsprozesses angereichert, aber unterschiedliche Bedarfe, Interessen und Handlungsmöglichkeiten werden auch in Zukunft mehr oder weniger konfliktuell aufeinandertreffen.

Zurückgegriffen werden kann dabei auf jeden Fall auf die Erfahrungen, die alle Beteiligten im Rahmen eines erfolgreichen Beteiligungsprozesses gemacht haben. Als Gelingensbedingungen für die „Verankerung des Stadtteilinteresses im Planungsprozess“ werden dabei von Akteuren des *PlanBude*-Teams „im Rückblick“ folgende Punkte hervorgehoben (vgl. Tribble/Wedler 2019: 211):

- „Frühzeitiger Planungsprozess, solange noch Entscheidungsmacht besteht,
- Zusicherung der Relevanz der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses in der weiteren Planung,
- Dauer und Tiefe des Beteiligungsprozesses,
- gleichberechtigte Stellung des Stadtteilinteresses neben den Interessen von Planung und Politik sowie Eigentümer*innen und Investor*innen,
- Ableitung von grundsätzlichen Prinzipien und damit prüfbarer Kriterien für die zukünftige Entwicklung.“

Zum Gelingen des Beteiligungsprozesses haben allerdings nicht zuletzt auch die besondere Mischung der Bevölkerung auf St. Pauli und ihr zivilgesellschaftliches Selbstverständnis beigetragen. Das alternative, beteiligungsorientierte und konfliktbereite, aber auch solidarische Miteinander und Selbstverständnis vieler Bewohnerinnen und Bewohner zeigt sich auch in den Ergebnissen der für die vorliegende Studie durchgeführten Bevölkerungsbefragung. Die Identifikation mit dem Stadtteil, der Umfang sozialer Kontakte, gegenseitige Unterstützung und Hilfe, der Einsatz für lokale Interessen und politisches Engagement – alle diese Werte

sind in St. Pauli besonders ausgeprägt. Nur das Vertrauen in die lokale Politik ist vergleichsweise gering, wofür es aber eine einleuchtende Erklärung gibt: Die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und nicht auf politisch Verantwortliche zu vertrauen, gehört fest zur Tradition und Stadtteilkultur.

Rebecca Lohse, Geschäftsführerin der *GWA St. Pauli*, beschreibt dieses Grundgefühl wie folgt:

*„Es gibt auf St. Pauli ein großes Vertrauen darin, Dinge selber machen zu können. Es wurden positive Erfahrungen gemacht, wie beispielsweise: Es werden Häuser besetzt und daraus werden dann wirklich Wohnungen, die von einer Genossenschaft verwaltet werden, und das ist ein Projekt, was sich trägt. Oder: die Bewohner*innen erobern den Park Fiction und schaffen es, den durchzusetzen, also da gibt es (...) tatsächlich das Gefühl, das wurde nur geschafft, weil es einen großen Druck gab, der sich gegen die Politik durchgesetzt hat.“¹²²*

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und Mobilisierungskraft in St. Pauli, trotz der Einschränkungen, die durch die Rettung in letzter Sekunde deutlich wurden, als besonderes Beispiel eines ergebnisoffenen Beteiligungsformats unter starker Beteiligung der Stadtteilbevölkerung und mit allseits gelobten Ergebnissen gelten kann. Dies markiert eine neue Qualität in der Kooperation zwischen Politik bzw. Verwaltung, (Wohnungs-) Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die *GWA St. Pauli* ist eine wesentliche Akteurin in diesen zivilgesellschaftlichen Aktivierungs- und Beteiligungsprozessen, die von ihr (mit-) initiiert, begleitet und gestärkt werden. Sie bewegt sich allerdings in einem Spannungsfeld von repräsentativer Demokratie und direkten Beteiligungsansprüchen, das Fragen nach dem Rollenverständnis, das die verschiedenen Akteure von der Gemeinwesenarbeit haben, aufwirft.

8.3 Dortmund Nordstadt: Empowerment benachteiligter und artikulationsschwächerer Bevölkerungsgruppen in einem „Ankommensstadtteil“

Die Dortmunder Nordstadt war im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms *Soziale Stadt* „ein Pionier der ersten Stunde“ (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019: 20).¹²³ Schwerpunkte sind die Vernetzung der Akteure, die Stabilisierung und Aufwertung des „Integrationsinkubators“ Dortmund Nordstadt durch erhebliche Investitionen, der restriktive Umgang mit Problemimmobilien sowie gezielte Maßnahmen der Imageverbesserung (vgl. ebd.: 20 ff.). Ein zentrales Anliegen des

¹²² Interview mit Rebecca Lohse und Steffen Jörg, 30. November 2019.

¹²³ Die Dortmunder Nordstadt wurde von 1999 bis 2019 über das Programm *Soziale Stadt* gefördert (seit 1993 im „Integrierten Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“).

Aktionsplans *Soziale Stadt Dortmund* war es zudem, das Selbsthilfepotenzial, das gemeinsame Handeln und das nachbarschaftliche Miteinander der Menschen durch Aktionsraumbeauftragte, Quartiersmanagementteams und Projektfonds zu stärken (vgl. Stadt Dortmund 2018).

Die strategische Ausrichtung des Quartiersmanagements in der Nordstadt hat sich allerdings in den letzten Jahren gewandelt. Seit den Anfängen in den 2000er Jahren waren aktivierend-partizipatorische Ansätze und die Schaffung eines niedrigschwelligen Rahmens für die Artikulation nicht-organisierter Interessen aus der Bewohnerschaft ein wesentlicher Bestandteil der Quartiersmanagement-Arbeit. Die konzeptionelle Ausgestaltung wurde auch durch den *Planerladen* mitbestimmt, der zu den Initiatoren der Quartiersmanagementstruktur gehörte und bis Ende 2010 Träger des Quartiersmanagements im Hafen-Quartier war (vgl. Staubach 2013: 35 ff.). Aus der advokatorischen und parteilichen Haltung des *Planerladens* gegenüber vernachlässigten Interessen im Quartier ergaben sich jedoch Reibungen mit lokal- bzw. kommunalpolitischen Ebenen, die einer Fortsetzung des Quartiersmanagements in dieser Form im Weg standen.

Zuletzt setzte die kommunale Ausrichtung des Quartiersmanagements neue Schwerpunkte in den Bereichen Stadterneuerung, Immobilienmanagement und Imageförderung und zielt damit auf eine städtebauliche Aufwertung des Stadtteils. Die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen ist nur noch ein eher nachrangiges Ziel. Nur wenige der früheren bewohnernahen partizipativen Elemente konnten „gerettet“ werden, wie im Falle der *Nachbarschaftlichen Austausch*.¹²⁴ Der 2005 eingeführte Fonds für *bewohnerschaftliche Projekte in der Nordstadt* – dessen Jury neben Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Interessengruppen im Stadtteil auch mit zufällig aus dem Melderegister ausgewählten Anwohnenden besetzt war (Quartiersmanagement Nordstadt 2009: 19) – ist mittlerweile in den Quartiersfonds (Umfang: 50.000 Euro pro Jahr) umgewandelt worden, wobei nun der Lenkungskreis *Stadtbezirksmarketing Innenstadt-Nord* als Jury über die Förderung von Projekten entscheidet (vgl. Quartiersmanagement Nordstadt n. d.). Anwohnende können (und sollen) somit zwar weiterhin Projekte vorschlagen, sind jedoch nicht mehr niedrigschwellig am Auswahlverfahren beteiligt.

Diese Entwicklung des Quartiersmanagements lässt eine gewisse Abkehr von gemeinwesenorientierten Ansätzen und Strukturen mit direkten Beteiligungs- und Aktivierungsformaten erkennen, die sich an alle – vor allem benachteiligte – Bevölkerungsgruppen im Stadtteil richten. Hierin liegt somit gegenwärtig ein Defizit für die Stadtteilarbeit auf der kommunalen Ebene und eine strukturelle Schwächung von bottom-up-Ansätzen lokaler Demokratie. Zugleich kann die Nordstadt aber auf Erfahrungen aus einem Jahrzehnt gemeinwesenorientierten und empowernden Quartiersmanagements zurückgreifen, an die zukünftig angeschlossen werden könnte. Ein neues Potenzial der gegenwärtigen Quartiersarbeit sehen kommunale Akteure dagegen in der nun verstärkten Rolle des Quartiersmanagements als Vernetzer „oberhalb“ der breiten lokalen Trägerstruktur und in der gemeinwesenbezogenen Arbeit von Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen oder Jugendfreizeiteinrichtungen.

Der *Planerladen* sieht sich in der Stadtteilarbeit nicht als „neutrale Instanz“, sondern versucht aktiv Position zu beziehen für eine

sozialverträgliche und partizipative Quartiersentwicklung. Durch die Projektarbeit werden benachteiligte Bewohnergruppen aktiviert, die sonst nicht repräsentiert werden, darunter vor allem auch Menschen mit Migrationshintergrund. Mit der lokalen Politik ergeben sich dadurch mitunter Meinungsunterschiede, was schließlich zum Verlust des Quartiersmanagements geführt habe:

„Unseren stark partizipativen Ansatz haben wir auch in unserem Angebot [für die Fortsetzung des Quartiersmanagements] klar gemacht. Vor allem haben wir eine Besetzung des Quartiersmanagements mit interkulturellen Tandems sowie die Weiterführung der Bewohnerjurys in allen drei Quartieren als wesentliche Arbeitsprinzipien definiert. Das hat schließlich dazu geführt, dass die Politik uns letztlich nicht mehr wollte.“ (Reiner Staubach)

Von Seiten der kommunalen Politik, die in weiten Bereichen immer noch der früheren Mehrheitsgesellschaft zugewandt sei, sei dieser empowernde Ansatz nicht erwünscht gewesen. Der *Planerladen* mache sich mit seiner explizit auf Inklusion setzenden Haltung „nicht bei allen Institutionen beliebt“ (Reiner Staubach). Letztlich sei der Ausstieg aus dem Quartiersmanagement in der in der Nordstadt praktizierten Ausrichtung daher auch „ein Stück befreiend“ gewesen. Eine Finanzierung über unterschiedliche, vorzugsweise supra-kommunale Förderprogramme vor allem von Land und Bund, sei besser geeignet für eine einmischende und advokatorische Arbeit.¹²⁵

Eine derartige emanzipatorische Handlungsmacht und Unabhängigkeit erscheint allerdings sehr voraussetzungsvoll, muss über Erfahrung und Wissen immer wieder erkämpft werden. Die oftmals unbequeme und politische Konflikte nicht scheuende Haltung des *Planerladens* wird aber auch in Teilen der Stadtverwaltung geschätzt, da sie zur Belebung der lokalen Demokratie beitrage. Christiane Certa, Leiterin Strategische Sozialplanung im Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport und Freizeit der Stadt Dortmund, unterstreicht die politische Komponente der Arbeit des *Planerladens* und lobt die so hervorgerufene Polarisierung als wichtiges Element für das Leben und den Diskurs im Stadtteil:

„Der Planerladen besetzt wichtige gesellschaftliche Felder, gerade auch im Vorfeld von Wahlen, im Handlungsfeld Demokratieförderung usw. Da machen sie wirklich gute Aktionen, machen aufmerksam, rütteln wach. Ihre Plakat- und Postkartenaktionen zum Beispiel find' ich richtig gut.“

Der sozialräumliche Arbeitsansatz des *Planerladens* basiert auf dem Grundsatz der „aktivierenden Einmischung“, die darauf abzielt, nicht nur individuelle Kompetenzen der Bewohnerinnen und Bewohnern zu stärken, sondern diese auch strukturell in die

¹²⁴ Mit den durch das Quartiersmanagement organisierten *Nachbarschaftlichen Austausch* besteht in der Nordstadt eine von der Stadt Dortmund geförderte Beteiligungsform. Sie findet regelmäßig in jedem der drei Nordstadt-Quartiere statt und lädt Bewohnerinnen und Bewohner aus verschiedenen Communities zu einem themenbezogenen Dialog ein. Mit Hilfe von wechselnden Veranstaltungsorten sollen hier möglichst viele Menschen angesprochen und erreicht werden, was jedoch nur bedingt gelingt, da die verschiedenen Communities meist unter sich bleiben.

¹²⁵ Interview mit Prof. Dr. Reiner Staubach in Dortmund, 14. Juni 2017.

Lage zu versetzen, ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten (Kabis-Staubach/Staubach 2017: 5). Dazu gehören horizontale und vertikale Unterstützungsleistungen wie die Förderung der Selbstorganisation verschiedener Gruppen wie z. B. von Mieterinnen und Mietern oder Migrantinnen und Migranten,¹²⁶ die Förderung von Begegnungen von Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus, ethnischen Herkunftsgruppen und Stadtteilen¹²⁷ sowie die Stärkung demokratischer Kompetenzen und Teilhabe

von benachteiligten, weniger artikulationsstarken Gruppen (siehe auch die nachfolgenden Informationen zu den Wahlprüfsteinen zur Kommunalwahl 2014 und zum Jugendforum Nordstadt). Erfolgsfaktoren gelingender sozialräumlicher Aktivierung und Beteiligung seien dabei niedrigschwellige Ansprache, kommunikative Nähe, interkulturelle Öffnung von Angeboten und Institutionen, der Einsatz von Kultur- und Sprachmittlern sowie ein „Dialog auf Augenhöhe“ (Kabis-Staubach/Staubach 2017).

Jugendforum Nordstadt: Aktivierung und Beteiligung von Jugendlichen im Stadtteil

Das Jugendforum Nordstadt verfolgt einen aktivierenden und empowernden Ansatz in der Arbeit mit der Zielgruppe: Das Projekt soll die Partizipation von Jugendlichen aus der Dortmunder Nordstadt an politischen Entscheidungsprozessen auf Stadtteilebene fördern und ihnen bewusst machen, „dass sie mit ihren Ideen und ihrem Engagement den Stadtteil mitgestalten können“ (Planerladen o. D.). Im Rahmen des Projekts werden verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt und angeboten. Dazu gehören u. a. regelmäßig stattfindende Jugendforen sowie das *Speed-Dating der Kulturen*, bei dem es um Begegnung, Dialog und Verständigung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen geht, und mit dem regelmäßig zwischen 40 und 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden.¹²⁸ Bearbeitet werden auch verschiedene kulturelle Formate; es gibt Print-Publikationen mit Geschichten und Gedichten der Jugendlichen und Musikprojekte mit eigenen Musikvideos. Ziel ist es dabei immer, die Jugendlichen anzuregen, ihre eigenen Ideen umzusetzen.¹²⁹ Weitere Formate des Jugendforums Nordstadt sind Antidiskriminierungs- und Antirassismus-Workshops in Schulen, Bildungsfahrten in deutsche und europäische Großstädte (z. B.

Besuch des Anne-Frank-Hauses in Amsterdam und des Europäischen Parlaments in Brüssel), Diskussionsrunden mit lokalen Politikerinnen und Politikern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Jugendparteien zu Engagement und Beteiligung im Stadtteil und in der lokalen Politik. Vor den Landtags- und Bundestagswahlen 2017 führte das Jugendforum Nordstadt beispielsweise Speed-Dating-Runden mit den jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten durch. Die Politikerinnen und Politiker stellten sich hierbei kleinen Gesprächsrunden mit vorbereiteten Fragen. Wie bei anderen Veranstaltungen auch, wurde dieses Format von Jugendlichen moderiert. Für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im September 2020 ist wieder ein Informations- und Austauschformat geplant. Die Kommunalpolitikerinnen und -politiker nehmen gerne an Veranstaltungen des Jugendforums Nordstadt teil und kommen gerne, um sich mit den Jugendlichen auszutauschen, aber die gesellschaftliche Akzeptanz des Engagements sei ambivalent: „Da gibt es ja immer diese Diskrepanz: Man sagt ‚Jugendliche, engagiert euch!‘, aber wenn sie sich engagieren und dann zu kritisch werden, dann gibt es meistens Ärger.“ (Ali Şirin)¹³⁰

Eine Besonderheit des *Planerladens* ist zudem die fruchtbare Beziehung zwischen stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit und wissenschaftlicher Praxisforschung, die sich in zahlreichen Projekten und Veröffentlichungen niedergeschlagen hat. Zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Soziale Integration im Quartier – Förderung von Netzwerken und Begegnungen in benachteiligten Sozialräumen“, das der *Planerladen* zuletzt gemeinsam mit dem ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt hat, gehört beispielsweise, dass institutionellen Akteuren und ihren Unterstützungsangeboten im Sozialraum eine zentrale Rolle zukommt, „um mangelnde bzw. gänzlich fehlende Ressourcen im persönlichen Netzwerk zumindest teilweise auszugleichen“, was auf „den kompensatorischen Charakter von vertikalem Verbindungskapital und insbesondere intermediärer Institutionen“ verweise (vgl. Farwick et al. 2019: 54).

Strategien, die sich auf die Aktivierung und Vernetzung endogener Potenziale und das Angebot kompensatorischer Unterstützungsangebote für benachteiligte Menschen beschränken, seien allerdings in Ankunftsquartieren wie der Dortmunder Nordstadt, die von Armutsrisiken und mangelnden Ressourcen ihrer

¹²⁶ (Frühe) Beispiele sind die Unterstützung eines Bewohnervereins türkischstämmiger Mieterinnen und Mieter in den 1980er Jahren, der *Dortmunder Türkische Elternverein DOTEV e. V.* (2000), der Kleingartenverein *Yeşil Bostan e. V.* (2004) sowie der *Solidaritäts- und Freundschaftsverein der Neuzuwanderer Dortmund (SFN) e. V.* (2014).

¹²⁷ Siehe z. B. das Bürgerforum *Nord trifft Süd* (seit 2012) und das Projekt *Dortmund all inclusive – Ein Projekt zur Förderung des innerstädtischen Grenzverkehrs* (2015 bis 2017).

¹²⁸ Weitere Informationen zum Speed-Dating der Kulturen wie z. B. ein Video, das Jugendliche des Jugendforums Nordstadt zu der Veranstaltung am 21. März 2018 erstellt haben, können über eine Webseite des Netzwerks Bürgerbeteiligung (o. D.) abgerufen werden.

¹²⁹ Im Rahmen des Projekts sind einige Videos entstanden, die auf dem Youtube-Kanal des Jugendforums Nordstadt abrufbar sind (siehe Link im Literaturverzeichnis unter „Weitere Quellen“).

¹³⁰ Interview mit Ali Şirin und Regina Hermanns, *Planerladen*, 19. Juni 2019.

Bewohnerinnen und Bewohner geprägt sind, nicht ausreichend. Es komme vielmehr darauf an, die lokal verfügbaren Ressourcen auch auf der gesamtstädtischen Ebene durch Interessenvertretung, Vernetzung, Verständigung und Vertrauensaufbau zu stärken. Zudem sei in diesen Gebieten „aufgrund eines oftmals fehlenden Bürger- bzw. Wahlrechts eine Rückbindung an die Strukturen der repräsentativen Demokratien nur eingeschränkt gegeben“,¹³¹ sodass durch kommunale Interessenvertretungen, wie zum Beispiel den Integrationsrat der Stadt Dortmund und zivilgesellschaftliche Akteure, „bessere Anschlussmöglichkeiten“ geschaffen werden müssten (ebd.).

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Soziale Integration im Quartier“ waren wiederum für den *Planerladen* Impulsgeber für neue Projektformate: So ist beispielsweise geplant, benachteiligte Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Kampagne und Messe mit Angeboten von Sportvereinen zusammenzubringen, eine Bestandsaufnahme bei Kleingartenvereinen in der Nordstadt im Hinblick auf ihre Offenheit für Zugewanderte und mögliche Bedarfe an interkulturellen Trainingsangeboten zu unternehmen sowie mit dem *Spar- und Bauverein* die Weiterentwicklung nachbarschaftlicher Beratungs- und Begegnungsangebote in dessen Wohnbeständen zu erörtern (vgl. Farwick et al. 2019: 47).

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2014: Lokalpolitische Konzepte zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Eingewanderten aus Südosteuropa

Zur Kommunalwahl in Dortmund im Mai 2014 hat der *Planerladen* in seiner Eigenschaft als Träger der landesgeförderten Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – zusammen mit den Servicestellen in Duisburg und Köln – Wahlprüfsteine zum Umgang mit der Einwanderung aus Bulgarien und Rumänien entwickelt, „um die zur Kommunalwahl antretenden Parteien und Gruppen nach ihren Konzepten zur Verbesserung der Lebenssituation der neuzugewanderten Menschen zu befragen“. Die Parteien wurden gebeten, zu diesbezüglichen Fragen in den Handlungsfeldern Wohnen, Bildung, Arbeit, Sprache, Gesundheit und Willkommenskultur Stellung zu nehmen (vgl. *Planerladen* 2014a). Ziel der Aktion war es, die Neuzugewanderten „umfangreich über die politische Debatte (...) vor Ort zu informieren und sie zur Beteiligung an den Wahlen zu ermutigen und damit ihre Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft zu fördern“ (*Planerladen* 2014b).

Die Wahlprüfsteine und eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien wurden von Seiten der Neuzugewanderten – darunter auch mehrere Jugendliche – mit gro-

ßem Interesse aufgenommen. Sie standen im Zusammenhang vielfältiger Aktivitäten des *Planerladens*, insbesondere mit dem durch das Projekt IRON (*Integration von Roma in der Dortmunder Nordstadt*) angestoßenen Empowerment der Zielgruppe. Frau Kabis-Staubach merkt im Interview an, dass der mit Unterstützung des *Planerladens* gegründete Verein aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse der Mitglieder zwar eher weniger aktiv sei. „Aber letztendlich haben wir da zeigen können, dass die Menschen sehr wohl daran interessiert sind, sich zusammenzuschließen, Verantwortung zu übernehmen, nach eigenen Lösungen zu suchen und auch eine bestimmte Stärke zu finden.“¹³²

Die Zielgruppe wurde dafür sensibilisiert, dass sich nur durch die eigene Teilnahme an Veranstaltungen und die aktive Nutzung ihrer Rechte etwas ändern kann. Seitdem habe die Beteiligung an verschiedenen Formaten deutlich zugenommen. Teilweise muss allerdings für eine erfolgreiche Umsetzung die Niedrigschwelligkeit explizit sichergestellt werden; so wurde beispielsweise 2014 die Wahlbeteiligung von Roma durch die organisierte Begleitung zum Wahlbüro ermöglicht. Durch diese Aktivierung sei vielen der Stellenwert der demokratischen Prozesse deutlich geworden. Allerdings wurden dem eigenen Engagement der EU-Neuzugewanderten auch Grenzen gesetzt, die nur durch die öffentliche Kommunikation mit Hilfe des *Planerladens* überwunden werden konnten. Ein Beispiel hierfür ist der inzwischen deutlich verbesserte Zugang zu Schulen für die Kinder der Zielgruppe. Demgegenüber hätten sich beim Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum bislang kaum Verbesserungen ergeben.

Zu den Besonderheiten des *Planerladens*, so lässt sich resümieren, gehören die Kontinuität der Aktivitäten in der Dortmunder Nordstadt, die Ausgründungen und Netzwerkbeziehungen sowie die Unabhängigkeit des Vereins von kommunalen Finanzaufweisungen. Das ermöglicht es dem *Planerladen*, seinen Ansatz der „aktivierenden Einmischung“ konsequent zu verfolgen. Dieser zielt darauf ab, die individuellen Kompetenzen der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken und sie strukturell in die Lage zu versetzen, ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten. Dazu gehören horizontale und vertikale Unterstützungsleistungen wie die Förderung der Selbstorganisation verschiedener Gruppen, die Förderung von Begegnungen von Menschen aus verschiedenen Herkunftsgruppen, Milieus und Stadtteilen sowie die Stärkung demokratischer Kompetenzen und gesellschaftlicher Teilhabe von benachteiligten und artikulationsschwächeren Gruppen. Seine politische Unabhängigkeit, wissenschaftliche Expertise und

strategische Kooperationen mit Akteuren wie dem Integrationsrat der Stadt Dortmund oder dem Mieterverein Dortmund und Umgebung ermöglichen es dem *Planerladen* zudem, politische Debatten insbesondere im Bereich der Antidiskriminierungs-, Integrations- und Wohnungspolitik erfolgreich anzustoßen.

¹³¹ Siehe hierzu auch den Exkurs „Politische Ungleichheit als Herausforderung für lokale Demokratie“ in diesem Bericht.

¹³² Interview mit Prof. Dr. Reiner Staubach und Tülin Kabis-Staubach, 17. Juni 2019.

8.4 Dresden Prohlis: Verzahnung von Konzepten zur Quartiersentwicklung mit Handlungsprogrammen zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit

Zu den Aufgaben und Zielen des Quartiersmanagements Prohlis gehören die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft sowie die Initiierung, Begleitung und Unterstützung von (Bürgerinnen- und Bürger-) Projekten in den unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und ökonomischen Handlungsfeldern. Wie in anderen Programmgebieten der Sozialen Stadt gibt es in Prohlis einen Quartiersrat und einen Verfügungsfonds, über die demokratische Beteiligung im Stadtteil organisiert wird. Bemerkenswert im Kontext der Stärkung lokaler Demokratie erscheint aber vor allem die Rolle des Quartiersmanagements Prohlis bei der Initiierung und Unterstützung kultureller Angebote wie *Zu Hause in Prohlis* und von Bündnissen wie dem Netzwerk *Prohlis ist bunt!*. Diese Beispiele zeigen, welche Potenziale eine Verzahnung quartiersbezogener Entwicklungskonzepte mit kommunalen Handlungsprogrammen zur Förderung von Demokratie, Integration und Weltoffenheit angesichts der Herausforderungen durch zunehmende Demokratiedistanz und Rechtspopulismus bietet.

Zentrales Handlungsfeld im lokalen Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden 2017 bis 2022 – „Wir entfalten Demokratie“ der Landeshauptstadt Dresden ist die „Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens“. Zu den Zielen gehört es, das demokratische Bewusstsein und Handeln der Einwohnerinnen und Einwohner zu unterstützen, mehr Menschen in demokratische und politische Teilhabeprozesse zu integrieren und Hemmnisse, die eine demokratische Teilhabe erschweren, abzubauen. Zur Unterstützung dieser Ziele sollen vielfältige Aktivitäten in der Stadt und den Stadtteilen entfaltet werden, „die es den Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichen, sich an der Gestaltung des Zusammenlebens zu beteiligen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und dafür einzutreten“. Stadtverwaltung, Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendhilfe und Kultur sind aufgefordert, sich für die Vermittlung demokratischer Werte und die Schaffung demokratischer Strukturen und Partizipationsprozesse einzusetzen und Demokratie aktiv zu praktizieren (Landeshauptstadt Dresden 2017: 22).¹³³

Zu Hause in Prohlis ist ein Gemeinschafts-Kunst-Kulturprojekt, das das *Societaetstheater Dresden* in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Prohlis durchführt.¹³⁴ Mit dem Projekt soll ein „ungewöhnlicher stadtgesellschaftlicher Austausch“ mit dem Ziel belebt werden, auf neue und unkonventionelle Art zu vermitteln: „zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Verwaltung und Verwalteten, zwischen denen, die entscheiden und denen, deren Bedarfe vielleicht zu wenig angehört werden“ (*Zu Hause in Prohlis* o. D.1). Das Projekt möchte einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und zur Schaffung wechselseitiger Wertschätzung und Toleranz leisten. Es möchte dazu beitragen, dass auch Stadtteile wie Prohlis, die „als Großwohnsiedlung am Stadtrand ein Schlusslicht der Standortpolitik darstellen und zum Auffangbecken für Menschen werden, die nicht zu den Gewinnern der ökonomischen Prosperität gehören“, als „Quelle sozialer und kultureller Vielfalt“ wahrgenommen werden (ebd.).

Das mit städtischen Geldern des „lokalen Handlungsprogramms für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden“ und des Dresdner Amtes für Kultur und Denkmalschutz geförderte Projekt wurde im Jahr 2019 mit dem Sächsischen Preis für Kulturelle Bildung *Kultur.LEBT.Demokratie* ausgezeichnet.¹³⁵

Dr. Julia Günther, Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft im Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Dresden, ist von der demokratiefördernden Wirkung dieser kulturellen Angebote überzeugt:

„Wenn ich *Zu Hause in Prohlis* des Societaetstheaters oder auch das ursprünglich in Prohlis entstandene und beheimatete Projekt *Mosaik* (hier musizieren Kinder aller Schichten und mit verschiedener Herkunft miteinander) und deren Effekte für die Vermittlung demokratischer Werte und die Stärkung von gesellschaftlichem Zusammenhalt betrachte, lässt sich aus meiner Sicht sagen, dass kulturelle Aktivitäten ein besonderes Potenzial der Mobilisierung von (unterschiedlichsten) Menschen und einer ‚Demokratiemittlung nebenbei‘ haben und sich gerade in eher problematischen Stadtteilen zur Förderung von Teilhabe und Zusammenhalt eignen.“¹³⁶

Das Netzwerk *Prohlis ist bunt!* ist ein Zusammenschluss aus Einrichtungen und Vereinen, der *Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde Prohlis*, dem *Ortsamt Prohlis* und dem *Quartiersmanagement Prohlis* sowie weiteren Akteuren. Die Beteiligten setzen sich für eine aktive Gestaltung des Stadtteils und ein friedliches Zusammenleben ein. Sie möchten zudem ein Zeichen gegen fremdenfeindliche Einstellungen setzen und in Prohlis ein „Klima des Willkommens“ für Migrantinnen und Migranten, insbesondere Geflüchtete, schaffen. Vom Netzwerk werden verschiedene Projekte wie Deutschkurse und niedrigschwellige Deutschtreffs, Patenschaften zur Unterstützung von Geflüchteten, ein Begegnungscafé, Freizeitangebote und kulturelle Aktionen angeboten. Die einzelnen Aktionen und Projekte werden von engagierten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Unter dem Motto „Zusammen leben – Zusammen wachsen“ hat das Netzwerk *Prohlis ist bunt!* zuletzt am 28. September 2019 alle Prohliser Bürgerinnen und Bürger, Geflüchteten, Menschen mit Migrationshintergrund und Zugezogenen im Rahmen der Interkulturellen Tage Dresden zum Prohliser Bürgerinnen- und Bürgerfest am Prohliszentrum eingeladen (vgl. Netzwerk Prohlis ist bunt o. D.).

¹³³ Das Handlungsprogramm der Landeshauptstadt Dresden wird durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* finanziell unterstützt und inhaltlich-strukturell gestärkt, aber der weitaus größte Teil der geldlichen Unterstützung kommt aus dem kommunalen Haushalt. Inzwischen hat sich ein großes Netzwerk aus über 100 Initiativen, Projektträgern und Vereinen herausgebildet, die jährlich am Förderprogramm teilnehmen (Interview mit Dr. Julia Günther, Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft im Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Dresden, 13. August 2019).

¹³⁴ Siehe z. B. den zweiten Prohliser Theatersommer vom 15. vom 30. Juni 2019 mit einer vielfältigen Mischung aus Musik, Theater, Lesungen, Kabarett und Diskussionsveranstaltungen (vgl. *Zu Hause in Prohlis* o. D.2).

¹³⁵ Der Preis wird vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst in Kooperation mit dem Landesverband Soziokultur Sachsen e. V. ausgelobt.

¹³⁶ E-Mail von Dr. Julia Günther, 19. März 2020.

Aus Sicht von Katrin Lindner, Quartiersmanagerin im Stadtteilbüro in Prohlis, ist das Netzwerk *Prohlis ist bunt!* für alle Beteiligten sehr wichtig, „da es Austausch, Synergien, gemeinsame Aktivitäten, gegenseitige Unterstützung und Sensibilisierung“ ermögliche. Wichtig sei es aber auch für „die Vertretung des Stadtteils und seiner Bedarfe nach Außen“, was bisher noch zu wenig erfolge.¹³⁷ Das Quartiersmanagement habe bei der Entstehung und der Verankerung des Netzwerks eine wichtige Rolle gespielt, da es die zeitlichen Möglichkeiten für die Koordination des Netzwerks zur Verfügung stellt. Im Netzwerk seien überwiegend hauptamtliche Beteiligte aktiv, die mit ihrer fachlichen Expertise jeweils sehr wichtig sind, aber nur bedingt zeitliche Ressourcen für die Netzwerkarbeit haben. Das Quartiersmanagement habe daher teilweise die Mittelakquise für kleinere Veranstaltungen des Netzwerks übernommen, was aber aufgrund des unternehmerischen Trägers derzeit kaum mehr möglich sei. Das Netzwerk verfüge daher über sehr geringe finanzielle Möglichkeiten für Aktivitäten, was die gemeinsame Arbeit erschwere.¹³⁸

Letztendlich fehlt es Katrin Lindner zufolge bei den Entscheidungsträgern an der Erkenntnis, dass die Gemeinwesenarbeit bzw. die gemeinsame Arbeit der Akteure eine ganz wichtige Grundlage für die Teilhabe der Menschen, für einen lebendigen Stadtteil und den Austausch mit anderen Stadtteilen ist. Es gebe städtische Finanzierungsmöglichkeiten, aber es fehlen Akteure in Prohlis, die in der Lage und bereit sind, die Zeit für die Akquise und Abrechnung von Fördermitteln aufzubringen. Das „Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden“ setze zudem sehr hochschwellig an. Es begreife Gemeinwesenarbeit nicht per se als Demokratiearbeit, sondern verlange die Einreichung passender Anträge den Förderbedingungen entsprechend, was für die einzelnen Träger zu anspruchsvoll ist.¹³⁹ Es erscheint daher paradox, dass die Landeshauptstadt Dresden mit dem Lokalen Handlungsprogramm und dem Entwicklungskonzept für Prohlis über Instrumente verfügt, um Handlungskonzepte und -programme zur Demokratie- und Stadtteilentwicklung stärker aufeinander zu beziehen, die damit verbundenen Potenziale aber aufgrund des unternehmerischen Charakters des Trägers des Quartiersmanagements und der Ausrichtung der Förderung nicht in vollem Umfang erschlossen werden können.

Dr. Julia Günther unterstreicht die Bedeutung einer professionellen Begleitung des Netzwerks in einem benachteiligten Stadtteil:

„Im Vergleich zu anderen Stadtteil- und Willkommensnetzwerken erscheint mir das Prohliser Netzwerk sehr auf die flankierende Begleitung des Quartiersmanagements und professioneller Einrichtungen bzw. Träger von sozialen Diensten im Gebiet angewiesen, während andere Stadtteilinitiativen ohne diese feste Unterstützung auskommen. Das kann natürlich auch der besonderen Spezifik des Quartiers und seiner Anwohnerstruktur geschuldet sein, die ein intensiveres professionelles Begleiten und Monitoring erforderlich machen, während nachbarschaftliche Bündnisse in weniger schwierigen Stadtteilen ohne diese Hilfe und mit rein ehrenamtlichem Einsatz und Laienarbeit auskommen.“¹⁴⁰

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in der Landeshauptstadt Dresden belegen die Herausforderungen für die (lokale) Demokratie eindrucksvoll.¹⁴¹ Im Quartiersmanagementgebiet Prohlis war die

Wahlbeteiligung bei der Stadtratswahl im Mai 2019 mit 48,2 Prozent mehr als 15 Prozent niedriger als in Dresden insgesamt (66,9 %). Der Stimmenanteil der Partei Alternative für Deutschland (AfD) lag zudem mit 27 Prozent deutlich über dem entsprechenden Wert für die Gesamtstadt (17,1 %). Bei der Landtagswahl in Sachsen im September 2019 hat sich diese Schere noch weiter geöffnet. Mit einer Wahlbeteiligung von 72,2 Prozent wurde in Dresden zwar der höchste Wert seit 1990 registriert, aber in Prohlis Süd war die Wahlbeteiligung mit 49,3 Prozent am niedrigsten (36 Prozentpunkte weniger als im Stadtteil mit der höchsten Wahlbeteiligung). Zugleich erreichte die AfD in Prohlis mit Werten von über 35 Prozent (Prohlis Süd: 39,1 %; Prohlis Nord: 36,8 %) ihre höchsten Stimmenanteile auf Stadtteilebene; in der Gesamtstadt erreichte die Partei 20,7 Prozent der Zweitstimmen (Landeshauptstadt Dresden 2019).¹⁴²

Mit dieser demokratischen Herausforderung lässt sich nach Meinung von Katrin Lindner, Quartiersmanagerin in Prohlis, am besten dadurch umgehen, dass man Menschen niedrigschwellig „an die Hand nimmt“ und zum Engagement anregt. So könne man am besten „Ressourcen anstupsen“. Dies bedeute, dass vor allem handlungsorientierte Formate, die im Rahmen einer eher unpolitischen Tätigkeit, wie beispielsweise Gärtnern oder Musizieren, eine Möglichkeit für Austausch und Verständigung zwischen verschiedenen Gruppen bieten, geeignet seien, um demokratische Kompetenzen zu vermitteln. Katrin Lindner plädiert in diesem Zusammenhang für eine niedrigschwellige Demokratieförderung. Die „traditionellen“ politisch orientierten Projekte seien „eher auf die Mittelschicht ausgelegt“ und in Bezug auf

¹³⁷ E-Mail von Katrin Lindner, 20. März 2020. Eine Förderung über das Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden wie auch über *Demokratie leben!* ist aufgrund des unternehmerischen Charakters der Trägergesellschaft nicht möglich, da sich beide Programme ausschließlich an gemeinnützige Organisationen richten.

¹³⁸ Ebd. Eine Förderung über das Lokale Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden wie auch über *Demokratie leben!* ist aufgrund des unternehmerischen Charakters der Trägergesellschaft nicht möglich, da sich beide Programme ausschließlich an gemeinnützige Organisationen richten.

¹³⁹ E-Mail von Katrin Lindner, 20. März 2020.

¹⁴⁰ E-Mail von Dr. Julia Günther, 09. Februar 2020.

¹⁴¹ Auf die Notwendigkeit einer kommunalen und ressortübergreifenden Strategie der Demokratieförderung hat vor einem Jahrzehnt bereits eine Studie der Universität Bielefeld verwiesen, die für Prohlis überdurchschnittliche Werte in Bezug auf die Gefühle politischer Machtlosigkeit, die Wahrnehmung von Konflikten zwischen Gruppen sowie bei der Verbreitung fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Einstellungen gezeigt hatte (vgl. Heitmeyer et al. 2010).

¹⁴² Eine milieubezogene Analyse der Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Landtagswahl in Sachsen kommt zu dem Ergebnis, dass die Höhe des AfD-Anteils in Dresden mit der Bevölkerungszusammensetzung in den Stadtteilen zusammenhängt. Es seien „weder die ärmsten noch die am stärksten von Sozialtransfers betroffenen Stadtteile, in denen die AfD besonders punkten kann“, sondern Plattenbau-Gebiete wie Prohlis, „deren Bewohner den – durch ostdeutsche Identitäten und den Transformationsprozess zusätzlich geprägten – Milieus der Bürgerlichen Mitte oder des Prekären Milieus angehören, in der Regel mit begrenzten Zukunftsperspektiven und Sorgen“ (Hallenberg 2020 [Teil III]: 10).

die demokratische Lücke weniger wirksam als andere Formen von Aktivierung und Empowerment, die die Menschen besser ansprechen könnten: „Es muss diese positiven Erfahrungen im Machen geben.“ Dafür brauche es eine stärkere Anerkennung der demokratischen Dimension alltagspraktischer Projekte, die nicht sofort als solche erkannt würden.¹⁴³

Reflexionsworkshop „Gemeinwesenarbeit und Lokale Demokratie“ in Berlin am 3. März 2020

Im Rahmen des Workshops wurde der Frage nachgegangen, wie Gemeinwesenarbeit – vor dem Hintergrund zunehmender Spaltungen in der Gesellschaft – zu einer Stärkung demokratischer Haltungen und Kompetenzen beitragen. Der starke Aufstieg des organisierten Rechtspopulismus insbesondere in den ostdeutschen Plattenbauvierteln wie Dresden Prohlis, aber auch in abgehängten westdeutschen Stadtvierteln wie Spandau Staaken, stellt eine besondere Herausforderung für die (lokale) Demokratie dar. Diese Entwicklung wirft aber auch Fragen für die Akteure der Gemeinwesenarbeit auf, die nicht leicht zu beantworten sind: Wie geht Gemeinwesenarbeit mit demokratiefeindlichen Einstellungen und gruppenbezogenen Abwertungen um? Wie kann Gemeinwesenarbeit demokratische Haltungen und Kompetenzen fördern? Welchen Beitrag kann Gemeinwesenarbeit leisten, zunehmenden Spaltungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken? Im Rahmen des Reflexionsworkshops wurden verschiedene Schattierungen (rechts-) populistischer Herausforderungen angesprochen, die Praxisrelevanz besitzen. Diese zeigen sich auf den Ebenen Wahlverhalten, Meinungsäußerungen auf Veranstaltungen bzw. über Soziale Medien sowie bei politischem Engagement im Quartier. Die Aussagen der Akteure aus den Gebieten Berlin Heerstraße Nord und Dresden Prohlis, in denen die AfD bei den letzten Kommunalwahlen Stimmenanteile von 20 bis 30 Prozent erzielte, zu Ohnmachtsgefühlen und Opfererfahrungen in Teilen der Wohnbevölkerung können dabei als Versuche gedeutet werden, (rechts-) populistische Meinungen, mit denen sie im Quartier konfrontiert werden, zu dekonstruieren, um mit den Menschen im Gespräch zu bleiben. Notwendig erscheint dabei ein Reflexionsprozess der Gemeinwesenarbeit im Hinblick auf die Wirkungen ihrer Arbeit auf demokratische Einstellungen und Haltungen, wobei sich Ambivalenzen – im Spannungsfeld zwischen Aktivierung und Empowerment, Verständnis für Ohnmachtsgefühle in Teilen der Bevölkerung und der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Haltungen und gruppenbezogenen Vorurteilen – nicht einfach auflösen lassen.

Die Landeshauptstadt Dresden hat auf diese Herausforderungen, so lässt sich resümieren, mit der Entwicklung und Fortschreibung von Konzepten und Handlungsprogrammen zur Förderung von Demokratie, Teilhabe und Weltoffenheit sowie der Verzahnung mit sozialraumbezogenen Entwicklungskonzepten reagiert. So hat das vom Quartiersmanagement unterstützte Netzwerk *Prohlis ist bunt!*, das sich für eine „gelebte Demokratie“, einen „entspannten und konstruktiven Umgang miteinander“ und ein „Klima des Willkommens“ einsetzt, zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktivitäten im Stadtteil entfaltet, die das Miteinander

im Stadtteil und den Umgang von Geflüchteten und Neuzugewanderten nachhaltig geprägt haben. Die soziale Netzwerkarbeit des Quartiersmanagements und auch die Begegnungs- und Integrationsarbeit im Gemeinschaftsgarten sowie die soziokulturellen Aktivitäten des *Societaetstheaters*, scheinen positiv auszustrahlen und zur Verbesserung des Zusammenlebens beizutragen. Die Beispiele zeigen, dass die Verzahnung kommunaler und sozialraumbezogener Konzepte wirksam ist, wenn lokale Akteure wie das Quartiersmanagement Prohlis einbezogen, und zentrale Akteure im Quartier themenbezogen vernetzt werden. Die optimale Erschließung dieser Potenziale erfordert allerdings eine Basisförderung des Netzwerks *Prohlis ist bunt!*, eine deutliche Verbesserung des Ressourcen des Quartiersmanagements sowie eine niedrigschwelligere und sozialraumbezogenere Förderung z. B. auch von Infrastruktur für Begegnungsorte und freiwilliges Engagement.

8.5 Düren: Aufbau und nachhaltige Verankerung von Beteiligungsgremien in Wohnquartieren und Stadtteilen

Das Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung der *Evangelischen Gemeinde zu Düren* (kurz: *GWA-Büro*) unterstützt – im Auftrag der Stadt – zivilgesellschaftliche Akteure in Wohnquartieren und Stadtteilen beim Aufbau und der „Verselbständigung“ von Organisationsstrukturen:

„Die angestrebten Veränderungsprozesse werden nicht stellvertretend für, sondern mit den entstandenen Akteursgruppen und Organisationen umgesetzt“ (Schaaf 2014a: 70). „Alles, was wir tun, ist darauf ausgerichtet, dass die Organisation es tut. Wir treten in der Regel nicht als StellvertreterInnen auf, wir treten auch nicht als AnwältInnen auf, wir tun alles, damit die Leute es selber tun“ (ebd.: 2014b: 218).¹⁴⁴

Gelingensbedingungen sind dabei eine „klare Aufgabenteilung“ zwischen Stadt, Wohnquartier bzw. Stadtteil und *GWA-Büro*, die Orientierung der Gemeinwesenarbeit an Essentials für den Aufbau selbständiger Organisationen im Wohnquartier oder Stadtteil (siehe auch Abbildung 39) sowie die Entwicklung und Festlegung einer Strategie, um realistische Ziele effizient zu erreichen. „Die Aufgaben des *GWA-Büros* sind dabei im Wesentlichen Aktivierung und Organisationsberatung, Strategie- und Taktikberatung sowie Recherche und Hintergrundarbeit“ (Schaaf 2014a: 70 f.).

Die Arbeit des *GWA-Büros* hat nach Einschätzung vieler Beteiligten dazu beigetragen, dass die Menschen vor Ort in den Dürener Stadtteilen, in denen die Gemeinwesenarbeit aktiv ist,

¹⁴³ Aus dem Protokoll der Arbeitsgruppe 3 „Demokratische Haltung und Kompetenzen“, Reflexionsworkshop „Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie“, Berlin, 03. März 2020.

¹⁴⁴ Hermann Schaaf entwickelte gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen bereits vor vielen Jahren den konzeptionellen Ansatz der Gemeinwesenarbeit in Düren.

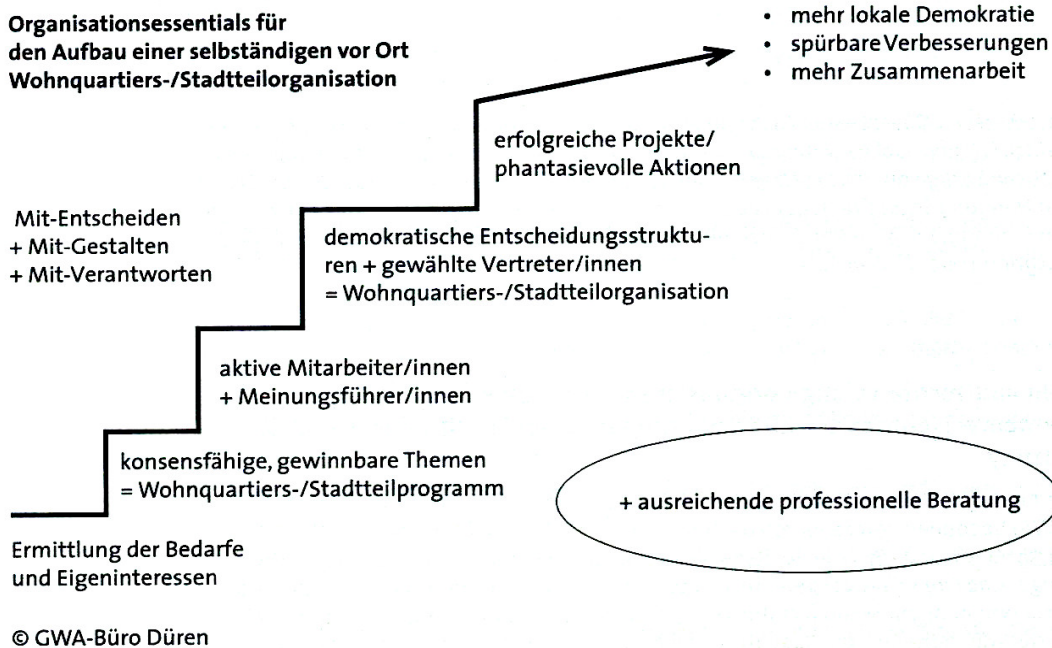


Abbildung 38: Organisationsessentials für den Aufbau einer selbständigen Wohnquartiers-/ Stadtteilorganisation vor Ort, Quelle: Schaaf 2014a: 70

eine „starke Stimme“ entwickelt haben, die eingebracht und von der Politik nicht ignoriert wird: In Düren sei dadurch

„ein Stück weit mehr Basisdemokratie entstanden, als wir das in unserem demokratischen System klassischerweise erleben, indem die Politik als Vertreter von Bürgerschaften gewählt wird und dann nicht selten abgekoppelt vom Bürgerwillen Ziele verfolgt und umsetzt. [...] Gerade im kommunalen Raum, wo politische Entscheidungen oftmals so direkt Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben und Politik auf so kurze Distanz erlebt wird, ergeben sich aus einer stärkeren basisdemokratischen Ausrichtung große Chancen für eine lebendige und vielfältige demokratische Kultur.“¹⁴⁵

Das GWA-Büro fordert den Ausbau demokratischer Beteiligungsstrukturen über Bürgerinnen- und Bürgervereine und Stadtteilvertretungen. Als besonderes Beispiel kann der Beteiligungsprozess in Düren-Nord angeführt werden, wo mit der Aktivierung der Bewohnerschaft aus benachteiligten Wohnquartieren und dem Aufbau von Beteiligungsstrukturen wie Stadtteilversammlung, Stadtteilvertretung und auch der Stadtteilzeitung Instrumente geschaffen worden sind, die alle Bevölkerungsgruppen im Stadtteil erreichen und repräsentieren sollen.

Die *Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V.* ist getragen von der Idee der Repräsentation aller Akteure, Bevölkerungsgruppen und Institutionen im Stadtteil. Gearbeitet wird daher nicht mit Einzelpersonen, sondern mit Gruppen, die durch Delegierte vertreten werden:¹⁴⁶

Das Gremium

„besteht aus 32 Delegierten, die alle relevanten Akteursgruppen (Vereine, Migrant/innen, soziale Einrichtungen,

- mehr lokale Demokratie
- spürbare Verbesserungen
- mehr Zusammenarbeit

Institutionen, Kindergärten, Schulen, Wohnquartiere und Gewerbe) repräsentieren und von der Stadtteilversammlung jedes Jahr neu gewählt werden. Die Stadtteilvertretung ist erklärtermaßen parteipolitisch unabhängig, nationen- und religions-übergreifend sowie eigenständig und demokratisch“ (Schaaf 2014a: 74).

Zu den Zielen der am 7. März 2012 gegründeten und als Verein organisierten Stadtteilvertretung gehören laut Satzung der

„Aufbau von nachhaltigen Kooperationsbeziehungen zwischen den im Stadtteil ansässigen deutschen [Vereinen] und Migrantenvereinen, Bewohnergruppen, Institutionen und Gewerbetreibenden, [die] Unterhaltung einer sozio-kulturellen Begegnungsstätte für Deutsche und Migranten (Haus für Alle), [die] Errichtung und Instandhaltung kindgerechter Spielplätze und geeigneter Treffpunkte für junge und ältere Menschen, [die] Durchführung von sozialen und kulturellen Veranstaltungen, die das Gemeinwohl fördern (Kampagnen gegen Drogenmissbrauch und für ein sauberes Nord-Düren) [sowie] Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil“ (vgl. Stadtteilvertretung Nord-Düren o. D.).

Vera Schellberg, Pfarrerin und Mitglied des Leitungsgremiums der Evangelischen Gemeinde zu Düren, hebt die besondere Qualität des Beteiligungsansatzes hervor:

„Wir versuchen, dass Beteiligung nicht nur ist, dass die Leute mal sagen können, was sie meinen, und jemand

¹⁴⁵ Interview mit Achim Biergans, 13. September 2019, sowie E-Mail vom 16. April 2020.

¹⁴⁶ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

anderes macht dann schon was Gutes daraus, sondern dass es eine Struktur gibt, in der die Leute ihre Interessen einbringen und auch verfolgen [können]. Dass daraus das wird, was sie gemeint haben. Dass das damit auch unabhängige Größen sind, die sich politisch ins Gespräch bringen. [...] Das andere ist, dass es nicht nur punktuelle Sachen sind, sondern dass da Bewohnergruppen oder Stadtteilvertretungen Verantwortung für einen bestimmten Sozialraum übernehmen, die man, was immer da ist, ansprechen kann und die sich auch verantwortlich fühlen.“¹⁴⁷

Und Gerd Grzella, ehemaliger Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung der Stadt Düren, beobachtet sogar eine Neu-Programmierung der lokalen Demokratie: „Es entstehen neue zivile Strukturen, in den Stadtteilen, die die Demokratie neu buchstabieren, von unten her.“¹⁴⁸

Der *Stadtteilvertretung Nord-Düren* gelingt es, mit Hilfe der Beratung und Unterstützung durch das GWA-Büro, zu verschiedenen Themen relevante Akteure an den Tisch zu bekommen, um gemeinsam nach Lösungen für Probleme zu suchen. Unter anderem ist es gelungen, problembezogen ressortübergreifende Treffen mit der Verwaltung zu etablieren, um Herausforderungen wie die Nutzung des öffentlichen Raumes und illegale Müllablagerungen gemeinsam angehen zu können. Ein weiteres Beispiel ist das Thema „Problemimmobilien“, zu denen einige Häuser in Düren-Nord gezählt werden und in denen Mieterinnen und Mieter zum Teil unter schwierigsten Bedingungen leben. Durch die Beharrlichkeit der Stadtteilvertretung und ihr kontinuierliches Nachhaken bei Politik und Verwaltung fanden verschiedene Dialogrunden und Vor-Ort-Besichtigungen statt. Auch dank dieser engen Zusammenarbeit zwischen Kommune und Stadtteilvertretung ist es der Stadt Düren gelungen, in das „Modellvorhaben Problemimmobilien“ des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen zu werden.

Allerdings zeigen sich am Beispiel der (geplanten) Einrichtung von Bezirksausschüssen auch Spannungen zwischen dem repräsentativ-demokratischen und dem basisdemokratischen System der Interessenvertretung in den Stadtteilen. So wird in der Dürener Politik seit längerer Zeit darüber gestritten, ob in Düren-Nord ein Bezirksausschuss eingerichtet werden soll.¹⁴⁹ Nach langem Diskussionsprozess stimmte der Rat der Stadt Düren im März 2018 mit einer Stimme Mehrheit für einen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE für den Ausschuss; allerdings erreichte der Antrag nicht die für eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt Düren notwendige Anzahl seiner Mitglieder, sodass das Vorhaben vorläufig gescheitert ist. Die Befürworterinnen und Befürworter des Antrags favorisieren „ein echtes politisches Gremium, da es mehr Einflussmöglichkeiten“ besitzt, während CDU und AfD gegen einen Bezirksausschuss votierten, weil es in Düren-Nord bereits eine Stadtteilvertretung gibt, „die sich ihrer Ansicht in ähnlicher Weise um den Stadtteil kümmert“ (Aachener Zeitung, 18. März 2018).

Die *Stadtteilvertretung Nord-Düren* konnte in der Einrichtung dieses politischen Gremiums „keine wesentlichen Vorteile“ erkennen, da ein Bezirksausschuss nach der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Hauptsatzung der Stadt Düren „ein relativ schwaches Gremium ist, welches überwiegend nur gehört wird“. Es wurde im Gegenteil befürchtet, „dass die

Arbeit der Stadtteilvertretung durch den Ausschuss eher geschwächt würde, weil sie aktuell das zentrale basisdemokratische Gremium – an dem sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können – im Stadtteil ist, das den Dialog mit Politik und Verwaltung organisiert, moderiert und die Themen festlegt (z. B. in der Dialogrunde Politik, der Dialogrunde Verwaltung und den Projektgruppen)“ (GfV Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V.).¹⁵⁰

In einer Fokusgruppensitzung mit Mitgliedern der *Stadtteilvertretung Nord-Düren* wurde diese Haltung bekräftigt. Die vom GWA-Büro unterstützte *Stadtteilvertretung* funktioniere und ein Bezirksausschuss sei keine schlagkräftigere Form der Interessenvertretung. Es sei widersinnig, einen Bezirksausschuss einzusetzen, wenn man eine Stadtteilvertretung habe. Mit Selbstbewusstsein werden lokaler Eigensinn und Selbstvertretungsanspruch vertreten: „Wir sind unbequemer. Wir treffen immer genau den Nerv.“ „Wir können auch ohne Bezirksausschuss unsere Interessen durchsetzen.“¹⁵¹

Dieses Spannungsverhältnis zwischen lokalen Vertreterinnen und Vertretern des repräsentativ-demokratischen Systems und den in den Stadtteilen durch die Gemeinwesenarbeit geförderten basisdemokratischen Strukturen zeigt sich auch im Stadtteil Birkesdorf, wo ein von Bund und Land gefördertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) umgesetzt wird. Spannungen deuten sich auch hier an zwischen einem in der Hauptsatzung der Stadt Düren verankerten Bezirksausschuss als lokalem Beteiligungsformat und einer Gemeinwesenarbeit, die die Menschen vor Ort unabhängig von der lokalen Politik aktivieren und stärken möchte. Hier zeigt sich ein „potenzieller Kompetenzkonflikt“, der sich aus Sicht der stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Düren durch eine „klare Aufgabenteilung zwischen Politik und Gemeinwesenarbeit“ regeln lässt.¹⁵² Es zeigen sich aber auch unterschiedliche Vorstellungen von Beteiligung, wie das beispielsweise von einer Vertreterin des Trägers der Gemeinwesenarbeit in Düren angesprochen wird. Sollen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, indem sie ihre Vorstellungen äußern, die dann in ein Handlungsprogramm einfließen, das anschließend von der Politik beschlossen wird, oder können sie frühzeitig und nachhaltig mitentscheiden, mitgestalten und mitverantworten?¹⁵³

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Akteure der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit in den fünf Untersuchungsorten auf sehr unterschiedliche Art und Weise zu einer Ausgestaltung und Stärkung demokratischer Beteiligungsstrukturen beitragen. Mit der Initiierung und Begleitung von Initiativen, Interessenvertretungen und Netzwerken trägt die Gemeinwesenarbeit wesentlich dazu bei, dass Menschen in benachteiligten Gebieten eine Stimme haben, alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden, ihre Interessen wirksam vertreten können und

¹⁴⁷ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

¹⁴⁸ Interview mit Gerd Grzella, 13. September 2019.

¹⁴⁹ Bezirksausschüsse gibt es in der Stadt Düren bislang nur in den am 1. Januar 1972 eingemeindeten Ortsteilen, nicht aber im alten Stadtgebiet, zu dem auch Düren-Nord gehört.

¹⁵⁰ Zitiert nach einer E-Mail von Achim Biergans vom 31. März 2020

¹⁵¹ Fokusgruppe mit Mitgliedern der *Stadtteilvertretung Nord-Düren* e. V., 12. September 2019.

¹⁵² Interview mit Liesel Koschorreck, 12. September 2019.

¹⁵³ Interview mit Vera Schellberg, 12. September 2019.

von der Politik gehört werden. Zu den förderlichen Bedingungen gehören dabei insbesondere Engagement und Potenziale der Akteure im Stadtteil, Strategien und Ressourcen der Gemeinwesenarbeit sowie nicht zuletzt auch Offenheit der Verwaltung und Responsivität der lokalen Politik. Weitere Erfolgsfaktoren sind die sozialräumliche Verzahnung von Konzepten und Strategien der Stadtteilentwicklung mit niedrighschwelligem Programmen zur Förderung von Demokratie, Integration und Weltoffenheit.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Gemeinwesenarbeit werden maßgeblich von der Ausgestaltung und den Handlungsschwerpunkten einer aktiven und strategisch orientierten Kommunalpolitik geprägt. Gemeinwesenarbeit ist vor allem dort wirksam, wo Städte sozial benachteiligte Stadtteile unterstützen und stärken, zivilgesellschaftliche Initiativen fördern, die sich für Demokratie, Akzeptanz von Vielfalt und Weltoffenheit bzw. die Integration und Teilhabe von Zugewanderten einsetzen, sowie eine frühzeitige und nachhaltige Beteiligung ermöglichen und strukturell verankern. Trotzdem ist das Verhältnis zwischen repräsentativ-demokratischem System und den Lebenswelten vieler Menschen vor Ort zumeist ambivalent, von einem Mangel an Interesse und Vertrauen geprägt sowie zuweilen auch spannungsreich und konfliktgeladen. Eine Strategie zu einer nachhaltigen Stärkung lokaler Demokratie wird dabei unter Nutzung der Potenziale einer aktiven Gemeinwesenarbeit die verschiedenen Modi der demokratischen Beteiligung (repräsentative, direkte und deliberative Demokratie) nicht nur weiterentwickeln und stärken, sondern auch besser aufeinander abstimmen müssen.

Frank Gesemann

9 Fazit und Ausblick

In Deutschland – wie auch in anderen europäischen Staaten – zeigen sich Erosionserscheinungen der Demokratie in einer Vielzahl von Bereichen. Digitalisierung, Internationalisierung und Ökonomisierung begrenzen den Gestaltungsspielraum von Politik. Wachsende soziale und sozialräumliche Disparitäten, aber auch unterschiedliche Lebensstile und Wertorientierungen schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Vertrauen in Parteien und Politik ist niedrig, die Unzufriedenheit mit der Demokratie wächst und gruppenbezogene Vorurteile und antidemokratische Einstellungen verhärten sich. Demokratien stehen angesichts von Globalisierung und Ökonomisierung, begrenzter Handlungsspielräume von Nationalstaaten sowie neonationalistischer Strömungen unter Druck. Reformpotenziale der Demokratie werden im Bereich der politischen Beteiligung in der Weiterentwicklung und Verzahnung politisch-repräsentativer, direktdemokratischer und deliberativer Elemente gesehen.

Chancen einer solchen Revitalisierung der Demokratie werden zu Recht auf der kommunalen Ebene gesehen. Demokratische Kompetenzen können bereits in Kitas und Schulen entwickelt, gestärkt und im sozialen Nahraum erprobt werden. In der Nachbarschaft und im Stadtteil können Gelegenheiten geschaffen werden, um Interessen zu artikulieren, zu bündeln und zu verhandeln. Die geringere Distanz zwischen Politik, Verwaltung und lokaler Bevölkerung bietet besondere Chancen für die Schaffung vielfältiger Beteiligungsmöglichkeiten, sodass die Kommunen als „Experimentierbaustelle“ und „Innovationswerkstatt“ für eine Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie genutzt werden können. Allerdings sind Kommunen ebenfalls von Prozessen schrumpfender politischer Gestaltungsspielräume, zunehmender sozialräumlicher Spaltungstendenzen und einer wachsenden Unzufriedenheit mit Politik und Verwaltung betroffen. Kommunen haben mit finanziellen Engpässen und personeller Unterausstattung von Verwaltung und Politik zu kämpfen, die sich insbesondere in benachteiligten Stadtteilen mit ihren komplexen Anforderungen negativ auswirken.

Gemeinwesenarbeit fördert eine partizipative Verbesserung der Lebensbedingungen im Sinne der Bewohnerschaft im Stadtteil und setzt damit klar auf der lokalen Handlungsebene an. Eine aktive und gut ausgestattete Gemeinwesenarbeit bietet unausgeschöpfte Potenziale für eine Stärkung lokaler Demokratie. Im Zentrum der Studie stand die Frage, welchen Beitrag Gemeinwesenarbeit für die Aktivierung und Stärkung von Individuen, eine lebendige Zivilgesellschaft und lokale Beteiligungsmöglichkeiten leistet. Gemeinwesenarbeit ist zumeist in Gebieten entstanden, in denen viele Bewohnerinnen und Bewohner ein geringes Einkommen, ein niedriges Bildungsniveau und wenig politische Partizipationschancen haben. Eine Vitalisierung der lokalen Demokratie durch eine Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten in benachteiligten Gebieten erscheint besonders relevant und erfordert gleichzeitig die Anerkennung der Potenziale und Leistungen dieser Stadtviertel für die Gesamtstadt sowie die Bildung von Brücken, die über das Quartier hinausreichen. Die Gemeinwesenarbeit agiert in diesem Kontext als wichtige Mittlerin und kann ihre Potenziale vor allem dann voll entfalten, wenn sie über eine hinreichende Ressourcenausstattung zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt. Die von der Gemeinwesenarbeit ausgehenden Impulse flankieren eine Kommunalpolitik, die sozialraumbezogen und diversitätssensibel Engagement fördert und „echte“ Beteiligung ermöglicht.

Das Wirkungsgefüge und die Strukturierungshilfe der Vorexper­tise haben sich als theoretische Bezüge und Leitgerüste für die Durchführung und Auswertung der empirischen Erhebungen bewährt. Die Ergebnisse der Erhebungen unterstreichen, dass die Qualität der lokalen Demokratie als komplexes Wirkungsgefüge konzipiert werden kann, bei dem die einzelnen Elemente aufeinander aufbauen. Soziale Integration beeinflusst politisches Interesse, das wiederum Voraussetzung für die Herausbildung von politischer Kompetenz, politischem Vertrauen und Zufriedenheit ist. Diese Kerngrößen prägen schließlich die Bereitschaft zur politischen Beteiligung. Die Potenziale der Gemeinwesenarbeit bestehen darin, dass sie mit ihren Angeboten auf unterschied-

lichen Ebenen ansetzt: bei der Stärkung individueller Kompetenzen, der Förderung einer lebendigen Zivilgesellschaft und der Mitgestaltung von Partizipationsmöglichkeiten in der Kommune. Wirkungen einer aktiven Gemeinwesenarbeit werden wiederum von der Ausrichtung der Kommunalpolitik beeinflusst, wobei Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung wesentliche Gelingensbedingungen für die Schaffung eines politischen Resonanzraums sowie für eine Stärkung lokaler Demokratie sind, die alle Bevölkerungsgruppen mitnimmt.

9.1 Herausforderungen für Kommune und Gemeinwesenarbeit in den untersuchten Gebieten

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in den Untersuchungsgebieten veranschaulichen die Komplexität lokaler Situationen und unterstreichen die Besonderheiten, Logiken und Muster sozialer und demokratischer Integration vor Ort. Zu den übergreifenden Herausforderungen gehören Armut und wirtschaftliche Probleme, eine weiter zunehmende sozialräumliche Segregation, eine hinsichtlich der Verbundenheit mit dem Stadtteil geteilte Bevölkerung, ein eher geringer Einsatz für lokale Interessen und niedrige Werte hinsichtlich der politischen Beteiligung sowie geringem Vertrauen in lokale Politik.

Angesichts spezifischer lokaler Bedarfe und Herausforderungen ist die Vorstellung von „Patentrezepten“ wenig zielführend. Eine zentrale Herausforderung sowohl für Gemeinwesenarbeit als auch für Kommunalpolitik liegt damit in der Notwendigkeit, ihr jeweiliges Handeln möglichst passgenau mit den Gegebenheiten vor Ort und insbesondere der Bevölkerung in Übereinstimmung zu bringen. Hilfreich dafür erscheinen Offenheit und Gelegenheiten für gegenseitigen Austausch, ein gemeinsames Verständnis der Aufgaben und lokalen Bedarfe bei gleichzeitiger Anerkennung unterschiedlicher Rollen von Gemeinwesenarbeit und Kommunalpolitik.

Kommunalpolitik und Gemeinwesenarbeit setzen ihren Schwerpunkt auf unterschiedlichen Handlungsebenen an. Gemeinwesenarbeit arbeitet nah an der Lebenswelt der Menschen, unterstützt Einzelpersonen und vor allem Gruppen über einen längeren Zeitraum bei Aktivitäten zur Verbesserung der Lebenssituation, betreibt Netzwerkarbeit und arbeitet als Vermittlerin zwischen verschiedenen Akteuren und Einrichtungen im Sozialraum. Kommunalpolitik muss sich auf der strukturellen Ebene mit den soziodemographischen, sozioökonomischen und politischen Herausforderungen auseinandersetzen. Sie entwickelt Konzepte und Strategien zum Umgang mit Armut und sozialräumlicher Ungleichheit, Migration und zunehmender Vielfalt, fördert Demokratie und Weltoffenheit, schafft Anreize für bürgerschaftliches Engagement und gestaltet Angebote für politische Teilhabe.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung unterstreichen den hohen Bedarf an sozialer Infrastruktur und (zusätzlichen) Angeboten in den Untersuchungsgebieten. Die Befragten bemängeln fehlende Treffpunkte und soziale Angebote, vor allem für Kinder und Jugendliche. Häufig wünschen sich die Befragten

auch ein besseres Miteinander sowie mehr Kommunikation und Austausch im Stadtteil. Hier besteht eine Herausforderung für die Politik, zusätzliche bedarfsbezogene und gemeinschaftsfördernde Angebote zu ermöglichen und entsprechende Ressourcen bereit zu stellen. Da die Befragten ein weit verbreitetes Interesse am lokalen Geschehen im Stadtteil äußerten, aber eine geringe Engagementbereitschaft für Belange im Stadtteil, sollte die Gemeinwesenarbeit ausgebaut sowie durch Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit der Bekanntheitsgrad vorhandener Angebote gesteigert werden. Durch Präsenz vor Ort, vielfältige Angebote und aufsuchende Arbeit hat die Gemeinwesenarbeit besondere Zugänge zu den Menschen und dadurch Möglichkeiten zur Aktivierung für Engagement und Teilhabe.

Der fragiler gewordene gesellschaftliche Zusammenhalt, die zunehmende Polarisierung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Milieus, der kontroverse Umgang mit Themen wie Ordnung und Sicherheit Migration und Vielfalt, gruppenbezogenen Vorurteilen und demokratiefeindlichen Einstellungen erfordern aufeinander bezogenes Handeln von Kommunalpolitik und Gemeinwesenarbeit, um lokale Demokratie durch eine Stärkung demokratischer Kompetenzen und eine Ausweitung von politischer Teilhabe zu festigen und weiterzuentwickeln. Ihr volles Potenzial kann Gemeinwesenarbeit dann entfalten, wenn Politik und Verwaltung die Chancen des diversitätssensiblen und partizipativen Zugangs der Gemeinwesenarbeit zu den Bewohnerinnen und Bewohnern anerkennen und bereit sind, deren lebensweltliche Expertise ernst zu nehmen, die Menschen partizipieren zu lassen und ihnen auch Entscheidungsmacht zu geben.

9.2 Erschließung von Potenzialen der Gemeinwesenarbeit und Bewältigung von Herausforderungen

(1) Gemeinwesenarbeit ist zentrale Netzwerkakteurin und erreicht durch ihre Einbettung in ein buntes Mosaik sozialraumorientierter und soziokultureller Angebote eine große Bandbreite unterschiedlicher Menschen.

Die Gemeinwesenarbeit ist in den untersuchten Gebieten ein wesentliches Element einer sozialraumbezogenen Arbeit. Dazu gehören verschiedene Ansätze und Strategien, die ganzheitlich auf den Stadtteil gerichtet sind, wie eine aktivierende, empowernde und vermittelnde Gemeinwesenarbeit, ein stärker „von oben“ gesteuertes Quartiersmanagement im Auftrag von Land oder Kommune oder Stadtteil- und Familienzentren mit einem breiten sozialraumbezogenen Angebot. Einige der von uns näher betrachteten Akteure von Gemeinwesenarbeit verknüpfen diese Angebote miteinander oder erweitern sie um Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sozial- und Mieterberatung, der Kulturarbeit sowie Aktivitäten zur Familienförderung oder Antidiskriminierungsberatung. Die Akteure der Gemeinwesenarbeit fungieren hierbei als zentrale Vernetzungsinstanz und bringen die Träger und Vereine im Gebiet in unterschiedlichsten Vernetzungsrunden zusammen. Eine direkte Anbindung von Beratungsangeboten und einzelfallbezogener Sozialarbeit an die Gemeinwesenarbeit, aber insbesondere auch von sozial-kulturellen Angeboten, schafft Anknüpfungspunkte und öffnet ermutigende und kreative Zugänge, auch zu Menschen in schwierigen Lebenssituationen.

(2) Gemeinwesenarbeit wirkt als Mittlerin auf unterschiedlichen Ebenen: auf der individuellen, der zivilgesellschaftlichen und der kommunalen Ebene.

In den untersuchten Quartieren ist Gemeinwesenarbeit durch unterschiedliche Funktionen geprägt. Sie fungiert als Anlaufstelle, Begegnungs-, Vermittlungs- und Gestaltungsraum sowie als Verstärkerin zivilgesellschaftlicher Anliegen. Der Gemeinwesenarbeit gelingt es sehr gut, Miteinander und Zusammenhalt, Dialog und Konfliktschlichtung sowie Engagement und Beteiligung im Quartier zu fördern. Insbesondere durch die Stärkung der Zivilgesellschaft kann Gemeinwesenarbeit deutlich zur Verbesserung des sozialen Miteinanders beitragen, was sich positiv auf den sozialen Zusammenhalt im Gebiet auswirkt. Angesichts der begrenzten Ressourcen und der schwierigen Rahmenbedingungen liegt der Schwerpunkt von Gemeinwesenarbeit – mit der Stärkung der sozialen Einbindung der Anwohnenden, der Förderung von Interessenausgleich und Konfliktschlichtung sowie der Förderung von Selbstorganisation und kollektivem Empowerment – eindeutig auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. Auf der individuellen Ebene gelingt es, Menschen durch die zunehmende Einbindung in Beteiligungsstrukturen und eine wachsende Übernahme von Verantwortung zu ermutigen, zu stärken und demokratiepolitisch weiterzubilden. Auf der kommunalen Ebene trägt Gemeinwesenarbeit in allen Untersuchungsgebieten zur Interessenvertretung der Anwohnenden und zur Erschließung demokratischer, diversitätssensibler Partizipationsmöglichkeiten bei, wobei die Wirkungen insbesondere von der Stärke zivilgesellschaftlicher Initiativen und Netzwerke sowie von lokalen Beteiligungsgremien wie Bewohnerorganisationen oder Stadtteilvertretungen beeinflusst werden.

(3) Gemeinwesenarbeit trägt zur produktiven Gestaltung eines vielfältigen Miteinanders im Stadtteil und zur Verbesserung der Beziehung zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen bei.

In allen Gebieten wurden vielfältige Beispiele sichtbar, wie es der Gemeinwesenarbeit gelingt zu einem guten Miteinander zwischen den Akteuren im Gebiet, aber auch zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen beizutragen. Über die Jahre gewachsene Beziehungsnetzwerke der Gemeinwesenarbeit erwiesen sich insbesondere auch in dynamischen Zeiten als hilfreich. So konnte z. B. bei der Ankunft vieler Geflüchteter auf gewachsenen Strukturen und vertrauensvollen Beziehungen der Akteure im Gebiet aufgebaut werden und die anfallenden Aufgaben waren dadurch leichter zu bewältigen. Auch der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat sich bewährt und z. B. in Dresden mit Prohlis ist bunt! durch Aktivitäten und Diskussionen zum Abbau von Vorurteilen und zur Verbesserung des Miteinanders im Gebiet beigetragen. Gleichzeitig haben die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung deutlich gemacht, dass viele das Zusammenleben von Alteingesessenen und Neuzugezogenen in einigen Untersuchungsgebieten als deutlich verbesserungsfähig ansehen. Die Gesprächspartnerinnen und -partner problematisierten diesbezüglich immer wieder auch die räumliche Verteilung von Menschen in multiplen Problemlagen und deren wachsende sozialräumliche Konzentration in benachteiligten Stadtteilen. Das unterstreicht die Bedeutung einer stärkeren Verzahnung von Strategien zur niedrigschwelligen Gestaltung von Integration und Teilhabe sowie zur Sozialraumentwicklung, die es lokal zu koordinieren gilt, sowie von neuen Steuerungsmodellen.

(4) Die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gelingt häufig, bleibt aber angesichts einer weiter zunehmenden Diversifizierung der Gesellschaft und einer Unterausstattung an Ressourcen eine beständige Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit.

Die Ergebnisse der vorliegenden qualitativen Untersuchung belegen, dass bereits vielfältige Aktivitäten von Seiten der Gemeinwesenarbeit unternommen werden, um Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken und deren Teilhabe und (politische) Beteiligung zu fördern. Zentrale Ansatzpunkte – wie der Aufbau lokaler Interessenvertretungen und Bewohnerorganisationen mit gewählten Vertreterinnen und Vertretern, verstärkte Einbindung bei Veranstaltungen und durch die Arbeit mit Schlüsselpersonen ethnischer Communities sowie eine interkulturelle Öffnung der Gemeinwesenarbeit – können aber aufgrund begrenzter Ressourcen nur teilweise umgesetzt werden. Zu den Ergebnissen der quantitativen Bevölkerungsumfrage gehört, dass Menschen mit Migrationshintergrund ein höheres Vertrauen in die lokale Politik haben, sich aber seltener am politischen Geschehen beteiligen. Diese Ergebnisse verweisen auf ein unausgeschöpftes Potenzial, das durch kreative, aufsuchende Partizipationsprojekte der Gemeinwesenarbeit noch stärker genutzt werden könnte. Menschen mit Migrationshintergrund könnten so verstärkt in politische Diskursräume und die Quartiersarbeit einbezogen werden, wobei der Verbindung mit Aktivitäten zur Förderung des sozialen Miteinanders eine zentrale Bedeutung zukommt.

(5) Sozial-kulturelle Arbeit öffnet Türen, fördert Begegnung und baut Brücken zwischen verschiedenen Menschen, Milieus und Sozialräumen.

Zu den Ergebnissen der Erhebungen vor Ort gehört, dass Kulturangeboten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für das demokratische Miteinander im Stadtteil zukommt. Gemeinwesenbezogene sozialkulturelle Aktivitäten bringen Menschen aus unterschiedlichen Milieus zusammen und bilden eine wesentliche Grundlage für Dialog und Verständigung, Selbstorganisation und Vernetzung sowie für ein gutes Miteinander im Stadtteil. Dies lässt sich anhand der Fallbeispiele Spandau Heerstraße (Kulturzentrum Staaken), Dresden Prohlis (Kooperation mit Societaets-theater Dresden) und Hamburg St. Pauli (Kulturarbeit der GWA St. Pauli e. V.) beobachten. Eine Kulturarbeit, die auf Aktivierung, Einbindung und Beteiligung der Anwohnenden abzielt und damit vom Verständnis der Gemeinwesenarbeit geprägt ist, kann eine besonders hohe Wirksamkeit entfalten. Mit kreativen und künstlerischen Aktivitäten gelingt es, neue Konstellationen des Miteinanders zu realisieren und Zugänge auch zu Menschen in herausfordernden Lebenslagen zu eröffnen. Die soziokulturellen Aktivitäten finden teilweise auch stadtteilübergreifend statt, z. B. in Dresden im Rahmen des Theatersommers mit Publikum auch aus anderen Stadtteilen. In Dortmund kommen im Rahmen der Initiative Nord trifft Süd Menschen aus verschiedenen Stadtteilen zusammen, um mehr über die Lebenswelt der jeweils anderen zu erfahren und wechselseitig voneinander zu lernen.

(6) Zwischen Quartiersmanagement, Nachbarschaftshäusern und Gemeinwesenarbeit können sich wichtige Synergien entwickeln.

Quartiersmanagement als zentrales Element des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt ist vor allem ein Steuerungsinstrument der zuständigen Verwaltung, aber es beinhaltet auch Elemente, die auf Engagement und Beteiligung der lokalen Be-

völkerung abzielen. In vier der fünf Untersuchungsgebiete (außer Hamburg St. Pauli) gibt es aktuell, oder gab es zumindest zeitweise, ein Quartiersmanagement. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement gestaltet sich hierbei vor allem dort positiv, wo das Quartiersmanagement – wie in Düren und Spandau – auch bei den Akteuren der Gemeinwesenarbeit angesiedelt ist bzw. war. Verschiedene Beteiligungsinstrumente und -ansätze können dadurch kombiniert und eine größere Breitenwirkung entfaltet werden. In Berlin gibt es in der zuständigen Senatsverwaltung zwar eine Diskussion über das Verhältnis von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit, aber in der konkreten Praxis des Quartiersmanagements mangelt es an Ressourcen für eine aktive, aufsuchende Gemeinwesenarbeit, die an den Interessen der Menschen ansetzt. Es fehlt auch an Zeit für die Unterstützung von Empowerment-Prozessen und für die Begleitung von Menschen und Gruppen bei der Bearbeitung von Verbesserungen im Stadtteil. Weiterhin ist auch eine Anbindung von Gemeinwesenarbeit an bestehende Nachbarschaftshäuser oder Stadtteilzentren erfolgsversprechend, insbesondere dann, wenn diese über soziokulturelle Angebote verfügen und damit Zugang zu vielen verschiedenen Menschen im Stadtteil haben.

(7) Gemeinwesenarbeit setzt sich in allen Untersuchungs-orten parteilich für die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen ein, sodass deren Interessen Gehör finden, und trägt damit zu einer Demokratisierung der Problembewältigung bei.

Die Arbeit der Gemeinwesenarbeit ist nicht statisch, sondern vielmehr hoch dynamisch. Ihre Arbeitsweise hängt vielfach von örtlichen und thematischen Bedingungen, immer jedoch auch von den beteiligten Akteuren ab. Engagement ist dabei häufig nicht dauerhaft, sondern wechselhaft bzw. punktuell, was eine ausdauernde Begleitung von Engagementprozessen durch die Gemeinwesenarbeit erfordert. In allen Fallbeispielen setzt sich die Gemeinwesenarbeit parteilich für die Interessen benachteiligter Personen und Gruppen und deren Einbeziehung in Beteiligungsprozesse ein. Gemeinwesenarbeit kann durch ihre basisnahe, empowernde Arbeitsweise thematisch-inhaltliche Veränderungen anstoßen: Anliegen und Missstände vor Ort werden thematisiert und Akteure aus Politik und Verwaltung auf diese aufmerksam gemacht. Zur Bearbeitung dieser Probleme müssen passende Lösungen in einem kooperativen Prozess entwickelt werden, die oft auch eine Einbindung von Politik und Verwaltung erfordern. Durch ein neues, kooperatives Miteinander können Verbesserungen zum wechselseitigen Nutzen entwickelt, Ressourcen für den Stadtteil stärker im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner investiert und Lebensbedingungen damit gemeinsam positiv verändert werden.

(8) Gemeinwesenarbeit fördert das soziale Miteinander sowie gegenseitige Akzeptanz und ermöglicht einen produktiven Umgang mit unterschiedlichen Interessen und Konflikten.

Durch Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit kann der Umgang mit Vielfalt erlernt und gegenseitige Verständnis entwickelt werden. Des Weiteren kann eine Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders, auch verschiedener ethnischer Gruppen und sozialer Milieus, erfolgen. Beteiligungsprozesse zu Gunsten des gesamten Stadtteils werden umgesetzt, insbesondere auch mit Einbeziehung schwer erreichbarer Gruppen. Gemeinwesenarbeit

kann zum Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft beitragen, das soziale Miteinander und den Zusammenhalt stärken, diversitätssensible Partizipationsprozesse ermöglichen und die Responsivität zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und der Politik erhöhen. In kleinen Schritten und durch verschiedene Aktivitäten trägt sie zur gesellschaftlichen Sensibilisierung und Öffnung für Vielfalt bei. Dialogprozesse und Bürgerversammlungen sind Möglichkeiten, um produktiv mit verschiedenen Interessen und Problemen umzugehen. Eine Ungleichheit der Durchsetzung von Interessen soll hierbei abgebaut und die Problembewältigung demokratisiert – der Tisch wirklich „rund“ gemacht werden. Da diese Dialogprozesse jedoch nicht schwellenlos sind, es zum Teil an Verbindendem fehlt – wie z. B. Habitus oder Themen – sind verschiedene kreative Beteiligungsmöglichkeiten wichtig, um Menschen auch in unterschiedlichen Lebenssituationen und mit verschiedenen Biografien einzubeziehen. Gemeinwesenarbeit sorgt für eine Öffnung von Diskussionen und Prozessen für andere Menschen und Meinungen. Durch eine gemeinschaftliche Bearbeitung von (schwierigen) stadtgesellschaftlichen Themen und Projekten werden das soziale Miteinander, Verständnis und gegenseitige Akzeptanz verbessert. Hierbei schafft Gemeinwesenarbeit auch einen produktiven Umgang mit Problemen und Konflikten – daher ist Gemeinwesenarbeit ein stadtpolitisches Win-Win-Instrument.

(9) Die Gemeinwesenarbeit wirkt der Erosion demokratischer Integration in benachteiligten Gebieten entgegen, da es ihr häufig gelingt, Partizipationsstrukturen aufzubauen, die eine Brücke zwischen der Lebenswelt der Menschen sowie der lokalen Politik und Verwaltung bilden.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung verdeutlichen die Erosion des politischen Vertrauens in den untersuchten Quartieren: Demnach hat etwa die Hälfte der Befragten kein oder nur geringes politisches Vertrauen und ein weiteres Drittel zumindest ein ambivalentes Vertrauensverhältnis zur lokalen Politik. Gespräche vor Ort zeigen zudem, dass viele Menschen enttäuscht sind von nicht eingehaltenen Versprechen von Politikerinnen und Politikern, den Auswirkungen von politischen (Fehl-) Entscheidungen, wie beispielsweise der Belegungspolitik in manchen Quartieren, und von politischen Beschlüssen, die nicht mit den Menschen vor Ort abgestimmt wurden. Eine aktive Gemeinwesenarbeit kann die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und den Mitarbeitenden aus Politik und Verwaltung und das Verständnis für politische Prozesse und deren Komplexität verbessern. Eine Klärung von Aufgaben, Kompetenzen und Selbstverständnis aller Beteiligten erscheint zentral, damit neue zivilgesellschaftliche Beteiligungsstrukturen nicht als Konkurrenz der repräsentativen Demokratie, sondern als deren sinnvolle Ergänzung und Bereicherung angesehen werden. Durch einen langfristigen Vertrauensaufbau zwischen Gemeinwesenarbeitenden und der Bevölkerung ermöglicht die Gemeinwesenarbeit eine Bündelung und Verstärkung individueller Anliegen aus der Nachbarschaft, wodurch diese häufig erst öffentlich sichtbar werden. Viele dieser Anliegen sind – im engeren oder weiteren Sinne – politisch und zielen daher auf eine Resonanz im politischen Raum: ob als Diskussionsbeitrag im Quartier oder als Forderung an politische Entscheidungsträger, in formalen Beteiligungsprozessen oder als zivilgesellschaftliche Artikulation. In den Untersuchungsorten finden sich unterschiedliche Engagement- und Beteiligungsformen – von der Plattform St. Pauli selber machen in Hamburg über die Bürgerinitiative ProhliS in Dresden, die Mieterinitiativen

in der Heerstraße Nord in Berlin Spandau und das Jugendforum Nordstadt in Dortmund bis hin zur Stadtteilvertretung Nord-Düren. Diese von der lokalen Gemeinwesenarbeit angestoßene und begleitete Institutionalisierung von Partizipationsstrukturen ermöglicht politische Selbstwirksamkeitserfahrungen, schafft Plattformen für die Vertretung von Bewohnerinteressen und fördert lokale demokratische Prozesse.

(10) Die Arbeit der Gemeinwesenarbeit kann Beteiligungsstrukturen verändern und transformative Auswirkungen auf die Sichtweise von Menschen und benachteiligte Stadtteile haben.

Bürgernahe, langfristige Beteiligungsstrukturen können durch die Bildung von Initiativen oder Gruppen, die sich im Sinne eines kollektiven Empowerments beharrlich für bestimmte Themen in ihren Siedlungen oder Stadtteilen einsetzen, aber auch durch Veranstaltungen auf Stadtteilebene, aufgebaut und verankert werden. Da die Gemeinwesenarbeit Veränderungsprozesse anstößt und kritisch hinterfragt, ist ihre Arbeitsweise transformativ-kritisch. Dabei kann die Gemeinwesenarbeit nicht gesamtgesellschaftliche Probleme lösen, aber auf deren lokale Auswirkungen aufmerksam machen. Der Gemeinwesenarbeit gelingt es, ganz unterschiedliche Akteure (z. B. verschiedene Verwaltungsressorts) themenbezogen zusammenzubringen und mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Politikerinnen und Politikern sowie mit Verwaltungsmitarbeitenden Lösungen zu erarbeiten. Durch diese Partizipationsprozesse verändert sich prozesshaft auch die Sicht der beteiligten Personen auf den Stadtteil, die Entscheidungsträgerinnen und -träger nehmen die Probleme in den Gebieten deutlicher wahr und letztlich erhalten die benachteiligten Stadtteile eine größere Aufmerksamkeit im gesamtstädtischen Gefüge. Für diese Veränderungsprozesse ist jedoch eine hohe personelle Kontinuität von zentraler Bedeutung, da der Aufbau von Kooperationen sowie von neuen Beteiligungsstrukturen zwischen unterschiedlichen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung insbesondere Zeit und Vertrauen benötigt.

(11) Die finanziellen Rahmenbedingungen wirken sich maßgeblich auf die Verankerung und Arbeitsweise von Gemeinwesenarbeit aus und stellen in allen Untersuchungsgebieten eine Herausforderung dar.

Die Rahmenbedingungen von Gemeinwesenarbeit unterscheiden sich von Ort zu Ort, wobei ein wesentliches Element die prekäre Finanzierung der Gemeinwesenarbeit ist. In den meisten untersuchten Gebieten gibt es bislang keine institutionelle Förderung von Gemeinwesenarbeit als Instrument der Stadtentwicklung, mit Ausnahme von Düren, wo eine Verankerung der Gemeinwesenarbeit im kommunalen Haushalt gelungen ist. Den untersuchten Akteuren bleibt daher nichts anderes übrig, als Gemeinwesenarbeit an andere, wenn auch benachbarte Förderprogramme anzudocken und weitere Projektmittel aus verschiedenen Ressorts (Soziales, Kultur, Jugend etc.) zu akquirieren. In den untersuchten Gebieten finanzieren sich die Akteure von Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit vor allem aus Mitteln des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt (Spandau, Dresden), Landesprogrammen zur Förderung von Stadtteilzentren (Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren in Berlin, Globalrichtlinie Stadtteilkultur in Hamburg) und zur Förderung von Integrationsagenturen (Richtlinie zur Förderung von Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen, Dortmund), aus kommunalen Mitteln (Kinder- und Jugendarbeit, Familienhilfe) sowie

durch Projektmittel aus einer Vielzahl von Quellen. Die mangelnde Finanzierung von Gemeinwesenarbeit erschwert die Umsetzung eines langfristigen Ansatzes zur Verbesserung der Lebenswelt, da Gemeinwesenarbeit sich in der Schnittmenge verschiedener Förderprogramme behaupten und die inhaltliche Arbeit jeweils an aktuelle Förderprogramme angepasst werden muss.

(12) Das Selbstverständnis der Akteure und die (personelle) Kontinuität der Gemeinwesenarbeit sind wichtige Erfolgsfaktoren für Wirksamkeit.

In den untersuchten westdeutschen Quartieren (inklusive Berlin Spandau) gründet sich das Ansehen und die Wirksamkeit von Gemeinwesenarbeit auf die zivilgesellschaftlichen Ursprünge in den 1970er und 1980er Jahren und das durch diese Zeit geprägte Selbstverständnis als Protagonisten einer bürgerorientierten und demokratischen sozialen Stadtentwicklung. Die Akteure der Gemeinwesenarbeit haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark professionalisiert und in diesem Prozess beharrlich spezifische Kompetenzbereiche aufgebaut, die häufig ein Alleinstellungsmerkmal darstellen und sie zu natürlichen und teilweise auch unverzichtbaren Kooperationspartnern von Politik und Verwaltung machen. Den befragten Akteuren der Gemeinwesenarbeit ist es gelungen, ihr Verständnis von Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit über die verschiedenen Wachstumsringe ihrer Arbeitsbereiche hinweg zu bewahren und weiter zu entwickeln. In diesem Prozess sind – trotz prekärer Finanzierung – die Kontinuität des Personals, die enge Verbundenheit mit dem Quartier sowie gelingende Übergänge von der Gründergeneration zu den nachfolgenden wesentliche Erfolgsfaktoren. Die für das nachhaltige Wirken von Gemeinwesenarbeit notwendige Kontinuität und der Aufbau von Bindungen und Vertrauen werden hierbei durch eine befristete Projektfinanzierung und den damit verbundenen hohen bürokratischen Aufwand erschwert. Aufgrund der Projektfinanzierung ist auch eine Finanzierung fester Personalstellen schwierig und mit jedem Personalwechsel geht umfassendes Wissen über den Stadtteil verloren – der Beziehungs- und Vertrauensaufbau muss wieder von vorn beginnen. Auch stellt die in allen Gebieten benannte zu geringe Finanzierung von Infrastruktur für Engagement und der hohe bürokratische Aufwand für zivilgesellschaftliche Akteure eine entscheidende Herausforderung für die Aktivierung von Menschen dar, sodass die Potenziale einer aktiven Zivilgesellschaft nicht voll erschlossen werden können.

9.3 Handlungsempfehlungen

Um die Potenziale von Gemeinwesenarbeit für die Stärkung lokaler Demokratie besser erschließen zu können, sind Veränderungen auf mehreren Ebenen notwendig. Im Rahmen dieses Fazits werden Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik, die Verwaltung sowie die Ausrichtung und Praxis der Gemeinwesenarbeit benannt, um die demokratiefördernde Wirkung der Gemeinwesenarbeit weiter zu stärken. Andere, eher kleinteiligere Empfehlungen, finden sich in den Kapiteln 5, 6 und 7.

(1) Kommunalpolitik

- *Förderung einer demokratischen Kultur:* Kommunen können die lokale Demokratie durch die Förderung einer demokratischen Kultur und die Weiterentwicklung verschiedener Formen von Partizipation stärken. Anknüpfungspunkte bieten dabei die repräsentative Partizipation (Gemeindevertretungen, Stadtteilbeiräte), die direktdemokratische Partizipation (Referenden, Bürgerhaushalte, Bewohnerfonds) und der Ausbau deliberativer Partizipation (z. B. Beiräte, Bürgerforen, Nachbarschafts- bzw. Stadtteildialoge, Kinder- und Jugendparlamente, Quartiersräte). Eine größere Transparenz der vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten ist dabei für die Bewohnerschaft bedeutsam und die Gemeinwesenarbeit kann dann eine diversitätssensible Beteiligung der Bewohnerschaft besser fördern.
- *Politischer Ungleichheit in der Kommune entgegenwirken:* Kommunen sollten verschiedene Beteiligungsinstrumente nutzen, um auf eine mangelnde Repräsentation von Bevölkerungsgruppen und eine zunehmende „Demokratielücke“ zu reagieren. Gemeinwesenarbeit kann dabei als Brückenbauerin zwischen der Lebenswelt im Stadtteil und dem kommunalen System vermitteln. Damit diese Vermittlung gelingt und mehr Menschen sich politisch einbringen, sind die Einrichtung von Bewohnerorganisationen und lokalen Interessenvertretungen, die regelmäßige Veranstaltung von Stadtteilkonferenzen und die Organisation von Bürgerforen oder Nachbarschaftsdialogen zielführend. Von besonderer Bedeutung ist zudem die Förderung von Begegnung und Dialog zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern verschiedener Stadtteile sowie stadtteilübergreifendes Engagement und politische Strategien, die sozialräumlicher Ungleichheit entgegenwirken.
- *Qualität der lokalen Demokratie verbessern:* Kommunen können die Qualität der lokalen Demokratie durch eine Politik verbessern, die durch Stadtteilbezug, Diversitätssensibilität, Engagementförderung und Bürgerbeteiligung geprägt ist. Die Vielfalt und Potenziale verschiedener Bevölkerungsgruppen, Lebensweisen und Milieus gilt es dabei noch deutlicher in den Blick zu nehmen, Engagement und Beteiligung diversitätssensibel und nachhaltig zu fördern, die Erfahrung von (politischer) Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und das Vertrauen in die Gestaltbarkeit politischer Prozesse zu stärken – das Spezialgebiet der Gemeinwesenarbeit.
- *Ausbau der kommunalen Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement:* Kommunen können freiwilliges Engagement durch eine aktive Engagementpolitik, eine direkte Ansprache und Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, die Öffnung von Vereinen und Initiativen sowie eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung fördern. Lebendiges und vielfältiges Engagement in benachteiligten Stadtteilen braucht offene Räume für Begegnung, feste und kompetente Ansprechpersonenpartner, verlässliche Strukturen und möglichst geringen bürokratischen Aufwand.
- *Institutionelle Förderung von Gemeinwesenarbeit:* Gemeinwesenarbeit kann ihre Potenziale vor allem dann voll ent-

falten, wenn sie über eine hinreichende Ressourcenausstattung zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt. Um langfristige Verbesserungen anzustoßen sowie eine nachhaltige Stadtteilentwicklung und Empowerment-Prozesse im Stadtteil begleiten zu können, müssen deutlich mehr sowie attraktivere Personalstellen für Gemeinwesenarbeit geschaffen werden. Mit einer Strukturförderung für Gemeinwesenarbeit im Rahmen von Bundes- oder Landesprogrammen sollte Gemeinwesenarbeit bundesweit langfristig in Sozialräumen verankert werden. Auch in bestehende konzeptionelle Ansätze der Sozialen Stadtentwicklung sollte Gemeinwesenarbeit verankert werden, um eine größere Breitenwirkung entfalten zu können.

(2) Verwaltung

- *Sozialräumliche Ausrichtung von Handlungskonzepten stärken:* Kommunen sollten Anstrengungen verstärken, um die Versäulung der Fach- und Förderpolitiken zugunsten einer Sozialraumorientierung zu überwinden und ein integriertes Handeln vor Ort zu ermöglichen. Potenziale für eine Stärkung lokaler Demokratie können insbesondere durch eine stärkere Verknüpfung gesamtstädtischer Strategien zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit sowie von Integration und Teilhabe von Zugewanderten mit sozialräumlichen Entwicklungskonzepten erschlossen werden.
- *Verankerung von lokalen Anlaufstellen der Gemeinwesenarbeit:* Um eine breitere Beteiligung an demokratischen Entwicklungen im Stadtteil zu ermöglichen, gilt es, Anlaufstellen der Gemeinwesenarbeit in allen Stadtteilen zu etablieren. Damit die Gemeinwesenarbeit zwischen der Lebenswelt der Bewohnerschaft sowie der Politik und Verwaltung vermittelnd tätig werden kann, muss die Arbeit bei freien Trägern angesiedelt und eine prozessorientierte, unabhängige Arbeitsweise ermöglicht werden. Die Einrichtung von Verwaltungsstellen für die ämterübergreifende Koordination sozialräumlicher Planung kann dafür sorgen, dass verschiedene Förderprogramme sozialräumlich besser nutzbar gemacht und Bedarfe aus der Praxis innerhalb der Verwaltung abgestimmt und koordiniert bearbeitet werden.

(3) Gemeinwesenarbeit

- *Niedrigschwellige und dauerhafte Partizipationsmöglichkeiten schaffen:* Gemeinwesenarbeit fördert den Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft sowie den Ausbau von niedrigschwelligen, diversitätssensiblen Partizipationsmöglichkeiten. Diese können in innovativen Teilnehmungsformaten sowie in Dialogveranstaltungen zu aktuellen Themen und Problemen bestehen. Besonders zielführend ist aber auch der Aufbau dauerhafter Teilnehmungsstrukturen in Gestalt von Interessenvertretungen, Bewohnerorganisationen oder Stadtteilforen, um Menschen in benachteiligten Stadtteilen nachhaltig Gehör zu verschaffen. Diese demokratiefördernden Teilnehmungsstrukturen gilt es weiter auszubauen und positive Erfahrungen stärker sichtbar zu machen.

- *Funktionsmischung zur Förderung heterogener Austauschprozesse:* Gemeinwesenarbeit kann ihr Potenzial vor allem dann entfalten, wenn sie durch eine Funktionsmischung aus niedrigschwelligen Hilfen und Beratung zur Lebensbewältigung, sozial-kultureller Arbeit, Vernetzung und angewandter politischer Bildungsarbeit viele verschiedene Menschen anspricht und einbezieht. Dadurch kann der Umgang mit vielfältigen Interessen erlernt, soziale Netze und Vertrauen können aufgebaut und diese Kontakte auch bezüglich verschiedener Partizipationsprozesse genutzt und aktiviert werden.
- *Sichtbarkeit der eigenen Arbeit vergrößern:* Da viele Menschen in den benachteiligten Gebieten über kein Wahlrecht verfügen, agiert Gemeinwesenarbeit auch in einer „Demokratielücke“. Gemeinwesenarbeit ermöglicht den Menschen im Stadtteil, unabhängig von ihrem Aufenthaltsrechtlichem Status Teilhabe-, Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten. Ihre empowernde, befähigende und vernetzende Arbeitsweise ist dabei sehr wirksam bei der Aktivierung der Menschen, häufig ist jedoch die Gemeinwesenarbeit selbst nach außen wenig sichtbar. Um mehr Menschen von der Wirksamkeit der Gemeinwesenarbeit zu überzeugen und eine größere Verbreitung zu erreichen, ist ein Ausbau der politischen Lobbyarbeit und strategischer Allianzen sowie eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit essenziell.
- *Demokratisierung der Konfliktbewältigung:* Gemeinwesenarbeit ist als Mittlerin zwischen der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Rationalität von Politik und Verwaltung tätig, wobei diese Aktivitäten deutlich ausbaufähig erscheinen. Durch die Bündelung und Verstärkung von Anliegen aus der Nachbarschaft wird die Resonanz im politischen Raum verstärkt. Da insbesondere auch auf die Einbeziehung von beteiligungsfernen Menschen geachtet wird, trägt Gemeinwesenarbeit zur Demokratisierung der Themenbearbeitung bzw. Konfliktbewältigung im Stadtteil bei. Sie sorgt parteilich dafür, dass die Interessen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen Gehör finden und diese bei Runden Tischen auf Augenhöhe mitverhandeln können. Die Gemeinwesenarbeit sollte ihre zentrale, vermittelnde Rolle und ihre demokratiefördernde Wirkung gegenüber Politik und Verwaltung noch deutlich stärker betonen.
- *Demokratisches Denken und zukunftsfähiges Handeln durch langfristige Begleitung fördern:* In einem langfristigen Prozess kann Gemeinwesenarbeit durch die Unterstützung bei der Verbesserung von Lebensverhältnissen politisches Interesse wecken, demokratisches Denken und Handeln fördern sowie die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und Mitarbeitenden aus Politik und Verwaltung verbessern. Auf Grundlage einer gemeinsamen Entwicklung von Zukunftsvisionen für den Stadtteil und einer Zusammenarbeit an einer positiven, nachhaltigen Zukunftsgestaltung, kann zukünftig eine Stärkung des politischen und bürgerschaftlichen Engagements entstehen.
- *Sensiblen Umgang mit Vielfalt praktizieren:* Angesichts der zunehmenden Diversifizierung der Gesellschaft ist eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, aber auch von Menschen mit anderen Heterogenitätsmerkmalen, von großer Wichtigkeit. Hierbei sind die verstärkte Einbindung von Schlüsselpersonen ethnischer Communities und die weitere interkulturelle, diversitätssensible Öffnung der Gemeinwesenarbeit zentrale Ansatzpunkte, um ein inklusives Miteinander zu verwirklichen.
- *Verbesserung von fachlichem Austausch, Evaluation und Forschung:* Eine Intensivierung des fachlichen Austausches im Bereich soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit durch themenbezogene Veranstaltungen, kommunale und überregionale Netzwerkarbeit sowie eine stärkere Förderung von Evaluation und Forschung sind wichtige Elemente zur Belebung der Diskussionen um Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie.
- *Empowernde Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit an bestehende Strukturen anbinden:* Die demokratiefördernde Arbeitsweise der Gemeinwesenarbeit kann auch an vorhandenen Einrichtungen bzw. konzeptionellen Ansätzen angebunden und verankert werden, z. B. in Nachbarschaftshäusern oder Quartiersmanagements. In der konkreten Ausgestaltung von Kooperationen ist jedoch das politische Bewusstsein der Gemeinwesenarbeit gefragt, um das kollektive Empowerment der Menschen als zentrales Element der eigenen Arbeit zu garantieren.

Frank Gesemann und Milena Riede

10 Literatur

Aachener Zeitung 2018: Vorerst kein eigener Bezirksausschuss in Norddüren, 18. März 2018. Verfügbar unter: https://www.aachener-zeitung.de/lokales/dueren/vorerst-kein-eigener-bezirksausschuss-in-norddueren_aid-24460653 [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].

Appadurai, Arjun 2017: Demokratiemüdigkeit. In: Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 17-35.

Barber, Benjamin R. 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch [Original erschienen 1984: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age. Berkely: University of California Press].

Barber, Benjamin R. 2013: If Mayors Ruled the World: Dysfunctional Nations, Rising Cities. New Haven/ London: Yale University Press.

Becker, Anna/Schnur, Olaf 2018: Leistungsbeschreibung. Projekt: Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie, verfügbar unter: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/Ausschreibungen/Leistungsbeschreibungen/Leistungsbeschreibung_GWA_LokDem_2018.pdf [zuletzt abgerufen am 13.12.2019].

Bezirksamt Altona 2018: Positionspapier Perspektivwechsel. Integration-soziale Inklusion-Diversität. Hamburg Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/contentblob/12272526/f265bc7b886867fb94e6e0a454504525/data/download-perspektivwechsel.pdf> [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].

Beywl, Wolfgang/Niestroj, Melanie 2009: Das A-B-C- der wirkungsorientierten Evaluation. Glossar – Deutsch/Englisch – der wirkungsorientierten Evaluation. 2., vollständig bearbeitete und ergänzte Auflage. Köln: Univation – Institut für Evaluation GmbH Dr. Beywl und Associates.

Bezirksamt Spandau von Berlin 2018a: Bezirksregionenprofile – Kurzfassung Heerstraße Nord (050205). Berlin: Bezirksamt Spandau, Abteilung Bauen, Planen und Gesundheit, Stadtentwicklungsamt.

Bezirksamt Spandau von Berlin 2018b: Bezirksregionenprofil Teil 1 Heerstraße Nord. Bearbeitung: John, Mack & Partner Berlin: Bezirksamt Spandau z. B.rlin. Verfügbar unter: https://www.berlin.de/ba-spandau/_assets/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/dokumente/pa180524_bzrp_i_05_heerstrasse_nord.pdf.

Blaeser, Maximilian/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Pausch, Robert/Scalabrino, Giannina 2016: Wahl und Nichtwahl. Politik-einstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Blinkert, Baldo/Klie, Thomas 2019: Einführung: Sozialstruktur und demokratische Integration. In: Klie, Thomas (Hrsg.) Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-10.

Böhnke, Petra/Link, Sebastian 2017: Poverty and the Dynamics of Social Networks: An Analysis of German Panel Data. In: European Sociological Review 33/4, S. 615-632.

Böhnke, Petra/Link, Sebastian 2018: Armut, soziale Netzwerke und Partizipation. In: Petra Böhnke/Jörg Dittmann/Jan Goebel (Hrsg.): Handbuch Armut: Ursachen, Trends, Maßnahmen. Stuttgart: UTB, S. 247-257.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2013: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Boulet Jean Jaak/Krauß, Ernst Jürgen/Oelschlägel, Dieter 1980: Gemeinwesenarbeit. Eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ.

Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung o. D.: Stadtteil Nord-Düren. Verfügbar unter: <http://www.gwa-dueren.de/index.php/dueren-nord> [zuletzt abgerufen am 06.05.2020].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) 2019: 20 Jahre integrierte Quartiersentwicklung. Die Soziale Stadt. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne 2019: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

DESI/HSAP 2019: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Zwischenbericht für den vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Bearbeitung: Frank Gesemann, Alexander Seidel, Lea Freudenberg (DESI) und Milena Riede, Amanda Groschke (HSAP). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration / Hochschule für Angewandte Pädagogik (HSAP).

Dewey, John 2015: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Jürgen Oelkers. Fünfte Auflage. [Original erschienen 1916: Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education. New York Macmillan]. Weinheim und Basel: Beltz.

Dewey, John 2001: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. [Original erschienen 1927: The Public and its Problems. New York: Holt Publishers]. Aus dem Amerikanischen von Wolf-Dietrich Junghans. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hans-Peter Krüger. Berlin/Wien: Philo.

Dubiel, Helmut 1999: Integration durch Konflikt? In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 132-144.

- Dubbers, Anette 2012: Prohlis. Aus der Geschichte eines Dresdner Stadtteils. Dresden: Anette Dubbers, Heimat- und Palitzsch-Museum Prohlis, Umweltzentrum Dresden e. V.
- Eichner, Corinne 2015: Jahresbericht 2014/15. Stadtkultur Hamburg. Hamburg: Stadtkultur Hamburg. Verfügbar unter: https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2016/52878/pdf/Jahresbericht_2014_15_1.pdf (zuletzt abgerufen am 16.04.2020).
- Farwick, Andreas/Hanhörster, Heike/Knorn, Tobias/Ramos Lobato, Isabel/Staubach, Rainer/Striemer, Wiebke/Zilske, Dennis 2019: Soziale Integration im Quartier. Förderung von Netzwerken und Begegnungen in benachteiligten Sozialräumen. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Verfügbar unter: https://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-ISE-11-Farwick-2019_09_05-komplett-web.pdf [zuletzt abgerufen am 07.12.2019].
- Faus, Rainer/Mannewitz, Tom/Storks, Simon/Unzicker, Kai/Vollmann, Erik 2019: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh: Bertelsmann.
- Fehren, Oliver 2016: Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2020: Paloma-Viertel: Stadt Hamburg ermöglicht kulturelles und soziales Herzstück. Pressemitteilung vom 13. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/13591070/2020-02-13-bsw-fb-paloma-viertel> [zuletzt abgerufen am 8. 04.2020].
- Gabriel, Oscar W. 2013: Politische Partizipation. In: van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 381-411.
- Gabriel, Oscar W./Kersting, Norbert 2014: Politisches Engagement in deutschen Kommunen. Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann, S. 43-183.
- Geißel, Brigitte/Roth, Roland/Collet, Stefan/Tillmann, Christina 2014: Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie verändert sich unsere Demokratie durch neue Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direktdemokratischer Elemente? In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann.
- Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V. 2019: Das Gemeinwesenzentrum Heerstraße Nord. Verfügbar unter: <https://www.gww-heerstrasse.de/gwz.php>.
- Gesemann, Frank/Kriemann, Martin/Luchmann, Christian/Seidel, Alexander/Thal, Tom/Walz, Susanne 2017: Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik. Abschlussbericht zur Explorationsstudie im Auftrag des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration/ L.I.S.T. – Lösungen im Stadtteil Stadtentwicklungsgesellschaft mbH. Internet: https://www.desi-sozialforschung-berlin.de/aktuelles/abschlussbericht_stadtmacher_innen_final_18-04-2017 [zuletzt abgerufen am 17.02.2019].
- Gesemann, Frank/Riede, Milena 2019a: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Vorexperise, Stand: Februar 2019. Mit Unterstützung von Günter Rausch, Amanda Groschke und Alexander Seidel. Berlin: Unveröffentlichtes Manuskript.
- Gesemann, Frank/Riede, Milena 2019b: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Zusammenfassung: Wirkungsmodell und Strukturierungshilfe für empirische Erhebungen. April 2019. Berlin: Unveröffentlichtes Manuskript.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2015: Engagement im Quartier. BBSR Online-Publikationen, 04/2015. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2015/ON042015.html> (zuletzt abgerufen am 07.07.2020).
- Gesemann, Frank/Schwarze, Kristin/Seidel, Alexander 2019: Städte leben Vielfalt. Fallstudien zum sozialen Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann.
- Gesemann, Frank/Seidel, Alexander 2020a: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord in Berlin Spandau. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, März 2020.
- Gesemann, Frank/Seidel, Alexander 2020b: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung im Quartiersmanagementgebiet Heerstraße Nord in Hamburg St. Pauli Süd. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, April 2020.
- Gesemann, Frank/Seidel, Alexander 2020c: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in der Dortmunder Nordstadt. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, Mai 2020.

- Gesemann, Frank/Seidel, Alexander 2020d: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Dresden Prohls. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, Mai 2020.
- Gesemann, Frank/Seidel, Alexander 2020e: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in der Stadt Düren. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“ (Auftraggeber: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.). Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Unveröffentlichtes Diskussionspapier, Mai 2020.
- Görke, André 2019: Die Europawahl aus Kiez-Sicht. In: Der Tagesspiegel, 28. Mai 2019. Verfügbar unter: <https://leute.tagesspiegel.de/spandau/macher/2019/05/28/82690/die-europawahl-aus-kiez-sicht> [zuletzt abgerufen am 20.03.2020].
- GWA St. Pauli o. D.1: Stadtteilarbeit. Verfügbar unter: <http://www.gwa-stpauli.de/stadtteilarbeit.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- GWA St. Pauli o. D.2: ADEBAR. Verfügbar unter: <http://www.gwa-stpauli.de/adebar.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1999: Drei normative Modelle der Demokratie. In: Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 277-292.
- Habermas, Jürgen 2007: Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik. In: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hrsg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hallenberg, Bernd 2020: Rechtspopulismus, Raumstrukturen und Milieus. Teil I: Eine strukturräumliche Analyse der Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD); Teil II: Die kleinräumliche Dimension der AfD-Ergebnisse; Teil III: Eine milieu- und geomilieubasierte Betrachtung der Wahlergebnisse der AfD. vhw-werkSTADT, Nummer 36, 37 und 38. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.
- Halve, Edith/Lück-Filsinger, Marianne/Schmidt, Stefan 2014: Evaluation in der Sozialen Arbeit: Entwicklungen und Herausforderungen. In: Wolfgang Böttcher/ Christian Kerlen/ Peter Maats/ Oliver Schwab/ Sonja Sheikl (DeGEVal-Vorstand) (Hrsg.): Evaluation in Deutschland und Österreich. Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DeGEVal – Gesellschaft für Evaluation. Münster: Waxmann, S. 133-138.
- Hamburgs Stadtteile o. D.: St. Pauli. Verfügbar unter: <http://www.hamburgs-stadtteile.de/lex/st/stpauli/stpauli-map.html> [zuletzt aufgerufen am 28.01.2020].
- Haubrich, Karin 2009: Evaluation in der Sozialen Arbeit in Deutschland. Entwicklungslinien und Besonderheiten am Beispiel der Kinder-, Jugend- Familienhilfe. In: Widmer, Thomas/ Beywl, Wolfgang/ Fabian, Carol (Hrsg.) 2009: Evaluation. Ein systematisches Handbuch. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S. 441-449.
- Heitmeyer, Wilhelm/Borstel, Dierk/Grau, Andreas/Wandschneider/Marth, Julia 2010: Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden. Bielefeld: Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung/Landespräventionsrat Sachsen.
- Hinte, Wolfgang 2016: Fachgespräch zum Thema „Gemeinwesenarbeit“. Im Deutschen Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“. Kurzprotokoll der 28. Sitzung.
- Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz 1989: Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Neuwied/Frankfurt a. M.: Luchterhand.
- Hinte, Wolfgang/Litges, Gerd/Springer, Werner 1999: Soziale Dienste. Vom Fall zum Feld: Soziale Räume statt Verwaltungsbezirke. Berlin: sigma.
- Holm, Andrej 2014: Wiederkehr der Wohnungsfrage. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64, 20-21, S. 25-30.
- Holtkamp, Lars 2007: Local Governance. In: Arthur Benz (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 366-377
- Hubbertz, Karl-Peter 1984: Gemeinwesenarbeit in Neubauvierteln. Ansätze zu einem integrativen Handlungsmodell, Münster: LIT.
- Imbusch, Peter/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2008: Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Integrationsagenturen NRW o. D.: Wer wir sind. Verfügbar unter: <https://integrationsagenturen-nrw.de/wer-wir-sind-details.html?language=de> [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Jörke, Dirk/Selk, Veith 2019: John Dewey. In: Comtesse, Dagmar/ Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hrsg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin: Suhrkamp, S. 78-87.
- Kabis-Staubach, Tülin/Staubach, Reiner 2017: Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil. Wissenschaftliche Betrachtungen und praktische Erfahrungen aus dem Planerladen in der Dortmunder Nordstadt. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017 vom 06.04.2017.

- Kalter, Birgit/Litges, Gerhard/Sauter, Matthias 2012: Die Evaluation integrierter Stadtteilentwicklungsprozesse. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Heft 5, S. 359-367.
- KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH o. D.: Unternehmen. Verfügbar unter: <https://www.ke-mitteldeutschland.de/Unternehmensentwicklung-und-philosophie.14.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Kersting, Norbert 2017: Demokratische Innovation. Qualifizierung und Anreicherung der lokalen repräsentativen Demokratie. In: Kersting, Norbert (Hrsg.): Urbane Innovation. Wiesbaden: Springer VS, S. 81-120
- Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian 2010: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kieselbach, Janne A. 2017: Benjamin R. Barber: If Majors Ruled the World. In: Eckhardt, Frank (Hrsg.): Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 15-29.
- Klie, Thomas 2019: Demokratische Integration. Strukturbedingungen von Regionen und ihr Einfluss auf Wahlbeteiligung und freiwilliges Engagement. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), S- 41-48.
- Knoll, Michael 2018: Anders als gedacht. John Deweys Erziehung zur Demokratie. In: Zeitung für Pädagogik. Heft 5/2018, zitiert nach <http://www.mi-knoll.de/168401.html> [zuletzt abgerufen am 01.05.2018].
- Kraus, Hertha 1951: Amerikanische Methoden der Gemeinschaftshilfe. Community Organization für Social Welfare. In: Soziale Welt. Heft 2, S. 184-192.
- Kuder, Thomas 2019: Lokale Demokratie. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS, S. 29-38.
- Ladner, Andreas/Bühlmann, Marc 2007: Demokratie in den Gemeinden. Der Einfluss der Gemeindegröße und anderer Faktoren auf die Qualität der lokalen Demokratie. Zürich/Chur: Rüegger.
- Landeshauptstadt Dresden 2011: Gewässersteckbrief – Prohliser Landgraben / Geberbach, Dresden: Landeshauptstadt Dresden, Der Oberbürgermeister, Umweltamt. Verfügbar unter: <http://stadtplan.dresden.de/getImage/image.ashx?w=500&id=1865811&k=D002D039ABCFAC8708AB30BAA6C1A790> [zuletzt abgerufen am 14.01.2020].
- Landeshauptstadt Dresden, Stadtplanungsamt (Hrsg.) 2016: Entwicklungskonzept Soziale Stadt-Prohlis. Dresden. Verfasser: STESAD GmbH. Verfügbar unter: http://www.qm-prohlis.de/assets/EKO_Soziale%20Stadt_Prohlis.pdf [zuletzt abgerufen am 03.01.2020].
- Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) 2017: Wir entfalten Demokratie. Lokales Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden 2017 bis 2022. Dresden. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/media/pdf/broschueren/lokales_Handlungsprogramm_web.pdf [zuletzt abgerufen am 03.01.2020].
- Landeshauptstadt Dresden 2018: Öffentliche Bekanntmachung vom 30. August 2018. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden vom 4. September 2014. In: Landeshauptstadt Dresden, Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit: Dresdner Amtsblatt, S. 29-32. Verfügbar unter: <https://www.dresden.de/media/pdf/amtsblatt/dresdner-amtsblatt-2018-37.pdf> [zuletzt abgerufen am 14.01.2020].
- Landeshauptstadt Dresden 2019: Ergebnisse der Landtagswahl 2019 in der Landeshauptstadt Dresden. Pressemitteilung vom 02.09.2019. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/2019/09/pm_006.php [zuletzt abgerufen am 03.04.2020].
- Landeshauptstadt Dresden o. D.: Stadtbezirke und Ortschaften mit Stadtteilen und Statistischen Bezirken. Verfügbar unter https://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Statistik_1107_Zuord-OA_OS-Stadtteile_und_Statistische_Bezirke.pdf [zuletzt abgerufen am 14.01.2020].
- Lehmann, Armin 2018: Die Notbremser von der Heerstraße. Die Urzelle der Berliner Quartiersarbeit. In: Der Tagesspiegel, 07.07.2018. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/die-urzelle-der-berliner-quartiersarbeit-die-notbremser-von-der-heerstrasse/22750256-all.html> [zuletzt abgerufen am 08.02.2020].
- Löw, Martina 2008: Soziologie der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lüttringhaus, Maria 2011: Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. 3. Auflage. Weinheim: Juventa, S. 277-281.
- Marschall, Stefan 2014: Demokratie. Opladen/Toronto: Barbara Budrich
- Merkel, Wolfgang 2015a: Die Herausforderungen der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-42.
- Merkel, Wolfgang 2015b: Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 473-498.
- Merkel, Wolfgang 2016: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40-42, S. 4-11.
- Netzwerk Bürgerbeteiligung o. D.: „Speed-Dating der Kulturen“ in der Dortmunder Nordstadt. Verfügbar unter: <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/meldungen-publikationen/einzelsicht-meldungen/article/speed-dating-der-kulturen-in-der-dortmunder-nordstadt> [zuletzt abgerufen am 11.07.2020].

- Netzwerk Prohlis ist bunt o. D.: Interkulturelles Bürgerfest „Prohlis ist bunt“. Verfügbar unter: <http://prohlis-ist-bunt.de/category/aktuelles> [zuletzt abgerufen am 11.07.2020].
- Netzwerk Recht auf Stadt Hamburg 2017: Programmatische Grundlage. Verfügbar unter: <http://www.rechtaufstadt.net/beispiel-seite> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Noack, Michael/Riede, Milena (Hrsg.) 2017: Gemeinwesenarbeit und Migration. Brüche und Brücken. In: Riede, Milena/Noack, Michael: Gemeinwesenarbeit und Migration. Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Nolte, Paul 2011: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 5-12.
- Oehler, Patrick 2018: Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: Springer VS.
- Oelschlägel, Dieter 2017: Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, S. 171-175.
- PHINEO 2018: Kursbuch Wirkung. Das Praxishandbuch für Alle, die Gutes noch besser tun wollen. In Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung. Autorinnen: Bettina Kurz, Doreen Kubek. Fünfte Auflage. Berlin: PHINEO.
- PlanBude 2015: St. Pauli Code. Der Original St. Pauli Code, vorgestellt mit einer Übersicht über die Ergebnisse auf der ersten Stadtteilkonferenz im Frühjahr 2015. Verfügbar unter: <https://planbude.de/st-pauli-code> [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Planerladen 2014a: Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Köln/Dortmund/Duisburg: Lokalpolitische Konzepte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Südosteuropa. 05. Mai 2014. Verfügbar unter: https://www.projektverbund-nordstadt.de/index.php?id=47&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=676&cHash=1076e395a04510432523a1548780ea2f [zuletzt abgerufen am 06.05.2020].
- Planerladen 2014b: Wie will die Dortmunder Politik die Lebensbedingungen der Neuzugewanderten aus Südosteuropa verbessern? Die Parteien haben auf die Wahlprüfsteine des Planerladen e. V. geantwortet. Pressemitteilung vom 21.05.2014. Verfügbar unter: https://www.planerladen.de/uploads/media/PM_ErgebnisWPSDortmund.pdf [zuletzt abgerufen am 06.05.2020].
- Planerladen o. D.: Jugendforum Nordstadt – Jugend an Entscheidungen im Stadtteil beteiligen. Verfügbar unter: <https://www.planerladen.de/jugendforum-nordstadt.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Putnam, Robert 1993. Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press
- Putnam, Robert 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- Quartiersmanagement Heerstraße 2017: Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2017-2019. Verfügbar unter: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/download/ihek/IHEK_2017_QM_Heerstrasse.pdf [zuletzt abgerufen am 02.11.2020]
- Quartiersmanagement Heerstraße 2018: Viele grüne Punkte für neuen Quartiersrat. Verfügbar unter: <https://www.staaken.info/2018/10/viele-gruene-punkte-fuer-neuen-quartiersrat> [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Quartiersmanagement Heerstraße 2019: Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022. Verfügbar unter: https://www.staaken.info/wordpress/wp-content/uploads/2019/09/IHEK_Quartier-Heerstrasse_2019-2022_Endfassung060919.pdf.
- Quartiersmanagement Nordstadt (Hrsg.) 2009: Dokumentation 2008. Initiativen – Projekte – Veranstaltungen – Netzwerke. Dortmund. Verfügbar unter: http://www.planerladen.de/uploads/media/QM_Nordstadt_-_Projektbroschuere_2008_01.pdf [zuletzt abgerufen am 03.01.2020].
- Quartiersmanagement Nordstadt o. D.: Quartiersfonds Nordstadt – Ihre aktive Mitwirkung wird unterstützt Flyer. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/quartiersmanagement_nordstadt/pdfs_qm_nordstadt/quartiersfonds/Quartiersfonds_2.pdf [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis 2018: QM-Quartierskarte Prohlis 2019. Verfügbar unter: http://www.qm-prohlis.de/assets/QM_FB_Quartierskarte%20Prohlis_WEB.pdf [abgerufen am 14.01.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis o. D.1: Stadtteilmarketing: Ein Slogan und ein Logo für Prohlis. Verfügbar unter: <http://www.qm-prohlis.de/Stadteilmarketing.15.html#Ausstellung> [zuletzt abgerufen am 20.01.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis o. D.2: Engagement für den Stadtteil. Verfügbar unter: <http://www.qm-prohlis.de/Home.1.html> [abgerufen am 20.01.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis o. D.3: Verfügungsfonds Prohlis. Verfügbar unter: <http://www.qm-prohlis.de/Verfuegungsfonds-Prohlis.163.html> [abgerufen am 16.04.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis o. D.4: Zu Hause in Prohlis. Verfügbar unter: <http://www.qm-prohlis.de/ZU-HAUSE-in-Prohlis.167.html> [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Quartiersmanagement Prohlis o. D.5: Bevölkerung. Verfügbar unter: <http://www.qm-prohlis.de/Bevoelkerungsstruktur.24.html> [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Rausch, Günter 2004: Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen Sozialer Arbeit. In: Odierna, Simone/ Behrendt, Ulrike (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit: Entwicklungslinien und Handlungsfelder. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher, S. 83-94.

- Rausch, Günter 2017: Demokratie beginnt in der Nachbarschaft. Handlungsoptionen der Gemeinwesenarbeit gegen Populismus. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 164, 4, S. 132-134, S. 359-367.
- Rausch, Günter 2019: Demokratie beginnt in der Nachbarschaft und endet nicht am Wahltag. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS, S. 153-170.
- Reckwitz, Andreas 2019: Das Ende der Illusionen. Politik und Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Riede, Milena 2017: Brückenbau und Demokratieförderung durch Gemeinwesenarbeit in heterogenen Nachbarschaften. In: Sozialraum.de Ausgabe 1/2017. Verfügbar unter: <https://www.sozialraum.de/ausgabe-1-2017.php> [zuletzt abgerufen am 08.08.2018].
- Riede, Milena 2019: Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie. Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS.
- Riede, Milena/Rothschuh, Michael/Stracke-Baumann, Claudia/Zychlinksi, Jan 2017: Gemeinwesenarbeit und Geflüchtete – Inklusive GWA in neuen Nachbarschaften. In: Riede, Milena/Noack, Michael (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Migration. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.
- Rinn, Moritz 2016: Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rödel, Ulrich/Frankenber, Günter/Dubiel, Helmut 1989: Die demokratische Frage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rolfes, Manfred/Wilhelm, Jan Lorenz 2014: Evaluationspraxis und Evaluationsforschung im Kontext der Stadt- und Regionalforschung. In: Böttcher, Wolfgang/Kerlen, Christian/Maats, Peter/Schwab, Oliver/Sheikh, Sonja (DeGEVal-Vorstand) (Hrsg.): Evaluation in Deutschland und Österreich. Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DEGEVal – Gesellschaft für Evaluation. Münster: Waxmann, S. 21-35.
- Rosa, Hartmut 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut 2019: Demokratie und Gemeinwohl. Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp, S. 160-188.
- Rothschuh, Michael/Spitzenberger, Elfa 2010: Auf dem Weg zu handlungsbezogenen Theorien der Gemeinwesenarbeit. In: Gahleitner, Silke/Birgitta/Effinger, Herbert/Kraus, Björn/Miethe, Ingrid/Sagebiel, Juliane/Stövesand, Sabine (Hrsg.): 2010: Disziplin und Profession Sozialer Arbeit. Entwicklungen und Perspektiven. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich S. 77-93.
- Saar, Martin 2019: Ohnmacht und Unfreiheit. Demokratische Politik nach der Postdemokratie. In: Bohmann, Ulf/Sörensen, Paul (Hrsg.): Kritische Theorie der Politik. Berlin: Frankfurt, S. 473-493.
- Sack, Detlef 2019: Partizipation. In: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hrsg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin: Suhrkamp, S. 671-680.
- SAS [SAS Regional-, Verkehrs- und Umweltforschung GbR Dresden]: 2016: Soziale Situation im Wohngebiet Prohlis 2015. Dresden: Landeshauptstadt Dresden, Sozialamt. Verfügbar unter: <http://www.qm-prohlis.de/Bevoelkerungsstruktur.24.html> [zuletzt abgerufen am 20.01.2020].
- Sauter, Matthias 2015: Integrierte Stadt(teil)entwicklung durch intermediäre Sozialraumkoordinatoren_innen. Erfahrungen mit dem Modellprojekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln. In: Knabe, Judith/van Rießen, Anne/Blandow, Rolf (Hrsg.) 2015: Städtische Quartiere gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat. Bielefeld: transcript Verlag, S. 149-166.
- Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst 2019: „Kultur.LEBT.Demokratie 2019“ – Sächsischer Preis für kulturelle Bildung zum zweiten Mal vergeben. Dresden: Sächsische Staatskanzlei. Verfügbar unter <https://medienservice.sachsen.de/medien/news/227651> [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Schaaf, Hermann 2014a: Den aufrechten Gang organisieren – Community Organizing und Gemeinwesenarbeit: frühe Erfahrungen in der Tradition Saul D. Alinsky. In: Stiftung Mitarbeit/Forum Community Organizing e. V. (FOCO) in Kooperation mit DICO – Deutsches Institut für Community Organizing (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 69-75.
- Schaaf, Hermann 2014b: „Wir können mit Menschen und deren Power in Bewegung setzten, die wir selber gar nicht in Bewegung bringen könnten“ [Interview]. In: Stiftung Mitarbeit/Forum Community Organizing e. V. (FOCO) in Kooperation mit DICO – Deutsches Institut für Community Organizing (Hrsg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 214-221.
- Schäfer, Armin 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfer, Armin/Roßteutscher, Sigrid 2015: Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 99-118.
- Schmidt, Manfred G. 2019: Demokratietheorien. Eine Einführung. 6., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

- Schmidt, Stefan 2015: Nutzen einer wirkungsorientierten Ziel-systematik. Bindeglied zwischen Evaluation und Programmsteuerung. In: Giel, Susanne/Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hrsg.): Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster: Waxmann, S. 157-173.
- Schnur, Olaf 2016: Urbane Vielfalt und Kohäsion – zwischen Moderne und Postmoderne. Eine Verortung der Forschungsperspektive des vhw. vhw werkSTADT, 03, März 2016. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster: Waxmann, S. 157-173.
- Schnur, Olaf/Krüger, Kirsten/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver 2019: Quartier und Demokratie – eine Einführung. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-25.
- Sedlacek, Peter (Hrsg.) 2004: Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seidel, Alexander/Gesemann, Frank 2020: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung. Unveröffentlichte Präsentation. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.
- Senat der Freien und Hansestadt Hamburg 2019: Globalrichtlinie Stadtteilkultur 2019 – 2023. Verfügbar unter: <https://www.hamburg.de/contentblob/1279098/900beba7e9e-a2402eb55d45f1047601d/data/globalrichtlinie-stadtteilkultur.pdf> [zuletzt abgerufen am 12.09.2019].
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2015a: Rahmenfördervertrag Stadtteilzentren 2016 bis 2020. Zwischen dem Land Berlin vertreten durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und den Wohlfahrtsverbänden. Berlin. https://www.berlin.de/sen/soziales/_assets/vertraege/rahmenfoerdervertrag/rahmenfoerdervertrag_2016-2020.pdf [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2015b: Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren. Zwischen dem Land Berlin vertreten durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin. Berlin. Verfügbar unter: https://www.berlin.de/sen/soziales/_assets/vertraege/rahmenfoerdervertrag/ifp-stz-kooperationsvereinbarung_2016-2020.pdf [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales o. D.: EFRE-Förderung. Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/soziales/buergerschaftliches-engagement/stadtteilzentren/efre-foerderung/> [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 2015: Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Infrastrukturprogramms Stadtteilzentren. Verfügbar unter: https://www.berlin.de/sen/soziales/_assets/buergerschaftliches-engagement-neu/stadtteilzentren/kooperationsvereinbarung_ifp-stz.pdf [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2017. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Verfügbar unter: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2017/Monitoring_Soziale_Stadtentwicklung_2017-Bericht.pdf [zuletzt abgerufen am 04.11.2020].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2019a: 20 Jahre Berliner Quartiersmanagement. Bilanz und Perspektiven für die Soziale Stadt. Berlin. Verfügbar unter: https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/20_Jahre_QM/broschuere_20_jahre_quartiersmanagement.pdf [zuletzt abgerufen am 23.09.2019].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2019b: Gemeinsam Stadt machen! Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung. Entstehung und Volltext der Leitlinien. Berlin. Verfügbar unter: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/leitlinien-buergerbeteiligung/download/gemeinsamStadt machen_Abschlusskommunikation.pdf [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen o. D. 1: Übersichtskarte Heerstraße. Verfügbar unter: <https://www.quartiersmanagement-berlin.de/quartiere/heerstrasse-nord.html> [zuletzt aufgerufen am 28.01.2020].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen o. D. 2: Quartiersmanagement Berlin, Quartiersräte und Partizipation. Verfügbar unter: <https://www.quartiersmanagement-berlin.de/unser-programm/quartiersraete-und-partizipation.html> [zuletzt abgerufen am 29.03.2020].
- Sommer, Michael 2019: AWA-2019. Soziale Spaltung: Driften die Schichten auseinander? Allensbach: Institut für Demoskopie Allensbach am Bodensee. Handout. Verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/AWA/AWA_Praesentationen/2019/AWA_2019_Sommer_Soziale_Schichten_Handout.pdf [zuletzt abgerufen am 27.12.2019].
- Sprinkart, Peter 2014: Wirkungsanalyse. Quartierbezogene Bewohnerarbeit – Nachbarschaftstreffs. Studienteil 2. Bericht. München: Sozialreferat der Landeshauptstadt München http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/515_Wirkungsanalyse_Nachbarschaftstreffs.pdf [zuletzt abgerufen am 08.08.2017].
- Stadtkultur Hamburg o. D.: Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Kultur in Hamburg. Verfügbar unter: <https://www.stadtkultur-hh.de/zusammenhalt/?cn-reloaded=1> [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Stadt Dortmund 2012, Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/planen_bauen_wohnen/stadterneuerung/projekte_stadterneuerung/stadterneuerung_nordstadt/qm_nordstadt/index.html [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].

- Stadt Dortmund 2015: Leistungsbeschreibung Quartiersmanagement Nordstadt. Dortmund: Stadt Dortmund, Der Oberbürgermeister.
- Stadt Dortmund 2015: Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept Dortmund Nordstadt ab 2015. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadterneuerung_nordstadt/pdfs_stadterneuerung_nordstadt/Fortschreibung_Integriertes_Handlungskonzept_Dortmund_Nordstadt_ab_2015.pdf [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Stadt Dortmund 2018: Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2018. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/news_pdf/2018_9/Anlage_Dortmunder_Sachstandsbericht_SOE_2018.pdf [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Stadt Dortmund 2018: Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund vor Ort. Dortmund: Stadt Dortmund: Dezernat für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Sport und Freizeit. Stadträtin Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Sport und Freizeit.
- Stadt Dortmund 2019: Integrationspreis der Stadt Dortmund. Bewerbungen um den Integrationspreis 2019. Dortmund. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/interkulturell_3/interkulturell_2/integrationspreis_2019/Liste_der_Bewerber_fuer_den_Integrationspreis_2019.pdf [zuletzt abgerufen am 03.01.2020].
- Stadt Dortmund 2019: Jahresbericht Dortmunder Statistik 2019. Bevölkerung. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/veroeffentlichungen/jahresberichte/bevoelkerung_1/213_-_Jahresberich_2019_Dortmunder_Bevoelkerung.pdf [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Stadt Dortmund o. D.1: Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/stadterneuerung/stadterneuerung_nordstadt/stadterneuerung_nordstadt_bilder/SozialeStadt_Nordstadt.jpg [zuletzt aufgerufen am 28.01.2020].
- Stadt Dortmund o. D.2: Aktionsräume. Aktionsplan Soziale Stadt. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/de/rathaus_und_burgerservice/lokalpolitik/aktionsplan_soziale_stadt/aktionsraume/index.html [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].
- Stadt Dortmund o. D.3: Wahlergebnisse in Dortmund. Verfügbar unter: <https://wahlen.digistadtdo.de/wahlergebnisse/05913000> [zuletzt abgerufen am 19.04.2020].
- Stadt Düren 2018a: Demografiemonitor. Daten, Fakten und Prognosen zur demografischen Entwicklung 2019/2039. Düren: Stabstelle Demografie, der Bürgermeister, Stabsstelle Demografie in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Demografie der Stadt Düren. Düren: Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Statistik und Amt für Stadtentwicklung – Geodatenmanagement. Verfügbar unter: https://www.dueren.de/assets/userfiles/pdfbereich_verwaltungundpolitik/Demografiemonitor_2019_39.pdf [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Stadt Düren 2018b: Integriertes Handlungskonzept „Problemimmobilien Nord-Düren“. Düren: Dezernat III, Amt für Stadtentwicklung, Abteilung Planung. Düren: Amt für Stadtentwicklung der Stadt Düren. Verfügbar unter: https://www.dueren.de/assets/userfiles/pdf_bereich_lebenundwohnen/stadtentwicklung/Integriertes_Handlungskonzept-Problemimmos_Nord-D%C3%BCren.pdf [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].
- Stadt Düren (o. D.): Übersichtskarte zu den Stadtteilen. Verfügbar unter: <https://www.dueren.de/leben-wohnen/planen-und-bauen/bebauungsplaene/> [zuletzt aufgerufen am 31.01.2020].
- Stadtteilvertretung Nord-Düren o. D.: Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V. Verfügbar unter: <http://nord-dueren.de/stadtteilvertretung-nord-dueren-e-v> [zuletzt abgerufen am 11.07.2020].
- Statista (2019): Bevölkerung in Deutschland nach Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation von 2015 bis 2019 (Personen in Millionen). Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/171256/umfrage/beurteilung-eigene-wirtschaftliche-lage> [zuletzt abgerufen am 28.12.2019].
- Statistisches Bundesamt o. D.: Migrationshintergrund. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].
- Staubach, Reiner 2013: Der Planerladen e. V. in der Dortmunder Nordstadt: Von der „Hinterraumplanung“ zum Aufbau eines Praxisnetzwerks zur integrierten Stadtteil- und Quartiersentwicklung. In: Bömer, Hermann/Zimmermann, Daniel (Hrsg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945: Nordstadt-, Energie-, Gesundheits-, Beschäftigungs- und Bahnhofspolitik. Essen: Klartext.
- Stövesand, Sabine 2017: GWA als Akteurin in Gentrifizierungsprozessen. In: vhw FWS 4 / Juli – September 2017. S. 193-197.
- Stövesand, Sabine 2018: Gemeinwesenarbeit. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: Springer VS, S. 557-579.
- Stövesand, Sabine 2019: Gemeinwesenarbeit. In: socialnet Lexikon [online]. Bonn: socialnet, 28.01.2019. Verfügbar unter: <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit> [zuletzt abgerufen am 13.12.2019].
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hrsg.) 2013: Handbuch Gemeinwesenarbeit, Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 4. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Stoik, Christoph 2011: Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – Ein „entweder - oder“ oder in „sowohl - als auch“? In: sozialraum.de (3) Ausgabe 1/2011. Verfügbar unter: <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-und-sozialraumorientierung.php> [zuletzt abgerufen am 30.05.2016].

St. Pauli selber machen 2015: Keine Ruhe für St. Pauli! Bericht von der 3. Stadtteilversammlung. Verfügbar unter: <http://www.st-pauli-selber-machen.de/keine-ruhe-fuer-st-pauli-bericht-von-der-3-stadtteilversammlung/> [zuletzt abgerufen am 17.04.2020].

St. Pauli selber machen 2019: 3. Ballsaal Resolution auf großer Stadtteilversammlung verabschiedet. Verfügbar unter: <http://www.st-pauli-selber-machen.de/3-ballsaal-resolution-auf-groesser-stadtteilversammlung-verabschiedet/> [zuletzt abgerufen am 17.04.2020].

St. Pauli selber machen o. D.: Wir über uns. Verfügbar unter: <http://www.st-pauli-selber-machen.de/st-pauli-selber-machen> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].

Thole, Werner 2012: Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Tribble, Renée/Wedler, Patricia 2019: Der PlanBuden-Prozess: Das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hrsg.): Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. S. 203-214. Wiesbaden: Springer VS, S. 203-214.

Trube, Achim 1998: Sozio-ökonomische Analysen zum geldwerten Nutzen von Gemeinwesenarbeit: Untersuchungen am Beispiel des Projekts „Auleben – Landkreis Nordhausen“ im Rahmen des Bundesmodells „Neue Wege der Arbeitsplatzbeschaffung“ (Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). 1. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.

Twickel, Christoph 2020: Paloma-Viertel: Kaufen, wo andere nicht mehr können. ZEIT-ONLINE vom 13. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/hamburg/2020-02/hamburg-reeperbahn-paloma-viertel-immobilien-grundstueck-neubau> [zuletzt abgerufen am 02.11.2020].

van Deth, Jan W. 2014a: Demokratie in der Großstadt: Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit. Wiesbaden: Springer VS.

van Deth, Jan W. 2014b: Wer partizipiert (nicht) in der Demokratie? In: van Deth, Jan (Hrsg.): Demokratie in der Großstadt: Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit. Wiesbaden: Springer VS, S. 129-151.

van Deth, Jan W. 2014c: Schlussbetrachtung. Städtisches Engagement und Demokratie. In: van Deth, Jan (Hrsg.): Demokratie in der Großstadt: Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit. Wiesbaden: Springer VS, S. 153-168.

Wagner, Sabine 2019: Lokales Demokratie-Update. Wirkung dialogorientierter und direktdemokratischer Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS.

Wahlen in Berlin 2019: Europawahl in Berlin. 26. Mai 2019, 05422 - Ev. Kirchengemeinde Staaken, Gymnastikraum. Verfügbar unter: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/EU2019/AF-SPRAES/ergebnisse_stimmbezirk_05422.html [zuletzt abgerufen am 20.03.2020].

Wendt, Wolf Rainer 1990: Geschichte der sozialen Arbeit. 3. überarbeitete Auflage, Stuttgart

Wikipedia o. D.: Esso-Häuser. Verfügbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Esso-H%C3%A4user> [zuletzt abgerufen am 07.07.2020].

Wiesner, Claudia 2018: Multi-Level-Governance und lokale Demokratie. Politikinnovationen im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände.

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Zu Hause in Prohlis o. D.1: Über das Projekt. Verfügbar unter: <https://zuhaeuse-in-prohlis.de/ueber-das-projekt/> [zuletzt abgerufen am 16.04.2020].

Zu Hause in Prohlis o. D.2: Rückblick 2. Prohliser Theatersommer. Verfügbar unter: <https://zuhaeuse-in-prohlis.de/rueckblick/2-prohliser-theatersommer-2019> [zuletzt abgerufen am 11.07.2020].

Weitere Medien

buy buy st. pauli 2014: über die kämpfe um die esso-häuser. Dokumentarfilm von Irene Bude, Olaf Sobczak und Steffen Jörg. Deutschland: Baldwin Production, Co-Production: GWA St. Pauli e. V. & dirk manthey film ug.

Empire St. Pauli 2009: Von Perlenketten und Platzverweisen. Dokumentarfilm von Irene Bude und Olaf Sobczak. Produktion: Steffen Jörg, GWA St. Pauli. Hamburg: GWA St. Pauli.

Jugendforum Nordstadt: Videos auf dem Youtube-Kanal des Jugendforum Nordstadt: https://www.youtube.com/channel/UCka_ycPBq7zu2DQqj8tmRYQ/videos.

Quellennachweise zur Tabelle 2

- ¹ Quelle, falls nicht anders angegeben: Quartiersmanagement Heerstraße 2019, Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022. Verfügbar unter: https://www.staaken.info/wordpress/wp-content/uploads/2019/09/IHEK_Quartier-Heerstrasse_2019-2022_Endfassung060919.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ² Quelle, falls nicht anders angegeben: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein o. D., Hamburger Stadtteil-Profile: Berichtsjahr 2018, St. Pauli. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/maps/Stadtteil_Profile_2019/pdf/St.Pauli.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ³ Quelle, falls nicht anders angegeben: Stadt Dortmund, Stabsstelle Dortmunder Statistik 2019, Jahresbericht 2019 – Bevölkerung. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/veroeffentlichungen/jahresberichte/bevoelkerung_1/213_-_Jahresberich_2019_Dortmunder_Bevoelkerung.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁴ Quelle, falls nicht anders angegeben: Daten zur Verfügung gestellt vom Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Dresden 2019.
- ⁵ Quelle, falls nicht anders angegeben: Stadt Düren o. D., Demografiemonitor. Daten, Fakten und Prognosen zur demografischen Entwicklung 2018/2035. Düren: Der Bürgermeister, Stabsstelle Demografie. Verfügbar unter: https://www.dueren.de/fileadmin/user_upload/Demografiemonitor_DN_2018_web.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁶ Quelle: Statistik Berlin Brandenburg o. D., Einbürgerungen, Ausländer – Regionale Daten. Verfügbar unter: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regionalstatistiken/r-gesamt_neu.asp?Ptyp=410&Sageb=12025&creg=BBB&anzwer=7 [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁷ Quelle: Stadt Dortmund o. D., Arbeitslosenquoten nach Stadtbezirken. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/wirtschaft_1/06_12_Arbeitslosequoten_Stadtbezirke.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁸ Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle o. D, Stadtteilkatalog 2017. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/media/pdf/onlineshop/statistikstelle/120_080_010_Stadteilkatalog_2017.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020]
- ⁹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit Statistik 2019, Arbeitsmarkt im Überblick. (Zahlen für Mai/Juni 2019). Verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Nordrhein-Westfalen/Dueren-Nav.html> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹⁰ Quelle: Stadt Dortmund 2018, Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2018. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/aktionsplansozialestadt/74-09-18_Sozialbericht_WEB.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].

de/media/p/aktionsplansozialestadt/74-09-18_Sozialbericht_WEB.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].

- ¹¹ Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) 2019, Teilhabemonitor 2019 – Regionale Einkommens- und Kaufkraftarmut. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armut-und-kaufkraft-wo-die-meisten-armen-deutschen-leben-a-1282716.html> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].

Quellennachweise zur Tabelle 3

- ¹ Die Werte für dieses Untersuchungsgebiet beruhen auf Berechnungen, für die Daten zu den Spandauer Wahlbezirken 408, 421, 422, 427, 514, 521 und 527 berücksichtigt wurden. Diese decken den nördlich der Heerstraße liegenden Teil des Quartiersmanagement-Gebiets ab, der häufig als „Kerngebiet“ des Quartiersmanagements beschrieben wird. Der südliche Teil wurde nicht mit einbezogen, da die Wahlbezirke dort so weit gefasst sind, dass eine Einberechnung der Ergebnisse auch viele außerhalb des Quartiersmanagement-Gebietes wohnende Wählende berücksichtigt hätte. Quellen: für die Einteilung der Wahlbezirke: Die Landeswahlleiterin Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016a, Karte der Wahlbezirke für die Berliner Wahlen 2016, Bezirk Spandau, Wahlkreis 4. Verfügbar unter: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/Wahlkreiseinteil/Wahlkreiskarte_2016_0504.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020] und Die Landeswahlleiterin Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016b, Karte der Wahlbezirke für die Berliner Wahlen 2016, Bezirk Spandau, Wahlkreis 5. Verfügbar unter: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/Wahlkreiseinteil/Wahlkreiskarte_2016_0505.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020] sowie für die Wahldaten, falls nicht anders angegeben: Die Landeswahlleiterin Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg o. D., Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen 2016. Verfügbar unter: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/bvv/uebersicht_listenwahl_bezirk-05-spandau_gesamt.html [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ² Die wahlbezogenen Daten für dieses Untersuchungsgebiet beruhen, falls nicht anders angegeben, auf eigenen Berechnungen für die Wahlbezirke 10901, 10902, 10903, 11001, 11002, 11003, 11004, 11101, 11102, 11103, 11104, 11201, 11202, 11203, 11204, 1099901, 1099902, 1099903, 1099904 und 1099905, basierend auf dem Adressen- und Straßenverzeichnis sowie auf den endgültigen Ergebnissen der Bezirksversammlungswahlen. Quellen, falls nicht anders angegeben: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019a, Adressen- und Straßenverzeichnis, Materialien für die Wahl zum Europäischen Parlament und zu den Bezirksversammlungswahlen am 26. Mai 2019 in Hamburg. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungswahlen/2019/Vor_der_Wahl/ASV_EU_BVWahl2019_2Auflage.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020] und Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019b, Endgültige Ergebnisse der Bezirksversammlungswahlen 2019 – Wahlkreisstimmen in den

- Wahlkreisen. Verfügbar unter: <https://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/bezirksversammlungswahlen/2019/#c7624> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ³ Das Untersuchungsgebiet umfasst den offiziell als Innenstadt-Nord geführten Bereich und somit das komplette Wahlgebiet für diese Kommunalwahl. Die Daten wurden daher nicht eigens berechnet, sondern aus der Übersicht übernommen. Quelle, falls nicht anders angegeben: Stadt Dortmund 2018, Bezirksvertretungswahl. Verfügbar unter: https://wahlen.digistattdo.de/wahlergebnisse/20140525/05913000/html5/Bezirksvertretungswahl_NRW_8_Stadtbezirk_InnenstadtNord.html [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁴ Die Berechnung der wahlbezogenen Werte für dieses Untersuchungsgebiet beruht auf den Daten und Ergebnissen der Prohliser Wahlbezirke 71100, 71200, 71400, 71500, 72100, 72200, 72300, 72500 sowie auf den Briefwahlbezirken 71000 und 72000. Diese decken die Gebiete Prohlis-Nord und Prohlis-Süd ab, die größtenteils deckungsgleich mit dem Quartiersmanagement-Gebiet sind. Quelle, falls nicht anders angegeben: Landeshauptstadt Dresden 2019, Wahl Stadtbezirksbeirat 2019. Verfügbar unter: http://wahlen.dresden.de/2019/sbbrw/ergebnisse_ortsamt_8.html [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁵ Die Daten beziehen sich auf die gesamte Stadt, da sich die Gemeinwesenarbeit über verschiedene Stadtteile erstreckt. Quelle, falls nicht anders angegeben: Stadt Düren 2015, Ratswahl 25.05.2014, Zusammenstellung der Ergebnisse nach Wahlbezirken. Verfügbar unter: https://www.dueren.de/assets/userfiles/pdfbereich_verwaltungundpolitik/Rat_der_Stadt_D%C3%BCren_Wahlergebnisse_2014_03.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁶ Die Einwohnerzahl wurde nur für die berücksichtigten Wahlbezirke berechnet, um mit einer akkuraten Grundeinheit weiterrechnen zu können. Quelle: Die Landeswahlleiterin Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg o. D., Downloaddateien für die Wahlbezirke 2016, Strukturdaten. Verfügbar unter: <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/wahlstrukturdaten.asp> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁷ Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019c, Statistische Berichte – Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2018. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_S_1_j_H/A_I_S1_j18.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁸ Quelle: Stadt Dortmund, Dortmunder Statistik 2014, Jahresbericht 2014 – Bevölkerung. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/veroeffentlichungen/jahresberichte/bevoelkerung_1/Nummer_202_-_Jahresbericht_Bevoelkerung_-_2014.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ⁹ Quelle: Dresden 2019, Dresden in Zahlen II. Quartal 2019. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Dresden_in_Zahlen_2019_II_Quartal.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹⁰ Quelle: Bertelsmann Stiftung 2020, wegweiser-kommune.de, Statistische Daten. Verfügbar unter: <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/dueren-dn+integration+2013-2015+tabelle> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹¹ Der Ausländeranteil wurde ebenfalls nur für die berücksichtigten Wahlbezirke berechnet. Quelle: Die Landeswahlleiterin Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg o. D., Downloaddateien für die Wahlbezirke 2016, Strukturdaten. Verfügbar unter: <https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/wahlstrukturdaten.asp> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹² Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019d, Statistische Berichte – Ausländische Bevölkerung in Hamburg am 21.12.2018. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_1_4_j_H/A_I_4_j_18_HH.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹³ Quelle: Stadt Dortmund, Dortmunder Statistik 2014, Jahresbericht 2014 – Bevölkerung. Verfügbar unter: https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/veroeffentlichungen/jahresberichte/bevoelkerung_1/Nummer_202_-_Jahresbericht_Bevoelkerung_-_2014.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹⁴ Quelle: Dresden 2019, Dresden in Zahlen II. Quartal 2019. Verfügbar unter: https://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Dresden_in_Zahlen_2019_II_Quartal.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹⁵ Quelle: Bertelsmann Stiftung 2020, wegweiser-kommune.de, Statistische Daten. Verfügbar unter: <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/dueren-dn+integration+2013-2015+tabelle> [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].
- ¹⁶ Da nicht sichergestellt werden konnte, dass die in den statistischen Dokumenten angegebenen Gebiete Prohlis Nord und Prohlis Süd tatsächlich deckungsgleich mit den entsprechenden Wahlbezirken sind, sind die relativen Werte, die diese beiden Angaben ins Verhältnis zueinander setzen, als Schätzwerte angegeben.
- ¹⁷ Für die Berechnung der Wahlbeteiligung sowie der absoluten Zahl der Wählenden an der Heerstraße Nord wurden die Wählenden mit Wahrscheinlichkeitsanteil einer erwarteten Stimmabgabe in rund 94 Prozent der Fälle mit eingerechnet. Da die relevanten Briefwahlbezirke jedoch mehrere Urnenwahlbezirke außerhalb des Quartiersmanagement-Gebiets miteinschließen, in denen die Urnenwahlergebnisse deutlich von denen in den hier betrachteten Wahlbezirken abwichen, wurde die Briefwahl in der Berechnung des Wahlergebnisses für diese Tabelle nicht berücksichtigt.
- ¹⁸ Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019e, Endgültige Ergebnisse der Bezirksversammlungswahlen in den Hamburger Stadtteilen: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien (Gesamtstimmen der Bezirkslisten) in Prozent. Verfügbar unter: <https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungswahlen/2019/Analyse/Wahlana->

lyse_2019_Teil_1_ENDG%C3%9CLTIG.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].

- ¹⁹ Diese Daten beruhen auf der Urnenwahl in den Spandauer Wahlbezirken 408, 421, 422, 427, 514, 521 und 527. Die Briefwahlergebnisse konnten aufgrund der weitergefassten Briefwahlbezirke, die deutlich über das Quartiersmanagement-Gebiet hinausgehen, leider nicht mit einbezogen werden.
- ²⁰ Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019e, Endgültige Ergebnisse der Bezirksversammlungswahlen in den Hamburger Stadtteilen: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien (Gesamtstimmen der Bezirkslisten) in Prozent. Verfügbar unter: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungswahlen/2019/Analyse/Wahlanalyse_2019_Teil_1_ENDG%C3%9CLTIG.pdf [zuletzt abgerufen am 05.05.2020].

Anlage 1: Auswahl von Städten, Quartieren und Trägern für die Fallstudienuntersuchung

	Stadt, Quartier Träger	Lage	Stadtgröße ¹	Ausstattung ²	Konzept ³
1	Berlin Kreuzberg, Werner Düttmann Siedlung Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V.	-	■■■■	■■■	GWA/QM
2	Berlin Spandau-Staaken (Bereich Heerstr. Nord) Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.	-	■■■■	■■	GWA/QM
3	Bremen Lüssom, Wohnquartier Bockhorn Haus der Zukunft e. V. (Mehrgenerationenhaus)	Nord	■■■	■■	QM
4	Dortmund Nordstadt Planerladen e. V. – Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadteilbezogener Gemeinwesenarbeit	West	■■■	■	GWA
5	Dresden Prohlis KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH	Ost	■■■	■■	QM
6	Düren, verschiedene Quartiere Evangelische Gemeinde zu Düren	West	■	■■■	GWA
7	Essen Altenessen, Altenessen-Süd/Nordviertel Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)	West	■■■	■	QM ⁴
8	Freiburg Weingarten Forum Weingarten e. V.	Süd	■■	■■	GWA
9	Halle Neustadt AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH	Ost	■■	■	QM

10	Hamburg St. Pauli GWA St. Pauli e. V.	Nord	■■■■■	■■■	GWA
11	Hannover Sahlkamp Fachbereich Soziales der Landeshauptstadt Hannover	Nord	■■■	■■	GWA
12	Köln Kalk Veedel e. V. – Gemeinwesenarbeit in Köln	West	■■■■■	■	GWA
13	Schwäbisch Gmünd, Stadtteil Hardt JuFuN e. V. – Verein für Jugend-, Familien- und Gemeinwesenarbeit	Süd	■	■	GWA
14	Stendal Stadtsee KinderStärken e. V.	Ost	■	■■	QM/GWA
15	Mannheim Neckarstadt-West Quartiersmanagement Mannheim e. V.	Süd	■■	■	QM

¹ Stadtgröße: ■ Mittelstadt (20.000 – 100.000 EW)
 ■■ kleine Großstadt (100.000 – 500.000 EW)
 ■■■ große Großstadt (500.000 – 1.000.000 EW)
 ■■■■ Millionenstadt (>1.000.000 EW)

² Ausstattung: Vergleichend geschätzt nach Mitarbeitenden in der Gemeinwesenarbeit und finanzieller Ausstattung (■ gering – ■■ mittel – ■■■ hoch). Eine Orientierungsgröße nach Anzahl der Mitarbeitenden ist etwa: gering: 1 bis 2; mittel: 3 bis 5; hoch: mindestens 6. Wie viele Mitarbeitende bei den jeweiligen Trägern aber tatsächlich mit Gemeinwesenarbeit in einem engeren Sinne beschäftigt sind, ist selten erkennbar.

³ Konzept: Konzeptionelle Verortung des Trägers: „GWA“ bezieht sich auf eine Gemeinwesenarbeit in einem eher basisdemokratisch-emanzipatorischen, bottom-up orientierteren Sinne, „QM“ auf einen manageriellen, eher top-down-orientierteren Ansatz im Sinne eines Quartiersmanagements. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in zahlreichen Gebieten zeitweilig auch eine Förderung über das Städtebauförderungsprogramm *Soziale Stadt* erfolgt ist.

⁴ Das Essener Modell des Quartiersmanagements basiert auf drei Säulen: Gebietsbeauftragte (Stadt Essen), Moderation (ISSAB), Stadtteilarbeit (Fachbereich, Verbände). Im Stadtteil Essen wird das Quartiersmanagement vom ISSAB getragen.

Anlage 2: Besonderheiten der für Steckbriefe ausgewählten Quartiere und Träger

1 Berlin Kreuzberg | Werner-Düttmann-Siedlung

Nachbarschaftsheim Urbanstraße ist Träger von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Zu den Besonderheiten gehört die Verknüpfung von Nachbarschaftshaus und Gemeinwesenarbeit. Schwerpunkte sind die Stärkung von benachteiligten Gruppen, die Beteiligung an Aktivitäten der „Solidarischen Stadt“ und an der politischen Verdrängungsdiskussion (Gentrifizierung). Die Ursprünge der Gemeinwesenarbeit des Nachbarschaftshauses Urbanstraße in der Werner-Düttmann-Siedlung reichen bis in die 1990er Jahre zurück.

2 Berlin Spandau | Staaken, Quartiersmanagementgebiet Heerstraße

Das Quartier Heerstraße im Spandauer Ortsteil Staaken ist eine am östlichen Berliner Stadtrand gelegene Großwohnsiedlung des sozialen Wohnungsbaus. 1978 wurde das *Gemeinwesenzentrum Heerstraße Nord* gegründet, um mit einer ganzheitlichen Herangehensweise die Entwicklungen im Gebiet begleitend zu fördern und einen Ort für bürgernahe Versorgung sowie Begegnung zu schaffen. Träger ist der *Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.*, der sein Betätigungsfeld über die Jahre ausgeweitet hat, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern und Benachteiligung entgegenzuwirken. Seit 2005 ist der *Gemeinwesenverein* auch Gebietsbeauftragter für das Quartiersverfahren im Gebiet Heerstraße.

3 Bremen Blumenthal | Ortsteil Lüssum-Bockhorn

Lüssum-Bockhorn ist ein Wohnquartier im Norden des Bremer Stadtgebiets. Das Quartier hat den Charakter eines „Ankommensstadtteils“ mit einem hohen Anteil von Zugewanderten, die jedoch oft auch wieder wegziehen, nachdem sie in der Stadt Fuß gefasst haben. Um sozialen Problemlagen zu begegnen und die Bewohnerinnen und Bewohner zu aktivieren, wurde seit den 1990er Jahren eine starke und gemeinwesenorientierte Quartiers- und Nachbarschaftsarbeit aufgebaut. Im Mittelpunkt der Gemeinwesenarbeit vor Ort steht das *Haus der Zukunft*, welches seit dieser Zeit Träger eines Quartiersmanagements ist.

4 Dortmund | Innenstadtbezirk Nord (Nordstadt)

Der Dortmunder Nordstadt ist das wichtigste Ankunfts- bzw. Durchgangsquartier für Zuwandernde aus dem Ausland. Aufgrund der Kumulation sozialer Problemlagen und des hohen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund erfährt die Nordstadt auch überregional ein hohes mediales Interesse. Der *Planerladen* – Verein zur Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit – ist seit 1982 in der Nordstadt aktiv und seit 2009 Träger einer Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Ein demokratiepolitischer Fokus des *Planerladens* liegt auf dem Empowerment und der Repräsentation schwacher Interessen.

5 Dresden Prohlis | Quartiersmanagementgebiet Prohlis

Dresden Prohlis ist ein Großsiedlungsgebiet am südöstlichen Stadtrand von Dresden, in dem bereits seit der Wende im Rahmen verschiedener Städtebauförderprogramme investiert wurde. Durch das Quartiersmanagement, das seit dem Jahr 2000 besteht, wurden vielfältige Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohnerschaft und Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in einem demokratiepolitisch schwierigen Umfeld durchgeführt und begleitet. Zahlreiche Projekte wurden initiiert, um Menschen zu beteiligen und zu aktivieren, Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Imageverbesserung wurden durchgeführt sowie die Vernetzung der Akteure vor Ort intensiv vorangebracht.

6 Düren

Die Stadt Düren ist eine Mittelstadt im äußersten Westen Deutschlands und das Büro für *Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung* ist dort in mehreren benachteiligten Stadtteilen seit fast 40 Jahren aktiv. Die Gemeinwesenarbeit fördert die Gestaltungs- und Handlungsspielräume der Anwohnerinnen und Anwohner aktiv, damit anstehende Aufgaben gemeinschaftlich innerhalb der Quartiere gelöst werden können. Zwischen Gemeinwesenarbeit, Politik und Verwaltung bestehen enge Beteiligungs- und Kooperationsstrukturen und ein kooperatives Miteinander ist entstanden. Träger der Gemeinwesenarbeit ist die *Evangelische Gemeinde zu Düren* mit finanzieller Unterstützung der Kommune.

7 Essen Altenessen | Altenessen-Süd/Nordviertel

Zu den Besonderheiten in Essen gehören das Konzept integrierter Kommunalpolitik und das Essener Modell der Quartierentwicklung und das vom *Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)* der Universität Duisburg-Essen getragene Quartiersmanagement im Stadtteil Altenessen-Süd/Nordviertel. Fachliche Grundlage der Arbeit ist das am *ISSAB* entwickelte und in der Tradition humanistischer, erziehungskritischer und gemeinwesenarbeiterischer Ansätze stehende Konzept der Sozialraumorientierung. Zu den Besonderheiten im Stadtteil Altenessen gehört die im Halbjahresrhythmus stattfindende Altenessen-Konferenz.

8 Freiburg im Breisgau | Stadtteil Weingarten

Das Forum Weingarten setzt sich als gemeinwesenorientierte Plattform für Anwohnende und ihre Interessen ein, wobei der Fokus auf langfristigen Beteiligungsstrukturen von Anwohnerinnen und Anwohnern Mieter- und Sprecherräten liegt. Durch die Förderung lebendiger Begegnungen und von Diskussionsprozessen im Stadtteil wird versucht die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen, wobei demokratische Strukturen aufgebaut und von der Gemeinwesenarbeit begleitet werden. Verschiedene Veranstaltungsformate zielen auf eine inhaltliche Vermittlung und einen Austausch hinsichtlich der repräsentativen Beteiligung.

9 Halle (Saale) | Stadtteil Neustadt

Quartiersmanagement und Stadtteilarbeit werden in Halle-Neustadt mit dem Instrument der Gemeinwesenarbeit umgesetzt. Besonderer Wert wird auf Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten gelegt, die nicht nur die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier erhöht, sondern Selbstentfaltung und Partizipation fördert.

10 Hamburg St. Pauli

St. Pauli ist einer der bekanntesten und zugleich einer der einkommensärmeren Stadtteile Hamburgs. Er zeichnet sich durch ein lebendiges Miteinander verschiedenster (Sub-)Kulturen, ein hohes Maß an Toleranz und lebendiger Nachbarschaft sowie eine starke Identifizierung der Bewohnerinnen und Bewohner mit „ihrem“ Stadtteil aus. Träger der lokalen Gemeinwesenarbeit im Quartier ist der *GWA St. Pauli e. V.* mit dem Stadtteilzentrum *Kölibri*. Neben der Jugend, Familien- und Kulturarbeit ist die Beteiligung der Anwohnenden in lokalen Planungs- und Stadtentwicklungsprozessen ein Schwerpunkt der Gemeinwesenarbeit.

11 Hannover Sahlkamp

Kommunale Gemeinwesenarbeit wird seit den 1970er Jahren praktiziert. Grundlage und Selbstverständnis der kommunalen Gemeinwesenarbeit ist die stadtteilbezogene Aktivierung von BewohnerInnen und die Förderung von Eigeninitiative zur Gestaltung des Lebensumfeldes in einem herausfordernden Quartier.

12 Köln Kalk Stadtteil | Kalk-Nord

Köln-Kalk ist durch einen sozioökonomischen und stadträumlichen Umbruch geprägt, der mit der Schließung von Fabriken und der Verlust von Industriearbeitsplätzen einherging. Der Stadtteil weist eine erhöhte Arbeitslosenquote und einen hohen Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund auf. Seit Oktober 2017 ist *Veedel e. V.* Träger des Stadtteilbüros in Kalk-Nord. Der seit dem Jahr 1985 bestehende Verein versteht sich als Akteur der Gemeinwesenarbeit und möchte dazu beitragen, die Lebensbedingungen im Stadtteil nachhaltig zu verbessern sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Einrichtungen, Politik und Verwaltung vermitteln.

13 Mannheim | Stadtbezirk und Stadtteil Neckarstadt-West

Die Neckarstadt-West ist durch eine starke Kumulation sozialer Problemlagen und einen überdurchschnittlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund geprägt. Die Stadt Mannheim hat in der Neckarstadt-West ein Quartiersmanagement eingerichtet und auf besondere Herausforderungen mit im Stadtteil mit der Initiative *Lokale Stadterneuerung (LOS)* reagiert. Zu den Zielen gehören insbesondere Verbesserungen bei den Bildungschancen der Kinder, bei der Erhaltung von Vielfalt und Urbanität des Quartiers sowie bei der politischen Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner.

14 Schwäbisch Gmünd

Der Stadtteil Hardt war bis 1991 Housing Area für die US-Streitkräfte und ist durch eine multikulturelle Bevölkerungsstruktur geprägt. Der *Verein für Jugend-, Familien- und Gemeinwesenarbeit (JuFun) e. V.* ist einer der Kooperationspartner im Bildungs- und Familienzentrum *BiKiFa*. Zu den Besonderheiten der Stadtteilarbeit in Schwäbisch Gmünd gehören die Wachstumsringe von Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, die Kooperation zwischen Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die hohe Bedeutung von Engagement und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

15 Stendal Stadtsee

Der Stadt Stendal kommt in der dünn besiedelten und eher strukturschwachen Altmark-Region im Norden Sachsen-Anhalts eine zentrale Bedeutung zu. Im Stadtteil Stadtsee, einer in den 1960er Jahren errichteten Großwohnsiedlung, konzentrieren sich sozio-demographische Problemlagen. Zu einem zentralen Akteur im Stadtteil hat sich der Verein *KinderStärken e. V.*, eine Ausgründung der Hochschule Magdeburg-Stendal, entwickelt, der seit 2015 Träger des Stadtteilmanagements ist und eine stärkere Gemeinwesenarbeit vorantreibt.

Anlage 3: Interviews und Gesprächsrunden in den Erhebungsstädten

Berlin Spandau/Heerstraße Nord

Expertinnen und Experten

Petra Sperling	Geschäftsführung <i>Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.</i>	21.05.2019 31.03.2020
Brigitte Stenner	Vorstand <i>Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.</i>	22.05.2019
Tom Liebelt	<i>Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.</i>	23.05.2019 31.03.2020
Annette Limberg	<i>Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V.</i>	21.05.2019
Christian Porst	Quartiersmanagement Heerstraße	02.07.2019
Detlev Cleinow	Leitung <i>Kulturzentrum Staaken</i>	18.09.2019
Uwe Machura	Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales	22.05.2019
Gabriela Kwiatkowski	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen	06.08.2019
Helmut Kleebank	Bezirksamt Spandau von Berlin Bezirksbürgermeister	31.10.2019

Fokusgruppendifkussionen

Kooperationspartnerinnen und -partner	Heike Holz (Evangelische Kirchengemeinde zu Staaken), Viola Scholz-Thies (Familienzentrum <i>Familientreff Staaken</i>)	22.05.2019
Engagierte Anwohnerinnen und Anwohner	Mohamed Zaidi (Mitglied im Quartiersrat) Asmahan Er (Interkulturelle Frauenarbeit) Marcel Lorenz (Staakkato e. V.) Jürgen Warnke (Mitglied im Quartiersrat)	23.05.2019

Sonstiges (Stadtteilrundgänge, teilnehmende Beobachtung)

Stadtteilrundgang mit Petra Sperling	21.05.2019
Stadtteilrundgang mit Mohamed Zaidi	27.05.2019
Sitzung des Quartiersrats	21.05.2019
Sitzung der Stadtteilkonferenz	22.05.2019
Veranstaltung zur Europawahl	20.05.2019
Veranstaltung Suchtprävention	22.05.2019

Hamburg St. Pauli/St. Pauli Süd

Expertinnen und Experten

Rebecca Lohse	Stellvertretende Geschäftsführung <i>GWA St. Pauli e. V.</i>	14.06.2019 30.10.2019
Steffen Jörg	Stadtteilpolitik, <i>GWA St. Pauli e. V.</i>	14.06.2019 30.10.2019
Gesa Becher	Kultur-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, <i>GWA St. Pauli e. V.</i>	14.08.2019
Sabine Stövesand	Hochschule für angewandte Wissenschaft (HAW Hamburg)	13.06.2019
Monika Brakhage, Adelina Michalk	Abteilung Integrierte Sozialplanung, Bezirksamt Altona Fachkraft für Integration, Bezirksamt Altona	06.08.2019
Martin Paulekun	Pastor der St. Pauli Kirche	06.08.2019
Margot Pfeiffer	Polizei Hamburg, Davidwache	14.08.2019
Sultan Esen	Honorarkraft, <i>GWA St. Pauli e. V.</i>	14.08.2019
Elke Jarm	Engagierte Nachbarin	14.08.2019
Bodo Hafke	Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Freie und Hansestadt Hamburg	09.10.2019
Petra Barz	<i>dock europe e. V.</i> – Internationales Bildungszentrum	30.10.2019

Fokusgruppendifkussionen

Kooperations- und Netzwerk- partnerinnen und -partner: „Wohnen und Stadtentwicklung“	Erich Füllung (Stadtteilrat Altona-Altstadt) Frank John (Genossenschaft <i>Alternativen am Elbufer e. G.</i>) Gunhild Ohl-Hinz (St. Pauli-Archiv) Martin Spruijt (St. Pauli-Archiv)	13.08.2019
Schlüsselpersonen und engagierte Bürgerinnen und Bürger: „Stadt- politische Initiativen und Projekte“	Birgit Otte (<i>Initiative Esso-Häuser; St. Pauli selber machen; Recht auf Stadt</i>) Monika Secka (<i>Initiative Esso-Häuser</i>) Fabian Sudholz (<i>AG Drogen, St. Pauli selber machen</i>)	13.08.2019

Sonstiges (Stadtteilrundgänge, teilnehmende Beobachtung)

Stadtteilrundgang mit Steffen Jörg	14.06.2019
Stadtteilführung mit Gunhild Ohl-Hinz	13.08.2019

Dortmund Nordstadt

Expertinnen und Experten

Prof. Dr. Reiner Staubach, Tülin Kabis-Staubach	Vorstand <i>Planerladen e. V.</i>	17.06.2019
Prof. Dr. Reiner Staubach, Dennis Zilske	<i>Planerladen e. V.</i>	14.06.2017*
Levent Arslan	Direktor <i>Dietrich-Keuning-Haus</i>	19.06.2019
Dr. Ludwig Jörder	Bezirksbürgermeister Innenstadt-Nord	19.06.2019
Regina Hermanns, Ali Şirin	Integrationsagentur, <i>Planerladen e. V.</i> Jugendforum Nordstadt, <i>Planerladen e. V.</i>	19.06.2019
Volker Pohlücke, Petra Dankelmann	Vorstand <i>Machbarschaft Borsig11 e. V.</i>	29.08.2019

Fokusgruppendifkussionen

Sozialräumliche Integration von Neuzugewanderten aus Bulgarien und Rumänien in der Nordstadt	Gamze Çalıřkan (<i>Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), Planerladen e. V.</i>) Abbas Dogan (<i>Solidaritäts- und Freundschaftsverein der Neuzuwanderer Dortmund e. V.</i>) Hasan Kamalak (<i>Gesundheit, Integration, Vielfalt, Empowerment (GIVE), Planerladen e. V.</i>) Elena Strato (<i>Arbeit und Leben – DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.</i>)	17.06.2019
Stadtplanung und Quartiersmanagement	Christiane Certa (Strategische Sozialplanung, Stadt Dortmund) Martin Gansau (Quartiersmanagement Nordstadt) Uta Wittig-Flick (Stadterneuerung Nordstadt, Stadt Dortmund)	19.08.2019

Sonstiges (Stadtteilrundgänge, teilnehmende Beobachtung)

Eigenständiger Quartiersspaziergang		18.06.2019
-------------------------------------	--	------------

* Interview im Rahmen des Projekts Zusammenhalt vor Ort (DESI), Auftraggeber: Bertelsmann Stiftung.

Dresden Prohlis

Expertinnen und Experten

Katrin Lindner	Quartiersmanagement Prohlis <i>KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH</i>	12.08.2019
Alexander Vock	Leiter des Sachgebiets Sozialplanung im Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden	12.08.2019
Veronika Gottmann	ehemalige Quartiersmanagerin in Prohlis	12.08.2019
Martina Müller	Abteilung Stadterneuerung im Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Dresden	13.08.2019
Dr. Julia Günther	Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft im Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Dresden	13.08.2019
Jürgen Uhlig	Geschäftsführung <i>KEM Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH</i>	14.08.2019

Fokusgruppendifkussionen

Kooperationspartnerinnen und -partner	Heike Löffler (<i>Gemeinschaftsgarten Prohlis VSP e. V.</i>) Andreas Nattermann (Geschäftsführer und Künstlerischer Leiter des <i>Societaetstheaters</i>) Lutz Stein (<i>Querformat e. V.</i> , gemeinnütziger Selbsthilfeverein für sozial und finanziell Benachteiligte) Jens Bogawski (<i>Bürgerinitiative Prohlis e. V.</i>)	13.08.2019
Engagierte Anwohnerinnen und Anwohner	Markus Krebs (Sachgebiet Allgemeiner Sozialer Dienst Prohlis der Landeshauptstadt Dresden) Karin Paul (betreibt ehrenamtlich einen Handarbeitszirkel in Prohlis) Ingrid Körner (<i>Online-Treff Dresden</i>)	12.08.2019

Sonstiges (Stadtteilrundgänge, teilnehmende Beobachtung)

Stadtteilrundgang mit Katrin Lindner		12.08.2019
Besuch der Räumlichkeiten der <i>Bürgerinitiative Prohlis</i> mit Jens Bogawski		14.08.2019

Düren

Expertinnen und Experten

Andreas Isecke	Mitglied des Rates der Stadt Düren, Mitglied der SPD und Bezirksausschussvorsitzender von Mariaweiler	10.09.2019
Liesel Koschorreck	Stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Düren (SPD)	12.09.2019
Vera Schellberg	Pfarrerin und Leitungsorgan Evangelische Gemeinde als Trägerin der Gemeinwesenarbeit	12.09.2019
Gerd Grzella	Koordinierungsstelle Soziale Stadtentwicklung im Amt für Stadtentwicklung in der Stadt Düren	13.09.2019
Bruno Voß	Pädagoge und Sozialarbeiter, Mitglied im Rat der Stadt Düren, u. a. Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Bezirksausschuss Echtz, Kassierer im Ortsverband Bündnis 90/ Die Grünen	13.09.2019
Achim Biergans Silke Strunk	Leitung des Büros für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung in Düren	13.09.2019

Fokusgruppendifkussionen

Kooperationspartnerinnen und -partner	Ralf Schmitz (Vorsitzender <i>Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V.</i>), Sevim Türk (Vorsitzende <i>Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V.</i>), Hans-Peter Schneppenheim (Geschäftsführer <i>Stadtteilvertretung Nord-Düren e. V.</i>)	12.09.2019
Engagierte Anwohnerinnen und Anwohner	Maren Beys (Ansprechpartnerin der Abteilung für Kinder, Jugendliche und Gesellige der Bewohnerinitiative <i>Mariaweiler e. V.</i>), Margot Zahn (Ansprechpartnerin Abteilung Aktiv für Mariaweiler / Kooperationen der Bewohnerinitiative <i>Mariaweiler e. V.</i>), Hans Rudolf Schneider (Singgemeinschaft Mariaweiler), Heribert Kurth (Stadtteilzeitung Magazin für Mariaweiler)	11.09.2019

Sonstiges (Stadtteilrundgänge, teilnehmende Beobachtung)

Stadtteilbegehung/Rundfahrt mit dem GWA-Bus zu den einzelnen Projektgebieten in Düren (Mariaweiler, Düren Nord, Düren Süd-Ost und Rütger-von-Scheven Straße) mit Achim Biergans, Maren Beys, Andreas Bohm, Doris Klotz, Marcel Funk		11.09.2019
Geselliger Abend im Bürgerhaus-Ost mit der Möglichkeit zu Interviews zur Stadtteilarbeit in Düren Süd-Ost mit Marita Scheer (Kassiererin Bürgerverein <i>Satellitenviertel e. V.</i>), Ute Schröder (1. Vorsitzende des Bürgervereins <i>Satellitenviertel e. V.</i>), Martin Zimmerbeutel (Sozialarbeiter im Jugendfreizeitheim im Bürgerhaus Düren-Ost)		12.09.2019

Weitere (Telefon-) Interviews

Benjamin Ollendorf	Stellvertretende Geschäftsführung <i>KinderStärken e. V.</i>	12.03.2019
Dieter Lehmann	Leiter des Amtes für Familie und Soziales in der Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd	21.03.2019

Anlage 4: Fragebogen der Bevölkerungsbefragung

Interview Nr. _____

Interviewer/in: _____

Datum/Zeit: _____

Ort: _____

Bemerkungen:

Für eine wissenschaftliche Studie befragen wir Anwohnerinnen und Anwohner, wie sie ihren Stadtteil wahrnehmen. Hätten Sie etwa 10 Minuten Zeit, um ein paar Fragen zu beantworten? Es geht uns um Ihre Einschätzung und die Befragung ist anonym.

1. Bevor wir mit dem Interview beginnen, darf ich Sie fragen, ob Sie hier im Stadtteil wohnen?

Interview nur bei „ja“ weiterführen

2. Wie stark fühlen Sie sich mit Ihrem Stadtteil verbunden?

- ① Sehr verbunden ② Ziemlich verbunden ③ Teils/teils
④ Nicht sehr verbunden ⑤ Überhaupt nicht verbunden

3. Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Kontakten hier im Stadtteil?

- ① Sehr zufrieden ② Zufrieden ③ Teils/teils
④ Wenig zufrieden ⑤ Überhaupt nicht zufrieden

4. Wie bewerten Sie das Zusammenleben von Alteingesessenen und neu Zugezogenen hier im Stadtteil? (Kategorien direkt vorlesen)

- ① Sehr gut ② Eher gut ③ Mittel
④ Eher schlecht ⑤ Sehr schlecht

5. Wie bewerten Sie die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in der Nachbarschaft?

- ① Sehr gut ② Eher gut ③ Mittel
④ Eher schlecht ⑤ Sehr schlecht

Platz für relevante Äußerungen der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner:

6. Ich werde Ihnen jetzt einige Einrichtungen hier im Stadtteil vorlesen und würde gern wissen, ob Sie die kennen und wenn ja, wie oft Sie diese nutzen.

(in Klammern genannte Beispiele nur bei Bedarf bzw. nach zögern vorlesen)

	Nutze ich regelmäßig	Nutze ich gelegentlich	Habe ich mal genutzt	Nutze ich nie	Kenne ich nicht
1) Beratungsstellen	①	②	③	④	⑤
2) Stadtteil-/Nachbarschaftszentren	①	②	③	④	⑤
3) Familienzentren	①	②	③	④	⑤
4) Kulturelle Einrichtungen	①	②	③	④	⑤

5) Fallen Ihnen andere Einrichtungen hier im Stadtteil ein, die Sie nutzen?

7. Wie stark interessieren Sie sich für das Geschehen hier im Stadtteil?

- ① Sehr stark ② Stark ③ Mittel
 ④ Wenig ⑤ Überhaupt nicht

8. Wie stark setzen Sie selbst sich für die Interessen dieser Wohngegend und der Menschen, die hier wohnen, ein?

- ① Sehr stark ② Stark ③ Mittel
 ④ Wenig ⑤ Überhaupt nicht

9. Haben Sie sich in letzter Zeit einmal an einer öffentlichen Nachbarschaftsaktion beteiligt?

(nur bei Bedarf vorlesen: z. B. Nachbarschaftsfest, Stadtteilputz)

- ① Habe ich noch nie gemacht ② Habe ich mal gemacht
 ③ Mache ich gelegentlich ④ Mache ich regelmäßig

Platz für relevante Äußerungen der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner:

10. Und haben Sie sich in letzter Zeit einmal politisch am Geschehen in Ihrem Stadtteil beteiligt, zum Beispiel, indem Sie...?

(Antwortmöglichkeiten gemeinsam vorlesen und nur bei positiver Antwort durch Nachfragen differenzieren.)

	Habe ich noch nie gemacht	Habe ich mal gemacht	Mache ich gelegentlich	Mache ich regelmäßig
...sich mit einem Anliegen an Politiker oder ein Gremium gewandt haben,	①	②	③	④
...an einer Demonstration oder Unterschriftenaktion teilgenommen haben oder	①	②	③	④
...sich mit anderen in einer Gruppe für ein Anliegen zusammengeschlossen haben?	①	②	③	④

11. Wie groß ist das Vertrauen, dass Sie der lokalen Politik hier vor Ort entgegenbringen?

- ① Sehr großes Vertrauen ② Großes Vertrauen ③ Teils/teils
④ Geringes Vertrauen ⑤ Überhaupt kein Vertrauen

12. Was würden Sie sich wünschen, damit Sie oder andere Anwohner sich mehr in diesem Stadtteil einbringen können? (Offene Frage)**Können Sie uns zum Abschluss noch diese Angaben für die Statistik anvertrauen?
Auch diese Angaben werden anonym und vertraulich erfasst.**

- S1) Geschlecht: ① männlich ② weiblich ③ weiteres/keine Angabe
- S2) Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind? _____
- S3) Wie lange wohnen Sie bereits hier im Stadtteil? (*Je nach Antwort kategorisieren:*)
- ① Seit mehr als 20 Jahren ② Seit 10 Jahren oder länger ③ Seit 5 Jahren oder länger
④ Seit zwei Jahren oder länger ⑤ Seit weniger als zwei Jahren
- S4) Sind Sie oder Ihre Eltern in Deutschland oder einem anderen Land geboren?
- ① in Deutschland ② in _____
- S5) Wie beurteilen Sie gegenwärtig Ihre persönliche wirtschaftliche Lage? (*Kat. direkt vorlesen:*)
- ① Sehr gut ② Eher Gut ③ Eher schlecht ④ Sehr schlecht

Impressum

Die Verwendung einer Sprache frei von Diskriminierung einzelner Geschlechter ist dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ein wichtiges Anliegen. Der vhw präferiert hierfür die Verwendung weiblicher und männlicher Schreibweisen sowie neutraler Ausdrucksformen.

Auftraggeber:

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Auftragnehmer:

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin.

Wissenschaftliche Begleitung:

Dr. Anna Becker, vhw e. V.
Naomi Alcaide

Durchführung:

Dr. Frank Gesemann (Gesamt-Projektleitung)
unter Mitarbeit von Lea Freudenberg und Alexander Seidel
DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Prof. Dr. Milena Riede (Projektleitung HSAP)
unter Mitarbeit von Amanda Groschke und Antje Bruno
Hochschule für angewandte Pädagogik

Wir danken Leif Jannis Höfler und Hannah Schirop (DESI)
für ihre Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung der Texte.

Bildnachweise Titelbild:

Foto 1: © Frank Gesemann; Fassadengestaltung in der Dortmunder Nordstadt
Foto 2: © Lea Freudenberg; Großwohnsiedlung Heerstraße Nord
Foto 3: © Frank Gesemann; Park Fiction im Süden St. Paulis
Foto 4: © Amanda Groschke; Großwohnsiedlung in Düren
Foto 5: © Amanda Groschke; Dresden Prohlis

Gestaltung / Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

ISBN: 978-3-87941-808-4

Berlin, im Januar 2021